



VOLKSVERTRETER

DIE FREIHEITLICHEN UND DAS PARLAMENT



VOLKSVERTRETER

DIE FREIHEITLICHEN UND DAS PARLAMENT



ISBN 978-3-950435-00-9

© 2016

Freiheitlicher Parlamentsklub

Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien;

in Zusammenarbeit mit dem FPÖ-Bildungsinstitut,

Friedrich Schmidt Platz 4/3a, 1080 Wien;

Alle Rechte vorbehalten

Texterstellung, Layout und Herstellung:

Edition K3-Gesellschaft für Sozialpolitische Studien,

Verlags- und Beratungs-Ges.m.b.H.

	Vorwort von Heinz-Christian Strache	7	Inhaltsverzeichnis
	... Norbert Hofer	9	
	... Harald Vilimsky	11	
	... Monika Mühlwerth	13	
I	2006 – 2016		
	Als staatstragende Opposition im Parlament	17	
	Die Freiheitlichen unter Klubobmann H.-C. Strache		
	Heinz-Christian Strache im Interview	22	
	Norbert Nemeth im Interview	46	
	Norbert Hofer im Interview	58	
	Martin Graf im Interview	63	
	Harald Stefan im Interview	68	
	Johannes Hübner im Interview	70	
	Manfred Haimbuchner im Interview	72	
	Walter Rosenkranz im Interview	75	
II	1987 – 2016		
	Weder Lehrwerkstatt noch Polit-Ausgedinge	77	
	Die Freiheitlichen im Bundesrat		
	Monika Mühlwerth im Interview	82	
	Gerd Klamt im Interview	87	
	Peter Kapral im Interview	88	
III	1995 – 2016		
	Für Österreichs Freiheit in Brüssel	91	
	Die Freiheitlichen im Europäischen Parlament		
	Harald Vilimsky im Interview	96	
IV	1986 – 2005		
	Nebenkriegsschauplatz für einen Volkstribun	109	
	Freiheitliche Parlamentsarbeit in der Ära Haider		
	Herbert Haupt im Interview	116	
	Peter Westenthaler im Interview	128	
V	1956 – 1986		
	Zünglein an der Waage im Nationalrat	137	
	Die FPÖ und das Parlament in der Ära Peter/Steger		
	Hilmar Kabas im Interview	144	
	Gerulf Stix im Interview	154	
VI	1949 – 1956		
	Das Dritte Lager kehrt zurück	171	
	Der VdU im Parlament		
	Lothar Höbelt im Interview	186	
VII	1918 – 1934		
	Gralshüter des Parlamentarismus	191	
	Großdeutsche Volkspartei und Landbund in der I. Republik		
VIII	1867 – 1918		
	Die Nationalliberalen: Wortgewaltig und streitbar	215	
	Die Deutschfreiheitlichen im Reichsrat der Monarchie		
	Wilhelm Brauner im Interview	232	
IX	1848 – 1849		
	Das Urparlament – die Frankfurter Paulskirche	243	
	Österreicher im Kampf um die „Deutsche Freiheit“		
	„Ein Auftrag für die Zukunft“	267	
	Nachwort von Norbert Nemeth		
	Anhang	271	

Natürlich ist die Geschichte des Freiheitlichen Parlamentsklubs eng verbunden mit der Geschichte der FPÖ. Nach dem politischen Mordanschlag des Jahres 2005 kamen wir 2006 wieder in den Nationalrat. Und von Anfang an war es natürlich Ziel des Klubs, freiheitliche Politik im besten Sinne umzusetzen.

Zum Geleit von Heinz-Christian Strache, FPÖ-Bundesparteiobmann und Klubobmann

Kein anderer Klub hat so viele Anfragen und Anträge gestellt. Hervorheben möchte ich hier unsere Bemühungen um mehr direkte Demokratie, etwa indem wir Volksabstimmungen über die EU-Verfassung, den Vertrag von Lissabon, den ESM oder die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gefordert haben. Auch die Reform der Untersuchungsausschüsse ist ganz wesentlich auf unsere Initiativen zurückzuführen. Hatten wir Ende 2006 noch 21 Nationalratsabgeordnete, ein Mitglied im Bundesrat und ein Mitglied im Europäischen Parlament, so verzeichnen wir zehn Jahre später 38 Nationalratsabgeordnete, 13 Mitglieder im Bundesrat und 4 Mitglieder im Europäischen Parlament. Seit 2006 haben unsere Abgeordneten 15.964 Anfragen und 2.752 Anträge eingebracht.



Es waren zehn oft harte Jahre, das kann niemand bestreiten. Man hat uns nicht nur Steine, sondern ganze Felsblöcke in den Weg geworfen. Die eine oder andere menschliche Enttäuschung ist uns auch nicht erspart geblieben. Aus persönlicher Sicht kann ich sagen, dass es zehn gute Jahre waren, an denen ich menschlich gewachsen bin und Erfahrungen sammeln konnte, die mir sonst verwehrt geblieben wären. Auch Hürden gehören zum Leben. Ohne Hürden ist es vielleicht bequemer. Aber man bleibt auch schwächer.

Was den Umgang mit den anderen Fraktionen betrifft, erachte ich es als wichtig, dass man trotz aller inhaltlichen Unterschiede immer eine Gesprächsbasis hat und dass wir uns alle bewusst sind, dass wir aus genau einem Grund in dieses Parlament gewählt worden sind. Nämlich nicht, um zu streiten, auch wenn es sich manchmal nicht vermeiden lässt, sondern um für die Republik Österreich und für die Menschen in diesem Land tätig zu sein. Trotz aller Widersprüche müssen wir stets das Verbindende über das Trennende stellen. Das erwarten die Österreicherinnen und Österreicher von uns. Der berühmte russische Schriftsteller Leo Tolstoi, der Autor von „Krieg und Frieden“, hat einmal gesagt: „Ausdauer und Entschlossenheit sind zwei Eigenschaften, die bei jedem Unternehmen den Erfolg sichern.“ Und ich denke, dass wir über Ausdauer und Entschlossenheit verfügen, haben wir in den vergangenen zehn Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Im Parlament haben wir auf vielen Feldern die Themenführerschaft und das Alleinvertretungsmerkmal. EU, Zuwanderung, Islamisierung, Neutralität, Souveränität, Landesverteidigung, Mittelstand, Steuerentlastung, Arbeitsmarkt, Verwaltungsreform, Senioren, Familien, Jugend – überall verfügen wir Freiheitliche über klare Positionen und scheuen uns auch nicht, die Dinge beim Namen zu nennen. Deshalb vertrauen uns die Menschen und wählen uns auch wieder. Wir haben, auch das muss gesagt werden, keine Protestwähler, wie immer behauptet wird. Wir haben Hoffnungswähler. Und diese werden immer zahlreicher.

Natürlich ruhen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren aus. Unser Parlamentsklub wird energisch weiterarbeiten. Und besonders wichtig wird der Klub natürlich auch bei einer immer wahrscheinlicher werdenden Regierungsbeteiligung sein.

Heinz-Christian Strache
FPÖ-Bundesparteiobmann und Klubobmann

Der Freiheitliche Parlamentsklub hat allen Grund, stolz auf sein nunmehr zehnjähriges Jubiläum sein zu dürfen. Gerne denke ich an die Zeit der „Wiedergeburt“ unserer Parlamentsfraktion zurück. Es war eine Zeit, die unserer Gesinnungsgemeinschaft im Vorfeld große Prüfungen angedeihen ließ. Prüfungen, die wir gemeinsam mit Hingabe, Hoffnung und Kameradschaft gemeistert und bestanden haben.

Zum Geleit von Norbert Hofer, Dritter Präsident des Nationalrates

Von Wahlgang zu Wahlgang erfreut sich die Freiheitliche Partei größerer Zustimmung. Dafür möchte ich an dieser Stelle unserem Bundesparteiobmann und Klubobmann Heinz-Christian Strache, meinen Kollegen in National- und Bundesrat sowie unseren Mitarbeitern danken. Auch unsere Funktionäre auf allen Ebenen haben großen Anteil an den Erfolgen der letzten zehn Jahre. Erfolge, die ihresgleichen in der innenpolitischen Geschichte Österreichs suchen.

Der Freiheitliche Parlamentsklub hat bis in das Jahr 2008 einen Weg der Konsolidierung durchlaufen, wie ihn nur treue Weggefährten gemeinsam gehen können. Unsere von gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Zielen getragene Arbeit hat seither kontinuierlich Früchte getragen, auch weit über ebenso schönen wie beachtlichen Wahlerfolge hinaus: Im Zuge von Untersuchungsausschüssen leisteten freiheitliche Abgeordnete wertvolle Aufklärungsarbeit. Parlamentarische Anfragen haben geholfen, Fehlentwicklungen zu dokumentieren und ihnen entgegenzuwirken. Das Plenum wird genutzt, um den Menschen eine hörbare Stimme zu geben: Problematische Vertragswerke wie TTIP und CETA wären wohl ohne eine starke Freiheitliche Partei im Parlament bereits beschlossen und im Vorfeld wohl wesentlich weniger eingehend diskutiert worden. Hier zeigt sich, dass man auch in der Opposition Wertvolles erreichen kann. Aber auch auf eine immer wahrscheinlicher werdende Regierungsbeteiligung sind wir mittlerweile bestens vorbereitet: Im „Handbuch freiheitlicher Politik“ finden sich Lösungsansätze, die ebenso pragmatisch orientiert wie an den Grundsätzen unserer Gemeinschaft ausgerichtet sind. Es ist gelungen, zeitlose Werte mit aktuellen Herausforderungen zu kombinieren.

Die regen Kontakte unserer Mandatäre in ihren Wahlkreisen und unserer engagierten Bürgerservicestelle zu unzähligen Menschen haben die österreichische Demokratie bereits direkter gemacht. Die Tür des Freiheitlichen Parlamentsklubs steht dem Souverän und seinen Anliegen offen.

Die Früchte all dieser Bemühungen offenbaren sich deutlich: Die Zustimmung in der Bevölkerung gegenüber der FPÖ ist weiter im Steigen begriffen. Diese Welle ist von dem Wunsch nach positiver Veränderung und dem Anliegen um eine gedeihliche Zukunft unseres Landes getragen. Wir werden auch in den kommenden zehn Jahren den Erwartungen der Menschen gerecht werden und an Herausforderungen weiter wachsen. Unser Land braucht eine starke freiheitliche Gesinnungs- und Wertegemeinschaft heute mehr denn je.



Norbert Hofer
Dritter Präsident des Nationalrates

Das Verhältnis der FPÖ zum EU-Parlament ist ein ambivalentes, und das aus mehreren Gründen.

Zunächst einmal aufgrund seiner Konstitution und seiner Befugnisse. Für eine Partei, die sich auf die Fahnen heften kann, dass ihre Vorläuferorganisationen maßgeblich zum Entstehen und Herausbilden des Parlamentarismus in Österreich beigetragen haben, sind die eingeschränkten Befugnisse dieses Hauses nicht wirklich zufriedenstellend. Obgleich im Laufe der Jahre seit den römischen Verträgen 1957 mehrere Reformen darauf abzielten, das EU-Parlament aufzuwerten und ihm mehr Rechte zu geben, fehlt bis heute ein Parlamenten sonst immanentes Initiativrecht. Dieses Recht der Gesetzgebung, selbst Gesetze vorzuschlagen, ist auf EU-Ebene nicht vorgesehen. Auch dem Rat, d. h. die Versammlung der nationalen Regierungen, steht dieses Recht nicht zu. Nur die unter großem Einfluss der Lobbyisten stehende EU-Kommission kann neues Recht vorschlagen bzw. bestehendes abändern. Dem EU-Parlament steht es lediglich zu, gegenüber der Kommission anzuregen, in diesem oder jenen Bereich einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten. Dass kann, muss sie aber nicht tun. Alles das ist nicht wirklich befriedigend und daher aus meiner Sicht kritisch zu betrachten.

Zum Geleit von Harald Vilimsky, Delegationsleiter im EU-Parlament und Generalsekretär der FPÖ



Anders als in nationalen Parlamenten, in denen man in der Regel zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen unterscheidet, kann man hier in Straßburg zwischen EU-Zentralisten bzw. -Fanatikern und jenen, die die Vielfalt der Kulturen und Identitäten der europäischen Nationalstaaten erhalten wollen, unterscheiden. Noch ist die erste Gruppe deutlich in der Mehrheit, was dazu führt, dass das Ziel der allermeisten Aktivitäten im Haus darauf ausgerichtet ist, den Einfluss und die Macht der Europäischen Union insgesamt auszubauen. Eine vernünftige und konsequente Vertretung der Interessen jenes Staates, der sie hierher entsandt hat, interessiert die überwiegende Anzahl der Abgeordneten nicht. Erst mal vom nationalen Wähler hierher entsandt, verwandeln sie sich nach ein, zwei Jahren in brave Vertreter der EU-Nomenklatura, die stets betonen, wie wichtig noch mehr EU und noch mehr Zentralismus eigentlich sind.

Ein besonderes auffälliges Phänomen, das man hier beobachten kann, ist die Vorliebe für Randgruppenpolitik und für die Einmischung in nationalstaatliche Angelegenheiten. Während Europa eine tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise durchlebt, hat man z.B. stundenlang Zeit, sich mit den LGBT-Rechten im Kosovo auseinanderzusetzen oder mehrfach im Jahr über die Situation in Ungarn und Polen zu diskutieren, anstatt die Währungs- und die Massenarbeitslosigkeit einer Lösung zuzuführen. Das Schwingen der politisch-korrekten Moralkeule scheint wichtiger zu sein als das Lösen realer Probleme, die das tägliche Leben von Millionen Menschen betreffen. Wer soll das noch verstehen?

Das EU-Parlament in seiner aktuellen Form ist daher auf vielen Ebenen dringend reformbedürftig. Das Erstarren der patriotischen Bewegungen gibt Hoffnung auf eine Veränderung zum Positiven.

Harald Vilimsky
Delegationsleiter im Europäischen Parlament
und Generalsekretär der FPÖ

Zehn Jahre Freiheitlicher Parlamentsklub unter der Führung von H.-C. Strache sind unglaublich schnell vergangen. In dieser Zeit ist auch die Fraktion der Bundesräte angewachsen. Im Jahr 2005 hatte die FPÖ mit Harald Vilimsky nur noch einen einzigen Bundesrat. Ende 2006 bin ich ihm dann nachgefolgt und war fast eineinhalb Jahre allein. Dann kam zuerst mit Werner Herbert und nach ihm mit Johann Ertl ein weiterer Kollege dazu. 2009 waren wir dann schon zu viert mit Elmar Podgorschek und dann mit Hermann Brückl aus OÖ und Cornelia Michalke aus Vorarlberg. Normalerweise ist man ja erst ab fünf Mandataren eine Fraktion, aber wir bekamen den Fraktionsstatus zuerkannt, was vom Bundesrat einstimmig beschlossen wurde. Bei den Landtagswahlen in der Steiermark, Oberösterreich und Wien konnten wir jedes Mal zulegen und sind jetzt 13 Bundesräte.

Als wir noch keine Fraktion waren, konnten wir auf die desaströse Politik der rot-schwarzen Regierung nur mit unseren Redebeiträgen aufmerksam machen. Darüber hinaus haben wir auch mit Bundesräten der Grünen einige Dringliche Anfragen an die Minister gestellt. Z.B. zum Glücksspielgesetz, zur ÖBB oder den Schulden der österreichischen Gemeinden. Das Arbeitsverhältnis im Bundesrat ist ja einigermaßen kollegial – auch wenn die Debatten mit aller Härte geführt werden – und daher ist es bei allen Unterschieden möglich, auch mit Kollegen einer anderen Partei Aktionen zu starten.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem EU-Ausschuss des Bundesrats. Dieser hat gegenüber Brüssel dieselben Rechte wie der Nationalrat, was Subsidiaritätsklagen oder Subsidiaritätsrügen betrifft. Diese Rechte werden auch entsprechend genutzt; innerhalb der Europäischen Union ist Österreich mit den zweitmeisten Mitteilungen an Brüssel tätig geworden. So konnte unter anderem die Privatisierung unseres Wassers verhindert werden. Als EU-kritische Partei haben wir auch als erste und einzige Fraktion auf die Gefahren von CETA und TTIP hingewiesen. Mittlerweile sind auch andere Parteien auf diesen Zug aufgesprungen und versuchen, den Eindruck zu vermitteln, sie wären die Ersten gewesen, wie es z.B. die Grünen machen. Auch eine totale Verschärfung des Waffengesetzes durch die EU konnten die freiheitlichen Mandatare durch ihre Initiativen im Ausschuss verhindern.

Trotzdem ist der Bundesrat immer wieder mit der Forderung nach seiner Abschaffung konfrontiert. Das ist natürlich legitim, allerdings würde das einen Wegfall von Kontrolle der Regierung und damit ein Weniger an Demokratie bedeuten. Die meisten Länder weltweit haben ein Zwei-Kammern-System. Dänemark ist eines der wenigen Länder, das seine zweite Kammer abgeschafft hat. Seither wird dort aber immer wieder diskutiert, ob man sie nicht doch wieder einführen soll, weil ein entsprechendes Regulativ fehlt.

Derzeit haben SPÖ und ÖVP im Bundesrat noch dieselbe Mehrheit wie im Nationalrat und daher werden tatsächlich alle Gesetze durchgewunken. Das ist ein unerfreulicher Zustand, der sich aber mit weiteren Wahlsiegen der FPÖ bei den Landtagswahlen rasch ändern kann.

Ad multos annos und eine herzliches Glück auf!

Zum Geleit von Monika Mühlwerth, Fraktionsvorsitzende der freiheitlichen Bundesräte



Monika Mühlwerth
Fraktionsvorsitzende der freiheitlichen Bundesräte

VOLKSVERTRETER DIE FREIHEITLICHEN UND DAS PARLAMENT

2006 – 2016 Die Freiheitlichen mit Klubobmann H.-C. Strache zurück im Parlament

Nach den Nationalratswahlen des Jahres 2006 kehrten die Freiheitlichen unter ihrem Bundesparteiobmann und nunmehrigen Klubobmann Heinz-Christian Strache mit 21 Mandaten zurück ins Parlament. Nach der Implosion der FPÖ in der Folge der Ereignisse von Knittelfeld und der Haiderschen Abspaltung des BZÖ hatte sich die totgesagte FPÖ wieder beeindruckend erholt, um ihr langjähriges parlamentarisches Wirken im Hohen Hause am Ring fortzusetzen. Nach dem Neubeginn des Jahres 2006 kamen die Nationalratswahlen von 2008 und schließlich jene von 2013, wobei die Freiheitlichen mit gut 20 Prozent der Wählerstimmen und einem Parlamentsklub von 40 Mitgliedern zur stärksten Oppositionspartei der Republik aufstiegen.

Klubobmann und Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache und seine beiden Generalsekretäre Herbert Kickl und Harald Vilimsky, unterstützt von Klubdirektor Norbert Nemeth, die beiden Nationalratspräsidenten Martin Graf und in der Folge Norbert Hofer sowie viele prägende parlamentarische Persönlichkeiten machten die FPÖ und den Freiheitlichen Parlamentsklub in diesem Jahrzehnt zur treibenden politischen Kraft des Landes.

Die FPÖ profilierte sich in diesen Jahren neuerlich als Kontrollpartei – von ihr geleitete oder zumindest maßgeblich bestimmte parlamentarische Untersuchungsausschüsse machten dies deutlich. Kein anderer Klub hat so viele Anfragen und Anträge gestellt und ist überdies neben der parlamentarischen Demokratie auch für mehr direkte Demokratie eingetreten. Von 21 Abgeordneten des Jahres 2006 sind es zehn Jahre später 38 Nationalratsabgeordnete, 13 Mitglieder des Bundesrates und vier Mitglieder des Europäischen Parlaments, die diesen Freiheitlichen Parlamentsklub bilden. Sie sind Volksvertreter im wahrsten Sinn des Wortes.

Wer das Wirken des heutigen Freiheitlichen Parlamentsklub beurteilen will, muss aber auch die parlamentarische Arbeit der Jahrzehnte davor beleuchten: Die Ära Jörg Haider, die Zeit Norbert Stegers und die Ära Friedrich Peter sind für den österreichischen Parlamentarismus von großer Bedeutung. Das parlamentarische Wirken des nationalliberalen Lagers in der Zwischenkriegszeit stellt eine stolze Tradition dieses Lagers dar. Und auch die Entwicklung des Rechts- und Verfassungsstaates sowie des Parlamentarismus in der Habsburger Monarchie sind Verdienste dieses nationalliberalen Lagers. Und begonnen hat all dies in der Frankfurter Paulskirche, der Mutter aller deutschen Parlamente.

Die vorliegende Festschrift blickt mit Stolz auf diese große Geschichte nationalliberalen und freiheitlichen Parlamentarismus zurück und mit Zuversicht in die Zukunft der österreichischen Demokratie. ♦



I

ALS STAATSTRAGENDE OPPOSITION IM PARLAMENT

**DIE FREIHEITLICHEN UNTER
KLUBOBMANN H.-C. STRACHE**

Auf den politischen Neustart folgte der parlamentarische

2006 – 2016

Nunmehr die dritte Gesetzgebungsperiode in Folge treiben die Freiheitlichen unter Heinz-Christian Strache als Bundesparteiobmann und im Parlament als Klubobmann die regierenden Parteien SPÖ und ÖVP vor sich her. Und das mit historischen Wahlergebnissen, die auf einer konsequenten Linie und auch sehr harter Arbeit im österreichischen Nationalrat beruhen.

Dabei sah es vor dem Herbst 2006 – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – nicht unbedingt so aus, als ob die Freiheitlichen nach der Ära Jörg Haider überhaupt als Partei und in Folge auch im Parlament überleben konnten. Die Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 machte es aber vollends deutlich, dass die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache ein großes Zukunftspotenzial hat. Man erreichte einen Stimmenanteil von 11 Prozent und einen Mandatsstand von 21 Abgeordneten, während Haider's

Abspaltung, das BZÖ, mit kaum vier Prozent und sieben Mandaten gerade noch den Einzug in den Nationalrat schaffte.

Die Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 war die 23. in der Geschichte der Republik Österreich. Stimmenstärkste Partei wurde die SPÖ mit Alfred Gusenbauer, die leichte Stimmenverluste gegenüber der vorhergehenden Nationalratswahl 2002 hinnehmen musste und in weiterer Folge nach den Koalitionsverhandlungen den Bundeskanzler stellte. Mit starken Verlusten belegte die ÖVP mit ihrem Spitzenkandidaten, dem vorigen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, den zweiten Platz. SPÖ und ÖVP vereinbarten im Rahmen von Koalitionsverhandlungen nach der Wahl eine große Koalition.

Totgesagte leben länger

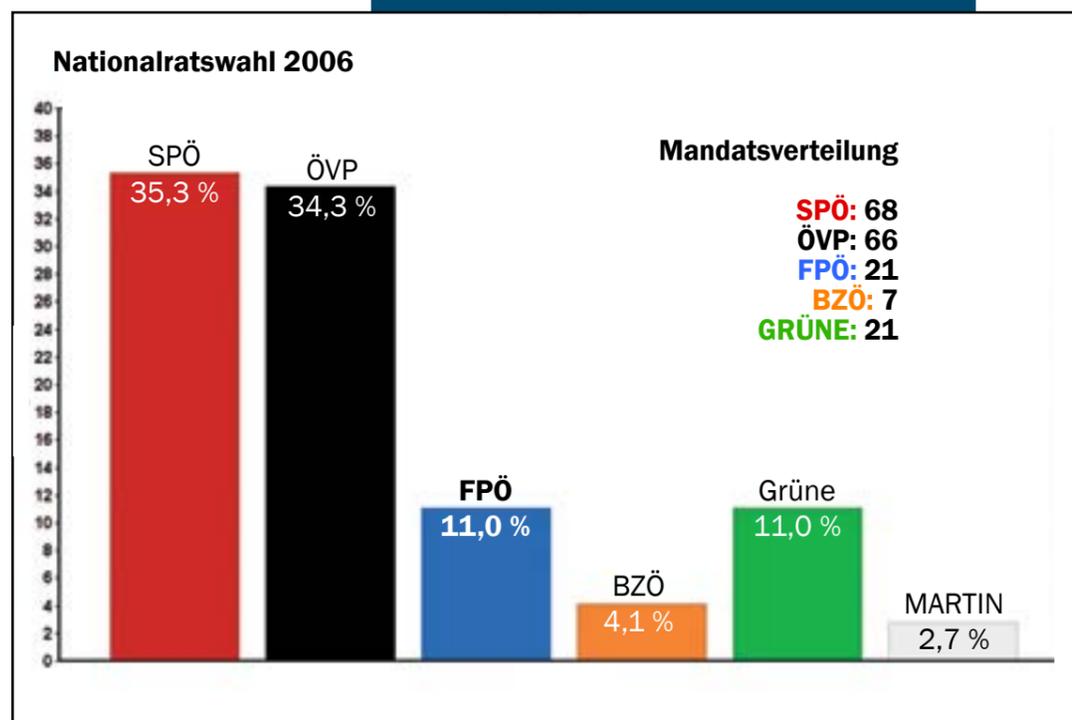
Unter dem Motto „Totgesagte leben länger“ zog man also wieder in den Nationalrat ein und legte vom ersten Tag an als führende und treibende Oppositionskraft los. Was nach außen so locker wirkte, war in den ersten Wochen und Monaten aber ein überaus bemerkenswerter Kraftakt, den die FPÖ zu vollziehen hatte.



Bei der Angelobung 2013: Nach sieben Jahren von 21 auf 40 Mandate

War man nach der Abspaltung Haider im Frühjahr 2005 ohne Parlamentsklub zurückgelassen worden, galt es im Herbst 2006, nach erfolgreicher Nationalratswahl, diesen Freiheitlichen Parlamentsklub neu zu gründen. Dies erfolgte mit Beginn der XXIII. Gesetzgebungsperiode, konkret am 30. Oktober 2006.

Jedoch wurde man seitens der parlamentarischen Bürokratie und Verwaltung keineswegs mit wehenden Fahnen empfangen, sondern



Totgesagte leben länger: Bei der Nationalratswahl 2006 konnte die FPÖ unter H.-C. Strache mit 21 Mandaten klar den Wiedereinzug in den Nationalrat fixieren

musste sich sprichwörtlich alles hart erkämpfen: angefangen vom simplen Computer über jeden Schreibtisch und den dazu gehörigen Sessel, gar nicht zu reden von geeigneten Büroräumlichkeiten oder, wohl am wesentlichsten, finanziellen Mitteln, um überhaupt Mitarbeiter einstellen zu können.

Der neu gewählte Klubobmann Heinz-Christian Strache und sein Klubdirektor Norbert Nemeth ließen sich mit ihrer Mannschaft jedoch nicht beirren und kämpften im Hintergrund mit harten Bandagen – und letztlich hoch erfolgreich, wie die Geschichte zeigt.

Dass neben den organisatorischen Herausforderungen sofort auch die parlamentarischen und politischen keine Sekunde auf sich warten ließen, interessierte die mediale Öffentlichkeit nicht, schon gar nicht den politischen Gegner. Einhundert Tage Schonfrist, wie es etwa bei einer Regierung nach Neuantritt üblich ist, gönnte man den Freiheitlichen nicht, und eine solche wollten auch die Freiheitlichen sich selbst nicht gönnen.

Zwei Untersuchungsausschüsse als Bewährungsprobe ...

Während die beiden Altparteien SPÖ und ÖVP nach der Ära Schüssel noch mit Regierungsverhandlungen beschäftigt waren, konnte man im so genannten „Spiel der freien Kräfte“ im Nationalrat zwei Untersuchungsausschüsse installieren – einmal den „Eurofighter-Unter-



suchungsausschuss“ und einmal den „Banken-Untersuchungsausschuss“. Beide waren von den künftigen Koalitionspartnern SPÖ und ÖVP wohl als gegenseitiges Faustpfand gedacht, boten aber vor allem für die Opposition – dabei führend die FPÖ – reichlich Gelegenheit, Aufklärung über Missstände der Republik zu finden und gleichzeitig aufzuzeigen, dass man als wiedererstarkte Oppositionspartei den politischen Gegnern ebenso keine Schonfrist gewähren wollte.

Herausforderung Hohes Haus: Für die junge Führungsmannschaft unter H.-C. Strache 2006 kein Hindernis

Dass diese beiden Untersuchungsausschüsse, die ab Jänner 2007 ihre Arbeit voll aufnehmen, für die immer noch um parlamentarische Ressourcen ringende FPÖ eine zusätzliche Bewährungsprobe waren, versteht sich dabei von selbst, sind doch Untersuchungsausschüsse auch unter normalen Umständen für jeden Parlamentsklub eine besondere Kraftanstrengung. Doch auch diese Probe wurde mit Bravour gemeistert, ohne dabei das parlamentarische „Alltagsgeschäft“ einer Oppositionspartei zu vernachlässigen.

Den Vorsitz im so genannten Banken-Untersuchungsausschuss führte dabei der später Dritte Nationalratspräsident Dr. Martin Graf, im Eurofighter-Untersuchungsausschuss war der spätere Landesobmann der FPÖ Oberösterreich, Dr. Manfred Haimbuchner, maßgeblich beteiligt.

In weiterer Folge gab es in dieser Gesetzgebungsperiode im Jahr 2008 noch einen weiteren, dritten Untersuchungsausschuss unter freiheitlichem Vorsitz. So leitete der spätere Volksanwalt Dr. Peter Fich-

Fortsetzung auf Seite 23 ►

“
Ich war zwar schon zehn
Jahre im Wiener Landtag
und war dort auch Klub-
obmann, aber man kommt
natürlich mit einer Ehr-
furcht ins Hohe Haus.
”



„Der Parlamentsklub ist das Herz der Partei“

Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache
über ein Jahrzehnt seines Wirkens als Klub-
obmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Die FPÖ war mit der Abspaltung des BZÖ quasi als Auslaufmodell vorgesehen, auch parlamentarisch. Nur zwei Abgeordnete sind verblieben, es gab keinen Klub, nichts. Und dann, bei der Neuwahl im Jahr 2006, der erste Erfolg der FPÖ mit ungefähr elf Prozent und dem Wiedereinzug ins Parlament. Wie haben Sie das damals empfunden?

Heinz-Christian Strache: Wenn ich die Ereignisse des Jahres 2005 Revue passieren lasse, kann ich das nicht anders bezeichnen als einen massiven politischen Anschlag auf die Freiheitliche Partei – mit dem Ziel, uns zu vernichten. Denn wir hatten ja eigentlich eine klare

Vereinbarung mit Jörg Haider, ausgemacht war, dass wir gemeinsam am Wiederaufbau der FPÖ arbeiten, Jörg Haider als Obmann, ich als geschäftsführender Obmann. Aber nach einer Reise Haiders nach Kanada war plötzlich alles anders, er gab – für uns völlig überraschend – die Gründung des BZÖ bekannt. Ich kann mich noch gut erinnern, dass Hilmar Kabas und ich eigentlich einen Termin mit ihm gehabt hätten und dann von einem Journalisten über die BZÖ-Gründung informiert wurden. Haider kam später doch noch und hat sich verabschiedet, er meinte, er könne nicht anders.

Wir haben auf jeden Fall mit dem Wiederaufbau der FPÖ begonnen – obwohl wir zunächst ja nicht einmal wussten, welche Abgeordneten im Parlament wirklich zu uns stehen würden. Letztlich waren es nur Reinhard Bösch und Barbara Rosenkranz. Das heißt, wir hatten den Klubstatus verloren, dazu braucht man mindestens fünf Mandate, den FPÖ-Parlamentsklub gab es de facto zu diesem Zeitpunkt nicht. Eine Katastrophe, wenn man so will.

Bis hin zur Wiener Wahl wusste man nicht, „Gebt's weiter, gebt's nicht?“, und parlamentarisch war ja

tenbauer für die FPÖ den Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Innen- und Außenministerium.

Neue Regierung – alter Proporz

Anfang des Jahres 2007 wurde dann auch eine neue Regierung angelobt – Bundeskanzler wurde SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer, sein Vize wurde der ÖVP-Obmann Wilhelm Molterer. Mit deren Koalition wurde dann auch die Tradition der so genannten „Großen Koalition“ wiederbelebt, die damals noch ein letztes Mal über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat verfügte.

Auch diese Neuauflage von Rot-Schwarz nach fast siebenjähriger Unterbrechung machte die Notwendigkeit einer starken freiheitlichen Oppositionskraft offenbar. Denn ohne ein solches Korrektiv wäre die Republik dem Proporz und der starren Politik von SPÖ und ÖVP vollends ausgeliefert, wie die folgenden Jahre bis zum heutigen Tage beweisen sollten.

Von null auf hundert(e) ...

Dass die Freiheitlichen auch schon in dieser ersten Gesetzgebungsperiode nach ihrem Wiedereinzug in den Nationalrat voll loslegten, bewiesen auch die Zahlen und Statistiken der XXIII. Gesetzgebungsperiode. Hunderte Anfragen beschäftigten die roten und schwarzen Ministerien von Anfang an, und



Unter SPÖ-Gusenbauer und ÖVP-Molterer feiert die „Große Koalition“ fröhliche Urständ



erst die NR-Wahl im Herbst 2006 die Wiederauferstehung ...

Strache: In Wahrheit haben wir bereits mit der Wiener Wahl im Herbst 2005 allen, die uns quasi schon abgeschrieben und totgesagt hatten, das Gegenteil bewiesen. Von dieser Phase der Spaltung weg bis zur Wiener Wahl: Das war harte Arbeit. Ich kann mich zum Beispiel noch gut daran erinnern, dass 2004, bevor ich Landesobmann geworden bin, anfangs teilweise nur ein Handvoll Menschen zu den Veranstaltungen in Wien kam, bis es dann im Laufe der Zeit 100, 200 und immer mehr wurden. Und ich habe damals immer wieder gehört „Was Sie sagen, ist ja richtig, aber so lange es den Jörg Haider gibt, und so lange diese unglaubliche

Politik fortgesetzt wird, können wir Euch nicht wählen!“ Das Interessante war allerdings, nachdem dieser politische Anschlag auf die FPÖ verübt worden war, als wir dann in den Wiener Wahlkampf gingen, hat sich die Stimmung gedreht: Die Menschen haben die personelle Änderung an der Spitze der FPÖ positiv aufgenommen, sie haben uns nun wieder vertraut. Mit soliden 15 Prozent spiegelte unser Wahlergebnis in Wien diesen neuen Zuspruch, das Vertrauen, das nun in uns gesetzt wurde, auch wider. Das war auch ein Hoffnungsschimmer für die Freiheitlichen in allen anderen Bundesländern, ein Orientierungspunkt: Denn ab diesem Zeitpunkt wackelten viele „Wackler“ in der Partei

nicht mehr, sie haben in der FPÖ wieder ihre Zukunft gesehen. Egal, ob Steirer, Oberösterreicher oder Vorarlberger: Spätestens ab diesem Herbst 2005 war die FPÖ – abseits des Sonderfalles Kärnten – geeint. Mit dem Ergebnis der Landtagswahl in Wien haben wir die Basis für den Erfolg bei der Nationalratswahl 2006 geschaffen: Mit diesen elf Prozent ist es uns gelungen, die Partei endgültig zu konsolidieren, wir sind mit 21 Abgeordneten ins Parlament eingezogen und hatten wieder den Klubstatus.

Wie haben Sie das empfunden? Sie haben auf Bundesebene keine parlamentarische Erfahrung gehabt, waren aber auf einmal Klubobmann im Nationalrat. Wie war das am

ebensoviele Anträge mit zentralen freiheitlichen Forderungen machten von der ersten Nationalratsitzung an klar, welchen Anspruch die FPÖ stellte.

“
Nur die FPÖ steht einer weiteren EU-Zentralisierung nicht nur kritisch, sondern ablehnend gegenüber.
”

Wesentlich zu erwähnen ist wohl auch, dass gegen den vehementen Widerstand der Freiheitlichen im Jahr 2007 die Briefwahl auf Bundesebene eingeführt wurde. Wie man nun weiß, war das wohl eine hochberechtigte Kritik, denkt man an die jüngsten Geschehnisse rund um die Bundespräsidentenwahl des Jahres 2016. Ebenfalls setzen ÖVP und SPÖ mit ihrer noch vorhandenen Zwei-Drittel-Mehrheit eine Verlängerung der Nationalrats-Gesetzgebungsperiode von vier auf fünf Jahre durch sowie die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre – Letzteres mit freiheitlicher Zustimmung.

Vorboten des EU-Zentralisierungswahns

Auch in diese Gesetzgebungsperiode fiel die Beschlussfassung über den „Vertrag von Lissabon“ – gegen den sich die Freiheitlichen vehement und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzten, zumal dieser eine weitere Zentralisierung der EU bedeutete und schon aus damaliger Sicht klar war, dass mit diesem Vertrag Europa in die falsche Richtung geht. Wenn auch alle freiheitlichen Versuche zu dessen Verhinderung mit politischen Mehrheiten abgeschmettert wurden, so war spätestens damit klar, dass einzig die FPÖ kritisch und ablehnend einer weiteren Zentralisierung der EU gegenüber steht und alle anderen maßgeblichen politischen Kräfte dieser – im Gegenteil – das Wort reden.

Anfang, das Verhältnis zu den anderen Parteien, das Verhältnis zur eigenen Wählerschaft ...

Strache: Ich war zwar schon zehn Jahre im Wiener Landtag und war auch Klubobmann, aber man kommt natürlich mit einer gewissen Ehrfurcht ins Hohe Haus. Und zu Beginn war alles etwas chaotisch: Denn es gab für uns keine Klubräumlichkeiten, man hat uns nur Ersatzräumlichkeiten zugewiesen, mit diversen Kisten sind wir dort eingezogen. Dieser Zustand dauerte mehr als ein halbes Jahr an, erst dann hatten wir ordentliche Büroräumlichkeiten. Zusätzlich mussten wir uns davor auch noch mit Namensstreitigkeiten herumschlagen. Wir mussten zunächst als Partei um den Namen „FPÖ“

kämpfen und dann auch noch als Parlamentsklub. Das war eine schwierige Situation. Wir sind natürlich mit Ehrfurcht und einer gewissen Demut an die parlamentarische Arbeit herangegangen, haben aber relativ rasch gemerkt: Die kochen auch nur mit Wasser wie im Wiener Landtag oder anderswo. Und ebenso rasch haben wir erkannt, dass die große „Qualität“ bei den anderen Fraktionen nicht da ist – zumindest nicht so, wie ich es mir damals von Abgeordneten, die oft jahrelang im Hohen Haus saßen, erwartet hätte.

Das BZÖ hat es 2006 ja auch knapp in den Nationalrat geschafft. Man hat also am Anfang im Dritten Lager noch einen Konkurrenten gehabt. Wie war das?

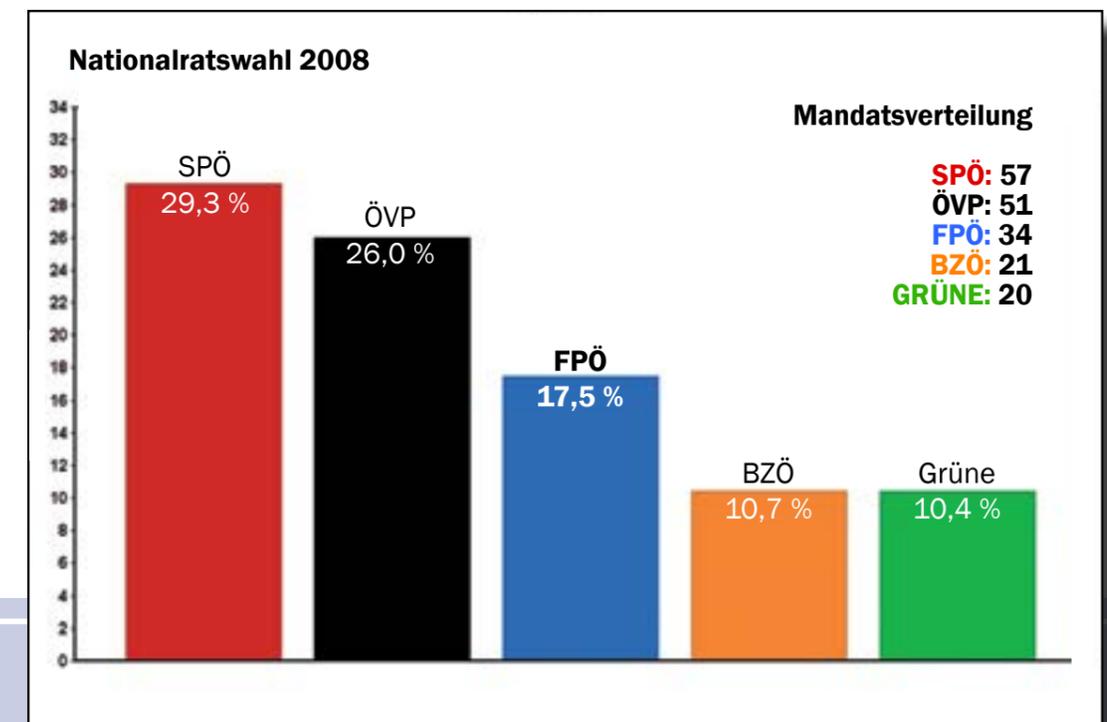
Strache: Das war eine un-gute Situation. Denn die Damen und Herren in Orange hatten ja nichts Besseres zu tun, als permanent gegen uns vorzugehen, jede auch noch so kleine Möglichkeit wurde dafür genutzt. Unsere Strategie war eine andere, wir haben uns auf unsere Stärken konzentriert. Wir waren wieder das Original, die FPÖ, die sich wieder auf ihre eigentlichen Stärken und Wurzeln besonnen hat.

Man könnte das am Beispiel Coca Cola festmachen: Die FPÖ als „Coca Cola“ und das BZÖ war nur „Cola Light“. Da war der Widerspruch in Wahrheit sehr stark, aber wir haben nach der Spaltung unseren urfreiheitlichen Weg befreit umsetzen können.

Vorzeitige Auflösung des Nationalrates

Nachdem das Klima in der Wiederauflage der letzten echten „Großen Koalition“ allerdings von vorneherein vergiftet war, kam es bereits nach nicht einmal zwei Jahren zur vorzeitigen Beendigung der Gesetzgebungsperiode bzw. Auflösung des Nationalrates – dies mit den bekannten Worten Wilhelm Molterers „Es reicht!“ im Juni 2008. Es folgte ein interessanter Wahlkampf, der auch parlamentarisch geführt wurde. Denn nach Auflösung der Koalition herrschte im Hohen Haus das sogenannte „Spiel der freien Kräfte“, und in mehreren Nationalratssitzungen wurden – auch mit entsprechendem Zutun der Freiheitlichen – verschiedenste Gesetzesbeschlüsse gefasst.

17 Prozent und 34 Mandate: Die FPÖ wurde zur stärksten Oppositionskraft im Land



Ein gewisses innerparteiliches Problem war damals auch die Affäre um die Fotos und die Versuche Ewald Stadlers querzuschießen. Wie sehen Sie das im Nachhinein?

Strache: Das war auf jeden Fall eine unangenehme Situation. Denn wenn du von Personen, von denen du eigentlich geglaubt hast, sie ziehen mit dir an einem Strang, plötzlich mit einem Erpressungsszenario konfrontiert wirst, ist das natürlich eine ganz unangenehme Sache. Ich lassen mich aber grundsätzlich nicht erpressen und in so einer Ange-

legenheit gibt es dann nur den Schritt nach vorne: Es sich nicht gefallen zu lassen, es aufzudecken und aufzuzeigen, die Krise zu bewältigen und zu bereinigen, das ist der einzig richtige Weg. Das haben wir durchgezogen, auch wenn es gedauert hat. Das war ein Prozess, der zwar mit medial-öffentlicher Begleitung stattgefunden hat, der aber auch heilsam und wichtig war.

Ein Problem war ja auch, dass die Grünen damals knapp vor der FPÖ gelegen sind und sowohl den Dritten

Nationalratspräsidenten, als auch den Volksanwalt gestellt haben. Wie war das zu bewerten, zumal die Freiheitlichen immer mit dem historischen Anspruch ins politische Rennen gegangen sind, die dritte Kraft zu sein ...

Strache: In der Tat, wir wurden damals mit elf Prozent knapp nicht mehr drittstärkste Kraft, auf die Grünen fehlten uns nur 400 Stimmen. Wir hatten aber auch die Größe, das, was Usus in der Zweiten Republik war, auch einzuhalten, nämlich, dass die drittstärkste Partei auch den Dritten Präsidenten



2008 konnten die Freiheitlichen dank des klaren dritten Platzes bei der Wahl mit Martin Graf auch das Amt des Dritten Präsidenten des Nationalrates erlangen

Dass diese Beschlüsse den Steuerzahler rund eine Milliarde Euro kosteten, wirkte allerdings nur wenig nach, geschah doch noch vor der eigentlichen Wahl zum neuen Nationalrat die Lehman Brother-Pleite, die auch in Österreich den Nationalrat noch vor Neukonstituierung zur Rettung der heimischen Banken in Abermilliarden-Höhe nötigte und den Beginn der noch andauernden Weltfinanz- und Wirtschaftskrise bedeutete. Ein Umstand, der nicht nur in die darauffolgende Gesetzgebungsperiode nachwirkte.

Die stärkste Opposition im Land

Plus sieben Prozent lautete das Ergebnis für die Freiheitlichen bei der Nationalratswahl 2008, 17 Prozent und 34 Mandate konnte man erobern, klar und deutlich die stärkste Oppositionskraft im Land werden – und auch den direkten Konkurrenten Jörg Haider deutlich auf die Plätze verweisen. Und man konnte den Dritten Präsidenten des Nationalrates wiedererobern, nachdem man dieses Amt um nur wenige Stimmen im Jahr 2006 an die Grünen verloren hatte.

Stimmenstärkste Partei wurde die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) mit Werner Faymann, die große Stimmenverluste gegenüber der Wahl 2006 hinnehmen musste. Mit noch schwereren Verlusten wurde die Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit Wilhelm Molterer Zweitplatzierte. Beide Parteien erreichten bei dieser Wahl ihr bis dahin

schlechtestes Ergebnis in der Zweiten Republik – und verloren, ganz wesentlich für das weitere Geschehen, ihre Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat.

Nachdem die SPÖ bei der Nationalratswahl also den ersten Platz verteidigen konnte, fiel ihr gemäß der parlamentarischen Tradition der Anspruch auf den Ersten Nationalratspräsidenten zu. Die SPÖ nominierte in der Folge erneut Barbara Prammer, die diese Funktion seit dem 30. Oktober 2006 innehatte. Bei der Wahl der Nationalratspräsidenten wurde Prammer am 28. Oktober 2008 mit 140 von 182 Stimmen gewählt. Die ÖVP nominierte für das Amt des Zweiten Nationalratspräsidenten erneut Michael Spindelegger, dem 142 von 170 gültigen Stimmen zufielen. Die Nominierung von Martin Graf zum Dritten Nationalratspräsidenten durch die FPÖ war von den Grünen und Teilen der SPÖ im Vorfeld auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Burschenschaft Olympia heftig kritisiert worden. Die Grünen nominierten mit dem ehemaligen Klubobmann Alexander Van der Bellen auch einen Gegenkandidaten. Graf wurde schließlich mit „nur“ 109 Stimmen gewählt, während Van der Bellen 27 Stimmen erhielt und 20 Stimmen auf andere Kandidaten entfielen. Graf dürfte bei seiner Wahl nur wenige Stimmen von der SPÖ erhalten haben – nachdem ÖVP, FPÖ und BZÖ, welche die Wahl Grafs unterstützten, zusammen 105 Stimmen auf sich vereinten. Nachdem zwischen 2006 und 2008 die Grünen den Dritten Nationalratspräsidenten gestellt hatten, kam durch die Wahl Grafs die Funktion wieder in die Hände der FPÖ, zumal diese ja nun auch wieder klar an der dritten Stelle zu liegen kam.

Die Kampagne gegen Martin Graf setzte sich die gesamte Gesetzgebungsperiode über fünf Jahre fort. Hintergrund dabei ist, dass die Grünen –

“
Das Gespräch mit Haider drei Tage vor seinem Tod war mir menschlich wichtig. Er wollte aber in Wahrheit wohl vor allem uns Freiheitliche unter Druck setzen, in eine Dreier-Koalition mit dem BZÖ und der ÖVP zu gehen.
 ”

stellt. Wir haben damals daher keinen Kandidaten für das Amt des Dritten Präsidenten aufgestellt, weil wir uns an die Usancen gehalten haben. Das haben die Grünen in Folge umgekehrt und zwei Jahre später aber nicht akzeptiert, als sie deutlich(!) Vierte wurden. Das zeigt einmal mehr den demokratiepolitischen Unterschied zwischen uns Freiheitlichen und den Grünen auf.

Trotz des Umstandes, dass die Grünen eben die knapp stärkere, zwar mandatsgleiche Oppositionspartei waren, war trotzdem relativ schnell klar, dass die FPÖ die eigentliche Oppositionskraft ist. Wie hat sich das ergeben?

Strache: Die Grünen haben damals schon versucht, sich strategisch als möglicher Mehrheitsbeschaffer für eine Koalitionsva-

riante – entweder für Rot-Grün oder Schwarz-Grün – zu positionieren, oder sich notfalls für eine Dreivariante anzubiedern. Das war unüberschbar. Wir Freiheitliche haben im Gegensatz dazu echte Oppositionsarbeit gemacht. Wir haben die meisten Anträge und Anfragen gestellt, waren also eine sehr aktive Opposition, wir waren definitiv von Anfang an der Stachel im Fleisch der Regierung. Und wir konnten auch realpolitisch einiges umsetzen. Die beiden Untersuchungsausschüsse zum Eurofighter-Kauf und zu den Banken beispielsweise wurden aufgrund meiner Verhandlungen mit dem damaligen SPÖ-Klubobmann Cap erst möglich. Ganz wesentlich dabei war, dass ich durchgesetzt habe, dass der Vorsitz der

jeweiligen Ausschüsse durch die Oppositionsparteien besetzt werden sollte – einmal durch die Grünen, einmal durch uns Freiheitliche. Wobei ich mich entsinne, dass für uns an sich klar war, dass wir den Grünen Peter Pilz als Eurofighter-Untersuchungsausschuss-Vorsitzenden akzeptieren. Jedoch hat dann Ewald Stadler begonnen querzuschießen und damit das gesamte Verhandlungsergebnis riskiert. Zum Glück ging dennoch alles gut und Martin Graf führte im Banken-Untersuchungsausschuss den Vorsitz ganz hervorragend.

Nach dem gescheiterten Versuch der Wende-Regierung Schüssel I und II ist ja die große Koalition im Jahr 2006 wieder ins Amt gekommen

– auch noch mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit ausgestattet. Was war da dann die freiheitliche Rolle?

Strache: Da muss ich etwas weiter ausholen: Von der Spaltung weg, 2005, als wir keinen Klubstatus im Parlament hatten, habe ich als neuer Obmann zweimal versucht, einen Termin bei Wolfgang Schüssel zu bekommen. Er hat es allerdings nicht einmal für notwendig befunden, auf mein Schreiben zu reagieren, sondern er ließ jemanden aus seinem Sekretariat anrufen und ließ mir mitteilen, dass er keine Notwendigkeit für einen Termin mit mir sieht. 2006 aber, kaum waren wir mit 21 Abgeordneten ins Parlament eingezogen, kam sofort ein Anruf aus dem Büro Schüssel mit der Bitte um ein rasches Gespräch. Dem

bin ich natürlich nachgekommen, zumal es in einer Demokratie selbstverständlich sein sollte, dass Parteichefs miteinander reden. Das Gespräch selbst war für mich ein ganz interessantes Erlebnis: Es begann sinngemäß damit, dass Schüssel meinte, wir hätten jetzt die Chance einer Regierungsbeteiligung, wir könnten so und so viel Minister und Staatssekretäre stellen und wie ich denn dazu stünde. Ich saß dort und dachte mir nur: Ich bin im falschen Film, das kann ja wohl wirklich nicht sein Ernst sein. Nach so vielen Gräben, die aufgerissen wurden, wo es keinerlei Vertrauensbasis gab, ein Gespräch in dieser Form zu

beginnen, empfand ich als anmaßend und unangemessen.

Dass man Vertrauen wieder aufbaut, die Gräben zuschüttet, und wenn das gelungen ist, inhaltliche Debatten führt, bei denen man vielleicht Gemeinsamkeiten findet, und wenn es diese tatsächlich gibt, am Ende vielleicht als mögliches Ergebnis eine Zusammenarbeit stehen könnte: Das ist doch die einzig richtige Reihenfolge. Aber spätestens zu dem Zeitpunkt war mir klar: Halt, wenn das früher auch so funktioniert hat, na dann

wie aus einem der Öffentlichkeit zugespilten Papier im Jahr 2009 hervorging – gezielt so genanntes „Dirty Campaigning“ vor allem gegen freiheitliche Spitzenfunktionäre plant und auch durchzog.

Nachdem Michael Spindelegger sein Amt am 2. Dezember 2008 nach seiner Wahl zum Außenminister zurückgelegt hatte, wurde Fritz Neugebauer (ÖVP) zu seinem Nachfolger gewählt. Er wurde am 3. Dezember 2008 mit 124 von 162 abgegebenen Stimmen gewählt. 38 Stimmen entfielen auf andere Abgeordnete.

Das Amt des Klubobmanns in der SPÖ übernahm Josef Cap, der bereits zuvor das Amt innegehabt hatte. In der ÖVP war zunächst Josef Pröll Klubobmann. Nach seiner erneuten Wahl in die Bundesregierung wurde er von Karlheinz Kopf abgelöst. In der FPÖ übernahm Heinz-Christian Strache die Funktion erneut, während das BZÖ Josef Bucher zum Klubobmann wählte. Zuvor hatte lange Zeit Stefan Petzner als Favorit für das Amt des BZÖ-Klubobmanns gegolten. Bei den Grünen löste Eva Glawischnig-Piesczek den langjährigen Klubobmann Alexander Van der Bellen an der Klubspitze ab. Klubobmann des Team Stronach, das im November 2012 als Klub anerkannt wurde, war Robert Lugar.



den Anfang vom Ende des BZÖ. Am 16. Dezember 2009 wurde von Uwe Scheuch und Heinz-Christian Strache in Wien bekannt gegeben, dass sich die Führung der Kärntner Landesgruppe mehrheitlich aus dem BZÖ herauslösen und in Zukunft unter der Bezeichnung „Die Freiheitlichen in Kärnten (FPK)“ als selbstständige Partei in eine Kooperation mit der FPÖ eingehen werde, da sie den neo-liberalen Kurs von BZÖ-Obmann Josef Bucher nicht mehr mittragen könne. Diese Kooperation wurde von Strache, Scheuch und dem neuen geschäftsführenden Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann Christian Leyrouz am 22. Juni 2010 verkündet. Ziel dieser Kooperation war es, das „freiheitliche Lager“ wieder zu vereinen und auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten,

Dezember 2009: Uwe Scheuch und H.-C. Strache besiegeln den Kooperationsvertrag zwischen FPÖ und dem Kärntner BZÖ, welches wieder in die freiheitliche Familie heimkehrt

“
Für uns waren diese fünf Jahre – 2008 bis 2013 – auf jeden Fall wichtig, um unsere Glaubwürdigkeit weiter auszubauen, um das Vertrauen der Menschen in unsere freiheitlichen Werte weiter zu stärken und dann den nächsten Schritt zu setzen.
”

Nach dem Tod Haiders – der Weg in die Wiedervereinigung

Nachdem unmittelbar nach der Nationalratswahl der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider tödlich verunglückte, wurde der Weg zur Wiedervereinigung der Kärntner Freiheitlichen mit der Bundes-FPÖ frei, gleichzeitig bedeutete das auch

pel-Stadion trafen wir aufeinander und er sprach mich an. Dazu muss man wissen: Zu Alfred Gusenbauer hatte ich immer ein sehr korrektes Ver-

hältnis. Wenn er etwas gesagt hat, dann hatte das Hand und Fuß, er hat sich immer fair und hochanständig verhalten. Daher gab es zwischen uns auch eine Vertrauensebene, die von gegenseitiger Wertschätzung getragen war. Gusenbauer kam also während dieses Fußballspiels auf mich zu und fragte, ob ich Zeit hätte, er würde mich in den nächsten Tagen um ein Gespräch bitten und zumindest einmal darüber reden wollen, ob wir uns eine Zusam-

menarbeit vorstellen könnten. Ich habe ihm mitgeteilt, dass wir immer reden können, was wie gesagt meines Erachtens wesentlich ist. Es kam nur nicht mehr zu dem Gespräch, da Gusenbauer diese Woche politisch nicht „überlebte“ und bekanntlich von Werner Faymann abgesetzt wurde. Aber es ist eine interessante Anekdote, die zeigt, dass doch da und dort, sowohl von der einen als auch von der anderen Seite – je nach Situation, wie sehr man an der Wand steht – der Bedarf da ist, absurde Ausgrenzungsentwicklungen gegenüber der FPÖ aufzubrechen und abzuändern.

von der Wiener SPÖ fallen gelassen wurde. Faymann hat ihn ersetzt, und Molterer hat gleichzeitig eine Neuwahl ausgerufen. Wir erleben dann einen Wahlkampf im Sommer, wo die ÖVP sich definitiv mehr ausgerechnet hat – wie wir wissen, ist das für sie schief gegangen. Aber für die Freiheitlichen kam es einerseits zu einer Auseinandersetzung mit SPÖ und ÖVP, und – wenn man so will – einem direkt ausgerichteten Wahlkampf im Vergleich mit dem BZÖ, zumal ja Jörg Haider im Jahr 2008 noch einmal angetreten ist. Wie hat sich das in der parlamentarischen Auseinandersetzung gezeigt, dass dieses BZÖ noch einmal versucht hat, der FPÖ beizukommen?

Strache: 2006 haben sie es ja nur mit viel Glück geschafft, Spitzenkandidat war Peter Westenthaler, und bis ganz knapp zum Ende der Briefwahlaus-

zählung war nicht klar, ob das BZÖ es ins Parlament schafft oder nicht. Sie haben es knapp geschafft, das BZÖ hätte aber damals schon sein Ende finden können, es stand an der Kippe. Das war auch Jörg Haider klar. Also hat er die Wahl 2008 noch einmal selbst als Spitzenkandidat in Angriff genommen und hat sich dafür quasi neu erfunden.

Denn er war sich dessen bewusst, dass wir Freiheitliche – wenn man so will – die klassischen, traditionellen Werte des Dritten Lager mit einer gewissen Modernität verkörpert haben. So wusste er also auch, dass es keinen Sinn gemacht hätte, uns zu kopieren. Er musste sich also neu erfinden, was er dann auch gemacht hat – sehr, sehr clever,

wie ich meine, indem er die ältere Generation und sehr stark auch das wirtschaftspolitisch interessierte Klientel angesprochen hat. Diese Zielgruppen anzusprechen, war gut und wichtig, etwas, was wir in der derzeitigen Phase der Partei auch versuchen, weiter auszubauen.

Aber – und das ist das Entscheidende –, das einzige wirkliche Wahlduell fand zwischen Haider und mir statt. Wir konnten uns bei den Wählern durchsetzen und haben gut sieben Prozent auf mehr als 17 Prozent der Stimmen zugelegt. Auch das BZÖ hat fast sieben Prozent zugelegt, so gesehen waren wir beide die großen Wahlsieger, aber im direkten Duell haben wir Freiheitliche uns behauptet. Das war psychologisch und auch für



wobei die FPK ihre Eigenständigkeit auf Landes- und Gemeindeebene behielt.

Für den Parlamentsklub bedeutete das auch gleichzeitig, dass drei Kärntner Mandatare im Nationalrat zur FPÖ wechselten und man somit über nunmehr 37, in weiterer Folge 38 Abgeordnete verfügte.

Eine Gesetzgebungsperiode im Zeichen des europäischen Zentralismus

Wesentliche Hauptaufgabe der Freiheitlichen war es unter ihrem Bundespartei- und Klubobmann H.-C. Strache, den Kampf gegen stärkste Zentralisierungstendenzen seitens der Europäischen Union zu führen. Die Brüsseler Eliten nutzten nämlich die Finanz- und Wirtschaftskrise vehement dazu, die bisher gescheiterten Versuche, Nationalstaatlichkeit einzuschränken, auszumerzen.

Anlassfall war zunächst die drohende Staatspleite Griechenlands, aufgrund derer man erste „Rettungspakete“ schnürte, die sich bereits in Milliardenhöhe bewegten, weiter über den Euro-Rettungsschirm, der die Kraft aller Vorstellungen sprengte und mit rund 700 Milliarden Haftungen ausgestattet wurde, bis hin zur Einsetzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), ebenfalls mit rund 700 Milliarden Euro ausgestattet. Damit einhergehend zog man den so-



Mit NEOS und Team Stronach zwei neue Parteien im Parlament: Strache mit Strolz und Nachbaur.

die nachhaltige Entwicklung der FPÖ wichtig. So kam es dann relativ rasch nach dieser Wahl zu dieser Aussprache mit Jörg Haider in meinem heutigen Parlamentsbüro, das ja zuvor einmal sein Büro gewesen war. Diese Aussprache war mir menschlich wichtig, aber es war schon auch klar, worauf er hinauswollte: Er wollte uns damals nach Möglichkeit so unter Druck setzen, dass wir in eine mögliche Dreier-Koalition gehen. Das war seine Strategie. Er hat damals gesagt, er habe brisante Unterlagen, die die Republik erschüttern würden. Ich habe das interessiert zur Kenntnis genommen, aber keine Details erfahren. Aber er dürfte einiges vorgehabt haben. Das alles geschah drei Tage vor seinem tödlichen Unfall.

Mit dem Tod Haiders war aber schnell klar, dass das BZÖ, das öffentlich von den beiden anderen Systemparteien gestützt wurde, als Faktor gegen die Freiheitlichen eigentlich keiner mehr sein wird, weil das ganze ohne Jörg Haider nicht wirklich was wert war. Wie hat sich das dann im Jahr 2009 gestaltet?

Strache: Haider meinte einmal in einem Interview, dass die FPÖ und das BZÖ, solange er und ich an der Spitze dieser beiden Bewegungen sein würden, nicht mehr zusammenfinden würden, zumal eine Partei nicht zwei Alphatiere vertragen würde. Im Grunde aber war für Haider ohnehin nur Kärnten relevant. Das „restliche“ Österreich, die anderen acht Bundesländer haben von der Abspaltung weg den Neuaufbau der FPÖ mitgetragen

und sich mit der Erneuerung der FPÖ identifiziert. Da waren also acht Bundesländer, in denen klar war, dass die FPÖ die politische Heimat ist, und in denen es das BZÖ im Wesentlichen nicht gab. Bei der Wiener Landtagswahl etwa hat das BZÖ 0,7 oder 0,9 Prozent erreicht. Da war schon klar, dass das BZÖ sich bei einer

nannten „Fiskalpakt“ durch, der dazu führte, dass Österreich weitere Verluste seiner Eigenständigkeit und staatlichen Hoheit – gegenständiglich im Bereich der Budgethoheit – hinnehmen musste. Auch hier waren die Freiheitlichen die einzige maßgebliche Kraft, die alle Mittel ausschöpfte, um den ESM, aber auch den Fiskalpakt zu verhindern.

Parlamentarische Kontrolle unter wesentlicher freiheitlicher Beteiligung

Auch in dieser Gesetzgebungsperiode wurden zwei Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Einmal im Sommer 2009 der so genannte „Spitzel-U-Ausschuss“, der Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments aufklären sollte und in der für die Freiheitlichen Dr. Martin Graf, Dr. Walter Rosenkranz und Werner Neubauer für Aufklärung sorgten.

Des weiteren gab es ab Herbst 2011 einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Korruptionsvorwürfen, der sich rund ein Jahr mit verschiedensten fragwürdigen Vorgängen rund um Vergaben und Gebarung der Bundesregierung in der Vergangenheit drehte – unter anderem mit der BUWOG- und Telekom-Affäre sowie etwa der Behördenfunkvergabe (Tetron). Vorsitz führte auch hier wieder ein Freiheitlicher, konkret Dr. Walter Rosenkranz, später Landesparteiobmann der FPÖ Niederösterreich.

bewegt, bei Nationalratswahlen konnten wir das etwas kompensieren und besser abschneiden.

Aber trotzdem war nach der Wahl 2008 klar, dass die FPÖ die große Oppositionspartei ist, das BZÖ war nach Haiders Tod führungslos, und die Grünen waren klar abgeschlagen. Man hat wieder den Dritten Präsidenten des Nationalrates bekommen, man hat den Volksanwalt bekommen und wieder wirklich als starke dritte Kraft agiert. Wie haben Sie diese Periode in Erinnerung?

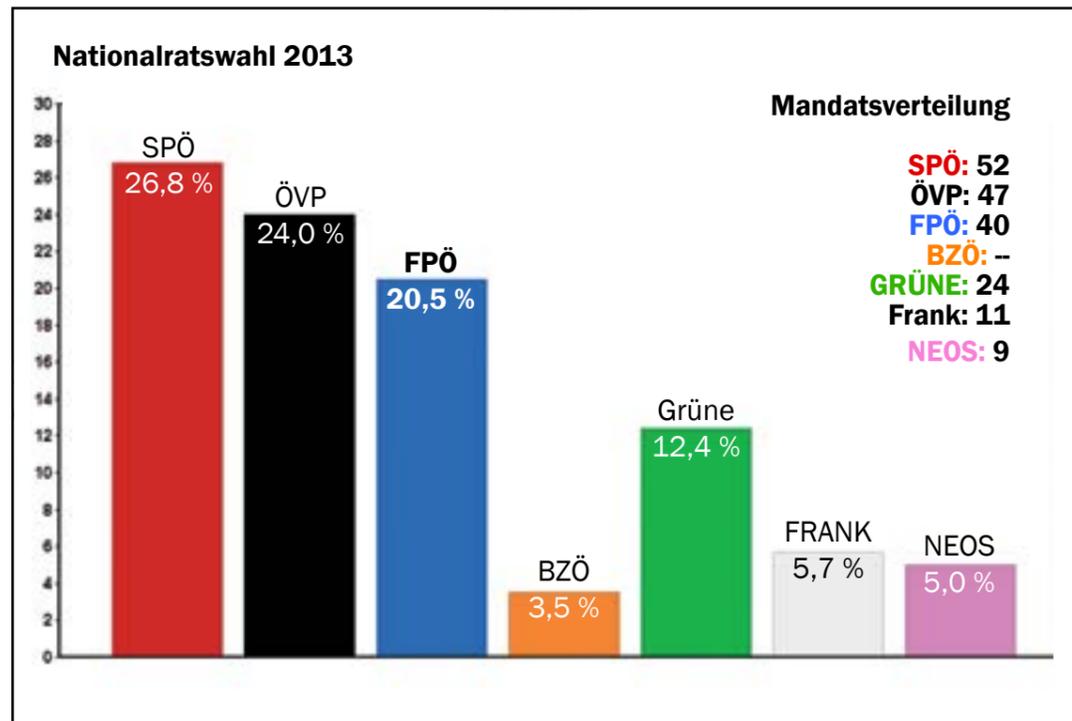
Strache: Das war natürlich schön. Wenn man eine Partei bei drei Prozent übernimmt, wenn das gesamte System versucht, diese Partei „loszuwerden“, dann gelingt in relativ kurzer Zeit die Konsolidierung und der Neuaufbau und man darf eine wiederer-

starke FPÖ erleben, die sich als dritte Kraft nachhaltig positioniert, dann ist das natürlich auch eine große Genugtuung.

Und natürlich ist es schön, wenn man wieder den Dritten Präsidenten und den Volksanwalt stellt, nachdem wir beide Positionen ja verloren hatten, wenn man auch da oder dort wieder in eine Ebene kommt, wo man tatsächlich gesehen hat, dass es möglich ist, das System aufzubrechen. Aber wir haben uns damit nicht zufrieden gegeben, sondern waren der Überzeugung, dass unser Anspruch ein wesentlich höherer ist, dass wir zur stärksten politischen Kraft werden wollen.

Für uns waren diese fünf Jahre auf jeden Fall wichtig, um unsere Glaubwürdigkeit weiter





2013 kann die FPÖ trotz harten Gegenwinds weiter deutlich zulegen

Am Sprung an die Spitze

Es sollte eine bemerkenswerte Gesetzgebungsperiode werden, nicht nur, weil es sich um die XXV. handelt, sondern weil in dieser verschiedenste Faktoren als historisch zu bezeichnen sind. Zunächst das Wahlergebnis: Zum ersten Mal in der Geschichte des Nationalrates zogen sechs Parteien ins Parlament ein.

auszubauen, um das Vertrauen der Menschen in unsere freiheitlichen Werte weiter zu stärken und dann den nächsten Schritt zu setzen.

Sie waren dann schon das zweite Mal Klubobmann und schon ein Routinier. Wie war das Verhältnis zu Ihrem Gegenüber bei den Sozialisten, zur ÖVP und auch zu den anderen Oppositionsparteien im Parlament?

Strache: Es ist ja fast absurd, aber wenn ich sage, dass ich eine gute Gesprächsebene zu SPÖ-Klubobmann Cap hatte, schade ich dem Kollegen Cap damit vermutlich. Aber ja, ich hatte zu ihm immer eine ehrliche, vertrauliche Gesprächsbasis, und man wusste, woran man ist. Und wenn etwas vereinbart wurde, dann hatte das Handschlagsqua-

lität. Bis man zu Vereinbarungen kam, hat es zwar oft lange gedauert – oder manchmal hat es gar nicht funktioniert. Aber wenn es eine Vereinbarung gab, dann hat die auch gehalten. Das war etwas, das ich für die ÖVP in dieser Form leider nicht bestätigen kann, wobei ich zu Karlheinz Kopf auch ein sehr gutes Verhältnis hatte und auch heute noch habe.

Zu den Grünen und zum Rest des BZÖ?

Strache: Das war auf die sachlichen Notwendigkeiten beschränkt. Seitens des BZÖ war immer eine gewisse Form von Neid uns gegenüber spürbar, insbesondere bei Seppi Bucher. Und Grünen-Chefin Eva Glawischnig kann ihre nahezu körper-

liche Abneigung uns gegenüber nicht verstecken. Es ist zwar schade, aber wenn man spürt und merkt, mit wie viel Abneigung man uns gegenübertritt, dann bleibt es eben bei einer sachlichen Ebene.

Politisch inhaltlich ist in der Periode von 2008–2013 auf der einen Seite innenpolitisch im Grunde genommen nichts weitergegangen – da war Stillstand bei den beiden schrumpfenden Parteien SPÖ und ÖVP. Auf der anderen Seite steht die ganze Thematik auf europäischer Ebene, mit der weltweiten Krise, die auch Europa mitgerissen hat, Stichwort Stabilitätsmechanismus ESM und Co. Wie hat man das aus freiheitlicher Sicht gesehen, um da gegenzusteuern?

Geschuldet ist das vor allem der Stärke der FPÖ unter Heinz-Christian Strache, die in vielen Umfragen vor der Wahl im Herbst 2013 so gut lag, dass man offensichtlich danach trachtete, diesen Erfolg mit allen Mitteln zu verhindern. Eines dieser Mittel war die Gründung einer neuen „Bewegung“, einer neuen Partei also, die im Wählerkreis der Freiheitlichen fischen und diesen möglichst viele Stimmen wegnehmen sollte. In der Person des Austrokanadiers Frank Stronach fand sich dann auch ein Mäzen, der mit seinem Namen gleich eine Partei gründete. Dieses „Team Stronach“ wurde von den Medien entsprechend gefördert und groß geschrieben und zog tatsächlich in den Nationalrat ein – dies mit rund 5,7 Prozent der Stimmen und elf Mandaten.



Ebenso neu im Parlament sind 2013 die NEOS, eine eher linksliberale Gruppierung, die weniger bei den Freiheitlichen, sondern vielmehr in ÖVP-Kreisen ihre Wähler fand, sie erreichten 4,9 Prozent und konnten neun Mandate ergattern.

Trotz dieses Gegenwinds und eines künstlichen Gegners – das Team Stronach zerbröselte unmittelbar nach der Wahl Stück für Stück – konnten Heinz-Christian Strache und die Freiheitlichen dennoch or-

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl: Er gilt als maßgeblicher Garant für freiheitliche Wahlerfolge

Strache: Eines vorweg: Es war offensichtlich, dass in diesen Themenfeldern die Grünen auch jederzeit bereit waren, die große Koalition zu unterstützen. Heute brauchen die Regierungsfaktionen entweder uns oder die Grünen für eine Verfassungsmehrheit. Es wäre daher wichtig, wenn wir so stark wären, dass es ohne uns überhaupt keine Verfassungsmehrheit mehr geben kann. Das ist das nächste Ziel, das wir haben.

Aber um auf ihre Frage zurückzukommen: Ja, das waren natürlich ganz entscheidende Fragen und selbstverständlich haben wir mitgeholfen, dass in dieser schwierigen Situation für unsere österreichischen Bankkunden die Sicherheit ihrer Spareinlagen gewährleistet wur-

de – was man uns dann später vorgeworfen hat. Aber das war notwendig und wichtig. Aber abseits des Bankenrettungspaketes haben wir zum Beispiel gegen den ESM und andere Euro-Rettungsmaßnahmen vehement Druck aufgebaut. Heute wissen nicht nur wir, dass der ESM schlicht eine Katastrophe ist. Den Maastricht-Vertrag, in dem verankert ist, dass die EU keine Schuldenunion werden darf, zu brechen, das haben wir klar abgelehnt. Dennoch ging man dann her und brach die eigenen Verträge. Und wir erleben demnächst das nächste Rettungspaket, das für Griechenland geschnürt werden soll. Das zeigt doch einmal mehr, dass die EU die Krise bis heute nicht bewältigt hat, im Gegenteil. Das ist

eine Blase, die weiter künstlich aufrecht erhalten und irgendwann platzen wird.

Vor dieser Entwicklung haben wir von Beginn an eindringlich gewarnt, wurden und werden dafür aber gern verhöhnt. Allerdings wird jeder Ökonom wohl eingestehen müssen, dass das auf Dauer nicht so funktionieren kann, wenn die EZB Ramsch-Anleihen kauft und wenn man Ländern wie Griechenland oder auch anderen, die sich nicht an die Euro-Kriterien halten, das Geld nachzuwirft. Das wird irgendwann nicht mehr finanzierbar sein und die Blase wird zwangsläufig platzen.

Und auch in Zusammenhang mit dem Brexit hat man nicht den Eindruck, dass das EU-Establishment dazu lernt. Man gewinnt

dentlich zulegen, waren also einmal mehr in den letzten zehn Jahren der einzig echte Wahlsieger. Mit 20,5 Prozent erreichte man 40 Mandate und konnte ein weiteres Mal die beiden ehemaligen „Großparteien“ erheblich schwächen.

Denn SPÖ und ÖVP mussten einmal mehr ein dickes Minus in der Wählergunst hinnehmen: Die Sozialisten verloren fast drei Prozentpunkte und kamen bei 26,8 Prozent und 52 Mandaten zu liegen, die Schwarzen errangen gerade noch 23,9 Prozent und 47 Mandate – absoluter Tiefststand für eine „Große Koalition“ seit 1945.

Auch erwähnenswert: Nur acht Jahre nach Gründung schaffte es die Kunstgeburt BZÖ nicht mehr, in den Nationalrat einzuziehen, womit für die FPÖ unter H.-C. Strache wieder die Alleinvertretung im freiheitlichen Lager klargestellt war.

Nachdem die SPÖ bei der Nationalratswahl den ersten Platz noch verteidigen konnte, fiel ihr gemäß der parlamentarischen Tradition der Anspruch auf den Ersten Nationalratspräsidenten zu. Die SPÖ nominierte in der Folge erneut Barbara Prammer, die diese Funktion seit dem 30. Oktober 2006 innehatte. Bei der Wahl der Nationalratspräsidenten wurde Prammer am 29. Oktober 2013 mit 147 von 176 Stimmen bzw. 83,5 Prozent im Amt bestätigt. Nach dem Rückzug von Fritz Neugebauer nominierte die ÖVP den bisherigen Klubobmann Karlheinz Kopf für das Amt des Zweiten Nationalratspräsidenten, wobei Kopf 140 von 182 Stimmen und damit genau 82 Prozent erhielt. Die FPÖ nominierte Norbert Hofer für das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten, nachdem sich der bisherige Dritte Nationalratspräsident Martin Graf nach andauernder Kampagnisierung gegen seine Person bereits vor der Nationalratswahl zurückgezogen hatte. Hofer wurde mit 118 von 178 abgegebenen Stimmen bzw. 66,3 Prozent gewählt.



viel eher den Eindruck, dass Brüssel jetzt erst recht den Umbau der EU zu einem zentralistischen Bundesstaat so schnell wie möglich durchsetzen will, auch gegen den Willen der Bevölkerung.

In dieser Phase hat sich immer stärker herauskristallisiert, dass die FPÖ unter Ihrer Führung auf der Überholspur ist – das BZÖ ist eben weggebrochen, und SPÖ und ÖVP mussten fürchten, bald ihre gemeinsame Mehrheit zu verlieren. Und justament damals gab es die Gründung des „Team Stronach“ ...

Strache: Laut gut informierten Kreisen sollen maßgebliche Personen aus dem BZÖ daran beteiligt gewesen sein. Es soll sogar ein Strategiepapier entwickelt worden sein. Da hat das

System schon mitgeholfen, wie auch schon vorher beim BZÖ selbst, als Schlüssel seine Finger im Spiel hatte. Das BZÖ war sozusagen eine Erfindung des Systems, um die FPÖ kaputt zu machen. Und als man gesehen hat, es gelingt nicht, dann wollte man uns zumindest in Schach halten, damit die freiheitliche Partei ja nicht so stark wird, um den Führungsanspruch im Land stellen zu können. Und als man schließlich erkennen musste, dass das mit dem BZÖ dauerhaft nicht funktioniert, hat man dann begonnen, andere politische Parteien zu forcieren, wie eben das Team Stronach, aber natürlich auch NEOS und bei der Präsidentschaftswahl Irmgard Griss.

„Halt, da können wir vielleicht die FPÖ aufhalten“ –

darum ging es. Diese Strategie geht aber immer weniger auf: Die Menschen sind von diesen taktischen Spielereien übersättigt, sie durchschauen sie und spüren, dass Parteien, die künstlich aufgebaut werden, auf Dauer nicht erfolgreich sein können.

Beim Team Stronach hat sich das ja sehr rasch gezeigt, genau genommen ist diese Truppe ohnehin am Implodieren. Bei den NEOS sieht man auch, dass da kaum Kraft dahinter ist. Und so erkennen die Menschen, dass nur eine Oppositionspartei nachhaltig konsequent und auch verlässlich agiert, und nur eine Kraft bis in die Gemeinden hinein eine starke Basis hat. Das ist eben die FPÖ. Da geht man dann eben doch lieber zu einer Partei, auf die man sich verlas-

sen kann und bei der man auf Dauer weiß, dass seine Stimme nicht verlorengelht.

Kommen wir zur laufenden Legislaturperiode: 2013 hat die FPÖ bei der Nationalratswahl die 20-Prozent-Marke geknackt und ist seitdem auf Augenhöhe mit den beiden Regierungsparteien – so etwas wie eine staatstragende Oppositionskraft. Das BZÖ ist aus der Geschichte verschwunden, die Grünen stagnierten und es gab – mit knappen Ergebnissen – den Einzug der NEOS und des Team Stronach. Es existiert nun zwar auf dem Papier ein Sechs-Parteien-Parlament, aber ernstzunehmende Opposition ist nur die FPÖ. Wie sehen Sie die Funktion der FPÖ im Parlament in dieser Periode?

Strache: Wir sind wieder zu einer Mittelpartei aufgestiegen,

was nach dem Wiederaufbau und der Konsolidierungsphase ein wichtiger Schritt war. Es war aber auch ein sehr harter Weg. Und das liegt natürlich nicht nur an der Schwäche der anderen, wie gern behauptet wird. Dieser Erfolg ist das Ergebnis harter Arbeit. Wir haben echte Aufbauarbeit geleistet, wir haben uns in den Ländern und in den Gemeinden neu strukturiert und wir haben auch die jungen Menschen im Land „abgeholt“. Es ist uns gelungen, de facto in jeder Region, in jeder Gemeinde im Land präsent zu sein und dass – und ihnen sei an dieser Stelle ganz besonders gedankt – zahllose Menschen sich ehrenamtlich für unsere freiheitliche Sache engagieren. Sei es etwa in der Steiermark, in Niederösterreich, in

Wien oder Kärnten, überall, wo engagierte Menschen aller Generationen sich einbringen und mit Herzblut für Veränderungen in ihrer Heimat eintreten. Das ist uns sogar sehr gut gelungen.

Natürlich wäre bei der Wahl 2013 wesentlich mehr drin gewesen. Ich würde sagen, das Antreten des Team Stronach hat uns Platz zwei gekostet – oder vielleicht sogar Platz eins. Unsere Gegner haben allerdings gehofft, dass wir ob des Team Stronach stagnieren, vielleicht sogar verlieren. Diese Hoffnungen haben wir ihnen nicht erfüllt, im Gegenteil. Nach dem Duell mit dem BZÖ und Haider war die Nationalratswahl 2013 das nächste Duell, bei dem wir uns behaupten konnten. Natürlich war die Zielvorgabe eine etwas andere.

Nach Prammers Tod wurde am 2. September 2014 Doris Bures, ebenfalls von der SPÖ, mit 78 Prozent zur neuen Ersten Nationalratspräsidentin gewählt.

Ob der zahlreichen Parteien, die nunmehr im Nationalrat vertreten waren, gab es auch umso mehr Veränderungen der Klubzugehörigkeit im Laufe der bisherigen Legislaturperiode (Stand: Herbst 2016). Abgesehen von den nachfolgenden Ausnahmen schlossen sich die im Rahmen einer Wahlpartei gewählten Abgeordneten jeweils zu einem entsprechenden Klub zusammen.

- Monika Lindner, welche für das Team Stronach kandidiert hatte, trat nicht dem Klub bei und war für wenige Tage als „wilde“ Abgeordnete tätig, bevor sie aus dem Nationalrat ausschied. Im Juni 2015 wurde der Wechsel der beiden Abgeordneten des Team Stronach, Georg Vetter und Marcus Franz, in den Parlamentsklub der ÖVP bekanntgegeben. Am 1. August 2015 wurde verlautbart, dass Kathrin Nachbaur und Rouven Ertlschweiger vom Team Stronach in den Parlamentsklub der ÖVP wechseln, jedoch blieben beide parteiunabhängig.

- Jessi Lintl, ebenfalls vom Team Stronach, trat am 11. August 2015 aus dem Parlamentsklub des Team Stronach aus, ohne einem anderen Klub beizutreten, und wurde damit „wilde“ Abgeordnete. Nach vier Monaten trat sie am 23. Dezember 2015 als Abgeordnete dem FPÖ-Parlamentsklub bei.

- Am 17. Juni 2015 wurden die beiden Abgeordneten Gerhard Schmid und Rupert Doppler aus dem FPÖ-Nationalratsklub ausgeschlossen, weil sie sich der Freien Partei Salzburg von Karl Schnell angeschlossen und damit von der FPÖ-Bundespartei abgewandt hatten.

kt weiter fortsetzen konnten. Man hat auch gesehen, wie unglaublich die handelnden Personen in der Regierung sind. Werner Faymann zum Beispiel: Da oder dort hat er auf der Seite Volksabstimmungen versprochen und das wieder nicht umgesetzt. Aus lauter Angst vor der FPÖ werden immer wieder auch da oder dort unsere Themen und Forderungen übernommen, aber wenn es dann drauf ankommt, ist die Regierung nicht, diese Themen umzusetzen.

Vielleicht auch ein entscheidender Punkt: Sie sind seit nunmehr zehn Jahren Klubobmann, damit ein konstanter Faktor, seit elf Jahren Bun-

desparteiobmann. Auf der anderen Seite erlebte man bei ÖVP und SPÖ sage und schreibe 17 Ministerwechsel inklusive Kanzlerwechsel, verschiedene Klubobleute in den anderen Klubs, etc. Ist diese Konstanz in der Freiheitlichen Partei auch ein Erfolgsbringer?

Strache: Ich bin davon überzeugt, dass es auch die Kontinuität ist, die diesen Erfolg bringt. Bundesparteiobmann bin ich seit elf Jahren und Klubobmann seit zehn Jahren. Ich habe – wenn ich es richtig im Kopf habe – in meiner Amtszeit vier ÖVP-Obleute erlebt, erlebe jetzt den dritten SPÖ-Obmann, ebenso gab es bei den Grünen entsprechende Veränderungen. Das allein zeigt schon, dass bei den anderen Parteien die Geschlossenheit, die Kontinuität,

- Nach einem antisemitischen Facebook-Posting wurde Susanne Winter aus der FPÖ und damit auch aus dem FPÖ-Parlamentsklub ausgeschlossen. Seitdem ist sie „wilde“ Abgeordnete.

- Infolge einer Aussage, die Angela Merkel und ihre Flüchtlingspolitik auf einer stark persönlichen Ebene angriff und die zu auch parteiinterner Kritik führte, trat Marcus Franz am 1. März 2016 aus dem ÖVP-Klub, zu dem er erst etwas mehr als ein halbes Jahr zuvor gewechselt war, aus und wurde parteiloser Abgeordneter.

Der Nationalrat bei seiner Angelobung 2013: Das Team Stronach ist seit damals de facto zerbröckelt



wie wir Freiheitliche sie haben, nicht gegeben ist. Aber trotz der personellen Veränderungen ändert sich bei SPÖ und ÖVP nichts. Denn wenn immer nur neue Köpfe ohne neue Inhalte kommen, dann erneuert man sich nicht in Wahrheit nicht. Wir haben uns damals, im Jahr 2005, erneuert und unsere Inhalte und traditionellen Werte wiederbe-

lebt. Das ist uns glaubwürdig gelungen und ich bin überzeugt, dass diese Erneuerung spürbar und sichtbar ist und dass die Menschen das auch angenommen haben.

Bei unseren politischen Gegnern aber werden nur permanent Personalrochaden ohne Wertewandel durchgeführt, in Wahrheit ist das also nur eine

Neu-Dekoration des Schaufensters, bei der dann mit den gleichen Inhalten weitergemacht wird.

Wir Freiheitliche haben uns wirklich erneuert und das macht auch den Unterschied aus zwischen uns und den politischen Mitbewerbern. Dazu kommt, dass ich relativ jung bin. Ich bin zwar aktuell der längst dienende

“
Mit SPÖ-Klubobmann Cap hatte ich immer eine ehrliche und vertrauenswürdige Gesprächsbasis. Wenn wir etwas vereinbarten, hielt das. Traurig nur, dass dies festzuhalten, Cap wohl eher schadet.”

Aber so gesehen sind das dann die Siege, die doppelt zählen. Man hat auch in Folge gemerkt, wie sehr die Dynamik in unsere Richtung gelaufen ist. Man denke nur an die Landtagswahlen im Jahr 2015. Die Glaubwürdigkeit ist bei uns zuhause, und nicht beim Team Stronach oder diesen anderen Gruppierungen. So gesehen war das ein wichtiger Effekt, wir konnten uns behaupten und haben unseren Weg im Parlament als Opposition gestär-

Linkschaoten und Anarchos gegen die FPÖ

Nach den Verlusten der SPÖ-ÖVP-Regierung bei der Nationalratswahl tauschten beide Koalitionspartner ihre Klubführung aus. Nach zwölf Jahren musste Josef Cap als SPÖ-Klubobmann auf Wunsch von Parteichef Werner Faymann zurücktreten, woraufhin der bisherige Finanzstaatssekretär Andreas Schieder von 87,8 Prozent der SPÖ-Abgeordneten zum neuen Klubobmann gewählt wurde. Cap übernahm in der Folge die Funktion des Vize-Klubobmanns. Auch in der ÖVP wurde der bisherige Klubobmann abgelöst, jedoch wurde Karlheinz Kopf für das Amt des Zweiten Nationalratspräsidenten nominiert. Als neuer Klubobmann folgte ihm zunächst Parteiobmann Michael Spindelegger nach, der mit 93,2 Prozent zum interimistischen Klubchef gewählt wurde. Nach der Regierungsbildung folgte diesem wiederum Reinhold Lopatka als Klubobmann der ÖVP nach.

Im Gegensatz zu den bisherigen Regierungsparteien wurden die Klubobleute der FPÖ und der Grünen im Amt bestätigt. Dabei ist der seit 2006 amtierende FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache der nun längstdienende Klubobmann im Nationalrat. Eva Glawischnig-Piesczek, Klubobfrau der Grünen, hat die Funktion seit 2008 inne.

Beim Team Stronach war der bisherige Klubobmann Robert Lugar bereits im Vorfeld für eine Wiederwahl ausgeschieden. In der Folge wur-



NEOS stand Parteichef Matthias Strolz auch als Klubobmann vor.

Blau gegen den Rest

Chaos pur also bei Team Stronach, Personalrochaden ohne Ende bei SPÖ und ÖVP. Konstant blieb somit nur die FPÖ, die damit auch weiter ihrem Erfolgskurs treu blieb. In dieser Periode war von Anfang an klar, dass es die Freiheitlichen sind, die den Ton angeben, zum einen, weil sie eben nach der Fortsetzung der rot-schwarzen Koalition unter SPÖ-Kanzler Werner Faymann die stärkste Gruppierung neben den Regierungsparteien waren, zum anderen, weil die Grünen sich schon seit 2008, als SPÖ und ÖVP die Zwei-Drittel-Mehrheit verloren hätten, ja als

Parteichef in Österreich, aber immer noch einer der jüngsten. So gesehen habe ich noch viel vor mir – wenn mir die Menschen das zutrauen und uns Freiheitliche bei den kommenden Wahlen entsprechend stärken.

Ist es nicht so, dass eben auch eine fundamentale Reformpolitik auch einen langen harten Weg bedeutet, dass man das nicht in zwei Jahren machen kann?

Strache: Ja, das auf jeden Fall. Also unser Projekt, das wir in Wahrheit 2005 begonnen haben, ist eines, bei dem man vom Beginn bis zu einer realpolitischen Umsetzung, wo man dann auch nachhaltig spüren soll, was wir später einmal in einer Regierungsverantwortung

erreicht haben wollen, in Wahrheit über zwanzig, vielleicht sogar dreißig Jahre denken muss.

Es ist kein Geheimnis, dass die parlamentarische Demokratie, die wir zwar am Papier in Österreich haben, die de facto nicht real existent ist beziehungsweise immer mehr eingeschränkt wird, durch verschiedene Kompetenzabgaben in Richtung Brüssel, in Richtung EU einerseits, auf der anderen Seite sehr stark durch die Regierungsbüros und die Ministerien geprägt ist. Wie kann man in die Zukunft gedacht mit einer starken freiheitlichen Kraft dafür Sorge tragen, dass der Parlamentarismus wieder stärker wird, aber dass auch des Volkes Willen mehr Gehör findet?

Strache: Das ist unser Hauptziel. Wir stellen den Anspruch, dass wir stärkste po-

litische Kraft in diesem Land werden müssen, sonst werden wir dieses rot-schwarze Proporzsystem, das je nach Bedarf einen willigen grünen Mehrheitsbeschaffer hat, nicht aufbrechen. Und nur, wenn wir die stärkste bestimmende Kraft sind bzw. eine Stärke haben, mit der wir eine Verfassungssperminorität im Parlament haben, haben wir bundespolitisch im Parlamentarismus die Möglichkeit, die Ausgrenzung zu beenden. Dann werden die anderen Fraktionen mit der Ausgrenzung in unsere Richtung nicht mehr durchkommt und unsere politischen Gegnern, werden sich unseren Forderungen da oder dort öffnen müssen.

Deshalb war es ja auch strategisch so wichtig, das System

auf Länderebene – in Oberösterreich, im Burgenland – aufzubereiten. Als wir 2005 mit der Erneuerung der FPÖ gestartet sind, hat man erlebt, dass wir, nachdem wir in Kärnten rausgefallen sind, in keiner Landesregierung mehr waren und dass man überall gehört hat, wir seien ja nirgends in Regierungsverantwortung, eine Stimme für die Freiheitlichen sei daher eine wertlose Stimme sei, weil wir angeblich ohnehin nichts ändern könnten.

Natürlich ist das völliger Unsinn, denn gerade in der Demokratie ist es besonders wichtig, eine starke Opposition zu haben. Beides, Regierungsverantwortung und Oppositionsarbeit, ist gleich wichtig und notwendig, und als Opposi-

on haben wir halt einen guten Job gemacht. Es war aber auch wichtig, im Burgenland und in Oberösterreich zu zeigen: Wir haben Regierungsverantwortung, sowohl mit den Sozialdemokraten, als auch mit der ÖVP, und nicht nur, dass die Welt nicht untergeht, nein, es funktioniert sogar besser als vorher. Da gibt es Reformen, die greifen, und das zeigt, dass hier mit uns im Land etwas weiter geht.

So gesehen ist das ein ganz wichtiger Prozess auf unterschiedlichen Ebenen, der aber auch sichtbar macht: Bei den nächsten Wahlen zum Nationalrat braucht es diese starke freiheitliche Partei, nach Möglichkeit als stärkste politische Kraft, damit überhaupt eine Chance auf Erneuerung und auf Re-

formen in Österreich besteht. Und ich bin davon überzeugt, dass sich die Menschen dessen auch bewusst sind. Wenn man heute in manchen Zirkeln lauscht, dann sagen viele: Eigentlich müsstet Ihr so stark werden, dass keiner an Euch vorbei kommt, dann müsstet Ihr eigentlich eine Periode mit der SPÖ regieren und die Hindernisse der ÖVP abbauen, und in der nächsten Periode mit der ÖVP. Dann hätte man die Erneuerung der Republik Österreich, die so dringend notwendig wäre, vermutlich erfolgreich umgesetzt.

Die FPÖ bzw. das „Dritte Lager“ hat ja eine besondere historische Tradition und stand nicht nur an der Wiege des Parlamentarismus, sondern

fast dauerhafter Steigbügelhalter für ebendiese Parteien erwiesen hatten und daran auch in der neuen Gesetzgebungsperiode nichts änderten. Im Gegenteil: Die rot-schwarz-grüne Allianz – manchmal noch mit Zutun der NEOS – verfestigte sich zusehends, was dem Umstand geschuldet war, dass wohl weder die SPÖ noch die ÖVP darauf hoffen konnten, nach dem nächsten Wahlgang für den Nationalrat noch gemeinsam eine Mehrheit zustande zu bringen, und gemeinsam mit Grünen und NEOS vorbauten, um im Fall der Fälle gegen die FPÖ regieren zu können.

Der Hypo-Skandal – warum es auch etwas Gutes dabei gibt

In der laufenden Gesetzgebungsperiode gab es bis dato zwar nur einen einzigen Untersuchungsausschuss, dieser aber hatte es – vor allem in seiner Vorgeschichte – in sich. Der so genannte „Hypo-Untersuchungsausschuss“, der im Februar 2015 eingesetzt wurde, hatte zur Aufgabe, das wohl größte Milliarden-Grab der Republik und die entsprechende politische Verantwortung zu klären. Ob des Umstandes, dass man seitens SPÖ, ÖVP und auch der Grünen im Hypo-Skandal die Chance witterte, eigene Verantwortung abzuschieben und die Freiheitlichen samt Kärnten für hauptverantwortlich zu erklären, indem man einfach die so genannte „Verstaatlichung ohne Not“ aus dem Jahr 2009 ausklammerte, war es offensichtlich im Interesse der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, nach Beginn der neuen, XXV. Gesetzgebungsperiode einen entsprechenden Untersuchungsausschuss mit allen Mitteln zu blockieren.

Allerdings hatten die beiden Koalitionspartner nicht mit der Hartnäckigkeit der Freiheitlichen, aber auch der ansonsten wohlgesinnten Medien gerechnet, die nicht locker



ließen und sich auch nicht mit dem „Griss-Bericht“ abspeisen ließen – der im Übrigen ebenfalls Rot und Schwarz ein „Systemversagen“ nachwies.

Die Folge von zig abgelehnten Anträgen auf Einsetzung eines Hypo-Untersuchungsausschusses war dann im Sommer 2014 die Einigung auf ein Minderheitenrecht zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Dies geschah auf Druck der medialen Öffentlichkeit, aber vor allem von zigttausenden Unterschriften von Bürgern, die einen solchen Untersuchungsausschuss einforderten. Auch an der Aushandlung und letztlich Einführung waren die Freiheitlichen maßgeblich beteiligt, na-

Der Hypo-Untersuchungsausschuss: Christian Hafenecker, Axel Kassegger, Roland Dietrich, Erwin Angerer und Walter Rauch

“
Der von uns geforderte Ausbau der direkten Demokratie steht in keinem Widerspruch zum Parlamentarismus – im Gegenteil, er würde diesen sogar stärken.“
”

war wirklich dessen Spitzenvertreter und Hüter ebendieses in der Ersten Republik. Im vermeintlichen Gegensatz plädieren die Freiheitlichen jetzt in den letzten Jahren für die Stärkung der direkten Demokratie – das Parlament

repräsentiert ja die repräsentative Demokratie. Wie lösen die Freiheitlichen diesen Gegensatz auf, zumal Ihnen ja viele vorwerfen, mit dieser direkten Demokratie würde man die parlamentarische Demokratie infrage stellen?

Strache: Nein, im Gegenteil. Wir stehen natürlich zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie, sie wird von uns nicht in Frage gestellt. Aber sie braucht eine demokratische Vertiefung, eine demokratische Ergänzung und eine Kontrolle durch direkte Demokratie. Am Beispiel der Schweiz sehen wir ja – über 100 Jahre evaluiert –, dass das exzellent funktioniert. Mehr noch, wir sehen, dass je leichter der Zu-

gang zur direkten Demokratie, also je weniger Unterschriften man bei einer Initiative für eine verbindliche Volksabstimmung benötigt, die Kantone desto besser und umso sparsamer auch mit öffentlichen Steuergeldern umgehen. So gesehen ist die direkte Demokratie eine ganz wichtige, notwendige und die einzige Möglichkeit sozusagen unserer Verfassung auch zu entsprechen, wo ja klar und deutlich verankert ist, dass das Recht vom Volk ausgeht. Wir haben heute eine unglaublich große Politikverdrossenheit im Lande. Viele Bürger sagen zu Recht, dass sie nur alle fünf Jahre ein „Kreuzerl“ machen dürfen, man sie dann vergisst, und die Parteisekretariate hinter verschlossenen Türen irgendwelche Dinge machen und

Entscheidungen treffen, die rein gar nichts mit dem Willen des Volkes zu tun haben.

Nur mit der direkten Demokratie würde man dem entgegen wirken können. Denn dann würden sich Parteisekretariate gar nicht mehr trauen so zu agieren und würden sie es trotzdem tun, könnte das Volk als Regulativ eingreifen. In der Schweiz tritt nur bei 0,2–0,3 Prozent der Gesetze, die im Parlament beschlossen werden, der Fall auf, dass eine Volksabstimmung darüber erzwungen wird. Dann gibt es halt einmal im Jahr zu zwei oder drei Materien an einem Tag eine Abstimmung und zuvor auch – so wie in der Schweiz, die unser Vorbild sein sollte – ein Informationsheft an alle Wahlberechtigten, in dem alle Parteien im

Detail ihren inhaltlichen Standpunkt darlegen und die Bürger sich entsprechend informieren können. Damit würde letztlich nicht nur die Politikverdrossenheit abgebaut, sondern auch die Arroganz der Macht der Parteien zurückgedrängt. Dennoch ist die direkte Demokratie eine Ergänzung und macht das Parlament nicht obsolet, sondern im Gegenteil: Sie stärkt die Volksvertreter in ihrer Arbeit.

Noch eine letzte Frage zur Rolle des Parlamentsklubs, der ja nicht nur eine formelle Institution ist, sondern mit über vierzig Abgeordneten, zahlreichen wissenschaftlichen Mitarbeitern und Referenten auch wesentliche inhaltliche Arbeit leistet und das politische Alltagsgeschäft umsetzt: Ist dieser Parlamentsklub so etwas wie

das Herz oder der Motor der gesamten Gesinnungsgemeinschaft?

Strache: Absolut. Der Parlamentsklub ist sicherlich das Herz unserer bundespolitischen Arbeit, weil dort sichtbar wird, wie aus unseren Inhalten, die im Parteiprogramm und im freiheitlichen Handbuch festgelegt sind, bundespolitisch etwas Reales und Konkretes entsteht. Dort im Parlament zeigen wir, mit welchen Initiativen, mit welchen Vorstößen und Ideen wir versuchen, nachhaltig etwas zum Besseren zu verändern und durchzusetzen. Der Parlamentsklub ist das Herz dieser Weiterentwicklung, auch was die Experten und Expertisen betrifft, die der Parlamentsklub da oder dort sicherstellt, und mit den exzellenten Referenten, die dort tätig sind. ♦



Die Flüchtlingskrise von 2015 war für Österreich eine Katastrophe

mentlich erwähnt sei hier Mag. Gernot Darmann, der gemeinsam mit dem freiheitlichen Klubdirektor Mag. Norbert Nemeth die Maßstäbe für ein solches Minderheitenrecht zur Ausübung parlamentarischer Kontrolle setzte.

Im Ausschuss selbst waren es als Fraktionsführer zunächst Elmar Podgorschek, nach seinem Ausscheiden aus dem Nationalrat Mag. Gernot Darmann und zuletzt Erwin Angerer, die für die FPÖ wesentlich zur Aufklärung der politischen Verantwortung rund um die Hypo beitrugen und einmal mehr klar machen konnten, dass diese letztlich vor allem bei SPÖ und ÖVP liegt.

Das Asylchaos – ein Rechtsbruch bleibt (noch) ungesühnt

Schon seit Jahr und Tag weisen die Freiheitlichen – nicht nur im Parlament – auf die großen Probleme im Zusammenhang mit der Massenzuwanderung hin. Spätestens seit dem „Österreich zu-

erst“-Volksbegehren der FPÖ aus dem Jahre 1993 ist klar, dass die FPÖ leider die einzig nennenswerte politische Kraft im Land ist, die versucht, einerseits die seit Jahrzehnten laufende Massenzuwanderung zu stoppen, andererseits deren negative Folgen zu bekämpfen – sei es im Bereich der inneren Sicherheit, des Bildungswesens oder des Sozial- und Gesundheitswesens.

Was sich aber im Jahr 2015 an den Grenzen Europas und dann in weiterer Folge an den Grenzen Österreichs abspielte, sprengte wohl jede Vorstellungskraft und gibt der laufenden Gesetzgebungsperiode des Nationalrates eine weitere traurige historische Dimension. Nach der Einladung der deutschen Bundeskanzlerin an alle Welt, nach Europa zu kommen, stürmten Millionen angeblicher und ein – geringerer – Teil tatsächlicher Kriegsflüchtlinge als Illegale ungehindert unsere Grenzen. Einzig der österreichische Nachbarstaat Ungarn verhielt sich regelkonform und machte – unter großer Kritik – seine Grenzen dicht. Nicht so in Österreich, wo der mittlerweile geschiedene SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann in blinder Gefolgschaft zu seiner deutschen Amtskollegin gegen jedes Recht die Grenzen öffnete.

Die Folgen dieser – immer noch laufenden – Massenzuwanderung wird nicht nur Österreich noch auf Jahrzehnte beschäftigen – und leider auch verändern. Die einzige politische Kraft aber, die nicht nur im Vorfeld vor solchen Zuständen gewarnt hat, sondern auch derzeit mit allen Mitteln versucht, diese Massenzuwanderung zu stoppen und deren Folgen entsprechend zu bekämpfen, ist eben die FPÖ.

So ist es nicht verwunderlich, dass man seitens der Freiheitlichen mit zahlreichen Dringlichen Anfragen und Anträgen, mit konsequenter Arbeit im Hohen Haus versucht, die Regierung unter Druck zu setzen. Zumindest in kleinen Bereichen mit Erfolg, wenngleich die Regierenden (noch) nur mit Placebos und Worten reagieren und viel zu wenig mit Taten glänzen.

Historische freiheitliche Erfolge dank konsequenter Arbeit

Die Jahre 2015 und 2016 haben aber nicht nur eine negative historische Konnotation dank der Zuwanderung, sondern in Sachen Wahlen aus freiheitlicher Sicht auch eine positive Seite. Nicht nur

“
Die einzige politische Kraft, die mit allen Mitteln versucht, diese Massenzuwanderung zu stoppen, ist eben die FPÖ.
 ”



H.-C. Strache führt die FPÖ als „staatstragende Oppositionspartei“

Bundesregierung geschuldet, die die Wahlwiederholung verschieben musste.

Ein Ausblick

Im letzten Jahrzehnt war die FPÖ zweifelsohne die staatstragende Oppositionskraft im Lande, die nicht – wie es ihre Gegner unterstellen – polternden Populismus betreibt, sondern mit ihrem Handeln und Tun zunehmend in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und auch schon aus der Opposition heraus die Politik der Regierung durch entsprechenden Druck mitbestimmt. Dabei spielen die freiheitlichen Parlamentarier eine entscheidende Rolle – ihr Freiheitlicher Parlamentsklub ist so etwas wie das Herz und der Motor der freiheitlichen Bewegung geworden. Gemeinsam mit den Bundesländer-Organisationen und der Partei als solches sind sie diejenigen, die maßgeblich dafür verantwortlich sein werden, auch in Zukunft freiheitliche Politik für das Land zu gestalten. Damit die FPÖ nicht nur in der Opposition staatstragend bleibt ...

– wie es blinde oder einseitige Schönschreiber meinen – aufgrund der besagten Zuwanderungswelle, sondern vor allem ob der konsequenten Arbeit der FPÖ auf allen Ebenen, im besonderen im Parlament einerseits und dem andauernden Totalversagen des rot-schwarzen Proporz andererseits, konnte die FPÖ und Heinz-Christian Strache im Jahr 2015 bei allen geschlagenen Wahlgängen in den Bundesländern Burgenland, der Steiermark, Oberösterreich und Wien jeweils die historischen Höchststände in der Wählergunst erzielen.

Damit aber nicht genug: Bei der Wahl zum Bundespräsidenten konnte der freiheitlichen Dritte Präsident des Nationalrates, Ing. Norber Hofer, im ersten Wahlgang stolze 37 Prozent der Wähler auf sich vereinen, in der darauffolgenden Stichwahl ist er nur knapp seinem grünen Kontrahenten, der von allen anderen politischen und medialen Kräften des Landes in Stellung gebracht wurde, unterlegen. Diese Stichwahl wurde bekanntermaßen wegen zahlreicher Gesetzesverstöße durch den VfGH aufgehoben. Dass bei Redaktionsschluss dieses Buches noch kein Ergebnis vorliegt, ist dem offensichtlichen Dilettantismus der österreichischen

Trotz aller Konstanz – ein Kommen und Gehen

Zehn Jahre freiheitlicher Parlamentarismus bedeuten einerseits Konstanz in Sachen Arbeit und Inhalt, andererseits auch Konstanz hinsichtlich der Persönlichkeiten, die eben diese Arbeit leisten – man denke an Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache, der nunmehr schon ein Jahrzehnt als Klubobmann ein Garant für ebendiese Konstanz ist. Dabei gibt es aber auch ein natürliches Kommen und Gehen, meistens im Guten, manchmal im Bösen. Dies gehört zu einer Demokratie dazu und hat beim Freiheitlichen Parlamentsklub in den letzten zehn Jahren aber meistens einen positiven Grund.

War man im Jahr 2006 dabei, die FPÖ wieder zu stabilisieren, war seit damals auch der Freiheitliche Parlamentsklub so etwas wie das Herzstück der FPÖ. So fanden sich in diesen Jahren auch zahlreiche freiheitliche Landesparteiohleute im Hohen Haus – solche, die dies damals bereits waren, aber auch solche, die es in weiterer Folge werden sollten.

Nicht nur Klubobmann Heinz-Christian Strache, seines Zeichens eben Bundesparteiohmann, ist auch Landesparteiohmann der Wiener FPÖ. Da war etwa der oberösterreichische Landesparteiohmann Lutz Weinzinger, der maßgeblich zur Rettung der FPÖ beitrug. Ebenso sein Tiroler Kollege Gerald Hauser war lange Zeit Obmann der FPÖ Tirol. Dazu kamen Gerhard Kurzmann, seines Zeichens steirischer FPÖ-Landesobmann, und Barbara Rosenkranz, die der FPÖ Niederösterreich vorstand. Ihre beiden Nachfolger waren und sind ebenfalls Angehörige des Freiheitlichen Parlamentsklubs: einmal in Niederösterreich Walter Rosenkranz, der immer noch im Nationalrat wirkt, sowie Mario Kunasek, der nunmehr steirischer FPÖ-Obmann ist und vor seinem Wechsel in den steirischen Landtag ebenfalls im Hohen Haus wirkte.

Nicht zu vergessen natürlich Manfred Haimbuchner, der oberösterreichische Nachfolger von Lutz Weinzinger, mittlerweile Landeshauptmann-Stellvertreter in Linz, und Gernot Darmann, der 2016 aus dem Nationalrat in die Kärntner Landesregierung wechselte und die Obmannschaft der Kärntner Freiheitlichen übernahm. Und ebenfalls 2016 wurde Reinhard Bösch, langjähriger und erfahrener freiheitlicher Parlamentarier, Obmann der Vorarlberger FPÖ.

Ebenfalls im Guten ausgeschieden aus der freiheitlichen Nationalratsmannschaft sind Elmar Podgorschek, nunmehr Landesrat in Oberösterreich, und Generalsekretär Harald Vilimsky, seit 2014 Delegationsleiter der FPÖ im EU-Parlament.

Der Klub 2008–2013: Abgänge von Mandataren erfolgten meist im Guten und zu höheren Weihen



“
Es ist eine Sehnsucht der Menschen nach solchen Werten vorhanden, weshalb wir ja auch aus dieser schwierigen materiellen Situation heraus diesen guten Erfolg einfahren konnten.
”



„Die Situation war damals von historischer Relevanz“

Klubdirektor Norbert Nemeth über die Wiedergründung des Freiheitlichen Parlamentsklubs im Jahr 2006 und ein Jahrzehnt konstanter Arbeit der freiheitlichen Parlamentarier

Herr Klubdirektor, am 4. April 2005 hat sich das BZÖ abgespalten, damals die große Mehrheit des bis dahin Freiheitlichen Parlamentsklubs mitgenommen, übrig geblieben ist noch eine bzw. sind dann zwei Abgeordnete, kein Klub also. Das hat sich erst im Herbst des Jahres 2006 geändert, als es zu Neuwahlen kam und die FPÖ wieder mit einer stattlichen Anzahl von Abgeordneten ins Parlament einzog und einen neuen Parlamentsklub gestaltete. Wie war die Situation damals?

Norbert Nemeth: Die Situation war damals von historischer Relevanz – in mehrfacher Hinsicht. Die Gründung des BZÖ war ja realpolitisch nichts anderes als ein Mordanschlag wider die FPÖ. Maßgeblich initiiert auch vom damaligen Koalitionspartner ÖVP unter Schüssel, um die aus seiner Sicht lästigen Kräfte ein für allemal parteipolitisch wegzubekommen. Das BZÖ war demnach – ohne je zu einer Wahl angetreten zu sein – mit Klubstärke im Nationalrat vertreten, und wir de facto

ausgebootet. Mit der Wahl 2006 sind wir wieder ins Parlament eingezogen und haben damit sichergestellt, dass dieser Mordanschlag vereitelt wurde. Diese Wahl war für den weiteren Fortbestand der FPÖ daher von ganz zentraler Bedeutung.

Die Arbeitsumstände waren anfangs allerdings sehr schlecht. Ich kann mich gut erinnern, dass ich damals leitender Beamter der Volksanwaltschaft war und mich in die Parlamentsdirektion versetzen ließ. Ich bin von der Volksanwaltschaft los spaziert, habe mir auf eigene Kosten eine Geschäftsordnung gekauft, bin zum Parlamentsdirektor gegangen und habe mich vorgestellt. In weiterer Folge haben wir dann zwei Ausschusslokale zugewiesen bekommen, zumal die traditionell der FPÖ zugewiesenen Räumlichkeiten alle vom BZÖ in Beschlag genommen waren und auch der damalige Nationalratspräsident Khol alles gemacht hat, um uns das Leben schwer zu machen. Man hat auch

damals versucht, uns mit einer abenteuerlichen Interpretation des Klubförderungsgesetzes die Klubförderung vorzuenthalten.

Konkret mussten wir uns die Tranchen für November und Dezember 2006 erst vor dem Verfassungsgerichtshof erstreiten. Also sind wir ohne Räume, Geld und Personal dagestanden und haben begonnen den Klub aufzubauen. Viel wurde improvisiert. Unter dem Strich haben wir diese besondere Herausforderung aber sehr gut gelöst.

Aber die Situation war ja trotzdem von großem Optimismus geprägt, weil man ja aus dem Stand mehr als 11 % erringen konnte, 21 Abgeordnete, einen Klubobmann H.-C. Strache, der Parteiboss war, und eben auch einen neuen Klubdirektor Norbert Nemeth. Natürlich wurden einem alle möglichen Knüppel zwischen die Füße geworfen, es hat das BZÖ mit 4,1 % ja auch ganz knapp den Einzug geschafft, eine Partei, die also gegründet wurde, um die FPÖ zu zerstören, und trotzdem hat man es geschafft und eben diesen Klub konstituiert. Wie war jetzt die Stimmung, also von der Klubführung?

Nemeth: Vordergründig war die Stimmung ausgezeichnet, zumal die historische Hürde, wieder ins Parlament einzuziehen, genommen wurde. Einen Mandatsgleichstand mit den Grünen hätte uns vor der Wahl niemand zugetraut. Leider lagen wir um etwas mehr als 400 Stimmen hinter ihnen, weswegen der dritte Präsident und das Mitglied der Volksanwaltschaft für uns verloren waren. Ein Wermutstropfen war auch der Umstand, dass es das BZÖ ganz knapp ins Hohe Haus geschafft hatte.

Das war also die parlamentarische Geburtsstunde der FPÖ unter H.-C. Strache, nach der Abspaltung im April 2005, dem ersten Wiener Wahlerfolg, der psychologisch sehr wichtig war – eben dieser Oktober 2006 ...

Nemeth: Stimmt. Für mich war immer klar gewesen, dass die Sehnsucht nach einer rechts der Mitte positionierten Partei, die bewusst abendländische Werte vertritt, groß ist. Entscheidend für unseren Erfolg war, dass wir einen klaren Kurs gefahren sind und endlich wieder wählbar wurden. Es ist eine Sehnsucht der Menschen nach solchen Werten vorhanden, weshalb wir ja auch aus dieser schwierigen materiellen Situation heraus diesen guten Erfolg einfahren konnten.

Wie waren die ersten Schritte im Parlament? Sie haben schon geschildert, wie man die Mittel beim VfGH erkämpft hat. Wie war es dann mit den Klubräumlichkeiten? Wie hat die neue Positionierung der FPÖ-Parlamentsmannschaft ausgesehen?

Nemeth: Die Klubräumlichkeiten bekamen wir dann Schritt für Schritt – das ist ein eigenes Prozedere im Hohen Haus.

Nach jeder Wahl konstituiert sich das sogenannte „Raumkomitee“, dem der zweite Präsident

– das war damals Spindelegger – vorsitzt. Dort wird genau berechnet, welcher Klub auf wie viele Quadratmeter Anspruch hat. Ein Prozedere das einschließlich der Besiedelung einige Monate dauern kann. Das wesentliche Ergebnis dieser Verhandlungen war, dass wir die traditionell von der FPÖ besiedelten Flächen wieder erlangten. Der Versuch des BZÖ dort zu bleiben wurde abgewehrt.

Unmittelbar nach der Konstituierung des Nationalrates war die parlamentarische Arbeit sehr herausfordernd, weil wir damals gleich zwei Untersuchungsausschüsse parallel eingesetzt hatten. Das war zum einen der Eurofighter-Untersuchungsausschuss, an dem Manfred Haimbuchner maßgeblich beteiligt war. Daneben tagte der Finanzmarktaufsicht-Untersuchungsausschuss mit Martin Graf als Vorsitzenden. Jeder, der schon einmal in einem Untersuchungsausschuss mitgearbeitet hat weiß, was das für eine Heidenarbeit ist. Es ist keine Seltenheit, dass ein Untersuchungsausschuss mehr als eine Million A4-Seiten an Akten zum Analysieren nach sich zieht. Wir haben aber auch diese Herausforderung exzellent gemeistert.

Von außen hat man den Eindruck gehabt, die FPÖ ist wirklich am besten Wege. Vor allem als 2008 dann noch der entsprechende Erfolg dazu gekommen ist, hat sich das bestätigt. Vielleicht eine Nachfrage zu dieser parlamentarischen Tätigkeit und Arbeit, die von außen betrachtet wie am Schnürchen funktioniert hat. Wie weit war da Improvisation und dergleichen nötig, um das, was von außen so gut gewirkt hat, hinzubekommen?

Nemeth: Eine ganze Menge, zumal bis auf zwei Mitarbeiter kaum parlamentarische Erfahrung vorhanden war. Ich selbst hatte vom Parlament eigentlich keine Ahnung und musste mich in der einen oder anderen schwierigen Situation auf meinen juristischen Hausverstand und auf meine Intuition verlassen. Es dauert ein Parlamentsjahr bis man den Betrieb samt seinen unzähligen Hintergrundscheitern einigermaßen begreift.

Noch während der Phase des Neuaufbaus des Klubs kam dann Ende 2006 Anfang 2007 die sogenannte „Foto-Affäre“, die im Grunde genommen ein versuchter Machtkampf von Ewald Stadler gegen den Parteiboss war. Was waren die Auswirkungen bzw. wie hat man das in der parlamentarischen Arbeit gemerkt und was waren die Lehren, die man dann daraus gezogen hat?

Nemeth: Der medial transportierte Grund für diese sogenannte Foto-Affäre war ja der Streit um die Akademie-Förderung. Seit Stadler Präsident der Akademie war, kam es dort zu Streitigkeiten, demzufolge dann die Partei festgehalten hat, dass man jetzt ein anderes Institut unterstützt. Infolgedessen soll es zu diesem politischen Erpressungsmanöver gekommen sein, das mittlerweile auch strafgerichtlich abgearbeitet ist – Ewald Stadler und Robert Stelzl sind rechtskräftig wegen Nötigung verurteilt.

Ein weiterer Grund, der allerdings medial nie so richtig ausgeleuchtet worden ist, war, dass die Fotoaffäre in die Zeit der Regierungsbildung gefallen war. Da gab es eine Gruppe um Ewald Stadler die eine Regierungsbeteiligung mit der ÖVP und dem BZÖ wollte. Auf der anderen Seite war die Parteiführung für eine Konsolidierung der Partei in der Opposition. Strache war den selbsternannten Ministeraspiranten daher im

lung haben alle Klubs gelitten, weswegen man das Gesetz auch geändert hat.

Die Bereinigung der „Foto-Affäre“ und des Problem Stadler, war das die Basis dafür, dass man dann richtig Stärke entwickeln konnte?

Nemeth: Das war sicherlich ein reinigendes Gewitter. Die Atmosphäre war schlagartig gut und die politische Arbeit war deutlich verbessert. Ein Vorteil für uns war sicherlich, dass die Gesetzgebungsperiode nur von kurzer Dauer war.

Stichwort „kurze Periode“: Am Ende der Gesetzgebungsperiode meinte Wilhelm Molterer, „Es reicht!“, Werner Faymann schrieb der „Krone“ einen Brief bezüglich EU-Volksabstimmungen und putschte Gusenbauer weg. Was folgte, war ein turbulenter Sommer 2008 mit entsprechendem Wahlkampf und einigen kuriosen Sondersitzungen des Nationalrates im „Spiel der freien Kräfte“. Welche Rolle spielten die Freiheitlichen dabei?

Nemeth: Dieses „Spiel der freien Kräfte“ war etwas, das es so in der Zweiten Republik vermutlich noch nicht gegeben hat. Es war eine Gesetzgebung ohne Regierungsvorlagen – ein Umstand der dem Parlament seine Grenzen aufgezeigt hat und sicherlich einmal von Politikwissenschaftlern und Historikern durchleuchtet werden wird. Typisch für diese Phase war auch, dass die Mehrheiten in jeder Frage wechselten. Seinen Ursprung hatte dieses freie Spiel der Kräfte in dem Umstand, dass Faymann der ÖVP den Koalitionspakt aufgekündigt hatte und gleich darauf mit der „Krone“ eine Kampagne wider Studiengebühren und für die „Hacklerregelung“ begonnen hatte. Die Politik hat sich damals davon sehr stark beeindrucken lassen – vielleicht wäre es klüger gewesen in der zu Ende gehenden Gesetzgebungsperiode gar nichts mehr zu beschließen und den Souverän entscheiden zu lassen. Auf der anderen Seite muss man anerkennen, dass der Wahlerfolg die Entscheidung, sich auf das freie Spiel der Kräfte einzulassen, rechtfertigt.

Wie sind die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in dieser Periode gelaufen?

Nemeth: Jeder Untersuchungsausschuss nimmt sämtliche Ressourcen eines Klubs völlig in Beschlag und das politische Muster läuft immer gleich ab: zunächst gibt es eine sehr starke öffentliche Erregung über das zu untersuchende Thema. Dann wird der Ausschuss medienwirksam eingesetzt. Nachdem die ersten Akten einlangen gibt es einen Streit über „Schwärzungen“ und die Behinderung der Opposition durch die Regierung. Hernach ebbt die öffentliche Aufmerksamkeit ab – bis zu dem Zeitpunkt zu dem die Regierungsparteien den Ausschuss „abdrehen“. Aus diesem Grund haben wir in der laufenden Gesetzgebungsperiode die Verfahrensordnung neu erfunden. Jetzt ist die

Einsetzung ein Minderheitenrecht. 46 Abgeordnete sind dafür erforderlich. Schwärzungen sind nicht mehr erlaubt – dafür gibt es eine sehr strenge Informationsordnung. Der Hypo-Untersuchungsausschuss ist vor wenigen Wochen zu Ende gegangen. Er war der erste nach dem neuen Modell und ich bin überzeugt davon, dass sich die neue Verfahrensordnung im Wesentlichen bewährt hat.

Haben die Freiheitlichen zu diesem neuen Prozedere wesentlich beigetragen?

Nemeth: Ja, absolut! Gernot Darmann und ich haben die neue Verfahrensordnung über ein Jahr lang verhandelt. Letztlich konnte ein sehr breiter parlamentarischer Konsens gefunden werden.

Im Jahr 2007 wurde dann auch eine tiefgreifende Wahlrechtsreform beschlossen. Konkret die Briefwahl. Wählen ab 16 und die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre. Wie standen die Freiheitlichen damals dazu?

Nemeth: Wir haben diese Wahlrechtsreform abgelehnt. Maßgeblich war dafür die Briefwahl, die das persönliche und geheime Wahlrecht nicht gewährleistet. Überall wo zwischen Menschen ein Über- und Unterordnungsverhältnis besteht, kann es zu unzulässigen Beeinflussungen kommen. Die Manipulationsgefahr ist leider evident. Die unglaublichen Ereignisse, die im Zuge der Bundespräsidentenwahl hervorgekommen sind, haben und recht gegeben.

Beim Wählen mit 16 war es divergierend, da waren manche Landesgruppen dafür, andere dagegen – wir sind jetzt in dieser Wählergruppe die stärkste Partei, also so gesehen hat es sich für uns gelohnt. Ich habe aber auch die Argumente gegen das Wählen mit 16 ge-

Der erstarkte FPÖ-Klub nach der Nationalratswahl 2008

sehen und für durchaus plausibel erachtet. Letztendlich hat man sich dafür ausgesprochen. Die Verlängerung der Legislaturperiode ist erstaunlicherweise von allen Klubs sang- und klanglos akzeptiert worden.

Nach der Wahl im Herbst 2008 konnte die FPÖ ihren Klub auf 34 Mandate vergrößern. Wie war das Klima in dem neuen, großen Klub?

Nemeth: Grundsätzlich sehr gut. Und bedeutend besser als 2006. Erstens gab's keine Foto-Affäre und zweitens war der Klub 2006 – aufgrund der sehr turbulenten Vorgeschichte dieser Wahl – auch ein personalpolitisches Zufallsprodukt. Bei der Wahl 2008 hat man dann die Listen im Vorfeld schon genauer und besser organisieren können. Das war ausgewogener und professioneller als noch zwei Jahre zuvor.

Diese 24. Legislaturperiode ist dann die erste fünfjährige gewesen, die dann ja auch gehalten hat. Wir erlebten die – wenn man so will – zweite Neuauflage von rot-schwarz, und den Beginn der Ära Faymann. Eine Ära, die ja mittlerweile auch abgelaufen ist. Wodurch war diese doch lange Periode parlamentarisch geprägt?

Nemeth: Wesentlich war, dass Rot und Schwarz gemeinsam keine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament hatten, das hat die schwarz-roten Möglichkeiten wesentlich eingeengt.

Herausragend in dieser Periode war sicherlich der Beschluss des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Das war sicherlich ein parlamentarischer Tiefpunkt, zumal alle Usancen von SPÖ, ÖVP und Grünen gebrochen wurden und diese Vorlage überfallsartig, ohne Vorbesprechung auf der Klubdirektorenebene, ohne Koordination in der Präsidiale, ohne Vereinbarung über die Redezeit und die Tagesordnung, durchgepeitscht wurde. Das Argument für die Grünen war übrigens



“
Dieses „Spiel der freien Kräfte“ war etwas, das es so in der Zweiten Republik vermutlich noch nicht gegeben hat.
”

Wege. Auf die Atmosphäre in der Partei und im Klub hat sich diese Affäre natürlich nicht gut ausgewirkt. Es war ein Klima des Misstrauens, und man ist medial nicht gut weg gekommen. Es war nach dem schönen Erfolg nach der Nationalratswahl leider doch sehr schnell eine erste Bewährungsprobe, die aber dann damit geendet hat, dass man sich vom Ewald Stadler getrennt hat. Die Lösung war ja damals, dass er aus der Partei ausgetreten ist, im Klub selbst aber Mitglied geblieben ist – eine rein technische Mitgliedschaft. Am Ende des Tages hat er für das BZÖ kandidiert, womit sich seine Klubmitgliedschaft von selbst aufgelöst hat.

Warum war diese technische Mitgliedschaft im Klub notwendig?

Nemeth: Hätten wir uns nicht geeinigt, hätte es nur einen Sieger gegeben, nämlich die Parlamentsdirektion, die sich eine Menge an Klubförderung einbehalten hätte. Damals gab es noch die sogenannten „Zehnersprünge“ beim Klubförderungsgesetz – und Stadler war der Einundzwanzigste. Durch die technische Klubmitgliedschaft hat er eine akzeptable Infrastruktur zur Verfügung erhalten.

Im Zusammenhang mit der 21er-Regelung die Frage: Gab es da auch noch eine andere Phase, wo jeder Abgeordnete geglaubt hat, er ist der Einundzwanzigste?

Nemeth: Es hat da keine politischen Erpressungsmanöver gegeben. Aber unter dieser Rege-

die „beste parlamentarische Kontrolle des ESM in Europa“ – die sie angeblich ausverhandelt hatten. Diese Kontrollmöglichkeiten gibt es bis heute nicht, zumal jener Ausschuss der die sekundärmarktrelevanten Maßnahmen des ESM kontrollieren soll, bis heute nicht konstituiert wurde.

Die europäischen Fragen haben die ganze Periode bestimmt. Daneben war die Koalition in erster Linie mit dem eigenen Machterhalt beschäftigt. Hat man das im parlamentarischen Alltag auch entsprechend gespürt?

Ist das letztlich auch der Grund, wenn man das so beobachtet über die letzten zehn Jahre, dass die Qualität – nicht bei der FPÖ, sondern bei SPÖ und ÖVP – der Parlamentarier gesunken ist?

Nemeth: Wir Freiheitlichen sind mit der Qualität unserer Abgeordneten sehr gut bedient, weil die FPÖ traditionell viele Freiberufler hat – und die bürden einfach für Qualität. Das ist etwas anderes, als wenn irgendwelche karrenzierten ÖGB-Sekretäre oder Beamte im Hohen Haus tätig sind. Das Niveau ist vor allem bei den Großparteien dra-

diesem Hintergrund ist deren Einsickern in politische Entscheidungsprozesse, bei gleichzeitigem Verlust parlamentarischer Kompetenzen, besorgniserregend. Spannend ist freilich die Frage wer diese NGOs finanziert und wer überhaupt entscheidet wer als NGO anerkannt wird und wer nicht. Das entscheiden nämlich nicht die Wähler sondern politische Eliten wie zum Beispiel die EU-Kommission.

Zurück zur Historie: Nach dem Tod Haiders war das BZÖ schnell Geschichte und ist – wenn man so will – für das politische Establishment als Waffe gegen die erstarkende FPÖ unbrauchbar geworden. Dann tritt ganz plötzlich der Herr Stronach auf den Plan, der sich da kräftig an diesem Resthaufen des BZÖ bedient, um einen eigenen Parlamentsklub zu gründen. Was hatte das für parlamentarische Auswirkungen?

Nemeth: Als klar war, dass das BZÖ seine eigentliche Funktion, nämlich die Spaltung des dritten Lagers, nicht mehr erfüllen konnte, übernahm Stronach die Aufgabe. Freilich mit völlig untauglichen Mitteln. Der Kardinalsfehler war die Übernahme des Rest-BZÖ und die Gründung des Parlamentsklubs. Eine erfolgreiche politische Bewegung kann man nie und nimmer auf einer Leiche aufbauen. Damals war die Rechtslage noch so, dass fünf Abgeordnete jederzeit einen Klub gründen konnten. Mittlerweile haben wir das geändert. Nach der neuen Rechtslage kann ein Klub nur mehr als Ausfluss einer einzigen Wahlpartei zu Beginn einer Gesetzgebungsperiode konstituiert werden. Das ist eine sehr wesentliche Neuerung, zumal dadurch sichergestellt ist, dass es keine Klubs ohne vorangegangene Wahl geben kann. Beispielsweise sei auf das Unverständnis verwiesen, dass die Gründung des Liberalen Forums herbeigeführt wurde.

Nachdem man 2008 den Dritten Präsidenten des Nationalrates wieder erobern konnte, war die Stimmung bei der Kurzzeit-Präsidentin Eva Glawischnig und ihren grünen Kohorten nicht allzu rosig, was die Wahl von Martin Graf zum freiheitlichen Präsidenten betraf. War das der Grund für die darauf folgende Schmutzkübelkampagne gegen Graf und seine Mitarbeiter?

Nemeth: Ja, das mit Sicherheit. Es gibt ja kein gesetzliches Recht auf den Dritten Präsidenten – lediglich eine parlamentarische Usance. Der Nationalrat kann zu seinen Präsidenten wählen, wen er will, das könnten auch drei wilde Abgeordnete sein. Das Kalkül der Grünen war eine Wahl Alexander Van der Bellen, der zu Beginn der Gesetzgebungsperiode die Klubobmannschaft zu Gunsten von Glawischnig nieder gelegt hatte. Dazu musste man aber Martin Graf als unwählbar darstellen – ein Plan, der zum Glück nicht aufgegangen ist.

Das ist zum Glück schiefgegangen, wie wir wissen. Es gibt dann einen Fall in dieser Phase, der einen Ausschluss

aus Partei und Klub zur Folge hatte, konkret ging es dabei um den Abgeordneten Werner Königshofer. Wie ist das gelaufen?

Nemeth: Königshofer ist insofern interessant, weil er der erste war, der über die sogenannten sozialen Medien gestolpert ist. Diese sozialen Medien – Facebook und wie das alles heißt – haben natürlich die politische Arbeit grundlegend geändert. Wenn sich früher ein Abgeordneter artikulieren wollte, hat er entweder einen Journalisten finden müssen, der ihn interviewt, was immer nur einem erlauchten Kreis vorbehalten ist, oder er hat eine APA-Meldung abgesetzt. Und so eine APA-Meldung wird von mindestens einem Mitarbeiter durchgesehen. Im Bereich der sozialen Medien ist

“
Man hat gelernt zu improvisieren, das war eine außerordentliche Herausforderung. Aber wir haben sie gut bewältigt.
 ”

diese Kontrolle nicht mehr möglich. Königshofer war der erste, dem das auf den Kopf gefallen ist.

Die Wahl 2013 brachte dann einen spektakulären Erfolg, über zwanzig Prozent. Das BZÖ ist aus der Politik oder zumindest aus dem Parlament geschieden, man hat die Grünen klar deklassiert, und auch die Neugründungen Stronach und NEOS haben keine Chance gehabt, die FPÖ als größte Oppositionspartei des Landes zu verdrängen. Ist dies eine Periode, in der die FPÖ als die staatstragende und wirklich starke Opposition das Parlament geprägt hat?

Nemeth: Das kann man bejahen, und der Erfolg bei der Bundespräsidentenwahl hat das eindrucksvoll bestätigt. Nicht nur dieser überragende Erfolg im ersten Wahlgang und dann bei der Stichwahl mit über zwei Millionen Stimmen ist staatstragend, sondern auch, wie wir uns hier im Nationalratspräsidium und in der Präsidialkonferenz präsentieren – das ist ausgewogen und vernünftig. Dazu zählt auch, dass wir bei Zwei-Drittel-Mehrheiten immer gesprächsbereit sind. Ich bin überzeugt, dass die Partei und der Klub gereift sind und unsere Spitzenrepräsentanten zu ministrablen Persönlichkeiten gewachsen sind.

2013 sind Team Stronach und NEOS ins Parlament eingezogen, womit auch ein gewähltes Sechs-Parteien-Parlament Fakt wurde. Wie schnell ist es gegangen, dass dieses



Am Bundesparteitag 2013: Die Freiheitlichen stellen nach dem Wahlerfolg 2013 die Weichen weiter auf Erfolg

Parlament inhaltlich ausgedünnt. Im normativen Bereich ist die Kompetenz spürbar ausgedünnt. Das schlägt sich mit Gewissheit auf das parlamentarische Selbstbewusstsein und das Selbstbewusstsein jedes einzelnen Parlamentarier nieder. Die Stimmung bei den Mandatären, nicht in unserem Klub, sondern insgesamt, ist nicht gut. Das ist mein Eindruck. Statt Gestaltungswillen spürt man Resignation und Fatalismus.

Nemeth: Der Kompetenztransfer vom nationalen Parlament hin zum Europäischen Parlament oder auf andere völkerrechtliche internationale Organisationen wird immer umfangreicher. Dementsprechend wird das

matisch gesunken. Das hat sicherlich auch seinen Grund in der Abschaffung der Politiker-Pensionen. Ein Mandat interessiert einfach keinen mehr, der einigermaßen im Berufsleben steht und erfolgreich ist. Dafür war natürlich Jörg Haider maßgeblich – aber im Grunde hat er da der Politik nichts Gutes getan, das muss man auch einmal klar sagen, auch wenn das nicht populär ist.

Angela Merkel hat einmal gemeint, dass wir markt-konforme Parlamente brauchen. Wird das Parlament der Zukunft nur mehr das absegnen, was der Markt braucht?

Nemeth: Man muss sich im Klaren darüber sein, dass man sich auf die Füße stellen muss, um die Idee des Parlamentarismus zu verteidigen. Neben dem Zugriff der Märkte ist die Entdemokratisierung im Wege der NGOs zu beachten. Diese Organisationen haben jegliche mediale Unterstützung – aber keine demokratische Legitimation. Vor



2013 wurde die kleinste „Große Koalition“ angelobt, die es je gab: Dass es bei der nächsten Wahl noch reichen wird, ist unwahrscheinlich

Parlament ins Laufen gekommen ist und wie schnell hat es sich herausgestellt, dass es vielleicht nur eine Seifenblase ist?

Nemeth: Das wichtigste war auf jeden Fall, dass das BZÖ aus dem Parlament geflogen ist. Wir sind seitdem die einzige Vertreterin des Dritten Lagers. Mit so kleinen, neuen Fraktionen ist es immer ein bisschen schwierig, weil die immer eine gewisse Zeit brauchen bis sie begreifen wie das Parlament funktioniert. Die Neos hatten da genauso ihre Anlaufschwierigkeiten wie alle anderen auch, haben sich mittlerweile aber zurecht gefunden. Das Team Stronach ist freilich ein eigenes Kapitel. Ein guter Teil der Abgeordneten hat sich bereits anderen Klubs zugewandt.

Inwieweit hat sich das Klima der Koalition, die ja recht bald wieder gestanden ist, dann auch wieder weiter verschlechtert – auch in der parlamentarischen Zusammenarbeit?

Nemeth: Die Fortführung dieser Koalition auch in dieser Gesetzgebungsperiode war eigentlich nichts anderes als eine Verlängerung des Elends der vorherigen. Man tauscht halt hin und wieder – bei der ÖVP öfter als bei der SPÖ – die Köpfe aus, verkündet dann einen „newdeal“, aber das sind alles Zeitungsüberschriften. In der Substanz hat sich ja nie etwas geändert. Auch nicht an der Atmosphäre des tiefsten Misstrauens. Nach 100 Tagen Kern gab es auf der Tagesordnung lediglich einen Gesetzesbeschluss, nämlich die Verschiebung der Bundespräsidentenwahl. Das sagt eigentlich alles. Eine Reform – von was auch immer – habe ich im Hohen Haus noch nicht gesehen.

Mit Ausnahme des Untersuchungsausschusses als Minderheitenrecht, das aber nicht von der Regierung ausgegangen ist. Wie bewerten Sie den Hypo-Ausschuss politisch?

Nemeth: Von der ganzen Hypo-Geschichte wird über bleiben, dass die ÖVP ohne Not die politische Existenz der Frau Griss hochgezogen hat und sich somit eine echte Konkurrenz im eigenen Lager geschaffen hat, und zwar eine nachhaltige. In der Sache selbst konnte herausgearbeitet werden, dass es zwischen dem Debakel und der FPÖ keine Kausalität gibt. Man muss als ganz wesentliches Ergebnis festmachen, dass alle Vorwürfe, die gegen Freiheitliche im weitesten oder im engeren Sinn erhoben wurden, dort nicht bestätigt worden sind.

Weil Sie eingangs gemeint haben, dass 2006 der Verlust des Dritten Präsidenten um rund 400 Stimmen recht schmerzhaft war: Wie hoch ist die Bedeutung des Dritten Nationalratspräsidenten parlamentarisch einzuschätzen?

Nemeth: Sehr hoch. Es ist ein Unterschied, ob unser Klubobmann in die Präsidiale geht, und dort alleine sitzt, oder ob es dort noch einen zwei-

ten gibt, der seinem Klub angehört. Obwohl der Nationalratspräsident natürlich ein unabhängiges Amt ausführt und kein Klub-Repräsentant ist, ist es natürlich immer noch ein Klub-Kollege, der dort sitzt. Zu zweit ist man in so einem Gremium natürlich doppelt so stark. Dann geht es um die Handhabung der Geschäftsordnung im Plenum – das ist eine Prestige-Frage, aber auch eine Sache von inhaltlicher Relevanz, weil es ja doch da oder dort Situationen gibt, wie zum Beispiel zuletzt bei der Wahl der Rechnungshof-Präsidentin, in denen es Geschäftsordnungsstreitigkeiten gibt. Da kann die Gültigkeit der Wahl davon abhängen, wie man das handhabt. Dann hat er natürlich im neuen Untersuchungsausschuss-Regime gemeinsam mit den beiden anderen Nationalratspräsidenten den Vorsitz im Ausschuss inne, was also auch eine wichtige, permanent ausübende Arbeit ist. Das hat entsprechende politische Wirkung und aufgrund der derzeitigen Situation – Aufhebung der Stichwahl – sind die drei Präsidenten des Nationalrates formell auch das Staatsoberhaupt.

Es haben nationalliberale, freiheitliche Parlamentarier den Parlamentarismus in Österreich historisch ganz stark mitgeprägt. Sie waren dominant, führend, bahnbrechend. Von der Monarchie über die Erste Republik, bei der Ausrufung der Republik, bis hin zum Kampf um die Erhaltung des Parlaments gegen den Austrofaschismus. Und auch in der Zweiten Republik waren Parlamentarier des VdU und dann der FPÖ tragende Kräfte für das Parlament. Auch in der Zeit Friedrich Peters, als die FPÖ sehr klein

war, waren das profilierte Persönlichkeiten. Haben Sie den Eindruck, dass diese Rolle als Träger des Parlamentarismus auch von der heutigen FPÖ wahrgenommen wird?

Nemeth: Ja, davon bin ich überzeugt. Unsere Klubmitglieder sind nicht ein gleichgeschalteter Teil des Systems sondern Anwälte des Volkes – und zwar des Staatsvolkes wie es unsere Ver-

“
Und genauso war's auch beim Team Stronach, weil das die personelle Sondermülldeponie des BZÖ war.
”

fassung definiert. Durch sie wird die Verbindung zwischen dem Parlament und dem Souverän bestmöglich gewährleistet, zumal es ein Unterschied ist, ob Leute im Hohen Haus aktiv sind, die tatsächlich wirtschaftlich arbeiten müssen und am eigenen Leib spüren was sie beschließen, oder ob dort Abgesandte von Organisationen oder Institutionen sitzen, die letztlich von diesem Staat, aber nicht für diesen Staat leben. Das ist der wesentliche Unterschied. Und da sind unsere Abgeordneten absolut respektierte Persönlichkeiten. ♦



H.-C. Strache bei der Wahlkonfrontation 2008 mit Faymann und Van der Bellen: Einziger Gewinner ist der freiheitliche Frontmann

Dass nicht nur im Guten gegangen wird, beweisen wenige andere: 2015 musste man Rupert Doppler, damals Landesparteiobmann in Salzburg, aus der FPÖ ausschließen, mit ihm seinen Salzburger Kollegen Gerhard Schmied. Am unrühmlichsten verließ aber wohl Ewald Stadler die FPÖ und damit auch den Parlamentsklub: Er versuchte mittels „Fotoaffäre“, seinen Klubobmann Heinz-Christian Strache zu nötigen, weswegen er auch gerichtlich belangt wurde.

Als erste Folge des falschem Umgangs mit sozialen Medien ist ein weiterer Ausschluss aus Partei und Klub zu betrachten: Im Sommer 2011 wurde Werner Königshofer aufgrund fragwürdigster Äußerungen auf Facebook seitens der Partei mit entsprechenden Konsequenzen belegt. Aus ähnlichen Gründen folgte ihm 2015 Susanne Winter, ihre antisemitischen Äußerungen waren für die Partei untragbar.

Dass es im Freiheitlichen Parlamentsklub viele Abgänge im Guten gab, belegt in jedem Fall, dass man nicht nur Kadenschmiede, sondern eben zentrale Stelle der freiheitlichen Bewegung geworden ist. Dass es ebenso auch den einen oder anderen Abgang im Schlechten gab, gilt als Beweis dafür, dass man mit entsprechender Konsequenz eine kameradschaftliche und moralisch-ethisch vertretbare Politik lebt.

Die freiheitliche Politik für Inneres 2006–2016

Im Zentrum freiheitlicher Innen- und Sicherheitspolitik steht die letzten zehn Jahre die brennende Frage der Zuwanderung, aber auch die – mit eben dieser Zuwanderung in direktem Zusammenhang stehende – Bekämpfung der stetig steigenden Kriminalität. Maßgeblich für zahlreiche freiheitliche Initiativen verantwortlich zeichnete in den vergangenen zehn Jahren zunächst von 2006 bis 2008 Barbara Rosenkranz als freiheitlicher Sprecher für innere Sicherheit, ihr folgte Generalsekretär Harald Vilimsky von 2008 bis 2014, sowie der Bundesparteiobmann und Klubobmann Heinz-Christian Strache persönlich, Gernot Darmann und Walter Rosenkranz.

Zentrale Forderungen in diesem Bereich waren vor allem Einsparungen im Asyl- und Fremdenwesen zu Gunsten eines höheren Budgets für die Exekutive, des Weiteren die Schaffung eines eigenen Exekutivdienstgesetzes. Im Zentrum stand auch die Forderung nach der Aufstockung der Exekutive um mindestens 3.000 Planstellen und die Forderung nach der Erhöhung des Grundgehalts für Polizisten.

Von höchster Priorität sind aber derzeit verschiedene Maßnahmen im Bereich des Schutzes unserer Grenzen vor illegaler Zuwanderung sowie der konsequenten Abschiebung von Menschen, die entweder keinen Aufenthaltstitel in Österreich haben, oder von kriminell gewordenen Zuwanderern. Um diese Maßnahmen und Forderungen umzusetzen, wurden im Nationalrat in den vergangenen Jahren einerseits tausende Anfragen an das Innenministerium gestellt, um per parlamentarischer Kontrolle Druck auf die Regierung auszuüben, andererseits haben sich zahlreiche Anträge mit diesen Forderungen beschäftigt. Nur die

Harald Vilimsky:
Langjähriger Sprecher
für innere Sicherheit



Ignoranz der beiden Regierungspartner SPÖ und ÖVP hat bisher dazu geführt, dass all die dringend notwendigen Maßnahmen und freiheitlichen Lösungsvorschläge entweder kategorisch abgelehnt oder auf die lange Bank geschoben wurden – in jedem Fall aber nicht umgesetzt wurden.

Die freiheitliche Außen- und Europapolitik 2006–2016

Wesentliche Stoßrichtung freiheitlicher Außen- und Europapolitik war und ist der Einsatz für ein föderales Europa der Vaterländer mit eigenständigen, souveränen Nationalstaaten, bei gleichzeitigem Kampf gegen die überbordende, undemokratische Brüsseler Zentralisierung der Europäischen Union und die Währungsunion, deren Weg sich als grundfalsch erwiesen hat, wie man anhand der letzten Entwicklungen etwa in Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien erkennen konnte und musste.

Weiter stehen der Einsatz und das Bemühen um eine neutrale Rolle Österreichs in der Welt im Vordergrund, dabei vor allem eine äquidistante Haltung zu den Supermächten USA und Russland. Im kleinen Bereich sehen die Freiheitlichen Österreich als Schutzmacht für die altösterreichischen Minderheiten im benachbarten Ausland, insbesondere Südtirol ist den Freiheitlichen dabei ein Herzensanliegen.

Federführend unter den freiheitlichen Parlamentariern war zunächst von 2006 bis 2008 Reinhard Bösch als außen- und europapolitischer Sprecher, ihm folgte 2008 Johannes Hübner in dieser Funktion nach. Als Südtirol-Sprecher der FPÖ wirkt seit 2006 der Oberösterreichler Werner Neubauer im FPÖ-Klub.

Wesentliche Anträge und parlamentarische Aktionen galten dem Kampf gegen den Vertrag von Lissabon, gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie den Fiskalpakt, für den Austritt aus der Eurozone, bzw. die Schaffung einer Hartwährungszone und gegen den Beitritt der Türkei zu Europäischen Union. Im Bereich der Entwicklungshilfe trat man für eine Reduzierung der Mittel bzw. für eine effizientere Verwendung der Mittel ein.

Ebenfalls bemerkenswert sind der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler, die Forderung nach Doppelstaatsbürgerschaften für Südtiroler sowie der Kampf um die Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien, aber auch Wiedergutmachung für die Vertriebenen in Tschechien.

Die freiheitliche Landesverteidigungspolitik 2006–2016

Die Freiheitlichen bekennen sich zur umfassenden Landesverteidigung sowie zur allgemeinen Dienstpflicht aller männlichen Staatsbürger in Form des Wehrdienstes oder eines Wehersatzdienstes als persönliche Leistung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs und den



Johannes Hübner: Gestaltet
die freiheitliche
Außenpolitik maßgeblich mit



Reinhard Bösch:
FPÖ-Verteidigungssprecher und Obmann des Landesverteidigungsausschusses

sozialen Frieden. Für weibliche Staatsbürger soll aus Sicht der FPÖ die Möglichkeit zum freiwilligen Wehr- und Wehersatzdienst sowie zum Sozialdienst offen stehen.

Konkrete Maßnahmen, die die Freiheitlichen auch entsprechend im Nationalrat für die Landesverteidigung in den letzten zehn Jahren einforderten, waren unter anderem das Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht und als Folge an der Neutralität sowie die ausreichende finanzielle Versorgung des Österreichischen Bundesheeres.

Des Weiteren trat man für Reduzierung der Zentralstelle, die Fokussierung auf die Bri-

gadestruktur und die Stärkung der Truppe ein. Wesentlich erschien der FPÖ auch die Attraktivierung des Grundwehrdienstes und die Abschaffung der sogenannten Systemerhalter bei gleichzeitigem Ausbau konkreter Anreizsysteme für die Miliz und der leichteren Einberufbarkeit derselben. Ebenfalls trat man für die Schaffung eines eigenen Soldatenanstellungsgesetzes bzw. eines Militärdienstrechtes ein.

Als freiheitlicher Wehrsprecher fungierte zunächst Reinhard Bösch, in weiterer Folge Peter Fichtenbauer und Mario Kunasek. Alle drei hatten auch die Obmannschaft des Landesverteidigungsausschusses des Nationalrates inne, nach dem Ausscheiden von Kunasek übernahm Reinhard Bösch wieder diese Funktion.

Da der Kurs der Regierung aus SPÖ und ÖVP vor allem im Abbau und der Demontage des Heeres besteht, man im Jahr 2013 sogar eine Volksbefragung über die Wehrpflicht durchführte (bei der die FPÖ maßgeblich dazu beitrug, dass diese erhalten bleibt), haben die Freiheitlichen mit ihren Forderungen im Parlament keinen leichten Stand. Umso wesentlicher erscheint es, dass die FPÖ in ihrer Linie hart und konsequent bleibt, bzw. – wie auch schon in der Vergangenheit – mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen am Ball bleibt.

Die freiheitliche Sozialpolitik 2006–2016

In Österreich beträgt die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten etwa 1,4 Millionen Personen. Das entspricht 17 Prozent der Bevölkerung. Die FPÖ bekennt sich daher zu einer liberalen und humanen Gesellschaft und zum Sozialstaat Österreich. Unsere Solidargemeinschaft hat sich verpflichtet, Risiken, bedingt durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und schwere Schicksalsschläge, zu mildern. Soziale Gerechtigkeit bedingt auch eine wirksame Bekämpfung von Sozialmissbrauch und von Privilegien.

Eine Mindestsicherung für alle in Österreich lebenden Personen, die unabhängig von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen finanzielle Mittel zusichert, wird von den Freiheitlichen abgelehnt. Dies stellt aus ihrer Sicht eine grob ungerechte Form von Umverteilung dar, die aufgrund des Lenkungseffektes den Fortbestand unseres Heimatlandes gefährdet und Zuwanderung von Personen provoziert, die nicht an den reichen Chancen dieses Landes für ehrliche und leistungsbereite Persönlichkeiten interessiert sind, sondern vor allem an Sozialleistungen, die über Generationen erwirtschaftet wurden.

Seit 2006 ist Generalsekretär Herbert Kickl als freiheitlicher Sozialsprecher in diesem Bereich maßgeblich verantwortlich. Parlamentarisch brachte er in den letzten zehn Jahren hunderte Anträge ein und trieb die

Fortsetzung auf Seite 60 ►

Herbert Kickl:
Maßgeblich für die freiheitliche Sozialpolitik verantwortlich



“
Wir sind in den letzten zehn Jahren an den Herausforderungen gewachsen und immer reifer geworden. Heute sind wir bestens darauf vorbereitet, breite Verantwortung zu übernehmen.
”

„Unser Bemühen ist von Erfolg gekrönt“

Der Dritte Präsident des Nationalrates Norbert Hofer über freiheitliche Bewährungsproben und Verantwortung

Herr Präsident, zehn Jahre ist es nunmehr her, dass die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache im Herbst 2006 ihr parlamentarisches Überleben sichern und den Freiheitlichen Parlamentsklub neu gründen konnte – nach dem Motto „Totgesagte leben länger“.

Wie haben Sie diese Phase damals wahrgenommen?

Norbert Hofer: Der unmittelbare Eindruck der damaligen Phase war natürlich sehr dramatisch. Gleichzeitig war es rückblickend eine ebenso bewegte wie schöne Zeitspanne, weil unser aller Bemühen von großem Erfolg gekrönt war.

Es war zunächst eine harte Bewährungsprobe und anschließend eine große Bereicherung für unsere Gesinnungsgemeinschaft. Damals wurde das Fundament für die heutigen Erfolge der FPÖ gelegt.

Was waren nach dieser harten Phase der Konsolidierung die wesentlichen Hausaufgaben, nicht nur parlamentarisch, auch darüber hinaus betrachtet, die die Partei zu erfüllen hatte – Stichwort Parteiprogramm etc.?

Hofer: Die FPÖ wurde durch die Geschehnisse rund um die Gründung des BZÖ in eine umfassende Existenzkrise gestürzt. Es galt, die Organisationen in den Bundesländern wieder unter dem gemeinsamen Dach der Partei zu vereinen und die politische Arbeit so auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Es ist der verbindenden Persönlichkeit von Heinz-Christian Strache zu verdanken, dass diese entscheidende Phase schließlich in eine Erfolgsgeschichte mündete.

Zusätzlich zu strukturellen Herausforderungen spielte die Erarbeitung des ‚Handbuchs freiheitlicher Politik‘ eine zentrale Rolle. Wir haben unsere

Grundsätze mit neuem Leben erfüllt – sie unverändert und zeitgemäß in die Gegenwart getragen. Es war mir damals wie heute eine ebenso große Ehre, daran beteiligt sein zu dürfen. Wir haben damit ein Fundament für unsere tägliche politische Arbeit auf allen Ebenen geschaffen: vom Nationalrat bis hinein in die Länder und Gemeinden.

Im Herbst 2008 konnte man bei der Nationalratswahl ein beachtliches Plus einfahren, die FPÖ verfügte unter anderem wieder über einen Präsidenten im Nationalrat. Welche Rolle spielten Ihrer Meinung nach die Freiheitlichen im parlamentarischen Geschehen der damaligen Gesetzgebungsperiode?

Hofer: Der Wahlerfolg verdeutlichte, dass die Menschen dieses Landes sich auch damals schon nach Veränderung gesehnt haben. Eine Bewegung,

die nicht nur anhält, sondern sich immer weiter verstärkt.

Wir haben konsequent auf diesem Bedürfnis nach Kontrolle und Sicherheit – auch in der Zukunft – aufgebaut. Auf Themen, die bis heute mehr Aktualität denn je genießen.

Trotz starken Gegenwindes seitens aller politischen Mitbewerber, trotz geballter Medienmacht gegen die FPÖ und der Erfindung einer neuen politischen Partei konnte man bei der Nationalratswahl 2013 wieder zulegen. Wo sehen Sie die Gründe dafür?

Hofer: Hier spielt die Glaubwürdigkeit der FPÖ und ihrer Vertreter sicherlich die größte Rolle. Wir konnten das Vertrauen der Menschen – wie es sich schon anlässlich des vorangegangenen Wahlganges abgezeichnet hatte – weiter ausbauen. Von den Ränkespielen der Regierungsparteien enttäuschte Wähler gelangten zu der Überzeugung, dass unser Land beginnen muss, einen neuen Weg zu gehen. Auch neue Parteien und der vereinte Gegenwind des Establishments haben ihre Wirkung letztlich verfehlt.

Sie sind nun seit 2013 Dritter Präsident des Nationalrates. Wo sehen Sie die wesentlichen Eckpunkte Ihrer bisherigen Amtszeit, wie bewerten Sie den Stellenwert der FPÖ ein Jahrzehnt nach „Klubwiedergründung“?

Hofer: Ich schätze mich sehr glücklich, unsere Partei in dieser Funktion repräsentieren zu dürfen. Zentral war und ist für mich der Kontakt zu den Bürgern. Es erfüllt meine Mitarbeiter und mich jedes Mal mit Freude, wenn wir Menschen helfen und ihre Anliegen im Parlament wirksam ansprechen können.

Und es macht mich auch ein wenig stolz, wenn es möglich ist, Menschen mit Beeinträchtigungen zu unterstützen und auf politischer Ebene verstärkt Bewusstsein zu bilden. Die hektische Tagespolitik lässt diesem Bereich leider oftmals nicht den erforderlichen Raum. Im Dialog und in der Zusammenarbeit mit sachorientierten Kollegen aus anderen Fraktionen kann hier vieles bewirkt werden.

Abschließend: Was waren denn aus Ihrer persönlichen Sicht die politischen Höhepunkte, aber vielleicht auch Tiefpunkte im parlamentarischen Wirken der Freiheitlichen in den letzten zehn Jahren?

Hofer: Das Wirken der FPÖ kannte in den letzten zehn Jahren viele Höhepunkte. In entscheidenden Fragen haben wir den Menschen eine hörbare Stimme gegeben. In Untersuchungsausschüssen leisteten freiheitliche Abgeordnete großartige Arbeit, die unsere Demokratie gestärkt hat. Wir sind in den letzten zehn Jahren an den Herausforderungen gewachsen und immer reifer geworden. Heute sind wir bestens darauf vorbereitet, breite Verantwortung zu übernehmen.



Axel Kassegger:
Seit 2015 FPÖ-Wirtschaftssprecher

roten Sozialminister vor sich her. Zentrale Forderungen waren unter anderem eine grundlegende Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, die Streichung von Leistungen des Sozialstaates an Drittstaatsangehörige sowie die Schaffung eines Straftatbestandes „Sozialmissbrauch“. Nicht neu in freiheitlicher Politik, aber umso wesentlicher ist die Forderung nach einer weiteren Zusammenlegung von Sozialversicherungsanstalten.

Die freiheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik 2006–2016

Die soziale Überzeugung der FPÖ bringt scheinbar gegensätzliche Prinzipien in Einklang. Auch wenn aus freiheitlicher Sicht dem Einzelnen größtmöglicher Spielraum zur selbständigen Lebensgestaltung überlassen werden soll, so muss jedem Individuum doch klar sein, dass der Mensch als „Zoon Politikon“ in Interaktion mit der Gemeinschaft lebt und für das Fortkommen dieser Gemeinschaft mitverantwortlich ist. Die FPÖ bekennt sich zu einer nach Leistungsfähigkeit und Gemeinschaftlichkeit abgestuften Mitwirkung aller bei Erhalt und Finanzierung des Staates und der öffentlichen Leistungen, um jedem Mitglied des Staates und des Volkes ein menschenwürdiges und gemeinschaftlich behütetes Leben zu ermöglichen.

Konkret setzt man sich für ein – über den Konjunkturzyklus – ausgeglichenes Budget, ein Spekulationsverbot für Bund, Länder und Gemeinden, die verfassungsrechtliche Verankerung einer Höchststeuerquote sowie für ein einfacheres, gerechteres, transparenteres Steuersystem mit der Beseitigung der kalten Progression, mehr Geld für die Familien, einer begrenzten Abgabenhöhe der Länder, einer Entlastung für KMUs sowie der Streichung von Bagatellsteuern und –abgaben ein.

Maßgeblich voran trieben diese Politik die freiheitlichen Wirtschafts-, Finanz- und Budgetsprecher, angefangen bei Lutz Weinzinger über Alois Gradauer, Bernhard Themessl, Elmar Podgorschek, Hubert Fuchs und Roman Haider bis hin zu Axel Kassegger.

Die freiheitliche Bildungs- und Wissenschaftspolitik 2006–2016

Der Staat hat aus freiheitlicher Sicht sicherzustellen, dass dem Grundrecht auf Bildung durch ein breit gefächertes Angebot an qualifizierten und hochstehenden Bildungseinrichtungen entsprochen wird. Dabei sollen auch private Einrichtungen unterstützt werden, um mit den öffentlichen Unterrichtsanstalten in einen qualitätsfördernden Wettbewerb zu treten.

Der freiheitliche Unterrichtssprecher Walter Rosenkranz und zunächst der freiheitliche Wissenschaftssprecher Martin Graf sowie sein Nachfolger Andreas Karlsböck setzten sich im Bereich der Bildung und Wissenschaft unter anderem für ein verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit mangelhaften Sprachkenntnissen ein und forderten die durchgängige Klassenschülerhöchstzahl von 25 Kindern. Von großer Bedeutung ist die Forderung nach maximal 30-prozentigem Anteil von

Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache sowie nach der Beibehaltung des differenzierten Schulsystems.

Die FPÖ tritt für den freien Universitätszugang ein und forderte mit verschiedenen Anträgen die Umsetzung eines österreichischen Forschungskonzepts sowie die Budgethoheit für Universitäten und Forschungseinrichtungen. Letztlich geht es in der parlamentarischen Arbeit der Freiheitlichen um die Sicherstellung der Einheit von Forschung und Lehre und deren Freiheit.



Die freiheitliche Familienpolitik 2006–2016

Prägend für die freiheitliche Familienpolitik:
Anneliese Kitzmüller

Für die FPÖ ist die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert gemeinsam mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.

In den letzten zehn Jahren setzte man unterschiedlichste Initiativen für die Stärkung der Familien, aber im Rahmen dessen auch der Frauen – dies abseits vom linken Feminismus. Maßgeblich wirkten in diesem Bereich die freiheitlichen Familiensprecherin Anneliese Kitzmüller und die freiheitliche Frauensprecherin Carmen Schimanek. So trat man für die Umsetzung aller politischen und rechtlichen Maßnahmen zur Schaffung echter Chancengleichheit für Frau und Mann ein, stellte Anträge zur Schaffung von echter Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung und forderte eine bessere pensionsrechtliche Absicherung von erziehenden Eltern. Dazu forcierte man den Ausbau bundesweiter flächendeckender Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger.

Zentral in der freiheitlichen Familienpolitik ist die Forderung nach der Umsetzung des Steuersplittings für Familien und nach dem Ausbau

des Kinderbetreuungsgeldes zu einem Elterngeld bis zum 6. Geburtstag des Kindes. Ebenso gab es zahlreiche Anträge auf eine jährliche Inflationsanpassung der Familienleistungen sowie einer gerechten Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten im Pensionsrecht.

Die freiheitliche Verfassungspolitik 2006–2016



Harald Stefan:
Der FPÖ-Verfassungssprecher als Verfechter der direkten Demokratie

Freiheitliche Verfassungspolitik verfolgt in erster Linie eines: die Aufrechterhaltung bzw., wo es notwendig erscheint, den Ausbau des freiheitlichen Rechtsstaates. Um Österreich voranzubringen, setzte man daher in Vergangenheit eine Reihe von Initiativen im Nationalrat – am wesentlichsten erscheint in diesem Zusammenhang der von der FPÖ gewünschte Ausbau der direkten Demokratie in Österreich.

Von Bedeutung ist für die Freiheitlichen die Schaffung eines geschlossenen und umfassenden Grundrechts- und Bürgerrechtskatalogs sowie die klare Definierung der Staatsaufgaben. Ob der überbordenden Verfassungsgesetze in Österreich fordert man ein Verfassungsrecht in Form einer geschlossenen Verfassungsurkunde.

Nicht nur aus aktuellem Anlass trat man immer schon für die Abschaffung der Briefwahl und eben für die Stärkung der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild ein. Dabei erhöhten nicht nur die freiheitlichen Verfassungssprecher Robert Aspöck und seit 2008 Harald Stefan den Druck auf die Regierung, um endlich ein „Demokratiepaket“ umzusetzen. Bis dato schieben SPÖ und ÖVP solche Maßnahmen aber immer wieder auf die lange Bank – Hauptgrund ist letztlich die Angst vor einer weiteren Stärkung der Freiheitlichen.

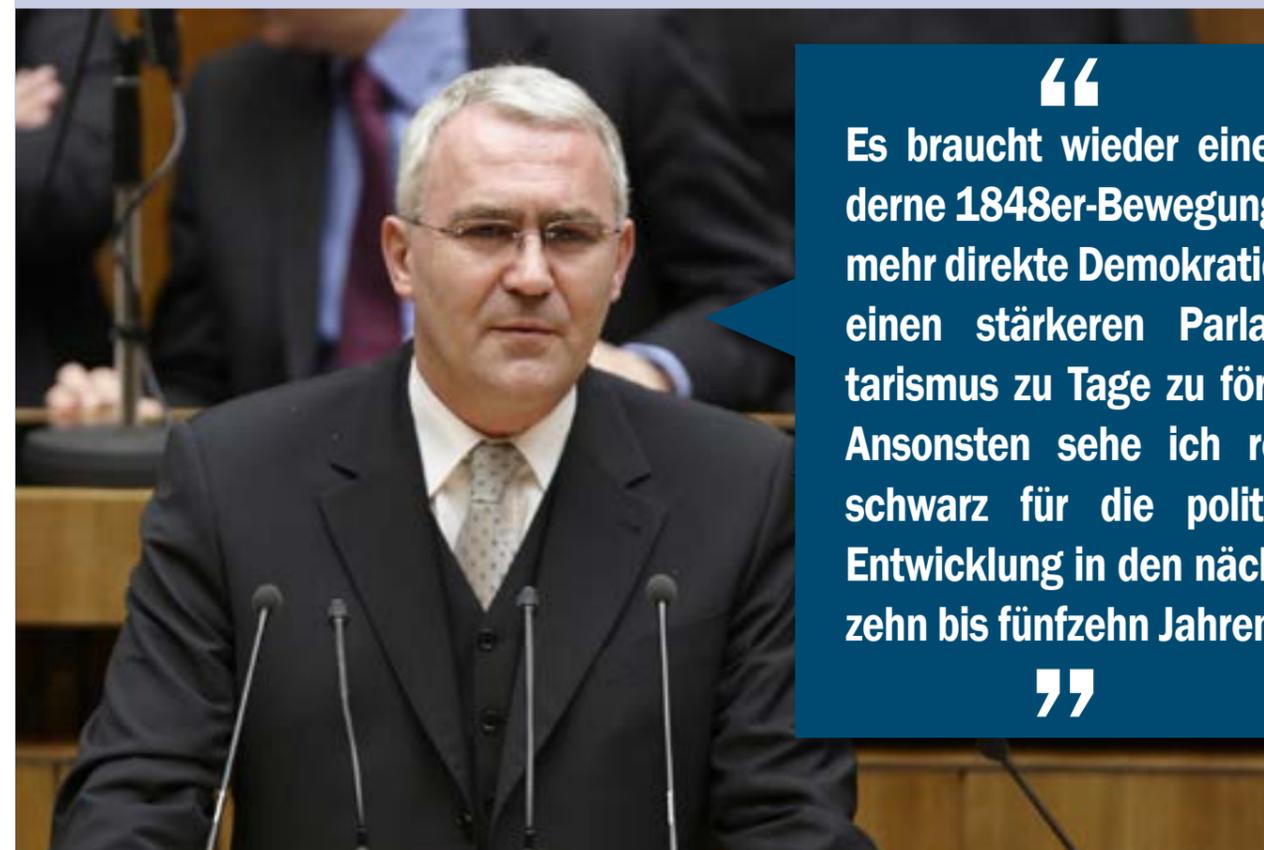
Konkret soll aus freiheitlicher Sicht die Einführung einer „Volksinitiative zur Gesetzgebung“ erfolgen sowie die Einführung einer Vetovolksabstimmung unter folgenden Voraussetzungen:

- Eine Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss des Nationalrates soll nicht nur vom Nationalrat beschlossen werden (bei einfachen Bundesgesetzen) oder von einem Drittel der Nationalratsabgeordneten verlangt werden (bei Bundesverfassungsgesetzen), sondern auch von 100.000 Wahlberechtigten gefordert werden können.
- Eine solche Vetovolksabstimmung soll auch hinsichtlich der Genehmigung von Staatsverträgen möglich sein. Eine obligatorische Volksabstimmung wäre aus FPÖ-Sicht über jede Änderung der Grundlagen der EU abzuführen. Darüber hinaus tritt die FPÖ für eine Volksinitiative nach schweizer Vorbild ein.

Aber auch im Wahlrecht sieht man aus freiheitlicher Sicht Änderungsbedarf und tritt daher im Nationalrat für die Stärkung des freien, unmittelbaren, persönlichen und geheimen Wahlrechts ein. Das Briefwahlrecht soll auf Auslandsösterreicher und nicht mobile Wahlberechtigte beschränkt werden, wobei die Ausgabe einer Wahlkarte nur nach strenger Überprüfung der Identität erfolgen sollte. Strikt lehnt man die Einführung eines „E-Votings“ ab. ♦

„Von Null auf Hundert lautete die Devise“

Der Dritte Präsident des Nationalrates a. D. Martin Graf über fünf Jahre als Präsident des Hohen Hauses, die freiheitlichen Stärken und warum es eine neue 1848er-Bewegung braucht.



“
Es braucht wieder eine moderne 1848er-Bewegung, um mehr direkte Demokratie, um einen stärkeren Parlamentarismus zu Tage zu fördern. Ansonsten sehe ich relativ schwarz für die politische Entwicklung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren.
”

Im Jahr 2006 wurde der Freiheitliche Parlamentsklub wiedergegründet, zumal sich nach der Spaltungsphase der alte Klub abgesetzt hatte und die FPÖ nach einem Überlebenskampf als knapp Viertel oder de facto ex aequo mit den Grünen mit gut 10% wieder in den Nationalrat eingezogen ist. Man konnte nach dem Motto „Totgesagte leben länger“ wider allen Vorhersagen einen doch sehr soliden Einzug in das Parlament schaffen. Wie war aus Ihrer Sicht damals die Stimmung in dieser Phase im Herbst 2006?

Martin Graf: Die Freiheitliche Partei und deren Repräsentanten waren natürlich in einer Hochstimmung – keine Frage. Nach einigen Jahren Abstinenz und Wiedergründung oder de facto Neugründung nach der kompletten Abspaltung der Führungsspitze der freiheitlichen Partei den

Einzug sehr deutlich zu schaffen, war ein Hoch für uns. Für die anderen Parteien war das natürlich anders und das hat man auch gespürt im täglichen Zusammenleben, weil wir uns auch erst zusammenraufen mussten als neue, zusätzliche Fraktion im Parlament.

Bekannterweise war es ja so, dass keine Strukturen mehr da waren, man alles neu aufbauen musste, wo waren da die größten Hindernisse?

Graf: Von null auf hundert lautete die Devise. Im Vorfeld – bei dieser Wahl 2006– waren wir die Herausforderer, und man ist uns freiwillig natürlich nirgends entgegen gekommen. Letztlich mussten wir uns sehr viel erarbeiten und uns den Stellen-

wert erkämpfen. Für uns gab es in der Opposition keine 100-tägige Schonfrist, das haben wir sofort gemerkt, und es war auch klar. Und es war eigentlich auch hervorragend anzusehen, wie diese neue Mannschaft – und letztlich nicht nur anzusehen

“
Die Grünen haben gemeinsam mit dem linken Flügel der SPÖ an der Demontage der FPÖ gearbeitet, das ist ja bekannt durch das Strategie-Papier der Grünen, das im Jahr 2009 aufgetaucht ist, in dem sich ihre Difamierungs-Strategie – in dem Fall gegen einen der Spitzen-Repräsentanten der FPÖ – so nach dem Motto „Und denen hängen wir alles um, damit wir größtmögliche Wirkung erlangen“ offenbarte.
 ”

aus meiner Sicht, sondern aber mitzuwirken – in den Parlamentarismus und in den Prozess wieder eingetaucht ist, ohne dass die Außenwelt auch nur wahrgenommen hat, dass wir längere Zeit nicht im Parlament gewesen sind und ja über keine Strukturen, über nichts verfügt haben. Beispiel: im Parlament selber gab es natürlich keine vorgesehenen Räumlichkeiten für den Freiheitlichen Nationalrats- und Bundesratsklub, wir haben ein Provisorium zugewiesen bekommen, wo nicht einmal jeder Abgeordnete, geschweige denn jeder Mitarbeiter oder jeder parlamentarische Mitarbeiter auch nur einen Sessel hatte. Das heißt, wir sind wochenlang unter Arbeitsbedingungen hier im Parlament gesessen, die es in der freien Wildbahn gar nicht geben dürfte, aufgrund der österreichischen Ge-

setzeslage, die Unternehmen betrifft. Aber das war der Alltag, die Herausforderung vom Logistischen: eben EDV aufbauen, zusehen, dass man von der Büro-Infrastruktur wieder arbeiten konnte, dass man auch Mitarbeiter wieder auswählte und vieles andere mehr. Und auch zusehen, dass man sich inhaltlich wieder ausrichtet und auch im tagespolitischen und langzeitpolitischen Geschehen. Die Regierung und auch unsere Mitbewerber in der Opposition – es war ja Regierungsfindung zu dieser Zeit – haben uns keine einzige Sekunde der Einarbeitung gegeben. Ganz im Gegenteil: es wurden sofort zwei Untersuchungsausschüsse eingesetzt, auch mit unserem Zutun – sehr proaktiv durch H.-C. Strache als Klubobmann verhandelt. Also ein Plus X an die normale parlamentarische Arbeit, und ich bin überzeugt, heute sagen zu können: Es hat kein Bürger und keine Bürgerin in Österreich auch nur eine Minute gemerkt, dass wir eigentlich keine Infrastruktur gehabt haben. Das hat der politischen Arbeit überhaupt keinen Abbruch gebracht und das war eine herausragende Leistung.

Zwar hat die Legislaturperiode nur kurz gedauert, aber über Weihnachten 2006 hat nach sechs Jahren Auszeit die rot-schwarze Koalition fröhliche Urständ gefeiert. Wie hat man es geschafft, trotz der Mehrbelastung durch gleich zwei Untersuchungsausschüsse – im Banken-Untersuchungsausschuss haben Sie ja den Vorsitz geführt – dieser neuen Regierung entgegen zu halten?

Graf: Durch geschicktes, maßvolles und zielorientiertes Handeln ist es uns gelungen, im Parlament per sofort einen Status zu erwirken als anerkannter Gesprächspartner und auch Aktionspartner. In einer Phase der Regierungsbildung mit unterschiedlichen Mehrheiten zu operieren, ist an und für sich eine Sternstunde des österreichischen Parlamentarismus, und man hat gesehen, dass zumindest auf Parlamentsebene die Zusammenarbeit hervorragend funktioniert hat. In Zusammenarbeit mit all den anderen Klubs – letztlich auch in Zusammenarbeit mit dem BZÖ – hat es viele Initiativen gegeben, die auf unserem Mist – wenn man so will – gewachsen sind. Es war eine sehr schöne parlamentarische Zeit, die wir auch genutzt haben und wo auch Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg als reine Parlamentspartei – und das war von Anfang an klar, dass wir Oppositionspartei sein werden – funktioniert hat.

Innieweit waren diese beiden Untersuchungsausschüsse erfolgreich? Sie waren ja die ersten Ausschüsse dieser Art seit längerer Zeit. War das damals schon abzusehen, dass man zehn Jahre später ein neues Verfahren für die parlamentarische Kontrolle braucht?

Graf: Dass die gesetzliche Grundlage oder die Geschäftsordnung nicht optimal war, hat jeder gewusst, aber das ist immer auch eine Frage des Geschicks der handelnden Parteien und letztlich auch

der jeweiligen Vorsitzenden und der Ausschüsse gemeinsam mit den Klubobleuten, aber auch mit den Parteiohleuten, hier ein Klima der Zusammenarbeit herbei zu führen, das einen Ausschuss auch zum Erfolg führt. Und das ist sicher gelungen, wenn alle einen entsprechenden Willen haben. Sicher jeder aus einer unterschiedlichen Motivation heraus, die politischen Mitbewerber etwa alle aus dem Willen heraus, der FPÖ ans Zeug zu flicken. Zumal die FPÖ die neue herausfordernde Kraft im Land wurde, was auch jeder gespürt hat, wollte man natürlich uns möglichst großen Schaden zufügen. Wir hatten immer das Interesse an größtmöglicher Aufklärung und daher steht dann am Ende, dass es sehr erfolgreiche Ausschüsse geworden sind.

Untersuchungsausschüsse sind auf jeden Fall ein wesentlicher Beitrag zur demokratiepolitischen Hygiene und Selbstreinigungskraft der politischen Eliten. Das darf man nicht wie ein Gericht sehen, wenn auch die eine oder andere juristische Weiterfolge oder Aktion nicht ins Rollen kommt. Aber in der Regel erwischt es die politischen Träger, die Dreck am Stecken haben, und ist auch generalpräventiv ganz eine wichtige Maßnahme. Sie waren letztendlich ein Erfolg und das haben ja auch alle attestiert. Es ist dann zunehmend schwieriger geworden, so nach einem Jahr in etwa, weil natürlich sich dann schon die kleinste große Koalition, die es je gegeben hat, entsprechend vor weiteren Ergebnissen gefürchtet hat und Rot und Schwarz in alte Denkmuster verfallen sind. Das hat bekanntermaßen im ganz bewussten Abdrehen des Banken-Untersuchungsausschuss kurz vor der Zielinie geendet. Im Übrigen war jede große Koalition seit 2006 kleiner als die kleinste kleine Koalition davor. Der Eurofighter-Ausschuss hat auf jeden Fall das, was zu Tage zu fördern war, hervorgehoben und auch hervor gebracht und hat auch ein Ende gefunden.

Wie Sie ganz richtig gesagt haben, hat sich in diesen zwei Jahren die rot-schwarze Koalition wieder zusammengerauft und zur alten Stärke hinaufgeschwungen – im negativen Sinne natürlich. Wir haben aber dann 2008 das vorzeitige Ende dieser Periode erleben dürfen, wobei sich die Schwarzen in Hinblick auf die Natio-

nahratswahl verkalkuliert haben. Im Endeffekt ist es aber natürlich dann der FPÖ zugute gekommen, weil man es schaffen konnte, auf ziemlich genau 17 Prozent zu kommen und seine Mandate dementsprechend auszubauen und somit wieder die klar stärkste Position in der Opposition eingenommen hat und natürlich auch – das ist ganz wesentlich auch für Ihre Person gewesen, weil Sie ja persönlich betroffen waren – den Dritten Präsidenten wieder erlangen konnte. Jetzt wissen wir historisch, dass einerseits viel Gegenwind gekommen ist, nicht nur gegen Ihre Wahl und in Ihrer Amtszeit, auf der anderen Seite aber, dass man in diesen fünf Jahren ein weiteres Erstarren der FPÖ erleben konnte. Wie haben Sie selbst diesen Stellenwert des Frei-





Graf am Rednerpult: Mit Ecken und Kanten gegen den rot-schwarzen Proporz

heitlichen Parlamentsklubs in Ihrer Position erleben dürfen? Sei es in der Präsidiäle oder, wie vorhin schon erwähnt, in der Zusammenarbeit im Parlamentarismus ...

Graf: Erstmal muss ich sagen, hat es mich gefreut, gegen Van der Bellen eine Abstimmung oder Wahl zu gewinnen, mit 109 zu 28 Stimmen. Es war erstmalig auch von den Medien eine hochstilisierte Wahl zum Nationalratspräsidenten mit einem echten Gegenkandidaten, und die ist sehr eindeutig ausgegangen – das muss man schon sagen.

Weiters muss ich festhalten, dass das Handeln der ÖVP hinsichtlich der Duldung Faymanns dazu geführt hat, dass die alten Strukturen der Sozialpartner wieder erstarkt sind und das Land wieder übernommen haben. Vor allem unter Werner Faymann feierten in der SPÖ Gewerkschafter und Ar-

beiterkammerer fröhliche Urständ. Die Führung von Gusenbauer hat da einen anderen Stil gepflogen. Insofern kann man sagen: Das Wiedererstarren der Sozialpartner im negativen Sinn hat diese Republik der ÖVP der Jahre 2006, 2007, 2008 zu verdanken. Das ist ein negativer Punkt, wie ich meine. Und es hat den linken Flügel der SPÖ wieder nachhaltig an die Spitze gebracht, den linken, nicht konstruktiven Flügel. Also diejenigen, die in ideologischen Denkweisen Abgrenzungen vornehmen, sind wieder nach vorn gerückt, und der Parlamentarismus hat darunter stark gelitten.

Die Grünen haben gemeinsam mit dem linken Flügel der SPÖ an der Demontage der FPÖ gearbeitet, das ist ja bekannt durch das Strategie-Papier der Grünen, das im Jahr 2009 aufgetaucht ist, in dem sich ihre Diffamierungsstrategie – in dem Fall gegen einen der Spitzen-Repräsentanten der FPÖ so nach dem Motto „Und denen hängen wir alles um, damit wir größtmögliche Wirkung erlangen“ – offenbarte. Da war ich, so gesehen, ein Opfer dieser grün-linken Strategie, und es hat natürlich auch durchaus Erfolge gebracht, weil ich natürlich in meinem Aktionsradius etwas eingeschränkter war – um es einmal so zu sagen. Wenn man dann viele Verfahren umgehängt bekommt, muss man sich natürlich wehren und hat weniger Zeit, in die Aktion zu gehen. Das war sozusagen ein Doppelspiel. Auf der einen Seite die FPÖ insgesamt zu schwächen, Repräsentanten rauszuschießen – strategisch vorzugehen beim Rausschießen. Das ist das politisch Verwerfliche, finde ich, das wurde angestrebt, und dazu braucht es immer Partner in der Politik und in den Medien, und dazu waren sich am Ende der linke Flügel der SPÖ und die Grünen eins, und nachdem der linke Flügel das Sagen hat, war es klar, dass ich als Person abgelehnt wurde, was aber im parlamentarischen Alltagsleben überhaupt nicht zu Buche schlagen hat.

Wenn ich heute sehe, wie Norbert Hofer bei Auslandsreisen von Vertretern des Parlaments behandelt wird, so nach dem Motto „Der reist ja nur privat“ und ähnliches, so verfallen sie wieder in die alten Denkmuster zurück. Das haben sie bei mir natürlich auch gemacht. Das ist international ein absolutes Schwächezeichen der Regierenden – das ist ganz klar. Aber da sieht man natürlich, welche Geistes Kinder in Positionen gehievt wurden – auch im Parlament.

Zum parlamentarischen Geschehen dieser fünf Jahre, in denen die FPÖ ihren konstruktiven, aber auch kritischen Kurs fortsetzen konnte: Sie haben vorhin schon gemeint, dass der Parlamentarismus unter dem Wiedererstarren des linken Flügels in der SPÖ gelitten hat. Ist es aber nicht auch so, dass man die letzten zehn Jahre beobachten konnte, dass die Qualität des Personals bei SPÖ und ÖVP geringer geworden ist? Dass der Parlamentarismus an Qualität ver-

loren hat, um sich sozusagen gegen solche Mechanismen zur Wehr zu setzen? Oder ist das nur eine falsche Beobachtung?

Graf: Das ist sicherlich richtig. Wer sich gerne ORF3 ansieht, wo immer wieder herausragende Persönlichkeiten der Vergangenheit aus dem roten und schwarzem Lager dargestellt werden, in Portraits und man schaut sich dann die heute handelnden Personen an, dann ist es eigentlich verwunderlich, warum nicht beide Parteien weit unter zwanzig Prozent liegen, weil das ist 100 zu 1 zu den heute handelnden Personen. Zusammenfassend: Die politischen Repräsentanten der ÖVP und auch der SPÖ hatten in den Jahren vor dem EU-Beitritt noch die nötige Portion Patriotismus. Das ist verloren gegangen, und es ist nur mehr Selbstgeißelung, Selbstaufgabe zu erkennen und am Ende die Frage „Wie überdauere ich Wahlperioden mit einem attraktiven Job in der Politik?“ Das ist die Gemengelage und der Fensterkitt, der diese Koalition noch zusammenhält.

Wenn Sie zurückblicken auf fünf Jahre Präsidentschaft, was waren da aus Ihrer Sicht die Höhepunkte?

Graf: Ich muss schon sagen, der Präsident alleine kann relativ wenig machen. Da ist der Klub der FPÖ bei weitem wesentlicher als Motor bei Demokratiereformen – wenn sie auch langsam gehen und immer nur Teilbereiche betreffen, aber man muss schon wissen, Demokratie- oder Verwaltungsreformen ohne den freiheitlichen Motor in der Opposition würde es überhaupt nicht geben. Dass man überhaupt nachdenkt, etwas zu verändern, ist, weil es eine starke freiheitliche Partei gibt und man oft auch als Regierung im vorausseilenden Gehorsam etwas regeln muss, damit die FPÖ nicht noch mehr Oberwasser bekommt. Insofern glaube ich, kann man das nicht auf eine Person herunterbrechen.

In der Position des Dritten Präsidenten hab ich im Europarat sicher sehr viel weiter gebracht. Ich erinnere nur an die bisher am größten unterstützte Entschliebung, die ich dort untergebracht habe, zur Aufwertung der deutschen Sprache, als Verhandlungs- und Amtssprache, bis hin zu den vielen Auslandsreisen. Um ein Beispiel zu nennen: Unsere österreichische Außenpolitik unter Faymann aber auch Fischer hat nach dem Empfang des Dalai Lama großen Schaden in China genommen. Da ist es auch sehr stark an mir gelegen, dass wir für Österreich, deren politische Spitzenrepräsentanten unter politischer Quarantäne gelegen haben seitens Chinas, diese Situation durchbrochen haben. Das zeigt auch der de facto-Staatsbesuch, den ich Anfang 2013 erleben durfte, wo ich als Eisbrecher für die Republik Österreich tätig war. Das war sicher einer der größten Erfolge.

Und dann hat mir die Position natürlich Möglichkeiten verliehen, etwas zu initiieren, was es bis zum heutigen Tage noch gibt. Ich hab den Frei-

raum gehabt und letztlich mir auch die Mittel genommen, mit der Plattform unzensuriert.at etwas Nachhaltiges zu schaffen, oder auch mit dem Franz-Dinghofer-Institut eine Einrichtung geschaffen, die nachhaltig an die freiheitlichen Leistungen der ersten Republik anknüpft. Das waren schon ganz schöne Sachen. Und zuletzt hab ich durchaus mit meinen Aktivitäten – auch außenpolitisch – für die FPÖ, aber auch für Österreich, am lateinamerikanischen Kontinent bis zum heutigen Tag sehr viel bewirken können.

Ein Ausblick noch: Die Freiheitlichen und der Parlamentarismus, das ist ja eine Geschichte, die nicht nur die letzten 10 Jahre andauert hat, sondern weit über 100 Jahre. Wenn man es genau nimmt über 150 Jahre, wenn man von der Paulskirche 1848 ausgeht. Wie werden sich die Freiheitlichen und der Parlamentarismus in Zukunft tun?

Graf: Es hat mich ja gefreut, dass ich im

“
Durch das Erstarken der Freiheitlichen und auch der patriotischen Kräfte in Europa wird es sicherlich zu einer Abkehr vom falschen Weg kommen.
 ”

48. Lebensjahr Präsident dieses Hohen Hauses werden durfte (lacht). Als politisches Kind der 1848er-Bewegung ist die Zahl 48 immer etwas Bedeutungsvolles. Und so lange spannt sich auch die demokratiepolitische Historie der freiheitlichen Bewegung insgesamt, mit sehr viel Erfahrungen, so etwa, als die Partei und deren politischen Vertreter überhaupt erst Grund- und Freiheitsrechten zum Durchbruch verholfen haben, wenn auch mit Zeitverzögerung – Gottes Mühlen mahlen langsam aber gewiss.

Das ist die Tradition, der wir verpflichtet sind, und es geht bis in die heutige Zeit, wo wir in einen Demokratie-Moloch von außen hinein gedrückt werden, wo wir in Wirklichkeit sagen müssen: Es braucht wieder eine moderne 48er-Bewegung, um mehr direkte Demokratie, um einen stärkeren Parlamentarismus zu Tage zu fördern. Ansonsten sehe ich relativ schwarz in der politischen Entwicklung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren, aber durch das Erstarken der Freiheitlichen und auch der patriotischen Kräfte in Europa wird es sicherlich zu einer Umkehr vom falschen Weg kommen. ♦



“
Ich bin aber überzeugt,
dass sich wirklich nur dann
etwas ändern wird, wenn
wir in eine Regierungsbe-
teiligung kommen.
”

„Nur mit der FPÖ gibt es
mehr direkte Demokratie“

Der freiheitliche Verfassungssprecher Harald Stefan über die freiheitliche Forderung nach mehr direkter Demokratie und notwendige Änderungen bei der Briefwahl

Herr Abgeordneter, wie sehen Sie die Rolle der Freiheitlichen im Hohen Haus in den letzten zehn Jahren, zumal ja 2006 sozusagen eine Neugründung des Freiheitlichen Klubs unter der Führung von H.-C. Strache stattgefunden hat?

Harald Stefan: Es hat sich gezeigt, dass die FPÖ schon mit der Übernahme durch H.-C. Strache die wesentlichen Themen, die die Menschen ernsthaft, emotional berühren, erkannt hat. Und wir haben auch sehr schnell erkannt, dass wir in der Republik als Oppositionspartei sehr viel bewegen können, wenn wir dort den Druck erzeugen. Man sieht das in vielen Bereichen, wo wir die Themen dann letztendlich bestimmt haben, bis zu einem gewissen Grad – es ist natürlich nicht alles so umgesetzt worden, wie wir es uns gewünscht hätten, aber immerhin ist gezeigt worden, dass eine Opposition, die eben die Gefühle erwischt, daher die Menschen überzeugt und an Wählerstimmen stetig zunimmt, Druck ausüben kann. Das war der wesentliche Punkt.

Sie selbst, ob Ihrer Profession als Jurist, waren für den Klub als Justizsprecher und vor allem als Verfassungssprecher tätig in den letzten Jahren. Wo sehen Sie in diesem Bereich – vor allem Verfassung – die wesentlichen Punkte, die die FPÖ thematisiert und versucht, auch umzusetzen?

Stefan: Es gab natürlich im juristischen Bereich viele Themen, die nicht die große Öffentlichkeit finden, und wir waren da auch in vielen Bereichen sehr konstruktiv. Wir haben etwa die Verwaltungsgerichtsbarkeit ganz wesentlich mit gefordert und mit umgesetzt. Das heißt, dass es jetzt wirklich auch im Verwaltungsbereich eine echte Gerichtsbarkeit gibt

Zu den politischen Fragen: Da ist die direkte Demokratie ein ganz wesentlicher Punkt für uns. Das ist schon eine alte freiheitliche Forderung, dass wir einfordern, dass die Bevölkerung stärker in den Entscheidungsprozess eingebunden werden muss – nach dem Schlagwort „Was das Parlament darf, muss auch die Bevölkerung dürfen“. Deshalb

muss die Bevölkerung von sich heraus die Möglichkeit haben, Gesetze zu initiieren und allenfalls auch bereits bestehende Beschlüsse zu Fall zu bringen. Natürlich alles mit entsprechenden Vorgaben, mit entsprechenden Mehrheitserfordernissen unter allen Umständen, aber es muss eben diese Möglichkeit geben, um hier ergänzend zur repräsentativen Demokratie auch die direkte Demokratie zu haben.

Wir haben niemals gesagt, dass wir die repräsentative Demokratie aufgeben sollten oder dass das Parlament beschnitten werden soll. Im Gegenteil. Das Parlament sollte sogar stärker werden als jetzt, zumal momentan weitgehend die Ministerien regieren. So gesehen wäre diese direkte Demokratie auf der anderen Seite eine wesentliche Ergänzung.

Wie weit kann man sagen, dass man hier in der Umsetzung fortgeschritten ist? Wir wissen ja alle, dass bestimmte Kräfte – vor allem von der SPÖ und ÖVP – die verschiedensten Demokratie-Pakete immer wieder hinaus schieben, immer wieder nur ankündigen ...

Stefan: Man muss ehrlich sagen: Hier wird auf Zeit gespielt. Es gab einmal einen Vorstoß, von damals – ich weiß nicht, ob er schon Minister war – Kurz, der das einmal zum Thema gemacht hat. Dann sind alle drauf angesprungen. Es gab dann eine umfangreiche Enquete und Gespräche und weiß Gott was alles, mit dem Ergebnis, man mache lieber gar nichts. Also es wird hier ganz massiv abgeblockt. Nicht einmal ein Minimal-Konsens, dass man zumindest mit einem erfolgreichen Volksbegehren eine Volksbefragung erreichen könnte. Etwas Verbindliches will man offensichtlich seitens SPÖ und ÖVP nicht umsetzen. Es wird hier ganz massiv abgeblockt, und je stärker die FPÖ wird, umso mehr Angst hat man davor, dass man vielleicht über diesen „Umweg“ der direkten Demokratie tatsächlich Themen behandeln müsste, die im Parlament immer noch irgendwie abgelenkt werden können.

Ein Ausblick in die Zukunft: Wenn die FPÖ noch stärker wird, wird sich dann da etwas bewegen? Stichwort Koalitionsbedingungen, direkte Demokratie?

Stefan: Das halte ich tatsächlich für möglich. Da hat es ja etwa bei der Regierungsbeteiligung im Burgenland schon gewisse Ansätze gegeben, dass dort auch die FPÖ-Vertreter gesagt haben, „ja, wir gehen in eine Regierung, aber dann muss es auch in diese Richtung Akzente geben“.

Also für mich ist klar, dass es auch zu den Bedingungen zählen wird, unter denen wir Freiheitliche in eine Regierung gehen werden. Wie weit man dann im Konkreten gehen kann, kann man jetzt natürlich noch nicht ganz abschätzen. Ich bin aber überzeugt, dass sich wirklich nur dann etwas ändern wird, wenn wir in eine Regierungsbeteiligung kommen. Vorher wird man das immer abblocken, weil man Angst hat, dass über heikle Themen die Bevölkerung schlicht und einfach ganz anders denkt, als die derzeit herrschenden Parteien.

Stichwort Koalitionsbedingungen: Die Briefwahl ist ein großes Thema und zurecht in Verruf geraten. Inwieweit ist eine Änderung des Briefwahlrechts auch eine Koalitionsbedingung?

Stefan: Nach dieser Entscheidung des VfGH muss jetzt auf jeden Fall das Wahlrecht reformiert werden. Und nach den Mängeln, die man wiederum mit dieser neuerlichen Verschiebung des Wahltermins festgestellt hat, ist glaub ich allen klar, dass man darüber zumindest diskutieren muss. Ich fürchte, dass die Regierungsparteien hier wieder auf Zeit spielen. Alles liegt aber schon jetzt am Tisch, alle haben sich jetzt schon Gedanken gemacht. Das Innenministerium weiß letztendlich auch, wo die Fehler liegen. Wir könnten sofort beginnen – aber sie spielen auf Zeit. Ich bin aber überzeugt, dass sich aufgrund unseres Drucks wesentliche Dinge im Bereich des Wahlrechtes ändern werden. ♦

„Unsere Stärke ist unsere konsequente Linie“

Der außen- und europapolitische Sprecher Johannes Hübner über die freiheitlichen Akzente in Fragen Europas und der Welt

“
Es ist der Druck der von uns vertretenen Bevölkerung so groß geworden, dass sich die ‚Volksparteien‘ teilweise unserer Linie annähern mussten und wir indirekt durch das Umfallen der politischen Vertreter – vor allem in der ÖVP – unseren Zielen näher gekommen sind.
”



Herr Abgeordneter, wie sehen Sie die Rolle der Freiheitlichen im Hohen Haus? Sie haben im letzten Jahrzehnt maßgeblich die Europa- und Außenpolitik der Freiheitlichen im Hohen Haus und auch innerhalb der Partei mitgeprägt und mitbestimmt. Wo sehen Sie denn die Stärken der Freiheitlichen in diesem Bereich?

Johannes Hübner: Die Stärken liegen sicherlich in der Konsequenz unserer Linie. Die Konsequenz, die darin besteht, dass wir auf dem Behalten der österreichischen Rest-Souveränität im Kontext der Europäischen Union bestanden haben. Zweitens das Erhalten der österreichischen Unabhängigkeit im außenpolitischen Bereich – das ist sicherlich nicht gelungen weil es von der Bundesregierung nicht verfolgt und durchgesetzt worden ist. Hier sind wir auf der einen Seite zu einem Anhängsel der EU geworden und auf der anderen Seite indirekt über die EU zu einem Anhängsel der USA. Nachdem die EU keine eigenständige Politik verfolgt, sondern Vorgaben oder sogar Befehle aus Washington befolgt hängen wir hier dran. Es wäre also trotz gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik in der EU genug Raum für eigenständige österreichische Initiativen. Wo wir sehr konsequent gewesen sind, ist das Ablehnen eines neuen Kalten Krieges, das Hineingezogen werden Seite an Seite mit den anderen EU-Mitgliedsländern in die amerikanische Sanktions- und Boykottpolitik und die neue Spaltung Europas entlang einer fiktiven europäisch-russischen Linie. Zuletzt, wo wir auch sehr konsequent gewesen sind und wo wir uns in Österreich zumindest auch weitgehend durchgesetzt haben, das ist die Angelegenheit CETA und TTIP, also die zwei transatlantischen Handelsabkommen, wo jetzt auch die SPÖ umgeschwenkt ist, die Schädlichkeit dieser Abkommen erkannt hat, und zuletzt natürlich die Einwanderungspolitik, wo wir der EU-Politik der schrankenlosen Masseneinwanderung aus der Dritten Welt unter dem rechtlichen Scheinmantel des Asylwesens immer klar entgegen getreten sind.

Wie sehen Sie die generelle Rolle der Freiheitlichen im österreichischen Parlamentarismus in den letzten zehn Jahren? Ist man da stärker geworden als in der Zeit davor?

Hübner: Wir sind aus zwei Gründen stärker geworden. Auf der einen Seite haben wir von Wahl zu Wahl mehr Mandate gehabt und daher einfach mehr Gewicht, mehr Redezeit, mehr gute Leute, die die Positionen darstellen konnten. Auf der anderen Seite ist der Druck der Bevölkerung, die ja von uns fast alleine vertreten wird, die meisten anderen Parteien verfolgen ja eine Politik, die gegen die Interessen eines Großteils der Bevölkerung gerichtet ist, also es ist der Druck der von uns vertretenen Bevölkerung so groß geworden, dass sich die „Volksparteien“ teilweise unserer Linie annähern mussten und wir indirekt durch das Umfallen der politischen Vertreter – vor allem in der ÖVP – unseren Zielen näher gekommen sind. Das beste Beispiel sind sicherlich die ÖVP und Sebastian Kurz, der in den letzten 12–15 Monaten einen Großteil unserer Positionen übernommen hat und jetzt nicht nur österreich- sondern auch europaweit ein Vorkämpfer für das Einbremsen der Masseneinwanderung ist. Und der die Sachen ja auch anspricht. Der Fakten, die bis jetzt ja entweder geleugnet oder unter den Tisch gekehrt wurden, anspricht. Der beispielsweise jetzt auch einräumt, dass das Hereinnehmen dieser Masseneinwanderer nichts mit sozialer Wärme oder Menschlichkeit zu tun hat, der klarstellt, in welchem gigantischen Ausmaß hier Ressourcen zur Hilfe verwendet werden, verschwendet werden, um Asylanten hier in irgendeiner Weise unterzubringen, zu beschäftigen, zu (unter „“, das möchte ich verdoppeln das „“) „integrieren“ und dergleichen mehr. Und man sieht auch in der SPÖ eine Bewegung oder ein Abbröckeln der bisherigen Positionen in unsere Richtung. Anders wäre die West-Balkan-Konferenz und das Schließen der Grenzen in Mazedonien mit österreichischer Unterstützung im Jänner 2016 nicht möglich gewesen.

“

Die Vorgänge rund um die Typenentscheidung und die Beschaffung waren einige der Gründe, die zum Bruch in Knittelfeld geführt haben. Wir Freiheitlichen hatten also auch deswegen ein vitales Interesse an einer lückenlosen Aufklärung der Causa.

”

„Was am Ende zählt, ist die Arbeitsleistung“

Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner über seine Mitgliedschaft im parlamentarischen Eurofighter-Untersuchungsausschuss im Jahr 2007

Worin sehen Sie die Ursachen – politisch, aber auch im Inhalt –, warum es damals, Anfang 2007, die Einsetzung des Untersuchungsausschusses in Sachen Eurofighter-Ankauf gab?

Manfred Haimbuchner: Die Ursachen lagen schlicht darin, dass eine politische Entscheidung gefällt wurde und nicht eine Entscheidung im Sinne der Souveränität und der militärischen Landesverteidigung und deren Bedürfnisse. Es gab viele Ungereimtheiten im Prozess der Typenentscheidung einerseits und der stückweisen Reduktion der Stückzahl und der technischen Konfiguration andererseits. Eine besondere Rolle hat damals das Finanzministerium gespielt, das über budgetäre Vorgaben das Verteidigungsministerium sozusagen vor sich hergetrieben hat. Ganz offensichtlich war der Saab Gripen die (ursprünglich) bevorzugte Variante, was Lebensdauer, laufende Kosten und typenunabhängige Infrastruktur betrifft. Saab und Lockheed haben im Gegensatz zu EADS auch eine Übergangslösung für die Zeit zwischen dem Auslaufen der Draken-Flotte und dem Zulauf neuer Kampfflugzeuge angeboten – EADS war dazu nicht in der Lage.

Auch war die Verschiebung der Liefertermine von beiden Seiten, also EADS und der Bundesregierung, speziell dem BMF, gewünscht. EADS konnte faktisch nicht liefern und das BMF wollte die budgetäre Belastung möglichst weit hinausschieben.

Um doch zur Lösung Eurofighter zu gelangen, wurden im militärischen Pflichtenheft viele Muss-Bestimmungen zu Soll-Bestimmungen gemacht und, anstatt eine ordentliche Übergangslösung abzurufen, wurde mit der Variante der geleasten F-5 der Schweizer Luftwaffe eine Entscheidung getroffen, die klar zu Lasten der Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs ging.

Ziel des Untersuchungsausschusses war es also, all diese Ungereimtheiten und die Rollen des BMF, des BMLV, diverser Lobbyisten und Einzelpersonen aufzuklären und zu erheben, ob es eine Grundlage für einen Ausstieg aus dem Vertrag gebe.

Für die Freiheitlichen war es eine besonders harte Aufgabe, parallel zum Wiederaufbau des Parlamentsklubs mit viel Gegenwind auch noch zwei U-Ausschüsse zu betreiben. Wie konnte diese Aufgabe damals bewerkstelligt werden?

Haimbuchner: Ja, es war damals eine schwierige Zeit. Die Vorgänge rund um die Typenentscheidung und die Beschaffung waren einige der Gründe, die zum Bruch in Knittelfeld geführt haben. Wir Freiheitlichen hatten also auch deswegen ein vitales Interesse an einer lückenlosen Aufklärung der Causa.

Wir hatten den Parlamentsklub komplett neu aufzubauen, das Team war frisch zusammengestellt und de facto fehlte es auch an Räumlichkeiten – es stand uns anfangs gerade ein Sitzungssaal zu Verfügung. Aber die Arbeit konnte durch den hohen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – besonders zu nennen ist hier Mag. Norbert Nemeth – erledigt werden. Das hat uns immer schon ausgezeichnet. Es braucht nicht immer die volle Infrastruktur – was am Ende zählt, ist die Arbeitsleistung.

Wie bewerten Sie die damalige Arbeit des Eurofighter-U-Ausschusses im Gesamten und die Rolle der Freiheitlichen im Speziellen?

Haimbuchner: Der Ausschuss hat gute Arbeit geleistet bzw. dies versucht. Aber wie es eben so ist: Wenn man nicht will, dass ein Ausschuss reüssiert, dann ziert man sich halt, alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Dazu ein Auszug aus dem Bericht der FPÖ und Grünen: „Zur Beschaffung aller notwendiger Akten hat der Untersuchungsausschuss eine Vielzahl von Beweisbeschlüssen gefasst. Die damit einhergehenden

Aktenanforderungen wurden von den beiden hauptbetroffenen Ministerien auf unterschiedliche Art und Weise umgesetzt.

In Umsetzung des ersten Beweisbeschlusses des Untersuchungsausschusses wies der damalige Verteidigungsminister seine Beamten an, dem Ausschuss alle Dokumente mit Geschäftszahlen zu übermitteln. Dadurch wurde eine Reihe wichtiger Unterlagen von der Übermittlung ausgenommen. Der Ausschuss stellte fest, dass zahlreiche Dokumente und persönliche Aufzeichnungen, die für die Untersuchung von Relevanz waren, nicht übermittelt wurden. Dabei fand der Ausschuss mit den ‚Sprechzetteln‘ eine bisher nur wenig bekannte Form BMLV-interner Dokumente.

Die größten Lücken in der Dokumentation durch Akten, Dokumente und Aufzeichnungen weist die Bewertungskommission auf. Der Ausschuss hat den Eindruck gewonnen, dass einzelne Dokumente wie

- die Gesamtaufwandsbetrachtung,
- die Berechnung und Bewertung der Betriebskosten,
- die Entscheidung, die Betriebskosten nicht zu berücksichtigen,
- die Beschreibung der Entscheidung durch den Projektleiter gezielt der Untersuchung vorenthalten worden sind.

Darüber hinaus ist der Verteidigungsminister dem einstimmigen Beschluss des Ausschusses vom 18. April 2007 zur Übermittlung des Koziol-Gutachtens bis zum 26. Juni 2007 nicht nachgekommen.

Im BMF wurde die aktenmäßige Dokumentation wesentlicher Bereiche der Vertragsverhandlungen und der Tätigkeit der Bundesfinanzierungsagentur durch Weisung untersagt.

Das zweimalige Verschwinden eines Aktes (Manching-Besuch des damaligen Finanzministers)

ist auf Grund der Vorsicht der Beamten der Abt. II/14 gut dokumentiert. Der Ausschuss erachtet es als erwiesen, dass der Originalakt im Büro des Finanzministers in Verstoß geraten ist. Darüber hinaus gab es mit dem BMF einen lang andauernden Disput über die Übermittlung einzelner Steuerakten. Die verzögerte Übermittlung dieser Akten, deren Inhalt überdies auch noch durch Schwärzungen großteils unkenntlich gemacht worden war, behinderte die Arbeit des Untersuchungsausschusses nachhaltig.“

Es wurde im Ausschuss klar, sachlich und über die Parteigrenzen hinaus gearbeitet, und alle Beteiligten haben dazu beigetragen. Eine besondere Rolle einzelner Parteien würde ich nicht hervorheben. Alle haben gleichermaßen gearbeitet und alle wurden gleichermaßen torpediert.

Rückblickend betrachtet: War damals schon Handlungsbedarf gegeben, die Verfahrensweise und auch die Rahmenbedingungen für Untersuchungsausschüsse zu ändern?

Haimbuchner: Handlungsbedarf wurde damals klar erkannt und wurde auch angesprochen. In einer ergänzenden Stellungnahme habe ich kritisiert, dass nicht alle geladenen Personen erschienen sind und dass Akten unvollständig und geschwärzt vorgelegt wurden. Zusätzlich habe ich moniert, dass dem Ausschuss eine politische Fristsetzung auferlegt wurde, was eine gründliche und restlose Aufklärung natürlich behindert.

So kann ein Ausschuss nicht arbeiten, es sei denn, es ist nicht gewollt, dass er etwas Brauchbares zu Tage fördert. ♦

“
Es wurde im Ausschuss klar, sachlich und über die Parteigrenzen hinaus gearbeitet und alle Beteiligten haben dazu beigetragen.
”



“
Die Tatsache, dass es noch keine Minderheitenrechte für die Fraktionen gab, war mehr als hinderlich.
”

Ausschuss wurde „abgedreht“

Landesparteiobmann Walter Rosenkranz über den Korruptions-Untersuchungsausschuss

*W*orin sehen Sie die Ursachen – politisch, aber auch im Inhalt –, warum es damals im Herbst 2011 die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen gab?

Walter Rosenkranz: Im Jahr 2011 gab es an allen Ecken und Enden der staatlichen Verwaltung mediale Aufdeckungen, Anzeigen etc. von Vorkommnissen, die auf illegale Parteienfinanzierung schließen ließen – exemplarisch BUWOG, Telekom, Casinos Austria, Behördenfunk Tetron, Inserate, Staatsbürgerschafts Kauf etc. Da bei den inkriminierten Personen etliche (schon damals) Ex-FPÖ-ler waren, freute sich Rot-Schwarz-Grün mit glänzenden Augen auf ein Tribunal gegen die FPÖ. Als sich die Ergebnisse in Richtung SPÖ und vor allem ÖVP drehten – da gibt es ja auch die ersten Verurteilungen –, war die Aufklärungslust zu Ende und der Ausschuss wurde „abgedreht“.

Wie bewerten Sie die damalige Arbeit des Untersuchungsausschusses im Gesamten und die Rolle der Freiheitlichen im Speziellen?

Rosenkranz: Insgesamt war es ein komplexer Ausschuss mit vielen Themen und Akten. Die freiheitliche Fraktion war sachlich und kompetent, was auch von dritter Seite anerkannt wurde, etwa von Monika Langthaler. Das verdanken wir neben den Abgeordneten vor allem den Mitarbeitern. Interessant war meine Erfahrung mit einem Medium, das eine Aufklärungsgeschichte, die die FPÖ ausrecherchierte, über Weisung des Chefredakteurs nicht bringen durfte, weil es in seinem Medium über die FPÖ keine positive Berichterstattung geben dürfe ...

Rückblickend betrachtet: War damals schon Handlungsbedarf gegeben, die Verfahrensweise und auch die Rahmenbedingungen für Untersuchungsausschüsse zu ändern?

Rosenkranz: Natürlich gab es Handlungsbedarf. Alleine die Tatsache, dass es noch keine Minderheitenrechte für die Fraktionen gab, war mehr als hinderlich. Alle Zeugen und Ladungen brauchten zähe Verhandlungen. Auch die Frage der Vorsitzführung wurde durch das unkorrekte Verhalten der deshalb zurückgetretenen Grün-Abgeordneten Moser stark in Frage gestellt. Und auch die Frage der Öffentlichkeit war damals unbefriedigend. ♦

II

WEDER LEHRWERKSTATT NOCH POLIT-AUSGEDINGE

**DIE FREIHEITLICHEN IM
BUNDESRAT**

1987 – 2016

FPÖ-Ländervertreter für den Föderalismus

Die freiheitliche Handschrift im Bundesrat findet sich nunmehr seit gut drei Jahrzehnten im Hohen Hause wieder, dies – mit einer kurzen Ausnahme – stetig wachsend. Davor, um genau zu sein, von 1956 bis 1987, konnte die FPÖ ob ihres Status als Kleinpartei keine Mitglieder in die zweite Kammer des Parlaments entsenden, es fehlten die entsprechenden Wahlergebnisse in den Bundesländern. Somit konnten SPÖ und ÖVP ihre Dominanz, die sie in den Bundesländern hatten, auch in der Länderkammer entsprechend ausleben.

Am Anfang nur Minimalpräsenz

In der Zweiten Republik konnte vorher jedoch die Vorgängerpartei der Freiheitlichen, der Verband der Unabhängigen (VdU) nämlich, von 1949 bis 1953 immerhin vier Bundesräte stellen, 1953 bis 1954 drei, danach noch zwei, beziehungsweise ein Mitglied in der Länderkammer. Vertreten war der VdU damals durch den Leobner Richter Dr. Karl Klevenz, seinen steirischen Landsmann Dr. Josef Lauritsch, den Welsler Landwirt Dipl.-Ing. Max Rabl, die beiden Kärntner Anton Supersberg

und Hans Steinwender, ebenfalls Bauern, sowie durch den Vorarlberger DDr. Ferdinand Ulmer.

Blickt man in die Erste Republik zurück, so war das Dritte Lager von 1920 bis 1934 ebenfalls konstant in der Länderkammer vertreten, wobei man seitens der Großdeutschen Volkspartei (GdP) von 1920 bis 1921 drei Mitglieder stellen konnte, danach bis 1925 zwei, und ab dann bis 1934 jeweils eines.

Prominent war in jedem Fall der langjährige Reichsratsabgeordnete Dr. Otto Steinwender, der Kärnten im Bundesrat von Dezember 1920 bis zu seinem Tod im März 1921 für die GdP vertrat. Langjährigstes Mitglied des Bundesrates für die GdP war der Niederösterreicher Lehrer Rudolf Birbaumer, konkret von 1920 bis 1927. Er wechselte danach in den Niederösterreichischen Landtag, wo er das Amt des Dritten Landtagspräsidenten ausübte.

Rot-schwarze Dominanz

Während in der Ersten Republik der Bundesrat nur rund 50 Mitglieder hatte, wuchs er in der Zweiten Republik kontinuierlich an, wobei er 1982 mit 65 Mitgliedern den Höchststand erreichte. Die Anzahl der Mitglieder pro Bundesland wird gemäß Art. 34 Bundes-Verfassungsgesetz durch Entschließung des Bundespräsidenten nach jeder allge-



Schwarz und Rot sind im Bundesrat dominant – die FPÖ kann aber immer mehr zulegen

meinen Volkszählung nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen der Bundesländer zueinander festgelegt; dem einwohnerstärksten Land kommen zwölf Sitze zu, jedem Land aber mindestens drei. 1993 wurden insgesamt 65 Mitglieder festgelegt, 2002 waren es 62, aktuell besteht der Bundesrat seit dem 12. August 2013 aus 61 Mitgliedern.

Konstant dabei waren die Mehrheiten, über die SPÖ und ÖVP verfügten, wobei bis auf wenige Jahre immer die ÖVP über die stärkste Bundesratsfraktion verfügte. Nur 1970 und von 2005 bis 2008 verfügte die SPÖ kurzzeitig, für jeweils drei Jahre, über die stärkere Fraktion in der Länderkammer.

Die einzelnen Bundesräte werden von den jeweiligen Landtagen in den Bundesrat entsandt und spiegeln in etwa die Zusammensetzung des jeweiligen Landtages wider. Dabei kommt der zweitstärksten Partei im jeweiligen Landtag zumindest ein Mitglied zu. Ansonsten erfolgt die Bestellung durch Verhältniswahl. Die Mitglieder des Bundesrates werden für die Dauer der Gesetzgebungsperiode des jeweiligen Landtages gewählt. Sie müssen nicht Mitglieder des jeweiligen Landtages sein, müssen zu diesem jedoch wählbar sein.

Die Mitglieder des Bundesrates sind – anders als im deutschen Bundesrat – nicht an Weisungen des jeweiligen Landtages oder der jeweiligen Landesregierung gebunden und haben theoretisch ein freies Mandat. Sie genießen die Immunität, die ihnen durch den jeweiligen Landtag zukommt. Den Bundesratspräsidenten stellt, im halbjährlichen Wechsel der Länder, jeweils die stärkste Fraktion eines Bundeslandes. Dabei erfolgt der Vorsitzwechsel alphabetisch nach Bundesland und

korreliert mit jenem in der Landeshauptleuterkonferenz.

Umstrittener Sinn der zweiten Kammer

Die Sinnhaftigkeit des Bundesrates ist umstritten. Verschiedene politische Stimmen (vor allem der Länder) wollen eine Aufwertung des Bundesrates, andere im Gegenteil seine Abschaffung. Kritiker meinen, der Bundesrat werde von den Parteien als politische Kadenschmiede missbraucht, um Jungpolitikern den ersten Kontakt mit der Bundespolitik oder Altpolitikern ein Ausgedinge zu ermöglichen.

In seiner momentanen Form, in der er Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates in der Regel nicht verhindern, sondern bloß verzögern kann, wird er dem Anspruch, Vertretung der Bundesländer bei der Gesetzgebung des Bundes zu sein, aus mehreren Gründen nicht gerecht. Zum einen spiegelt er die Fraktionsstärken der jeweiligen Landtage wider, sodass insgesamt die Stärken der Parteien in Nationalrat und Bundesrat in etwa gleich sind. Das hat zur Folge, dass das Kräfteverhältnis der Parteien in den beiden Kammern sich kaum unterscheidet. Die Sitzordnung der Bundesräte im Plenarsaal ist auch nicht – im Unterschied zum deutschen Bundesrat – nach Bundesländern gegliedert, sondern nach der Parteizugehörigkeit. Des Weiteren schließen sich die Bundesräte der jeweiligen Parteien meist nicht zu eigenständigen Fraktionen zusam-

men, sondern gehören gemeinsam mit den Nationalratsabgeordneten ihrer Partei den entsprechenden Parlamentsklubs an. Das hat zur Folge, dass die Bundesräte einer Partei dem Abstimmungsverhalten ihrer Kollegen im Nationalrat für gewöhnlich folgen, womit das Abstimmungsverhalten der Bundesräte in der Regel nicht von den Interessen ihres jeweiligen Landes, sondern von Parteiinteressen geleitet wird.

Mit Beginn der Ära Haider auch stark im Bundesrat

Bevor 1986 Jörg Haider in Innsbruck die Obmannschaft der FPÖ übernahm, lag diese in Umfragen so schlecht, dass ein Ausscheiden aus dem Nationalrat drohte. Solche Gedanken brauchte man sich damals über den Bundesrat aus freiheitlicher Sicht nicht zu machen: Seit Gründung der Partei, im Jahr 1956 also, schaffte man es nicht, ein freiheitliches Mitglied des Bundesrates zu erlangen. Das sollte sich in der Ära Haider jedoch rasch ändern. Nicht nur im rasanten Wachstum bei Nationalratswahlen machte sich der Erfolg der FPÖ unter dem „Volkstribun“ Haider bemerkbar – auch in den Bundesländern ging es für die FPÖ nach oben. So kam es zunächst, dass die FPÖ bei der Landtagswahl in Wien im November 1987 von fünf auf neun Prozent zulegen konnte, statt nur mehr zwei nun gleich über acht Sitze über im Wiener Landtag verfügte sowie auch ein Mitglied des Bundesrates entsenden konnte – mit Heide Schmidt eine Repräsentantin der FPÖ, die später nicht als Präsidentin des Nationalrates oder Bundespräsidentenskandidatin der Freiheitlichen traurige Berühmtheit erhalten sollte, sondern durch die Abspaltung des Liberalen Forms.

Aber auch andere prominente Vertreter – manche mit später fragwürdigem Leumund – vertraten die FPÖ in dieser Aufbruchphase im Bundesrat: Für Tirol war das bis zu seinem Einzug in den Nationalrat Walter Meischberger, für Kärnten Gernot Rumpold. Letzterer zog 1989 in den Bundesrat ein, nachdem die Freiheitlichen in Kärnten mit Jörg Haider die ÖVP überholen konnten und auch den Landeshauptmann stellten.

In jedem Fall war der Bundesrat für die Freiheitlichen Anfang der 1990er-Jahre keineswegs das Abstellgleis für Altpolitiker oder nur etwa für die dritte Reihe, sondern vielmehr ebenso eine Aufgabe, mit der zahlreiche wesentliche Persönlichkeiten der FPÖ betraut wurden – genannt seien an dieser Stelle etwa Susanne Riess-Passer, später Vizekanzlerin, Siegfried Dillersberger, John Gudenus, Reinhard Bösch, nunmehr



Der Kärntner Freiheitliche Peter Mitterer: Er war zweimal Bundesratspräsident – wenn auch später nicht für die FPÖ, sondern für das BZÖ

“
Konstant dabei waren die Mehrheiten, über die SPÖ und ÖVP verfügten, wobei bis auf wenige Jahre immer die ÖVP über die stärkste Bundesratsfraktion verfügte.
”

“
Der Bundesrat hat aus unserer freiheitlichen Sicht das Pech, dass die Mehrheiten im Bundesrat die gleichen sind wie im Nationalrat. Also Rot und Schwarz, sie nicken das ab, was ihnen die Regierung vorgibt.
”

„Föderales Instrument ist wichtig“

Die Vorsitzende der freiheitlichen Bundesratsfraktion Monika Mühlwerth über das Erstarken der Freiheitlichen im Bundesrat und die Glaubwürdigkeit der Strache-FPÖ

Frau Fraktionsvorsitzende, wie hat sich die freiheitliche Bundesratsfraktion in den letzten zehn Jahren entwickelt? Sie waren ja im Jahr 2006 die einzige freiheitliche Bundesrätin ...

Monika Mühlwerth: Wir stehen heute bei dreizehn freiheitlichen Bundesräten, und das hat sich über die Landtagswahlen verbessert. Es ist so wie im alten Häschen-Spiel: erst eins, dann zwei, dann drei, dann vier ... Ja, ich war zuerst alleine, dann waren wir zu zweit, dann sind wir auf vier angewachsen und haben im November 2009 Fraktionsstatus bekommen. Und sind dann bei jeder Landtagswahl weiter gewachsen, bis auf jetzt dreizehn.

SPÖ und ÖVP haben ob ihrer Stärke in den Ländern natürlich auch eine bestimmte Übermacht im Bundesrat, was die Mehrheitsverhältnisse betrifft. Welche Schwerpunkte konnten die Freiheitlichen in den letzten zehn

Jahren – auch mit dem Anwachsen der Fraktion – setzen, beziehungsweise welche Initiativen ergreifen?

Mühlwerth: Unser wichtigstes Instrument sind natürlich Dringliche Anfragen. Und damit haben wir die Regierung ziemlich in Bedrängnis gebracht, etwa damals bei der Alpine-Pleite, wo wir die Woche, nachdem das bekannt wurde, Plenum hatten. Damals haben wir sowohl den Sozialminister als auch den Wirtschaftsminister zu uns ins Parlament zitiert – da ist auch etwas weitergegangen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Sache mit den Pensionsrückkäufen von der Bank Austria. Dazu haben wir eine Dringliche Anfrage eingebracht, die einiges in Bewegung gebracht hat – es wurde sogar das Gesetz geändert. Ein anderes Beispiel ist eine Dringliche Anfrage zur entsetzlich hohen Arbeitslosigkeit in Österreich, zu der allerdings Sozialminister Stöger ein sehr jämmerliches Bild abgegeben hat, weil er keine Antwort darauf hatte. Also wir sind da sehr rege unterwegs.

Wie schätzen Sie Ihr Verhältnis zu den anderen Fraktionen im Bundesrat ein? Ist das ein freundschaftliches oder eher feindschaftliches Klima, das da herrscht?

Mühlwerth: Also grundsätzlich kann man sagen, dass es schon ein sehr freundliches Klima ist. Das unterscheidet uns schon vom Nationalrat, was aber nicht heißt, dass wir eine Debatte nicht auch in aller Härte führen: verbindlich in der Art, aber hart im Standpunkt.

Inwieweit kommt es vor, dass man innerhalb der freiheitlichen Fraktion unter Umständen variierende Standpunkte hat, beziehungsweise auch mit anderen Fraktionen gemeinsame Sache macht?

Mühlwerth: Also am ehesten findet das noch zwischen den Vorarlberger Bundesräten statt. Es gibt schon ab und zu Anfragen von ÖVP und FPÖ, die die Vorarlberger Bundesräte gemeinsam stellen, weil sie auch ein gemeinsames Interesse haben – vor allem in Hinblick darauf, dass ja die Schweiz sehr nahe ist, wo es immer wieder Probleme mit Arbeitnehmern gibt.

Inwieweit machten sich da die beiden Koalitionen im Burgenland und in Oberösterreich bemerkbar, wo ja einmal Rot und Blau gemeinsam regieren, beziehungsweise Schwarz und Blau in Oberösterreich?

Mühlwerth: Da merken wir leider überhaupt nichts. Aus dem Burgenland kommt eine SPÖ-Bundesrätin, die dem linkslinken Flügel zuzurechnen ist, uns Freiheitliche also ablehnt, genauso wie unsere Koalition mit der SPÖ in Eisenstadt. Ir wollten einen Antrag von Landeshauptmann Niessl betreffend Arbeitnehmerfreizügigkeit im Bundesrat unterstützen und haben einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht. Der wurde auch von der burgenländischen SPÖ-Vertreterin abgelehnt. Also von Zusammenarbeit kann man da im Bundesrat nicht sprechen.

Sie waren ja schon in den 1990er-Jahren im Bundesrat. Wie sehen Sie den Vergleich zwischen der Ära Strache in den letzten zehn Jahren und dieser ausklingenden Ära Haider?

Mühlwerth: Was die Arbeit angeht, ist es deutlich besser geworden. Vor allem gegen 2001 war es ja nicht immer einheitlich in der Partei, und das hat sich seit Strache völlig geändert. Es ist so, dass eine Einigkeit in der Partei herrscht – auch was die Meinungen anbelangt. Das ist wirklich großartig, man kann jeden zu jedem Thema etwas fragen und man kann sich einigermaßen sicher sein, dass das eine Meinung ist, für die auch die jeweiligen Bereichsvertreter stehen. Wir haben eine stringente Linie, die wir, seitdem H.-C. Strache Obmann ist, vertreten, und schlagen nicht jeden Tag einen Purzelbaum und ändern unsere Meinung, was natürlich auch für die Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung entsprechend wichtig ist.

Der Bundesrat gerät in der Öffentlichkeit immer wieder in Kritik. Wie bewerten Sie diese Kritik, oder besser gesagt, welche Schrauben müsste man Ihrer Meinung nach drehen, um den Bundesrat als wesentliches Merkmal des österreichischen Föderalismus zu stärken?

Mühlwerth: Die Diskussion über die Abschaffung des Bundesrates geben uns ja vor allem Journalisten und Politologen vor. Und die die Bevölkerung wenig über den Bundesrat weiß, wird das natürlich nachgeplappert.

Ich bin allerdings schon der Überzeugung, dass ein föderales Instrument wichtig ist. Was könnte man tun? Also die Landeshauptleutekonferenz würde ich einmal auflösen, weil diese genau genommen illegal ist. Das ist ein Altherrenklub, der sich irgendwas ausmacht, um es dann gegenüber der Regierung zu vertreten. Damit wäre der Bundesrat automatisch aufgewertet.

Zwei Länder Europas haben ja ihre zweiten Kammern abgeschafft, das eine war Dänemark, das andere Schweden. Dänemark diskutiert seit der Abschaffung der zweiten Kammer, ob diese nicht doch wieder eingeführt werden soll, weil ihnen das Regulativ fehlt.

Die Schweden diskutieren das nicht, haben aber dafür ihren Reichstag auf 320 Abgeordnete aufgestockt. Also da stellt sich dann auch die Kostenfrage, ob das tatsächlich etwas gebracht hat. Der Bundesrat ist eben ein Teil der Demokratie, und Demokratie kostet einfach etwas.

Der Bundesrat hat eben aus unserer freiheitlichen Sicht das Pech, dass die Mehrheiten im Bundesrat die gleichen sind wie im Nationalrat. Also Rot und Schwarz nicken das ab, was ihnen die Regierung vorgibt.

Das war zu Zeiten der blau-schwarzen Koalition völlig anders. Da gab es die meisten Einsprüche seit dem Bestehen des Bundesrates, weil damals eine rot-grüne Mehrheit herrschte. Das heißt also, wenn die Freiheitlichen im Bundesrat stärker werden, dann sehen dort auch die Mehrheitsverhältnisse anders aus, und dann werden auch unsere Einsprüche, die wir ja auch regelmäßig machen, durchdringen.

Wenn man an den Erfolgslauf der Freiheitlichen mit historischen Höchstständen in Bundesländern wie Oberösterreich oder Wien und auch einen hohen Stand an Bundesräten denkt – inwieweit kann man diese Mehrheiten ausbauen?

Mühlwerth: Selbstverständlich ist es wichtig, bei jeder Landtagswahl zuzulegen, damit wir die Anzahl der Bundesräte noch einmal erhöhen können. Das ist, wie ich finde, machbar.

Wenn man sich die SPÖ anschaut, die schon ziemlich dezimiert ist, schon mehr als die ÖVP: Da sind wir schon auf einem ganz guten Weg und könnten sie auch überholen. ♦



Von 1991 bis 1994 vertrat Andreas Mölzer Kärnten im Bundesrat

Landesobmann in Vorarlberg, oder Andreas Mölzer.

Letzterer sorgte als FPÖ-Bundesrat und „Grundsatzreferent“ Jörg Haider mit seiner prophetischen Ansage in Sachen der „Umvolkung“ Österreichs für Aufregung und entsprechende Aufmerksamkeit für die freiheitliche Bundesratsfraktion.

Von null auf fünfzehn

In nur elf Jahren – von 1987 bis 1998 – konnten die Freiheitlichen ihre Bundesratsfraktion auf fünfzehn Mitglieder ausbauen. Der – bis dato – Höchststand konnte im Frühjahr 1998 nach der Landtagswahl in Niederösterreich erreicht werden, danach ging es mit dem Zerfall der

Haider-FPÖ auch wieder kontinuierlich bergab, bis man im Jahr 2005, als sich Jörg Haider und das BZÖ aenspalteten, nur mehr mit einem Mitglied, nämlich Harald Vilimsky, damals bereits FP-Generalsekretär unter Heinz-Christian Strache, nunmehr freiheitlicher EU-Delegationsleiter, im Bundesrat vertreten war.

Trotz des kontinuierlichen Abstiegs Anfang der 2000er-Jahre konnte man ob der freiheitlichen Stärke in Kärnten mit Gerd Klamt im Jahr 2001 das erste Mal einen Präsidenten des Bundesrates stellen, formell genau genommen bis heute den einzigen FPÖ-Vertreter, der das dritthöchste Amt im Staate ausführen durfte. Zwei weitere Male hatte danach noch ein Freiheitlicher dieses Amt inne, und zwar der Kärntner Peter Mitterer: einmal 2005 und danach 2010, aber diesmal nicht als FPÖ-, sondern als BZÖ-Vertreter. Er kehrte im Zuge der Wiedervereinigung erst nach seiner zweiten Amtszeit wieder in den FPÖ-Parlamentsklub zurück.

Seiner Präsidentschaft voraus ging ein Skandal um seinen Fraktionskollegen Siegfried Kampl, der ursprünglich das Amt des Bundesratspräsidenten übernehmen sollte. Für Aufsehen sorgte eine Rede Kampls im Bundesrat im Frühjahr 2005, in der er sich gegen die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren aussprach. Was folgte, war große Empörung bei SPÖ und Grünen, in weiterer Folge auch bei der ÖVP.

1987 bis 2016 vertraten 79 Personen die FPÖ im Bundesrat:

Burgenland		Herbert Werner	XXIII, XXV
-		Hrubesch Christian	XVIII
Kärnten		Königsberger Erich	XXV
Harring Peter	XVIII, XIX, XX	Lindinger Bernd	XXI, XXII
Kampl Siegfried	XXII, XXIII, XXIV	Ram Thomas	XX, XXI
Kanovsky-Wintermann Renate	XXI, XXII	Schwab Karl	XVII, XVIII, XIX
Klamt Gerd	XXI, XXII	Sulzberger Benno	XXI, XXII
Krenn Matthias	XVII, XVIII	Tauchner Edmund	XXIV
Mitterer Peter FPÖ/BZÖ	XXII, XXIII, XXIV	Waldhäusl Gottfried	XIX, XX
Mölzer Andreas	XVIII	Weiss Helmuth	XVII
Neuner Christof	XX, XXI	Windholz Ernest	XX
Pirolt Franz	XXIV	Oberösterreich	
Prasch Helmut	XVIII, XIX, XX	Brückl Hermann	XXIV, XXV
Ramsbacher Helena	XIX, XX	Ecker Rosa	XXV
Rumpold Gernot	XVII	Haubner Ursula	XVIII, XIX, XX
Scheuch Kurt	XX, XXI	Haunschmid Ulrike	XX, XXI, XXII
Schiffner Rupert	XVII	Moser Helga	XX
Zellot Roland	XXII	Nittmann Klaus Peter	XX, XXI, XXII
Niederösterreich		Nußbaumer Horst	XVIII
Buchinger Ludwig	XXI	Podgorschek Elmar	XXIV
Ertl Johann	XXIV	Pumberger Alois	XVIII
Hafenecker Christian	XXIV	Raml Michael	XXV

Rockenschaub Michael	XVIII, XIX, XX	Meischberger Walter	XVII
Scherb Walter	XX	Trattner Gilbert	XVIII
Schererbauer Thomas	XXV	Vorarlberg	
Salzburg		Bösch Reinhard Eugen	XVIII, XIX, XX
Aspöck Robert	XXI, XXII	Hagen Christoph	XX, XXI, XXII
Eisl Andreas	XVIII, XIX, XX	Längle Christoph	XXV
Lakner Georg	XVII, XVIII	Michalke Cornelia	XXIV, XXV
Mainoni Eduard	XX	Wien	
Schmittner Dietmar	XXIV, XXV	Böhm Peter	XX, XXI, XXII
Steiermark		d'Aron André	XX, XXI
Gauster Bernhard	XVIII	Gudenus John	XVIII, XX, XXI, XXII
Koller Franz	XXI	Jenewein Hans-Jörg	XXIV, XXV
Krusche Gerd	XXIV, XXV	Kapral Peter	XVIII, XIX, XX
Meißl Arnd	XXV	Langer Dieter	XVIII, XIX, XX
Samt Peter	XXV	Madejski Herbert	XXIV
Tremmel Paul	XVIII, XIX, XX, XXI	Mühlwerth Monika	XX, XXI, XXIII, XXIV, XXV
Weilharther Engelbert	XX, XXI, XXII	Pisec Reinhard	XXIV, XXV
Tirol		Riess-Passer Susanne	XVIII, XIX, XX
Dillersberger Siegfried	XVIII	Rösch Bernhard	XXV
Grissemann Wilhelm	XX, XXI, XXII	Schmidt Heide	XVII
Königshofer Werner	XVIII, XIX, XX	Vilimsky Harald	XXII

Nach der damals geltenden Gesetzeslage hätte Kampl das Amt des Bundesratspräsidenten übernehmen sollen, ohne dass dies vom Bundesrat oder vom Kärntner Landtag beeinflussbar gewesen wäre. Auf Drängen der Opposition erarbeitete die Regierung eine Verfassungsänderung („Lex Kampl“, in Kraft getreten am 25. Juni 2005), die es ermöglichte, dass jemand anders an Stelle Kampls Bundesratspräsident werden konnte, was letztlich Peter Mitterer war.

Wiedererstarben im Bundesrat unter Strache

Nachdem 2005 nur Harald Vilimsky als Wiener FPÖ-Bundesrat verblieben war und dieser im Herbst 2006 in den Nationalrat wechselte, war, folgte ihm Monika Mühlwerth nach. Sie ist auch seit November 2009 Vorsitzende der FPÖ-Bundesratsfraktion, die es seit ebendiesem November 2009 wieder im Hohen Hause gibt. Damals konnte die FPÖ nach den großen Wahlerfolgen in Vorarlberg und Oberösterreich mit Cornelia Michalke und Elmar Podgorschek zwei neue Mitglieder in den Bundesrat entsenden und verfügte damit wieder über vier Mitglieder in der Länderkammer.

Die weiteren nachfolgenden historischen Erfolge führten zu einem weiteren Erstarben der freiheitlichen Bundesratsfraktion, die eigentlich über 14 Mitglieder verfügen würde, hätte man nicht aus innerparteilichen Gründen einen Salzburger Bundesrat aus der Fraktion ausschließen müssen.

Und auch wenn die schwarz-rote Dominanz im Bundesrat – verglichen zum Nationalrat und zu den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen im Lande – noch relativ groß ist, so ist diese auf jeden Fall im Schrumpfen begriffen. Konnte ÖVP und SPÖ vor dreißig Jahren noch 63 von 63 Mitgliedern stellen, so sind es im Jahr 2016 nur mehr 42 von 61. Ein weiteres Erstarben der FPÖ auch im Bundesrat ist mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten. ♦

Elmar Podgorschek:
Vom Bundesrat zog er in den Nationalrat ein und ist nunmehr freiheitlicher Landesrat in Oberösterreich



“
Dieses föderale Element ist für mich sehr wichtig – so gesehen sollte der Bundesrat auch entsprechend aufgewertet werden.
”



„Gerne hätte man einen freiheitlichen Präsidenten verhindert“

Gerd Klamt, der erste und formell einzige Bundesratspräsident der FPÖ, über seine Amtszeit

Herr Präsident, Sie waren 2000 bis 2004 im Bundesrat und im Jahr 2001 Präsident des Bundesrates. Wie war damals die Stimmung im Parlament?

Gerd Klamt: Die Stimmung im Parlament, in den eigenen Kreisen, war eine sehr positive, weil ich der erste freiheitliche Präsident des Bundesrates war. Die Stimmung der politischen Mitbewerber hingegen war natürlich nicht unbedingt eine gute, weil am liebsten hätten sie natürlich einen Präsidenten, der aus den Reihen der FPÖ kommt, verhindert.

Die FPÖ befand sich in der Wende-Regierung mit Schlüssel, sie war zweitstärkste Kraft im Nationalrat. 2001 war man also auf der Überholspur, man ahnte noch nicht, was 2002 geschehen würde. Wie hat sich das bemerkbar gemacht?

Klamt: Für mich war klar, dass natürlich Regierungsverantwortung etwas anderes ist als Oppositionsarbeit. Dass wir Stimmen verlieren werden, wenn wir vernünftige Politik machen, im Sinne der Österreicher, war auch klar. Wenn man in Regierungsverantwortung ist, kann man verschiedene Stimmen nicht mitnehmen, man würde zumindest die Proteststimmen verlieren, wenn man unangenehme Dinge, die aber notwendig sind, umsetzt.

Phasenweise gab es damals im Bundesrat eine rot-grüne Mehrheit gegen die Regierungsmehrheit von FPÖ und ÖVP im Nationalrat. Wie spielte sich das im Bundesrat ab?

Klamt: Der wesentlichste Punkt war eigentlich etwas anderes. Wir Freiheitlichen haben im Bundesrat gegen die Pensionsreform gestimmt, haben, gegen den Regierungspartner ÖVP. Davon war ich überzeugt, weil diese Pensionsreform für mich nicht in Ordnung war, zumal ich immer gesagt habe, man müsse zuerst einmal die Privilegien kappen, und wenn das erledigt ist, könne man über eine Reform der Pensionen sprechen. Mein Ziel dabei war immer, die Pensionsleistungen aller vergleichbar zu machen.

Die Pension müsse also das widerspiegeln, was man eingezahlt hat. Das ist ja – wenn ich Beamten- oder Politikerpensionen hernehme – bis heute nicht der Fall. Und da haben wir damals dagegen gestimmt, gegen die Stimmen der ÖVP eben – das war vielleicht überhaupt der Höhepunkt meiner Zeit.

Wie hat sich das dann in der Partei abgespielt? Was hat Haider dazu gesagt?

Klamt: Haider war mit dieser Pensionsreform auch nicht einverstanden und wollte eigentlich, dass der Bundesrat ein Zeichen setzt – und das Zeichen haben wir dann auch gesetzt.

Wie sind Sie als Bundesratspräsident von den anderen Parteien wahrgenommen worden?

Klamt: Nach einer gewissen Zeit der Skepsis bin ich relativ positiv aufgenommen worden, weil sie gesehen haben, dass ich mich der Würde des Amtes entsprechend verhalte. Es gab aber schon gezielte Aktionen, nicht gegen meine Person, jedoch gegen einen Freiheitlichen in dieser Position. Einmal etwa, als ich – so wie vorher immer üblich – gemeinsam mit Heinz Fischer, der damals Nationalratspräsident war, bei der alljährlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus sprechen wollte: Um das zu verhindern, hat die Veranstaltung letztlich nicht mehr in der alten Form stattgefunden, und es hat nur der Bundespräsident, Thomas Klestil nämlich, gesprochen.

Wie sehen Sie die Bedeutung des Bundesrates?

Klamt: Die zweite Kammer ist aus meiner Sicht eine sehr wichtige Kammer, weil sie das föderale Element in unserer Republik widerspiegelt. Und dieses föderale Element ist für mich sehr wichtig – so gesehen sollte der Bundesrat auch entsprechend aufgewertet werden. ♦



„Gehschule für Mandatäre“

Peter Kapral, Vorsitzender der Bundesratsfraktion der Freiheitlichen von 1995 bis 96 über die Bedeutung des Bundesrates

“
Grundsätzlich ist das so, dass man mit der jeweiligen Nationalratsfraktion stimmt und indirekt natürlich damit den Interessen der eigenen Partei dient. Von Länderinteressen war fast nichts zu bemerken.
”

Sie waren Mitte der 1990-Jahre Vorsitzender der freiheitlichen Bundesratsfraktion, bei einer stetig wachsenden Fraktionsstärke. Wie wurde man als Freiheitlicher im Bundesrat wahrgenommen?

Kapral: Zur besten Zeit waren 15 oder 16 Freiheitliche im Bundesrat. Es war natürlich die Akzeptanz von den anderen Parteien etwas unterschiedlich. Auch innerhalb der SPÖ-Fraktion hat es durchaus Entgegenkommen gegeben, siehe Gusenbauer. Aber es war ja der Bundesrat nie im Blickpunkt der Öffentlichkeit und es sind daher auch nie Attacken der einzelnen Parteien untereinander erfolgt.

Das heißt, der Gegenwind in der zweiten Kammer war also nicht sehr groß. Welche Bedeutung würden Sie dem Bundesrat grundsätzlich beimessen, aus Ihrer Erfahrung heraus?

Kapral: Wie er derzeit gestaltet ist, ist seine Bedeutung gering. Man könnte durchaus überlegen, den Bundesrat aufzuwerten, ohne ihn als solche Institution und Vertretung der Bundesländer gegenüber dem Zentralorgan in Frage zu stellen. Mir gefällt etwa die Überlegung, die Landeshauptleutekonferenz als Nucleus für einen neuen Bundesrat heranzuziehen, durchaus.

Inwieweit haben Sie damals bemerkt, dass Länderinteressen der jeweiligen Bundesländer vor Parteiinteressen gestellt wurden?

Kapral: Grundsätzlich ist das so, dass man mit der jeweiligen Nationalratsfraktion stimmt und indirekt natürlich damit den Interessen der eigenen Partei dient. Von Länderinteressen war fast nichts zu bemerken. Ich könnte mich jetzt nicht an ein Beispiel erinnern, wo ein solches Thema Gegenstand der Diskussion gewesen wäre.

Wie könnte man denn dieses Problem in den Griff bekommen, dass die Parteiinteressen hintangestellt werden und eben dieses föderale Element in den Vordergrund gerückt wird?

Kapral: Wären Landeshauptleute mit im Boot, würden diese viel stärker auf ihre regionalen Dinge ausgerichtet sein und wären den regionalen Interessen mehr verpflichtet, als es der Bundesrat heute ist, der ja entweder ein Abstellgleis oder die Gehschule für Mandatäre ist. ♦

III

FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT IN BRÜSSEL

**DIE FREIHEITLICHEN IM
EUROPÄISCHEN PARLAMENT**

Die FPÖ-Delegation und die demokratische Fassade in Straßburg

1995 – 2016 Bekanntlich hat Österreich mit dem Staatsvertrag 1955 seine staatliche Souveränität einigermaßen wiedererlangt, wobei in Artikel 4 dieses Staatsvertrages Österreich sich gegenüber den Garantiemächten, also den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich, verpflichtet, „keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland einzugehen“. Dieses Anschlussverbot

wurde in den folgenden Jahrzehnten weitgehend so interpretiert, dass damit auch ein Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unmöglich sei. Dieser gehörte nämlich als Gründungsmitglied die Bundesrepublik Deutschland an. Auch wenn man im Gegensatz dazu argumentierte, dass der westdeutsche Staat nur ein Teil der multinationalen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sei, beharrte man insbesondere von sowjetischer Seite bis zuletzt auf dem Standpunkt, dass Österreichs Beitritt unmöglich wäre.

Allerdings gab es dennoch eine Vielzahl von Abkommen zwischen der EWG und Österreich. Die EWG-Staaten entwickelten sich insbe-

sondere nach dem Abschluss des Freihandelsabkommens vom 1. Jänner 1973 zum wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner Österreichs, wobei wiederum die Bundesrepublik Deutschland den Löwenanteil dieser Beziehungen ausmachte.

Die FPÖ als erste Europapartei

Erst nach der Auflösung der Sowjetunion in den Jahren 1989 bis 1991 erschien die Möglichkeit eines EU-Beitritts nunmehr gegeben. Während bis dahin nur die oppositionellen Freiheitlichen für die Teilhabe Österreichs an der europäischen Integration eingetreten waren, wurde nunmehr ein Beitritt von den meisten führenden Exponenten der politischen Parteien in Österreich befürwortet. So auch von dem seit 1986 amtierenden Bundeskanzler und SPÖ-Chef Franz Vranitzky. Am 29. Juli 1989 kam es schließlich zu einer Entschließung des Nationalrates, in der die Regierung aufgefordert wurde, die Mitgliedschaft Österreichs bei der europäischen Gemeinschaft zu beantragen. Dieser Antrag wurde offiziell am 17. Juli 1989 gestellt, und am 1. Februar 1993 wurden die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit Österreich, gleichzeitig mit Schweden, Finnland und Norwegen, auch begonnen. Diese konnten am 12. April 1994 abgeschlossen werden, daraufhin stimmte am 5. Mai 1994 der Nationalrat mit 140 gegen 35 Stimmen dem Beitritt zu, und am 7. Mai 1994 erfolgte die Zustimmung des Bundesra-



Das EU-Parlament
in Straßburg

tes mit 51 gegen 11 Stimmen. Am 9. Mai 1994 ordnete daraufhin Bundespräsident Thomas Klestil die Durchführung einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994 über den EU-Beitritt an.

Gegen diesen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft sprach sich primär die Freiheitliche Partei unter der Führung Jörg Haiders aus. Ebenso die Grünen und kleinere Gruppierungen im linken Spektrum. Die Freiheitlichen hatten ursprünglich den EWG-Beitritt bekanntlich befürwortet und sich immer als die erste Europapartei im Lande gefühlt. Erst zu Beginn der 1990er-Jahre unter der Führung Jörg Haiders änderte sich diese Einschätzung, wobei das primäre Argument der Freiheitlichen der Bürokratismus und Zentralismus der Brüsseler EU-Gremien war, von dem man fürchtete, dass er einen Verlust der österreichischen Identität und Souveränität bedeuten würde.

“
Bereits von Anbeginn ihrer Existenz hatten sich die Freiheitlichen als Europapartei verstanden.
 ”

Die Fragestellung der Volksabstimmung lautete dann im Juni 1994 folgendermaßen: „Soll der Gesetzesbeschluss des Nationalrates vom 5. Mai 1994 über das Bundes-Verfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union Gesetzeskraft erlangen?“ Diese Frage des Referendums wurde in allen Stimmbezirken und Bundesländern mit klarer Mehrheit befürwortet. Die Wahlbeteiligung war mit durchschnittlich 82 Prozent relativ hoch, höher als bei der Bundespräsidentenwahl des Jahres 1992 und bei den vorhergegangenen Nationalratswahl von 1990. Dies bewies, dass die Wählerschaft der Frage durchaus eine hohe Bedeutung beigemessen hat.

Eine Klage, die die Beitrittsgegner noch im Juli 1994 beim Verfassungsgerichtshof einreichten, wurde von diesem als unbegründet abgewiesen. Am 1. Jänner 1995 trat Österreich offiziell der Europäischen Union bei.

Die Freiheitlichen und der Europagedanke

Bereits von Anbeginn ihrer Existenz hatten sich die Freiheitlichen als Europapartei verstanden. Kritiker meinten damals, man hätte den alten nationalen Traum vom Anschluss an Deutschland nunmehr sozusagen auf Europa hin erweitert. Bereits Ende der 1950er-Jahre kritisierte die FPÖ im Nationalrat den Beitritt Österreichs zur europäischen Freihandelszone EFTA auf das Heftigste. Der damalige Klubobmann Willfried Gredler bezeichnete diesen Beitritt als kurzsichtig und für Österreich schädlich, da bereits damals die EWG der wichtigste Handelspartner Österreichs war und die EFTA nicht mehr als ein kleiner zusätzlicher Markt. Bereits Ende 1959 stellte die FPÖ einen Antrag im Nationalrat auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, im darauffolgenden Jahr auf Kündigung des Übereinkommens zur Errichtung der EFTA für den Fall, dass es „nicht gelingen sollte, den Brückenschlag in Form vertragsmäßiger Beziehungen der EFTA zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herzustellen“. Da es diesbezüglich keine weiteren Fortschritte gab, forderte die FPÖ im Jahre 1961 die Kündigung der Mitgliedschaft der EFTA.



Wahlen zum Europäischen Parlament 1996

Partei	Stimmen	Prozent	Mandate	Fraktion
ÖVP	1.124.921	29,65 %	7	EVP
SPÖ	1.105.910	29,15 %	6	SPE
FPÖ	1.044.604	27,53 %	6	Fraktionslos
GRÜNE	258.250	6,81 %	1	Grüne
LIF	161.583	4,26 %	1	LDR
N	48.600	1,28 %		
Forum Handicap	32.621	0,86 %		

Die Freiheitlichen lösten sich bis Ende der 1980er-Jahre niemals von dieser pro-europäischen Position und waren somit über drei Jahrzehnte die einzige österreichische Parlamentspartei, die sich eindeutig für einen Beitritt des Landes zur Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen hatte. Noch am 27. November 1987, also bereits unter der Obmannschaft Jörg Haiders, brachten die Freiheitlichen im Nationalrat einen Entschließungsantrag ein, in dem es hieß, „zum frühestmöglichen Zeitpunkt Verhandlungen mit der EG mit dem Ziel des Beitritts Österreichs aufzunehmen“.

Auch in den frühen Parteiprogrammen der FPÖ und in anderen programmatischen Texten war dieses Europabekenntnis ein integraler Bestandteil des freiheitlichen Freiheitsbekenntnisses. Bereits in ihrem ersten Programm trat die FPÖ für einen „engen Zusammenschluss der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleich-

Fortsetzung auf Seite 97 ►

“
Selbst das Europäische
Parlament ist überdimen-
sioniert und ermöglicht
keine demokratische
Debattenkultur.
”



„Die EU redimensionieren!“

Harald Vilimsky, Delegationsleiter der FPÖ
im EU-Parlament

Herr Vilimsky, Sie waren ja lang-jähriger Nationalratsabgeordneter, bevor Sie als Delegationsleiter ins EU-Parlament gewechselt sind. Was sind die gravierendsten Unterschiede zwischen der parlamentarischen Arbeit im nationalen Parlament und der im Europaparlament?

Harald Vilimsky: Im nationalen Parlament herrscht eine klassische, parlamentarische Debattenkultur, die es in einem Gremium von 751 Abgeordneten nicht geben kann. Die Möglichkeit zu parlamentarischen Kulissengesprächen über Rechtsmaterien wird im EU-Parlament von den Linksparteien, zu denen auch die ÖVP zählt, dominiert und ist

dadurch nicht wirklich gegeben. Des Weiteren ist die Unmöglichkeit für ein Land wie Österreich, hier namhaft in Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden bzw. mitzumachen, zu nennen. Weil selbst die den Regierungsfractionen angehörigen Sozialdemokraten und Christdemokraten nicht das Gewicht haben, Allianzen, die zwischen Deutschland, Frankreich und England ausgemacht werden, irgendwie beeinflussen zu können. Also die Big-Player machen es sich untereinander aus, und der Rest schwingt mit. Mein Ziel ist es, dass wir in Österreich wieder selbst über rot-weiß-rote Ziele entscheiden können.

Ist das Europaparlament in Ihren Augen ein echtes Parlament oder nur so etwas wie eine demokratiepolitische Fassade, um der Europäischen Union den Anstrich einer parlamentarischen Demokratie zu geben?

Vilimsky: Das Europäische Parlament ist aus meiner Sicht überdimensioniert und ermöglicht – wie erwähnt – keine einem Parlament normalerweise immanente Debattenkultur. Aber ein Parlament ohne Debatte und ohne Streitgespräch ist kein Parlament. Immerhin gibt es die Möglichkeit, seine politischen Standpunkte einer breiteren Öffentlichkeit darzulegen, indem man die parlamentarischen Möglichkeiten nutzt, um über

berechtigung und Selbstbestimmung“ ein. Im Ischler Parteiprogramm aus dem Jahre 1968 wird das Ziel der FPÖ-Europapolitik als „die Schaffung eines europäischen Bundesstaats unter Wahrung der Eigenart seiner Völker“ definiert. Im Parteiprogramm des Jahres 1985, das in der Ära der Parteiobmannschaft von Norbert Steger entstand, hieß es: „Im Streben nach einer größtmöglichen Teilnahme unseres Landes an der europäischen Integration halten wir auch eine Mitgliedschaft Österreichs in der EG – selbstverständlich unter dem Neutralitätsvorbehalt – für möglich und notwendig“.

Der Beginn der freiheitlichen EU-Kritik

Diese integrationsfreundliche Haltung der FPÖ wurde zu Beginn der 90er-Jahre von zunehmend kritischen Tönen abgelöst. Als mit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht im Februar 1992 der Weg der EU hin zu einem immer zentralistischer werdenden Staatenverbund eingeschlagen wurde, änderte sich die freiheitliche Haltung zum EU-Beitritt. Auch die Art und Weise, wie SPÖ und ÖVP die Beitrittsverhandlungen führten und in wie geringem Maße sie die österreichischen Interessen dabei durchzusetzen vermochten, mag Ursache für den Wandel der freiheitlichen Europapolitik gewesen sein.

In der Kampagne zur Volksabstimmung im Juni 1994 plakatierten die Freiheitlichen dann jedenfalls Slogans wie „Nein ... zur grenzenlosen Kriminalität“ oder „Nein ... zur Transit-Hölle Österreich. Ja zum Schweizer Modell“. Ihre Ablehnungskampagne stand im Wesentlichen unter dem Motto „Österreich zuerst“, allerdings postulierte man: „Nein ... zu 15 Milliarden jährlich in dunkle Kanäle“ oder „Nein ... zur Abschaffung des Schillings“ oder „Nein ... zum Abbau der direkten Demokratie in Österreich“ und Ähnliches mehr. In der Folge hielt man den Freiheitlichen vor, sie hätten damals mit künstlicher Panikmache

soziale Netzwerke und andere Kanäle öffentliche Debatten zu erzwingen. Es ist ein Forum, um sich Gehör zu verschaffen, auch für diejenigen, die sonst vielleicht nicht die Möglichkeit haben, sich entsprechend zu artikulieren.

Manchmal habe ich auch den Eindruck, dass hier Gremien, seien es bestimmte Ausschüsse, Arbeits- oder Interessensgruppen, geschaffen werden, um sich selbst mit Arbeit zu versorgen und so den EU-Apparat noch weiter aufzublähen. Eine Tendenz, die man in der Verwaltung öfter beobachten kann. Die wesentlichen Fragen, die den Menschen jedoch unter der Fingern brennen, werden von der Mehrheit der Abgeordneten, die oft keine Verbindung mehr zu ihren

Wählern haben, nicht diskutiert und beantwortet.

Daneben wäre zu erwähnen, dass dem Europäischen Parlament immer noch bedeutende parlamentarische Rechte, wie das Recht, Gesetzesinitiativen zu lancieren, vorenthalten werden.

Welche konkrete parlamentarische Arbeit leistet die freiheitliche Delegation im EU-Parlament und welche konkrete Arbeit leistet die neue Fraktion der Freiheitsparteien im EU-Parlament?

Vilimsky: Wir sind jene, die parlamentarisch und politisch einen Kontrapunkt zur europäischen Nomenklatura bieten. Wir sind quasi das Salz in der europäischen Suppe und treten gegen weitere Zentralisierung und den weiteren Diebstahl von na-

tionalstaatlichen Kompetenzen auf. Die Stimmenzuwächse quer durch Europa scheinen uns da Recht zu geben. Und damit zeigen und geben wir vor, wohin sich die etablierten Parteien inhaltlich bewegen müssen, wenn sie überhaupt überleben wollen. Weil zur Zeit orte ich es so, dass eben jene Parteien, die für ein Europa der Nationalstaaten eintreten, die bestimmenden Parteien der Zukunft sein werden und jene ablösen, die den verfehlten Zentralisierungskurs von jetzt einzementieren.

Welche weiteren Parteien aus anderen EU-Staaten könnten in nächster Zeit in die Fraktion der patriotischen Partei aufgenommen werden?

Vilimsky: Ich sehe großes Potenzial im Bereich der Vi-

den EU-Beitritt verhindern wollen und Horrorgeschichten „Marke Schildläuse“ und Ähnliches verbreitet. Dass sie mit ihrer Warnung vor der Abschaffung des Schillings durchaus Recht behalten sollten, wurde da eher verschwiegen.



Die FPÖ unter Jörg Haider und Susanne Riess-Passer wandte sich gegen den EU-Beitritt und die Einführung des Euro

Die freiheitlichen EU-Delegationen in der Ära Haider

Nach dem offiziellen Beitritt Österreichs am 1. Jänner des Jahres 1995 wurden die ersten EU-Abgeordneten zunächst von den Parlamentsklubs aus dem Nationalrat nach deren Stärkeverhältnis nominiert. Nahezu eininhalb Jahre war die FPÖ im Europäischen Parlament somit von Susanne Riess-Passer, Wolfgang Nussbaumer und Erich Schreiner

vertreten. Matthias Reichhold, der zu Beginn auch entsandt wurde, war nur bis 15. Jänner 1996 im Europaparlament, worauf der Klagenfurter Klaus Lukas nachfolgte. Karl Schweitzer war ebenfalls EU-Abgeordneter bis 24. April 1996, worauf Franz Linser nachfolgte. Ebenfalls am 24. April 1996 schied Susanne Riess-Passer aus, worauf Wolfgang Jung nachfolgte.

Die erste Wahl zum Europäischen Parlament, an der Österreich offiziell teilnahm, fand am 13. Oktober 1996 während der laufenden

Wahlen zum Europäischen Parlament 1999

Partei	Stimmen	Prozent	Mandate	Fraktion
SPÖ	888.338	31,71 % (+2,56)	7 (+1)	SPE
ÖVP	859.175	30,67 % (+1,02)	7 (±0)	EVP/ED
FPÖ	655.519	23,40 % (-4,13)	5 (-1)	Fraktionslos
GRÜNE	260.273	9,29 % (+2,48)	2 (+1)	Grüne
LIF	74.467	2,66 % (-1,60)	0 (-1)	LDR
CSA	43.084	1,54 % (+1,54)	0 (±0)	
KPÖ	20.497	0,73 % (+0,26)	0 (±0)	

Legislaturperiode des Europäischen Parlaments eigens nur für die Alpenrepublik statt, dabei erreichten die Freiheitlichen 27,53 Prozent und 6 Mandate. Gewählt wurde die Oberösterreicherin Daniela Raschhofer, die in der Folge auch Delegationsleiterin war und dies bis zu ihrem Ausscheiden im Jahre 2004 blieb. Weitere Abgeordnete waren der Tiroler Sportwissenschaftler Franz Linser, dann der Klagenfurter Klaus Lukas, ehemaliger Leiter Österreich-Werbung, dann der Hochttrichter Gerhard Hager sowie die beiden Journalisten Peter Sichrovsky und Hans Kronberger. Letzterer war bis zu seiner Kandidatur für die Freiheitlichen in einer bekannten ORF-Sendung tätig gewesen. Die Volkspartei war mit 29,65 Prozent knapp stärkste Partei bei dieser Wahl geworden, gefolgt von den Sozialisten mit 29,15 Prozent. Kaum ein Prozent weniger hatten die Freiheitlichen, womit drei etwa gleich starke Parteien für

sograd-Staaten, deren patriotische Parteien derzeit noch in anderen Fraktionen organisiert sind. Es gibt da aber bereits einen Annäherungsprozess auf bilateraler Ebene zwischen Österreich, also der Freiheitlichen Partei, und Repräsentanten von Parteien aus den Visegrad-Staaten und eine aufkeimende Freundschaft, die vielleicht in eine Partnerschaft übergehen kann. Und auf der anderen Seite, durch einen aus meiner Sicht unausweichlichen Kollaps der EFDD-Fraktion oder der ECR-Fraktion, viele neue politisch Suchende am Feld.

In Südeuropa ist es generell schwieriger, da es dort derzeit weniger EU-kritische oder rechte Parteien gibt, be-

ziehungsweise die dortigen EU-kritischen Parteien eben der linken Reichshälfte oder den linken Gruppierungen angehören. Gemeint sind Länder wie Portugal, Spanien, aber auch Zypern und Malta. Im Norden sehe ich aufgrund eines extremen Drucks linker Medien und der generellen politisch-korrekten Tendenz in der Gesellschaft eine gewisse Scheu zur Zusammenarbeit mit medial als rechts oder rechtspopulistisch stigmatisierten Parteien. Diese Erfahrung mussten wir in Schweden und in Dänemark machen. Es gilt aber wohl auch für Finnland.

Chancen sehe ich allerdings im Baltikum. Dort sind wir gerade dabei, sehr gute Kontakte zu entwickeln, die nach der näch-

sten EU-Wahl Früchte tragen könnten.

Aber, wie schon erwähnt, durch den Brexit könnte es zu einer Konsolidierung und einer Reduktion von den derzeit drei EU-kritischen auf zwei EU-kritische Fraktionen kommen, wovon wir naturgemäß auch profitieren würden.

Es ist Ihnen geglückt, zusammen mit anderen patriotischen Freiheitsparteien aus EU-Mitgliedsländern eine Fraktion im EU-Parlament zu bilden, wie sieht diese Fraktion aus?

Vilimsky: Die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit - ENF“ wurde am 15. Juni 2015 gegründet. Die Gründungsmitglieder waren: Front National (20 Abg.), Lega Nord (5), Partijvoor de Vrijheid – PVV

(4), FPÖ (4), Kongreß der Neuen Rechten – KNP (2), Vlaams Belang (1), Janice Atkinson.

Später stießen am 15. Juli 2015 Laurentiu Rebeaga (Forța Natională – FN) aus Rumänien und am 01. Mai 2016 Marcus Pretzell (AfD) aus der BRD hinzu.

Welche inhaltlichen Stoßrichtungen hat die Arbeit der patriotischen EU-Fraktion?

Vilimsky: Die Hauptstoßrichtung ist die Rückübertragung von Kompetenzen an die Mitgliedstaaten, bei Anerkennung dessen, dass sich alle für Kooperation in Europa aussprechen. Keiner will die überbordende Abtretung von Kompetenzen an ein nebuloses Brüsseler System, das zudem aus unserer Sicht nur

mittelbar demokratisch legitimiert ist.

Die Kommission, die in Wahrheit den Ton angibt, ist nicht unmittelbar demokratisch legitimiert, maximal mittelbar demokratisch legitimiert. Das System der Lobbyisten, die um ein Dreißigfaches die Zahl der Mandatare überschreitet, ist etwas, das aufstößt und auch nicht einer gedeihlichen politischen Entwicklung zuträglich ist. Unsere Ziele sind somit: Re-Dimensionierung der EU-Institutionen und Halbierung der Kompetenzen der EU bei gleichzeitiger Rückverantwortung von Kompetenzen an die nationalen Parlamente, damit einhergehend auch die Halbierung der Kommission und die Halbierung des EU-Parlaments. Die 28 Kom-

missare werden schlicht nicht gebraucht.

Wichtig ist uns auch die Stärkung der direkten Demokratie und die Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse. Das erlaubt europäische Kooperation in einem europäischen Parlament aber nicht eine europäische De-facto-Regierung durch die EU-Kommission.

Wie würden Sie das EU-Parlament reformieren, wenn Ihre Vorstellungen und die Ihrer politischen Freunde aus den anderen europäischen Freiheitsparteien umgesetzt werden könnten?

Vilimsky: Wie schon erwähnt treten wir sowohl für eine Reduktion der Kompetenzen als auch der Abgeordneten und Mitarbeiter ein. Das EU-Parlament



Freiheitliche Plakate für den EU-Wahlkampf 2009

Österreich im Europäischen Parlament vertreten waren. Auch die Grünen vermochten mit 6,8 Prozent einen Abgeordneten zu entsenden. Die Freiheitlichen blieben im Europäischen Parlament von Anbeginn vorläufig einmal fraktionslos.

An besonderen Aktivitäten setzten die Freiheitlichen in diesen Jahren in der Europapolitik ein Volksbegehren zur Erhaltung des Schilling.

muss ein Forum des Diskurses der verschiedenen europäischen Nationen sein. Ein Ort, an dem man sich trifft, sich kennenlernt, sich austauscht und die unterschiedlichen nationalen Positionen debattiert und darlegt. Der direkte Meinungs austausch schafft Verständnis für die gegenseitigen Positionen und dient als Basis einer fruchtbaren Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

In einzelnen Fragen, die auch nach einer sinnvollen Reform noch auf EU-Ebene entschieden werden, soll das EU-Parlament, das ja direkt von den Bürgern der jeweiligen Staaten gewählt wird, mitentscheiden und so ein Korrektiv zum Rat, also der Versammlung der nationalen Regierungen, bilden.

Welche Perspektiven haben die europäischen Freiheitsparteien in den nächsten Jahren – sowohl was ihre Wirksamkeit in den jeweiligen Nationalstaaten betrifft als auch auf gesamt-europäischer Ebene?

Vilimsky: Diese Parteien sind in den Heimatländern entweder schon die Nummer eins oder am Sprung zur Nummer eins. Und das ist gerade Ausdruck dafür, dass das politische Pendel, welches in den vergangenen Jahren zu weit nach links ausgeschwenkt ist, sich jetzt normalisiert und sich in einer Gegenbewegung manifestiert. Uns verbindet die Forderung der Rückholung von Kompetenzen aus Brüssel, die Betonung des europäischen Pluralismus und der Vielfalt der Kulturen, die Anerkennung, dass unterschied-

liche Mentalitäten unterschiedliche Systeme notwendig machen bzw. ermöglichen müssen und nicht der Weg zu „United States of Europe“ eingeschlagen werden sollte.

Und dann gibt es da natürlich noch den Kampf gegen die Massenzuwanderung als besonders dringendes und wichtiges Thema. Die Sicherung der Außengrenzen und der Grenzschutz sind ein weiteres Thema, das wir ganz oben auf der Agenda haben. Es muss klar sein, wer überhaupt in die EU hereinkommt, und bis das funktioniert, brauchen wir wieder Grenzkontrollen unter Führung der Nationalstaaten, und das flächendeckend.

Was mir auch gefiele, wäre eine temporäre Sisierung der Arbeitnehmer-Freizügigkeit in

Fortsetzung auf Seite 102 ►

Im Spätherbst des Jahres 1997 konnten sie 253.000 Österreicher motivieren, gegen die Einführung des Euro und für die Erhaltung des Schillings ihre Stimme abzugeben. Dabei verlangte man insbesondere, vor der Einführung des Euros zwingend eine Volksabstimmung durchzuführen. In der darauffolgenden Debatte im österreichischen Nationalrat erläuterte der freiheitliche Abgeordnete Krüger, dass dieses Volksbegehren nicht von vornherein auf die Verhinderung des Euro gerichtet wäre, sondern eben auf die Durchführung einer Volksabstimmung, was schon allein deshalb geboten gewesen sei, weil „der Schilling ein wichtiger Bestandteil des Gesamtgefüges der österreichischen Verfassung“ darstelle. Die FPÖ sei nicht gegen den Euro schlechthin, vertrete aber die Auffassung, dass die Währungsunion zu früh komme, denn die historische Erfahrung lehre, dass eine gemeinsame Währung nicht den Anfang, sondern die Krönung eines Integrationsprozesses darstellen solle. Dies umso mehr – so der freiheitliche Abgeordnete –, als Zweifel daran bestünden, dass die Konvergenzkriterien von allen 11 Mitgliedern der Währungsunion nicht nur monetär, sondern tatsächlich wirtschaftlich erfüllt würden.

Der damalige Finanzminister Rudolf Edlinger von der SPÖ und der sozialdemokratische Abgeordnete Nowotny, immerhin später der Nationalbankpräsident, erläuterten hingegen in der einschlägigen Parlamentsdebatte, dass sich Europa und der Euro als ein Hort der Stabilität erweisen würden. Wie sehr die freiheitlichen Warnungen zutreffend waren und wie illusionär die Argumente der Sozialdemokraten, sollte sich dann nahezu ein Jahrzehnt später in der Eurokrise dramatisch zeigen.

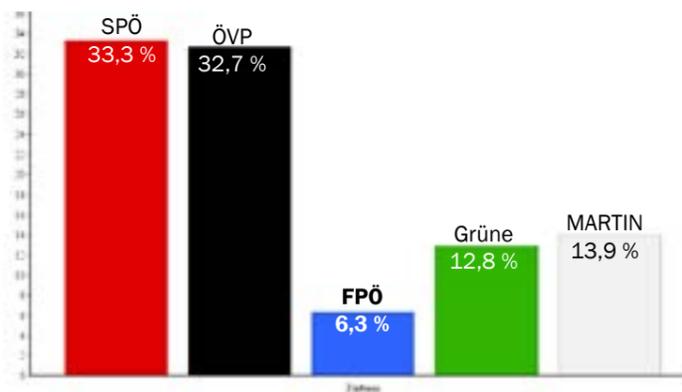
Die zweite Wahl in Österreich zum Europäischen Parlament fand am 13. Juni 1999 im Rahmen der regulären gesamteuropäischen Parlamentswahl statt und brachten für die Freiheitlichen einen gewissen Rückgang auf 23,4 Prozent der Stimmen und 5 Mandate. Diesmal konnten die Sozialdemokraten mit 31,71 Prozent knapp zur stärksten österreichischen Partei im Europäischen Parlament aufrücken. Ihnen folgte die Volkspartei mit 30,67 Prozent, auch die Grünen konnten mit 9,29 Prozent zulegen. Die Verteilung der österreichischen Sitze im Europaparlament sah nunmehr sieben SPÖ-Abgeordnete, sieben ÖVP-Abgeordnete und eben fünf FPÖ-Abgeordnete sowie zwei grüne Abgeordnete vor.

Neben der Delegationsleiterin Daniela Raschhofer zogen wiederum Gerhard Hager, Peter Sichrovsky und Hans Kronberger ins EU-Parlament ein, neu dazu kam der Kärntner Steuerberater Wolfgang Ilgenfritz. Die Freiheitlichen im Europaparlament blieben weiterhin fraktionslos und scheuten jeden Kontakt zu anderen patriotischen und rechtsdemokratischen Parteien wie etwa dem damaligen Vlaams Block und dem Front National unter Jean-Marie Le Pen. Geprägt waren die fünf Jahre dieser Legislaturperiode im Europäischen Parlament für die österreichischen Freiheitlichen durch die Turbulenzen, in die die Partei im Umfeld der Ereignisse von Knittelfeld im Herbst 2002 geriet.



Bei der EU-Wahl 2004 erlangte Andreas Mölzer mit einem Vorzugsstimmwahlkampf das einzige freiheitliche Mandat

EU-Wahl 2004



Die EU-Wahl 2004 – Neubeginn in Brüssel

Der Absturz der FPÖ in der Wählergunst, der sich bei der Nationalratswahl Ende 2002 manifestierte, sollte sich naturgemäß auch auf die drauffolgenden Europawahlen im Juni 2004 auswirken. Zwar rechneten die Freiheitlichen mit der Erlangung von drei Mandaten, sie positionierten als Listenersten den bewährten EU-Abgeordneten Hans Kronberger, als zweiten den aus der SPÖ kommenden Klagenfurter Rechtsanwalt Franz Großmann und als dritten den freiheitlichen Publizisten Andreas Mölzer.

Tatsächlich sollte das Wahlergebnis mit 6,31 Prozent der Wählerstimmen einen katastrophalen Absturz darstellen. Die FPÖ konnte nur noch ein Mandat erlangen, wobei Andreas Mölzer mit einem Vorzugsstimmekampf die beiden Erstgereihten zu überholen vermochte. Nahezu 22.000 Vorzugsstimmen-Wähler aus dem wohl eher nationalen Bereich der FPÖ-Wählerschaft hatten sich für Mölzer ausgesprochen. Hans Kronbergers Versuch, mittels einer Verfassungsklage das Wahlergebnis doch noch umzudrehen, scheiterte letztlich. Mölzer war somit

der einzige Vertreter der FPÖ im EU-Parlament in der Periode 2004 bis 2009.

Bis 2007 war Andreas Mölzer im EU-Parlament fraktionslos. Allerdings arbeitete er auf der Basis seiner publizistischen Kontakte an der Errichtung eines Netzwerks patriotisch gesinnter Abgeordneter im EU-Parlament, insbesondere zu jenen des belgischen Vlaams Belang, des französischen Front National, der italienischen Lega Nord, der griechischen L.A.O.S. und der Dänischen Volkspartei. Am 15. Jänner 2007 gelang es schließlich, die österreichischen Freiheitlichen erstmals in eine europäische Fraktion einzubinden. Unter dem Namen „Identität, Tradition, Souveränität (ITS)“ schloss man sich unter der Führung des französischen Front National zu einer eigenen Fraktion zusammen.



Andreas Mölzer betrieb die Annäherung zum Front National (im Bild Bruno Gollnisch und Jean-Marie LePen)

Deren Ziele waren unter anderem die Verhinderung des EU-Beitritts der Türkei und die Verhinderung einer eigenen EU-Verfassung sowie die Erhaltung einer europäischen Leitkultur, der nationalen Souveränität und der Traditionen der europäischen Völker. Grundlage für die Bildung der neuen Fraktion bildete „die Wiener Erklärung der europäischen, patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen“, die bei einem Treffen im Jahr 2005 auf Anregung von Mölzer verabschiedet worden war. Die ITS-Fraktion löste sich allerdings Ende 2007 wieder auf, da es zu politischen Differenzen zwischen den rumänischen Mitgliedern und dem italienischen Mitglied Alessandra Mussolini gekommen war.

Im Frühjahr 2006 organisierten die Freiheitlichen ein Volksbegehren unter dem Titel „Österreich bleibt frei“, das von den Medien vereinfachend „Anti-EU-Volksbegehren“ bezeichnet wurde. Es war dies ein starkes bundesweites Lebenszeichen der erneuerten FPÖ unter Heinz-Christian Strache, die damals im österreichischen Parlament noch nicht einmal durch eine eigene Nationalratsfraktion vertreten war. Mit 258.000 Unterstützungserklärungen konnte man immerhin das Ergebnis des Schilling-Volksbegehrens von 1997 übertreffen.

EU-Wahlen 2009 und 2014 – der unaufhaltsame Aufstieg

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 konnten die Freiheitlichen ihr Ergebnis von 2004 auf 12,7 Prozent verdoppeln, und neben dem Delegationsleiter Andreas Mölzer zog mit



Bei der EU-Wahl 2009 gelang eine Verdoppelung des Ergebnisses von 2004

Zeiten der Rekordarbeitslosigkeit.

In Ihrer EU-Fraktion sind doch recht unterschiedliche Parteien, da sind etatistische und zentralistische Parteien, wie etwa der französische Front National, da sind separatistische Parteien wie der Vlaams Belang oder regionalistische Gruppierungen wie die Lega Nord, wie bringt man diese unterschiedlichen Positionen unter einen Hut?

Vilimsky: Indem wir als Klammer unseres politischen Handelns das Ziel definieren, Kompetenzen aus Brüssel zurück in unsere Heimatregionen und Staaten zu bringen. Das ist der zentrale Punkt. Wir wollen, dass die direkte Demokratie wieder über dem EU-Recht steht. Denn trotz eines unterschied-

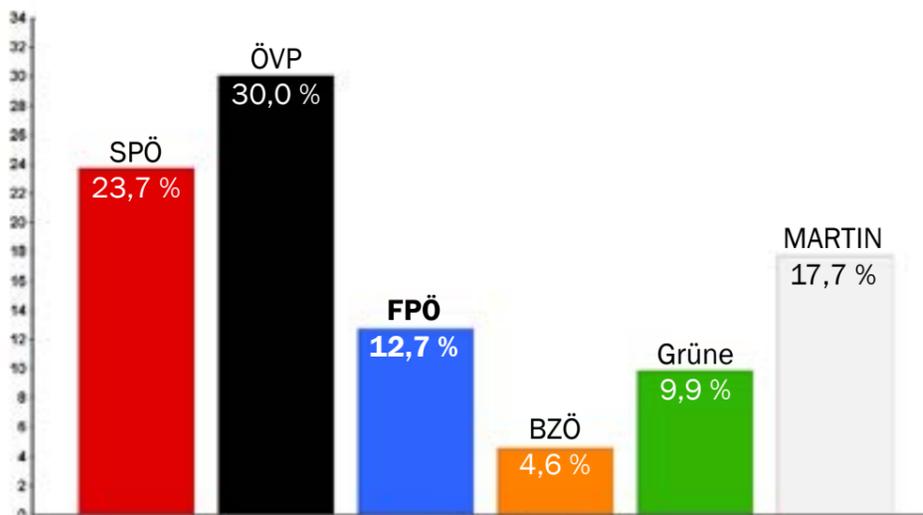
lichen politischen Zugangs dient uns als Klammer der Wunsch, den Pluralismus der Kulturen in Europa zu erhalten.

Außerdem eint uns der Kampf gegen Massenzuwanderung, um die gewachsenen Kulturen und Identitäten innerhalb der EU zu erhalten. Das ist der zentrale Punkt, von dem alles ausgeht. Andere technische Fragen sind da nachrangig. Die Frage der Währungsunion zum Beispiel. Sie ist in der Tat auch wichtig. Da kann man argumentieren, dass eine gemeinsame Währung, wenn sie denn funktionieren würde, am Weltmarkt durchaus sinnvoll wäre. Da sie nicht funktioniert bzw. zu großen Verwerfungen innerhalb der EU führt, gibt es wohl nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder

man macht einen Zentralisierungsschub mit einer gemeinsamen Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik – das wollen z. B. Karas und Co –, oder es gibt eine Neuordnung, in der nur mehr jene Staaten im Euro verbleiben, die eine ähnliche Wirtschaftskraft aufweisen, wie z. B. Österreich, Deutschland und Holland und andere nördliche Staaten. Die südlichen Staaten könnten sich dann zu einer eigenen Währungszone zusammenschließen oder zu ihren eigenen nationalen Währungen zurückkehren.

Wenn wir aber nicht in der Lage sind, die Masseneinwanderung und die damit einhergehende Transformation unseres Kontinents zu stoppen, verlieren solche Fragen zunehmend an Bedeutung. ♦

EU-Wahl 2009



dem Oberösterreicher Franz Obermayr ein zweiter freiheitlicher Abgeordneter ins EU-Parlament ein.

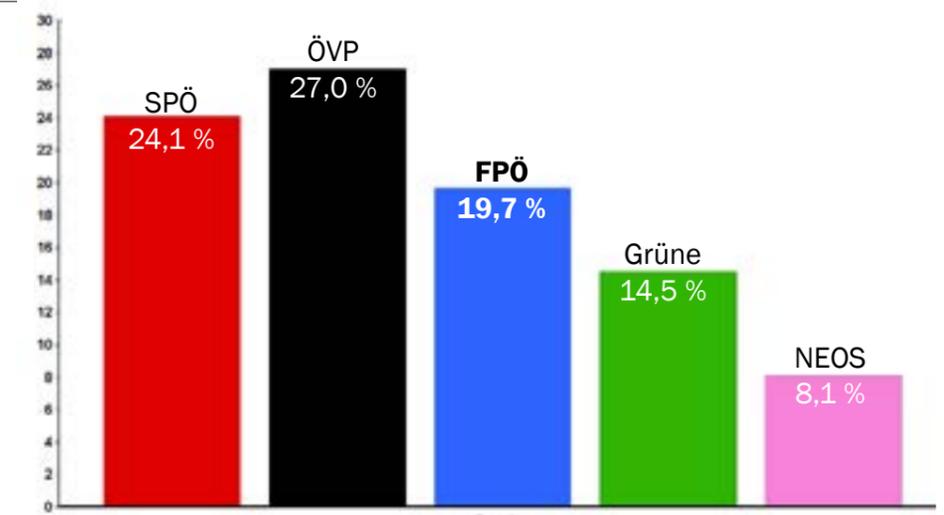
In dieser Periode kam es zu einer weiteren Verdichtung des von den Freiheitlichen initiierten Netzwerks zwischen den rechtsdemokratischen, patriotischen Freiheitsparteien in Europa, wobei man auch Kontakte zur PVV des Geert Wilders aus den Nieder-

derlanden zu knüpfen vermochte.

Den Kern der neuen Kooperation, die sich allerdings erst in der darauffolgenden Parlamentsperiode als parlamentarische Fraktion bilden sollte, bildeten somit die österreichischen Freiheitlichen, der belgische Vlaams Belang, der französische Front National, die italienische Lega Nord und die Holländische Partei für die Freiheit. Zu zahlreichen anderen europäischen Freiheitsparteien wurden weitere Kontakte entwickelt. Trotz ihrer Fraktionslosigkeit vermochten die beiden FPÖ-Abgeordneten in dieser Wahlperiode überaus aktiv an den Debatten des

Nach der EU-Wahl 2014 gelang FPÖ-Delegationsleiter Harald Vilimsky die Bildung einer EU-Fraktion gemeinsam mit Marine Le Pen, Geert Wilders und Lega Nord-Chef Salvini

EU-Wahl 2014



Europäischen Parlaments teilzunehmen und profilierten sich als jene Parlamentarier, die die meisten Wortmeldungen und schriftlichen Erklärungen aufzuweisen hatten.

Im Zuge des Wahlkampfes zur EU-Wahl im Frühjahr 2014 waren ursprünglich Andreas Mölzer und der freiheitliche Generalsekretär Harald Vilimsky als „Doppelspitze“ vorgesehen, nach einer heftigen Medienkampagne gegen Mölzer wegen seiner kritischen Aussagen zur Überregulierung in der EU und der Massenzuwanderung aus Schwarzafrika verzichtete dieser schließlich nach zehn Jahren auf seine Wiederkandidatur. Harald Vilimsky erreichte als Spitzenkandidat bei der Wahl am 25. Mai des Jahres 2014 schließlich mit 19,72 Prozent vier Mandate und eine Verdoppelung der freiheitlichen Präsenz im Europaparlament. Neben Delegationsleiter Harald Vilimsky zog Franz Obermayr neuerlich ins Parlament ein sowie die Wiener Juristin Barbara Kappel und der steirische Jurist Georg Mayer.

Freiheitliche Abgeordnete zum Europäischen Parlament seit 1995

Name	Amtszeit
Riess Susanne	01. Jänner 1995 – 24. April 1996
Schweitzer Karl	01. Jänner 1995 – 24. April 1996
Reichhold Mathias	01. Jänner 1995 – 15. Jänner 1996
Nußbaumer Wolfgang	01. Jänner 1995 – 11. November 1996
Schreiner Erich L.	01. Jänner 1995 – 11. November 1996
Jung Wolfgang	26. April 1996 – 11. November 1996
Linser Franz	26. April 1996 – 20. Juli 1999
Lukas Klaus	16. Jänner 1996 – 20. Juli 1999
Raschhofer Daniela	11. November 1996 – 19. Juli 2004
Sichrovsky Peter	11. November 1996 – 19. Juli 2004
Kronberger Johann	11. November 1996 – 19. Juli 2004
Hager Gerhard	11. November 1996 – 19. Juli 2004
Ilgenfritz Wolfgang	20. Juli 1999 – 19. Juli 2004
Mölzer Andreas	20. Juli 2004 – 30. Juni 2014
Obermayr Franz	14. Juli 2009
Vilimsky Harald	01. Juli 2014
Kappel Barbara	01. Juli 2014
Mayer Georg	01. Juli 2014





Delegationsleiter Harald Vilimsky (Bild Mitte) und Abgeordneter Georg Mayer (Bild links) mit dem Stabschef der freiheitlichen Delegation Dietmar Holzfeindt (im Bild rechts)

Mit diesen vier Abgeordneten gelang es schließlich am 15. Juni des Jahres 2015, die neue rechtsdemokratische Fraktion im Europaparlament „Europa der Nationen und der Freiheit“ – ENF zu bilden. Gründungsmitglieder waren der Front National mit 20 Abgeordneten, die Lega Nord mit fünf Abgeordneten, die Partei für die Freiheit aus Holland mit vier Abgeordneten, die FPÖ mit vier Abgeordneten, der Kongress der neuen Rechten aus Polen mit zwei Abgeordneten, der Vlaams Belang mit einem Abgeordneten und einer britischen Abgeordneten.

Im darauffolgenden Jahr sollte noch ein weiterer Abgeordneter aus Rumänien und mit Marcus Pretzell ein bundesdeutscher Abgeordneter von der AfD dazu stoßen. Die rechtsdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat sich somit zu einer nicht

mehr zu übergehenden Kraft entwickelt, wobei die österreichischen Freiheitlichen in den beiden Perioden davor unter Andreas Mölzer und nunmehr unter der Federführung von Harald Vilimsky stets eine treibende und integrierende Kraft darstellen konnten.

Insgesamt beweisen die Freiheitlichen mit ihrer parlamentarischen Arbeit in Brüssel und Straßburg, dass sie eine der bedeutendsten EU-kritischen Parteien sind, die konstruktive Reformen der Union einfordern. Die freiheitlichen EU-Abgeordneten waren und sind dabei niemals „Feinde Europas“, wohl aber konsequente Warner vor den Irrwegen der real existierenden EU. ♦



Die FPÖ-Delegation im EU-Parlament: Harald Vilimsky, Georg Mayer, Barbara Kappel und Franz Obermayr (v. l. n. r.)

IV

**NEBENKRIEGSSCHAUPLATZ
FÜR EINEN VOLKSTRIEBUN**

**FREIHEITLICHE PARLAMENTARS-
ARBEIT IN DER ÄRA HAIDER
1986 BIS 2005**

1986 – 2005 Der Aufstieg einer freiheitlichen Erneuerungsbewegung

Die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen unter Norbert Steger zwischen 1983 und 1986 zeitigte einen dramatischen Abstieg in der Wählergunst. Die Parteibasis und potentielle Wähler der FPÖ nahmen die freiheitlichen Parlamentarier nur als Mehrheitsbeschaffer für die Sozialisten im Parlament wahr, und auch die freiheitlichen Regierungsmitglieder – immerhin drei Minister und drei Staatssekretäre – vermochten die blaue Handschrift im politischen Geschehen der Republik nicht wirklich durchzusetzen.

Daher versuchten regionale Gliederungen der FPÖ, ihre jeweiligen Kommunal- und Landtagswahlkämpfe zunehmend eigenständig und ohne Unterstützung der Bundespartei, die als Hypothek verstanden werden musste, zu führen. Am erfolgreichsten war man diesbezüglich wohl in Kärnten, wo Jörg Haider nach dem Abgang von Mario Ferrari-Brunnenfeld als Staatssekretär nach Wien die Funktion des Landesrates für Tourismus und Gewerbe und in der Folge auch die Führung der Landespartei übernommen hatte. Bei den Landtags-

wahlen im Herbst 1984 erlangte man mit 16 Prozent ein für damalige Verhältnisse überraschend gutes Ergebnis. Jörg Haider selbst, der sich zwischen 1979 und 1983 im Nationalrat als Sozialsprecher und dynamischer Jungabgeordneter zu profilieren vermochte, überraschte seine Kritiker mit hoher Sachkompetenz und ausgezeichneter Regierungsarbeit.

Haider setzt sich durch

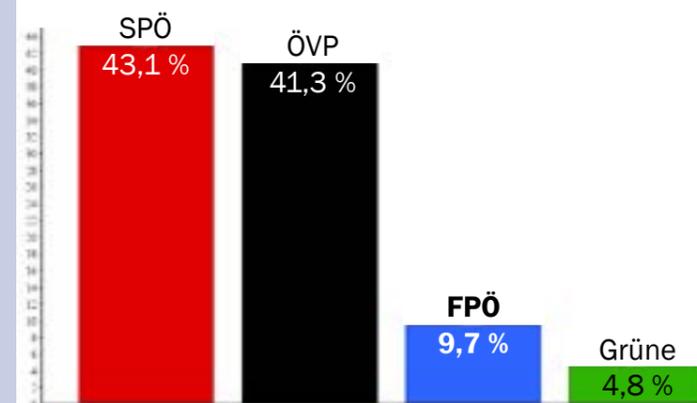
Speziell im Jahre 1986 spitzte sich der Konflikt zwischen der FPÖ-Bundespartei mit Norbert Steger und einzelnen Bundesländern, insbesondere Kärnten, dramatisch zu. Zeitweise sah es sogar so aus, als würden sich Jörg Haider und die Kärntner Landesgruppe zu einer CSU-Lösung, zu einer gewissen Abkoppelung von der Bundespartei entschließen. Die treibenden Kräfte hinsichtlich einer radikalen Umorientierung der FPÖ-Politik waren die Kärntner, die Oberösterreicher und die Grazer Freiheitlichen. Dabei stand der erfolgreiche Kärntner Parteichef, der immer populärer wurde, im Mittelpunkt vieler Spekulationen.

Eine Landesobmännerkonferenz in Salzburg versuchte noch einmal, einen Kompromiss zustande zu bringen. Nachdem sich aber in der Bundespartei nichts besserte, ergriffen die oberösterreichischen Freiheitlichen die Initiative, um eine Reform der Parteispitze zu bewerkstelligen. Insbesondere der oberösterreichische Partei-Aufsteiger Norbert

Jörg Haider gab sich von Anbeginn seiner Obmannschaft als Volkstribun



Nationalratswahl 1986



Mit 18 Abgeordneten bildeten die Freiheitlichen ihren bislang stärksten Parlamentsklub

Die XVII. Gesetzgebungsperiode begann am 17. Dezember 1986 und endete am 4. November 1990. Nach der Nationalratswahl vom 23. November 1986 entfielen von 183 Mandaten 80 auf die SPÖ, 77 auf die ÖVP, 18 auf die FPÖ und 8 auf die Grünen. Während der Legislaturperiode waren 231 Mandatare Mitglied des Nationalrates.

Gugerbauer sollte in der Folge beim Obmannwechsel am Innsbrucker Parteitag eine wesentliche Rolle spielen. Parteiobmann und Vizekanzler Norbert Steger ging in den Bundesparteitag der FPÖ im September 1986 mit der Devise, „Garant für eine Fortsetzung der fruchtbaren Regierungskoalition“ mit der SPÖ zu sein. Sein Gegenspieler Jörg Haider sei hingegen die Garantie für den Gang der Partei in die Opposition. Dies erschien ihm genug, um die Mehrheit der Parteidelegierten auf seine Seite zu bringen.

Am 13. September 1986 war es dann in Innsbruck soweit. Versuche, einen Kompromisskandidaten zwischen Steger und Haider in den Kampf zu schicken, scheiterten. Mit nahezu 58 Prozent der Delegiertenstimmen gewann Jörg Haider die Wahl gegen den amtierenden Parteiobmann, der noch dazu Vizekanzler und Minister war. Damit hatte sich in der österreichischen Parteienlandschaft ein Umbruch vollzogen. Österreichs Dritte Kraft, die sich seit Jahren, zumindest außerhalb

Kärntens, von Wahlschlappe zu Wahlschlappe geschleppt hatte und von politischen Beobachtern bereits totgesagt worden war, hatte einen neuen Anfang gesetzt. Nicht das von Steger-Anhängern prophezeite Auseinanderbrechen der FPÖ war das Ergebnis dieses Innsbrucker Parteitages, sondern ein starker Neubeginn unter Jörg Haider.

“
Die Neuauflage der großen Koalition gab den Freiheitlichen die Gelegenheit, wieder die Rolle der starken Opposition zu übernehmen.
”

Der erste Durchbruch bei Wahlen

Die Nationalratswahl vom 23. November 1986 bewies schließlich mit dem Erdrutschsieg der FPÖ unter Jörg Haider, dass die österreichische Innenpolitik im Begriffe war, sich dramatisch zu verändern. Nahezu zehn Prozent und 18 Mandate vermochten die Freiheitlichen zu gewinnen. Die Reaktion der alten Parteien bestand in einer Neubildung der bereits in den 1960er-Jahren gescheiterten großen Koalition. Dies bedeutete naturgemäß eine Erneuerung des rot-schwarzen Parteienproporz und der Parteibuchwirtschaft, und das gab den Freiheitlichen in ihrer wiederum neuen Rolle als Oppositionspartei Gelegenheit, dagegen medienwirksam Sturm zu laufen. Tatsächlich vermochte sich Jörg Haider mit den Freiheitlichen nach 1986 als durchschlagskräftiger Vertreter des Bürgerprotestes gegen politischen Filz und Korruption zu profilieren.

Mit der Verdoppelung der freiheitlichen Stimmen auf nahezu 500.000 begann die erneuerte FPÖ ihren Weg zur Mittelpartei.

Den Nationalratsklub führte Jörg Haider bis zum Sommer 1989 selbst, bis er in der Folge seiner Berufung zum Kärntner Landeshauptmann aus dem Parlament ausschied. Ihm zur Seite stand als eine Art „Klubdirektor“ der parlamentarische Routinier Friedhelm Frischenschlager. Gerulf Stix war auch nach der Nationalratswahl vom 23. Oktober 1986 wiederum zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt worden. Norbert Gugerbauer, der in den ersten Jahren der Legislaturperiode die Funktion des Generalsekretärs ausgeübt hatte, übernahm nach Haiders Wechsel in die Landesregierung überaus erfolgreich die Funktion des Klubobmanns im Nationalrat.

Mit Helene Partik-Pablé, Klara Motter und Karin Praxmarer arbeiteten auch drei engagierte Damen in der blauen Parlamentsriege. Der Kärntner Alois Huber, der Niederösterreicher Hintermayer und der Steirer Gerulf Murer vertraten das bäuerliche Element. Mit Helmut Krünes, der in der Folge aus der Politik ausschied, Harald Ofner und Holger Bauer (Chef des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender), aber auch mit dem Salzburger Helmut Haigermoser und dem Kärntner Herbert Haupt gab es weitere Stützen des freiheitlichen Nationalratsklubs in der Legislaturperiode zwischen 1986 und 1990.

Insbesondere die Untersuchungsausschüsse um die Lucona-Affäre, den Noricum-Skandal und den Milchwirtschaftsfonds boten den freiheitlichen Parlamentariern Gelegenheit, sich zu profilieren.

Mit der Erschließung neuer Wählerschichten vermochte Haider das Stimmenpotential der FPÖ dramatisch zu steigern. In den späten 1980er-Jahren und frühen 1990er-Jahren ergaben soziologische Untersuchungen, dass die FPÖ-Sympathisanten immer jünger wurden und die Gruppe der 20- bis 30-Jährigen in der neuen FPÖ-Klientel überdurchschnittlich vertreten war. Der Bereich der leistungswilligen Aufsteiger, vom Facharbeiter bis zum Jungakademiker, wurde im Wählerspektrum der FPÖ immer wichtiger. Überdies vermochte Haider natürlich auch, eine breite Schicht von Protestwählern anzusprechen, die als kritische Bürger für eine Erneuerung des österreichischen politischen Systems eintraten.

Abgesehen davon aber vermochte die FPÖ seit 1986 auch ihre Stammwähler aus dem traditionellen nationalliberalen Lager wieder verstärkt an sich zu binden. Haiders Anstöße zum Privilegienabbau und sein Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft waren und sind diesem Dritten Lager ein zentrales Anliegen. Überdies bewirkte jene Debatte, die sich rund um das „Gedenkjahr 1988“ – 50 Jahre Anschluss an Hitler-Deutschland – entspann, dass die Haider-FPÖ anfangs auch die traditionelle nationale Identität Österreichs als Teil der „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ wiederum stark betonte.

1990 – ein weiterer Wahlerfolg

Die Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 brachte schließlich den Beweis, dass die Freiheitliche Partei unter ihrem Parteiobmann Jörg Haider zur Mittelpartei geworden war. Mit nahezu 17 Prozent der Wählerstimmen und 33 Mandaten waren die Freiheitlichen nun eine politische Gruppierung, die sowohl ein ernstzunehmender Koalitionspartner für jegliche Regierungszusammenarbeit gewesen wäre als auch als Opposi-

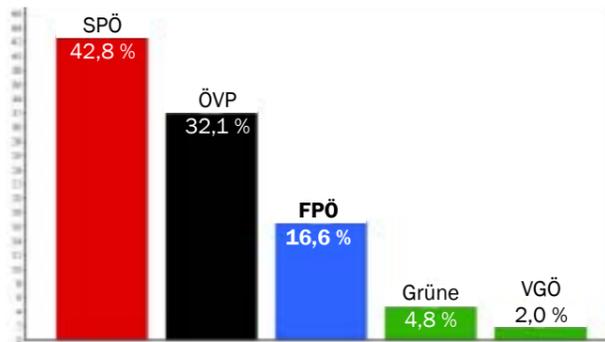


Jörg Haider wechselte vom Parlamentsklub in das Amt des Kärntner Landeshauptmanns: hier bei der Angelobung

tionspartei über alle Möglichkeiten im Nationalrat verfügte. In Kärnten gelang es den Freiheitlichen sogar, über 30 Prozent der Wählerstimmen zu erlangen, in Salzburg immerhin nahezu 21 Prozent, relativ am schwächsten blieb man in Niederösterreich und im Burgenland, wo man 12 bzw. 11 Prozent der Wählerstimmen erhielt.

Die Nationalratswahl vom Oktober 1990 zeitigte im Grunde bereits das Ende des seit 1945 existierenden Zwei-Parteien-Systems. Die bipolare einander in rot-schwarzer Proporzpartnerschaft verbundene Parteienlandschaft der Zweiten Republik und die „Geheimregierung“ der Sozialpartnerschaft in ihrer bisherigen Form waren damit deutlich in Frage gestellt. Wenn man die starke freiheitliche Opposition, die Wähler der Grünalternativen und die Verweigerer, also Nichtwähler, zusam-

Nationalratswahl 1990



Der Aufstieg der FPÖ setzte sich bei der Nationalratswahl 1990 ungebremsst fort

Die XVIII. Gesetzgebungsperiode begann am 5. November 1990 und endete am 6. November 1994. Nach der Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 entfielen von den 183 Mandaten 80 auf die SPÖ, 60 auf die ÖVP, 33 auf die FPÖ und 10 auf die Grünen. Während der Legislaturperiode waren 233 Mandatäre Mitglied des Nationalrates. 1993 spalteten sich fünf Nationalratsabgeordnete von der FPÖ ab und gründeten das Liberale Forum.

menzählte, konnte man erkennen, dass die große Koalition kaum mehr die Zweit-Drittel-Mehrheit der österreichischen Bevölkerung hinter sich hatte.

Diese Tatsache dürfte für die Strategen in den roten und schwarzen Parteisekretariaten wohl auch der Anlass gewesen sein, den erfolgreichen Oppositionsführer Jörg Haider, der gleichzeitig Regierungsverantwortung in Kärnten zeigte, wie die Erneuerungspolitik der FPÖ konkret aussehen sollte, politisch zu „liquidieren“. Spätestens im Frühjahr des Jahres 1991 scheint sich das politische und mediale Establishment Österreichs darauf geeinigt zu haben, einen Anlass zu suchen, um Jörg Haider vom Stuhl des Kärntner Landeshauptmannes zu stoßen, um – so glaubte man zumindest – seine politische Karriere damit insgesamt zu beenden.

Erste Anzeichen für diese Strategie gab es bereits im Herbst 1990 in Kärnten selbst, wo die ÖVP hinter dem Rücken des freiheitlichen Koalitionspartners mit den Sozialisten über eine Änderung der Referatsaufteilung in der Landesregierung verhandelte. Am 13. Juni 1991 war es dann soweit: Während einer kritischen Betrachtung von Landeshauptmann Jörg Haider im Kärntner Landtag zu den Zumutbarkeitsbestimmungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz provozierte der sozialistische Klubobmann den FPÖ-Obmann mit der unglaublichen Unterstellung:

„Das sind Methoden wie im Dritten Reich.“ Im folgenden Wortwechsel zwischen Regierungsbank und Abgeordneten fiel die vielzitierte Aussage des Landeshauptmannes. Der sozialistische Klubobmann erklärte, Originalzitat: „Was Sie fordern, hat es schon gegeben, aber im Dritten Reich.“ Darauf Jörg Haider: „Das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt, das muss man auch einmal sagen.“

Obwohl der freiheitliche Landeshauptmann unmittelbar darauf diese Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm und die Kärntner Volkspartei als Koalitionspartner der Freiheitlichen am darauffolgenden Tag erklärte, dass für sie die Angelegenheit erledigt sei, hatten die Parteistrategen in Wien die Möglichkeit erkannt, dem freiheitlichen Experiment in Kärnten ein Ende zu bereiten. Bereits am 15. Juni bot die SPÖ der Volkspartei als schwächster Partei im Kärntner Landtag den Landeshauptmann ohne Bedingungen an. Innerhalb der



Kärntner Bevölkerung sorgte die darauffolgende Abwahl Jörg Haiders für große Unruhe.

Jörg Haider selbst arbeitete damals eine kürzere Zeit noch als stellvertretender Landeshauptmann in Kärnten weiter, um dann wieder in den Nationalrat nach Wien zu wechseln, wo er Norbert Gugerbauer als Klubobmann ablöste. Dies führte in der Folge dazu, dass der überaus kompetente Parlamentarier Gugerbauer binnen Jahresfrist aus dem Parlament und der Politik überhaupt ausschied.

Die vormalige Generalsekretärin der Partei Heide Schmidt war seit 1990 Dritte Nationalratspräsidentin. Nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit Haider um die inhaltliche Ausrichtung der Partei verließ sie mit vier weiteren, sich als liberal definierenden FPÖ-Abgeordneten im Jahre 1993 den Klub und gründete eine eigene Partei. Auslöser der Trennung war wohl das von Jörg Haider initiierte Volksbegehren „Österreich zuerst“.

Mit Heide Schmidt als Dritter Nationalratspräsidentin und Norbert Gugerbauer als Klubobmann bildete Landeshauptmann Haider eine Art Triumvirat an der Spitze der FPÖ



„Die Sozialdemokratie konnte unsere Stärke nicht anerkennen“

Vizekanzler a. D. Herbert Haupt über seine Zeit als Dritter Präsident des Nationalrates 1994 bis 1996

“
In vielen Dingen haben wir in der Präsidiäle durchaus gut zusammengearbeitet, intern im Klub hatte ich einiges an Schwierigkeiten.
”

Die Nationalratswahlen von 1994 und 1995

Der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider schritt dessen ungeachtet voran. Bei der Nationalratswahl des Jahres 1994 steigerte sich die FPÖ weiter auf 22,9 Prozent und konnte mit 42 Abgeordneten in den Nationalrat einziehen. Ein Jahr später, nach der vorgezogenen Neuwahl des Jahres 1995, hatte sie zwar einen geringfügigen Rückgang auf 21,9 Prozent zu verbuchen und den Verlust eines Abgeordneten hinzunehmen, dafür aber konnte sie vier Jahr später bei der Nationalratswahl im Oktober 1999 mit knapp 27 Prozent zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten werden und 52 Abgeordnetenmandate gewinnen. Der Aufstieg der Haider-Partei zur Mittelpartei mit Themenführerschaft im Lande verlief also im Zuge der 1990er-Jahre völlig ungebremst. Ihre parlamentarische Bedeutung erhöhte sich dementsprechend in gleicher Weise.

Naturgemäß konnten die immer stärker werdenden Freiheitlichen im Nationalrat zunehmend Aufmerksamkeit erregen und politische Erfolge erzielen. Sie knüpften damit an die parlamentarische Arbeit ihrer Vorgänger an, die seit 1956 hervorragende Abgeordnete gestellt hatten. Insbesondere die Klubobleute – zuerst Norbert Gugerbauer, dann Jörg Haider – lieferten immer wieder rhetorische Glanzleistungen im Plenum des Nationalrates. Aber auch in den Ausschüssen leisteten die damals in Fundamentalopposition stehenden FPÖ-Abgeordneten bemerkenswerte Arbeit.

Beispielsweise in der Person des späteren Verteidigungsministers Herbert Scheibner, der lange Zeit den Obmann im Landesverteidigungsausschuss innehatte und dabei wesentliche Akzente setzen konnte. Oder etwa in Person des späteren Dritten Nationalratspräsidenten Willi Brauner, der als Fraktionsführer der Freiheitlichen im Wissen-

Sie waren von 1994 bis 1999 Dritter Präsident des Nationalrates für die Freiheitlichen. Wie war damals die Rolle des Freiheitlichen Parlamentsklubs im Parlament, wie war man da aufgestellt?

Haupt: Wir waren damals drittstärkste Fraktion im Parlament, hatten damit den Dritten Nationalratspräsidenten und einen Sitz in der Volksanwaltschaft bekommen. Als Dritter Nationalratspräsident war ich damals intern für die Raumaustattung zuständig, was im Zusammenhang mit dem Liberalen Forum, Wünschen von den Grünen und der damaligen Situation, dass es auch einige wilde Abgeordnete gegeben hat, einiges an Arbeit in diesem Bereich erfordert hat. Mit Fingerspitzengefühl, um alle Wün-

sche und auch die Wünsche des Personals der einzelnen Klubs dementsprechend unterzubringen. Und damals ist bereits die Diskussion aufgekommen, das Parlament zu renovieren und barrierefrei zu gestalten. Die damaligen Kosten waren in Schilling deutlich geringer als die heutigen Kosten in Euro, aber letztendlich ist es auch durch das Verhalten des damaligen Ersten Präsidenten und späteren Bundespräsidenten nicht dazu gekommen, dass man sich hier mit einem Beschluss durchsetzen konnte. Man hat lieber einmal die vor entsprechender Zeit angebrachten Quadrigas am Dach renoviert, anstatt das zu machen, was man sinnvollerweise hätte machen müssen, nämlich zuerst das Dach zu sanieren und dann

die Quadriga. Dann hätte man sich auch einiges an Steuergeld für den österreichischen Steuerzahler ersparen können.

Wie ging es für Sie persönlich weiter?

Haupt: Ich bin ja dann in der Wahl zum Dritten Präsidenten 1996 im ersten Wahlgang offensichtlich von einem Teil meiner Partei nicht mehr unterstützt worden, weil ich mich damals eben für das weitaus kostengünstigere Sanierungsmodell des Parlaments eingesetzt habe, und dann ist nach dem zweiten Wahlgang der Dritte Nationalratspräsident an Willi Brauner gegangen, der damals neu im Parlament war. Er hat am Ende der Legislaturperiode 1999 seinen Sitz wieder verloren, weil

er sich damals geweigert hat, einen Stadtratssitz aufgrund innerer Querelen in Baden abzugeben, was ihm von den Wählern in Baden übel angerechnet worden ist.

Sie haben schon kurz erwähnt, dass es im Parlament 1994, als Sie Präsident geworden sind, durch die Abspaltung des Liberalen Forums Probleme mit den Räumlichkeiten gegeben hat. Wie war aber politisch die Stimmung, abseits dieser Raum-Frage?

Haupt: In vielen Dingen haben wir in der Präsidiäle durchaus gut zusammengearbeitet, intern im Klub hatte ich einiges an Schwierigkeiten mit Ewald Stadler, mit dem ich – bevor ich Dritter Präsident geworden bin – eine gemeinsame Klubführung als Stellvertreter vom Dr. Hai-

der hatte. Ich war der unbezahlte Klubobmann und Stadler war der honorierte. Stadler hat ebenfalls diese Position angestrebt, was er dann schlussendlich auch geworden ist, woraufhin es intern im Klub einiges an Reibereien gegeben hat.

Die FPÖ war in den 1990er-Jahren am Weg von der Kleinstpartei bereits zur Mittelpartei. Inwieweit haben das die anderen Parteien, insbesondere SPÖ und ÖVP, akzeptiert, oder wie weit hat man da im parlamentarischen Betrieb zu kämpfen gehabt?

Haupt: Es war damals so, dass die Ausgrenzung von Vranitzky gegen uns immer noch voll wirksam war, und daher innerhalb der Sozialdemokraten eine gespaltene Situation herrschte. Viele Gewerkschafter wollten

aufgrund der sachlichen Nähe in vielen Punkten – die Arbeitnehmerrechte, Konsumentenschutz, aber auch Tierschutz – lieber mit uns zusammenarbeiten als mit der ÖVP. Aber schlussendlich hat die Ausgrenzung auch über die Zeit Vranitzkys hinaus – also dem Freiheitlichen, dem Dritten Lager gegenüber – in der Sozialdemokratie gehalten, und erst in den letzten Tagen scheint es wieder zu vernünftigen Gesprächen zu kommen. Wir haben ja 1991 Gespräche mit der Sozialdemokratie wegen einer Regierungsbildung gehabt, aber das Entgegenkommen seitens der Sozialdemokratie, uns und unsere Stärke als zweitstärkste Partei im Parlament anzuerkennen, hat es damals noch nicht gegeben, war noch nicht vorhanden. ♦

schaftsausschuss ebenso wie Michael Krüger und später Martin Graf wesentlichen Einfluss auf universitätspolitische Entscheidungen zu nehmen vermochte.

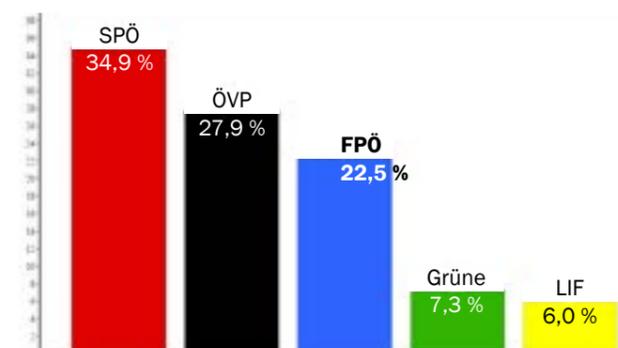
Als echte Sternstunden des Parlamentarismus kann man die letzten Sitzungen der XIX. Gesetzgebungsperiode im Jahre 1995 bezeichnen: Nachdem das Arbeitsklima innerhalb der großen Koalition damals einen vorläufigen Tiefpunkt erreicht hatte, sah sich Vizekanzler Wolfgang Schüssel, der gleichzeitig ÖVP-Obmann war, genötigt, ein vermeintliches Hoch für die ÖVP in den Meinungsumfragen auszunutzen und Neuwahlen zu provozieren. Dabei glaubte man von Seiten der Volkspartei keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen, weshalb es innerhalb dieses Zeitraums zur weitgehenden Aufhebung des jeweiligen Klubzwangs und zu wirklich freien Abstimmungen seitens der sozialdemokratischen und christkonservativen Abgeordneten kam. Die ansonsten immer wieder geführten Scheindebatten, die durch Klubzwang und Koalitionsdisziplin geprägt waren, wichen in dieser kurzen Zeit der sachlichen Argumentation, und es ergaben sich die ungewöhnlichsten Kooperationen in den verschiedensten Bereichen, was zu wechselnden Mehrheiten im Plenum führte. Auch die freiheitliche Opposition profitierte von dieser Situation, weil ihre Vorschläge nicht von vornherein aus taktisch-politischem Kalkül niedergeschmettert wurden, sondern nach Maßgabe ihrer sachlichen Vertretbarkeit diskutiert werden konnten.

Haider bei einer TV-Konfrontation vor der Nationalratswahl 1994

Diese Abstimmungspraxis führte beispielsweise im November 1995, also wenige Wochen vor der vorverlegten Nationalratswahl, mit den Stimmen der ÖVP, der Freiheitlichen und der Grünen zu einer Novellierung des Bundesfinanzgesetzes 1995, mit dem nicht unerhebliche

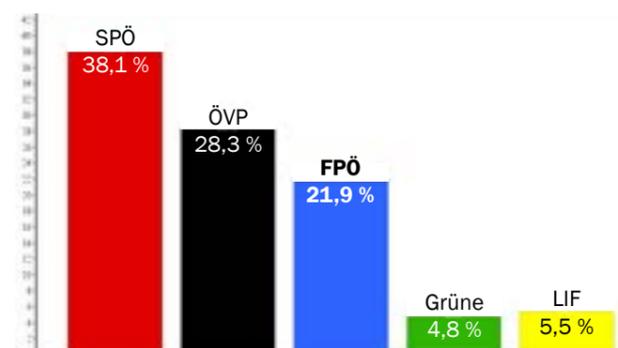


Nationalratswahl 1994



Die XIX. Gesetzgebungsperiode begann am 7. November 1994 und endete am 14. Jänner 1996. Nach der Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 entfielen von 183 Mandaten 65 auf die SPÖ, 52 auf die ÖVP, 42 auf die FPÖ, 13 auf die Grünen und 11 auf das LIF. Während der Legislaturperiode waren 218 Mandatare Mitglied des Nationalrats.

Nationalratswahl 1995



Die XX. Gesetzgebungsperiode begann am 15. Jänner 1996 und endete am 29. Oktober 1999. Nach der Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 entfielen von 183 Mandaten 71 auf die SPÖ, 52 auf die ÖVP, 41 auf die FPÖ, 10 auf das LIF und 9 auf die Grünen. Während der Legislaturperiode waren 227 verschiedene Mandatare Mitglied des Nationalrats.

Budgetüberschreitungen bewilligt wurden. Insgesamt wurden damals drei Gesetze mit wechselnder Mehrheit gegen den jeweiligen Koalitionspartner beschlossen – das war ein wirkliches Novum im Hohen Haus und sollte sich dann nicht mehr so bald wiederholen.

Die freiheitliche Parlamentsriege während der schwarz-blauen Koalition

Bei den Nationalratswahlen vom 3. Oktober 1999 verloren sowohl die Sozialdemokraten als auch die Volkspartei. Fast 5 Prozent büßte die SPÖ ein, 1,4 Prozent die ÖVP, deren Obmann Wolfgang Schüssel vor der Wahl erklärt hatte, im Falle von Stimmenverlusten würde er aus

Fortsetzung auf Seite 126 ►

Fundamentalopposition und parlamentarische Kontrolle in der Ära Haider 1986–1999

Um erfolgreich Oppositionspolitik betreiben zu können, müssen entsprechend wirksame Instrumente zur Verfügung stehen. Tatsächlich sieht die österreichische Bundesverfassung Kontrollfunktionen des Nationalrates vor, die sich auf den Bereich der Verwaltung des Bundes erstrecken. Die Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament basiert dabei auf dem Prinzip der Trennung der Staatsfunktionen, das neben dem demokratischen, republikanischen, bundesstaatlichen und rechtsstaatlichen Prinzip zu jenen fünf Baugesetzen der Verfassung gehört, die gleichsam die Fundamente des staatlichen Handelns bilden, auf denen alle anderen Rechtsnormen aufbauen und deren Abänderung oder Aufhebung einer Totaländerung der Verfassung gleichkäme. Hier die Bundesregierung an der Spitze der Verwaltung, dort das Parlament, welches die Verwaltung begleitend überwacht. Da hier nur die vom Nationalrat selbst ausgeübte Kontrolle interessiert – und hier vornehmlich die der FPÖ –, werden die Aufsichtsfunktionen, welche der Bundesrat oder andere dem Parlament zugeordnete Einrichtungen wie der Rechnungshof oder die Volksanwaltschaft wahrnehmen, nicht weiter behandelt.

Die Opposition als Fragestellerin

Ein ausgezeichnetes Mittel, Regierung und Bürokratie begleitend zu kontrollieren, ist für jede Opposition das Frage- oder Interpellationsrecht. Der Nationalrat ist befugt, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Diesem Fragerecht unterliegen insbesondere Regierungsakte sowie Angelegenheiten der behördlichen Verwaltung oder der Verwaltung des Bundes

als Träger von Privatrechten. Kontrollrechte bestehen gegenüber der Bundesregierung und ihren Mitgliedern auch in Bezug auf Unternehmungen, an denen der Bund mit mindestens 50 Prozent des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist und die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen.

Die schriftliche Anfrage:

Anfragen, die ein Abgeordneter innerhalb einer Tagung an die Bundesregierung oder eines ihrer Mitglieder richten will, sind dem Präsidenten schriftlich mit mindestens vier Abschriften zu übergeben. Sie müssen mit den eigenhändig beigesetzten Unterschriften von wenigstens fünf Abgeordneten, den Fragesteller eingeschlossen, versehen sein und sind dem Befragten durch die Parlamentsdirektion mitzuteilen. Fragesteller können ihre Anfragen schriftlich bis zum Einlangen der Beantwortung beim Präsidenten zurückziehen. Der Befragte hat innerhalb von zwei Monaten nach Übergabe der Anfrage an den Präsidenten mündlich oder schriftlich zu antworten. Ist dem Befragten eine Erteilung der gewünschten Auskunft nicht möglich, so hat er dies in der Beantwortung zu begründen.

Fragen, die vornehmlich die Haushaltsführung des Bundes betreffen, können auch an den Präsidenten des Rechnungshofs gestellt werden.

Die Dringliche Anfrage: Es kann auch auf der dringlichen Beantwortung einer schriftlichen Anfrage bestanden werden. Dazu müssen fünf Abgeordnete vor Eingang in die Tagesordnung verlangen, dass eine zum selben Zeitpunkt einzubringende schriftliche Anfrage an ein Mitglied der Bundesregierung vom Fragesteller nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens um 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, mündlich begründet wird und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet. Pro Jahr und Abgeordneten darf aber nur ein solches Verlangen gestellt werden.

Die mündliche Anfrage: Jeder Abgeordnete kann in den Sitzungen des Nationalrates kurze mündliche Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung richten, wobei das befragte Mitglied verpflichtet ist, die Anfragen mündlich in derselben Sitzung, in der sie aufgerufen werden, zu beantworten. Eine etwaige Nichtbeantwortung ist jedenfalls zu begrün-

den. Die befragten Regierungsmitglieder sind selbstverständlich zur wahrheitsgetreuen Beantwortung der an sie gerichteten Anfragen verpflichtet.

Die Themen freiheitlicher Anfragetätigkeit sind inhaltlich vielfältig und in ihrer politischen Grundtendenz vielfach mit den Schwerpunkten der Antragsaktivität vergleichbar, die in einem eigenen Abschnitt ausführlich analysiert werden soll. Mehr als die Entschließungen und Gesetzesvorschläge aber sind vor allem die schriftlichen Anfragen regional bzw. lokal ausgerichtet.

Die Fragestunde: Sofern keine „Aktuelle Stunde“ stattfindet, beginnt in der Regel jede

unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Themas verlangt wird. In der Aktuellen Stunde, die einer Aussprache über Themen von allgemeinem aktuellem Interesse aus dem Bereich der Vollziehung dient, können weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden. In Sitzungen, die mit einer Aktuellen Stunde beginnen, findet auch keine Fragestunde statt. Als erster Redner gelangt in der Regel der Erstunterzeichner des Vorschlags mit einer Redezeit von zehn Minuten zu Wort. Das zuständige Mitglied der Bundesregierung oder der zu Wort gemeldete Staatssekretär muss jedenfalls eine einleitende Stellungnahme abgeben. Die Redezeit aller weiteren Teilnehmer darf nicht länger als fünf Minuten betragen, wobei



Sitzung des Nationalrates mit einer Fragestunde. Sie soll 60 Minuten nicht überschreiten, kann aber vom Präsidenten verlängert werden. Häufen sich die Anfragen, so kann zu deren Behandlung eine eigene Sitzung des Nationalrates angesetzt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Wenngleich die Interpellation als Recht der parlamentarischen Minderheit konzipiert ist, wird sie auch von Vertretern der Regierungsmehrheit als Instrument in Anspruch genommen.

Die Aktuelle Stunde: Die Plenarberatungen einer Sitzungswoche werden mit einer Aktuellen Stunde eingeleitet, wenn dies von fünf Abgeordneten schriftlich bis spätestens 48 Stunden vorher – Samstag, Sonntag und gesetzliche Feiertage nicht eingerechnet –

in der Regel von jedem Klub zwei Redner zu Wort gelangen sollen.

Die Sondersitzung: Ein besonders scharfes Instrument, um auf Missstände in der Vollziehung oder auf vermeintliche Fehlentwicklungen im Bereich politischer Grundsatzzentscheidungen hinzuweisen, ist die Sondersitzung, die in der Diktion der Parlamentsdirektion etwas holprig als „eine auf Verlangen einer Minderheit von Abgeordneten einberufene Sitzung des Nationalrats“ bezeichnet wird. Sie bietet eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Regierung unter Ausnutzung aller rhetorischen Kniffe an den medialen Pranger zu stellen.

Ob gerechtfertigt oder übertrieben, das Fernsehen ist dabei, und die Zeitungen bringen Schlagzeilen – und das zählt.

Sondersitzungen finden außerhalb des normalen Parlamentsalltags statt – „außer Konkurrenz“ sozusagen – und unterliegen einer strengen Kontingentierung. Der Präsident des Nationalrates ist verpflichtet, unter Einhaltung von Fristen eine Sondersitzung einzuberufen, wenn dies unter Angabe eines Themas 20 Abgeordnete verlangen, wobei jeder Abgeordnete ein solches Verlangen nur einmal im Jahr unterstützen darf. Gehören einem Klub weniger als 20 Abgeordnete an – was etwa bei den Grünen oder beim Liberalen Forum im Untersuchungszeitraum der Fall war –, so kann ein solches Verlangen einmal pro Jahr dennoch gültig gestellt werden, wenn dieses von allen Abgeordneten, die einem solchen Klub angehören, unterstützt wird. Auch in diesem Fall darf aber kein Abgeordneter mehr als ein solches Verlangen unterstützen. Wie bei der Aktuellen Stunde spielt auch bei der Sondersitzung die Präsidialkonferenz eine wichtige Rolle. Der Präsident des Nationalrates legt dort Termin und Tagesordnung der Sitzung fest, wobei er das verlangte Thema zu berücksichtigen hat.

Themen und Daten der Sondersitzungen in der „Ära Haider“

XVII. Gesetzgebungsperiode

Keine Sondersitzungen

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Grüne, FPÖ, LiF Wirtschaftskrise und Arbeitsplatzverluste (31. 5. 1993)

Grüne, FPÖ, LiF Nationalbank-Anteile der SPÖ an AK (13. 5. 1993)

XIX. Gesetzgebungsperiode

FPÖ Missstände im Sozial- u. Gesundheitswesen (15. 11. 1994)

FPÖ Österr. Landwirtschaft nach EU-Beitritt (12. 1. 1995)

FPÖ Steuerlüge und Korruption in Bundesreg. (26. 1. 1995)

FPÖ Konsum-Pleite (16. 3. 1995)

FPÖ Gefährdung des Rechtsstaats durch Bundesreg. (28. 4. 1995)

FPÖ Ausverkauf der österr. Wirtschaft (25. 9. 1995)

FPÖ Kampf um Arbeitsplätze (22. 1. 1996)

FPÖ Privilegienabbau und Belastungspaket (19. 2. 1996)

FPÖ Arbeit für Österreich (19. 4. 1996)

FPÖ Arbeitsplätze und Ausländerpolitik (14. 6. 1996)

FPÖ Umfassender Privilegienabbau (1. 7. 1996)

ÖVP Privatisierung von Bank Austria und CA (31. 12. 1996)

FPÖ Stopp dem Ausverkauf der österr. Wirtschaft (7. 2. 1997)

Grüne Reg. zu Gentechnik- u. Frauenvolksbegehren (1. 4. 1997)

LiF Pol. Verantwortung f. Kurdenmorde 1989 (25. 4. 1997)

FPÖ Roter und schwarzer Postenschacher (26. 5. 1997)

FPÖ Arbeitsplätze und Pensionen (23. 9. 1997)

Grüne Grenznahe Atomanlagen, EU-Atompolitik (6. 3. 1998)

FPÖ Stopp den Einkommenskürzungen (6. 2. 1999)

Grüne Tod des Flüchtlings Marcus Omofuma (4. 5. 1999)

FPÖ Vorsorge im Katastrophen- u. Zivilschutz (31. 5. 1999)

LiF Umsetzung des Frauenvolksbegehrens (29. 6. 1999)

In den letzten Jahren dieser Periode war ein exponentielles Ansteigen der Zahl von Sondersitzungen zu verzeichnen. Ob die inflationäre Inanspruchnahme der Sondersitzung – mitunter durch besonders geschickte Auslegung der Nationalrats-Geschäftsordnung – demokratiepolitisch bedenklich war, weil sie möglicherweise zu einer Abstumpfung und Entwertung dieses Instruments führte, bleibe dahingestellt. Im „Wettbewerb“ mit den konkurrierenden Oppositionsparteien schnitt die FPÖ jedenfalls am besten ab. Allein in der XIX. Gesetzgebungsperiode wurden alle sieben Sondersitzungen von den Freiheitlichen beantragt.

Das Entschließungsrecht: Der Nationalrat kann seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung gegenüber der Bundesregierung und ihren Mitgliedern durch Entschließungen, auch Resolutionen genannt, Ausdruck geben. Inhalt einer solchen Entschließung ist zumeist der Wunsch des Nationalrates an die Bundesregierung, sie möge ein bestimmtes Gesetzesvorhaben vorbereiten und dem Nationalrat als Regierungsvorlage zuleiten. Entschließungsanträge sind, wenn sie von mindestens fünf Abgeordneten einschließlich des Antragstellers unterstützt werden, in die Verhandlung einzu beziehen. Die Unterstützung erfolgt, wenn die Anträge nicht von fünf Abgeordneten unterfertigt sind, auf die Unterstützungsfrage des Präsidenten durch Erheben von den Sitzen. Die Verabschiedung von Entschließungen erfolgt in Form eines Beschlusses des Nationalrates. Für diesen Beschluss – der keinen Gesetzesbeschluss darstellt! – ist in der Regel die Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Mitglieder und die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Es handelt sich also um einen Mehrheitsbeschluss.

Während die Bundesregierung und die Bundesministerien über eigene legislative Abteilungen verfügen, die ausschließlich damit beschäftigt sind, komplexe Gesetzestexte

zu formulieren und die Gesetzeskonformität der an sie herangetragenen Ministerwünsche zu überprüfen, sind die Möglichkeiten der Abgeordneten, selbständige Gesetzesanträge zu stellen, beschränkt. Neben der mühsamen Formulierung komplizierter Gesetzestexte in korrektem Juristendeutsch in einem sogenannten Initiativantrag bleibt ihnen nur der als Wunsch formulierte Entschließungsantrag. Sie können auf keinen Beamtenapparat zurückgreifen, ihre Ressourcen sind beschränkt. Sie werden gewöhnlich bloß von den jeweiligen Fachreferenten ihrer parlamentarischen Klubs sowie von ihren persönlichen Mitarbeitern unterstützt. Zudem bleiben den Abgeordneten der Opposition auch die informellen Kanäle in jene Ministerien versperrt, die etwa Abgeordnete der Regierungsparteien aus naheliegenden Gründen in Anspruch nehmen können.

Die Bundesverfassung und die Geschäftsordnung des Nationalrates sehen vor, dass die in den Ministerien formulierten Gesetzesvorhaben als Ministerialentwürfe bzw. – nach dem vorgesehenen Begutachtungsverfahren – als Regierungsvorlagen dem Parlament zugeleitet werden. Während die Abgeordneten der Regierungsparteien zumeist bestens informiert sind, ist die Opposition auch hier im Nachteil. So hat man nicht nur die Freiheit-

Selbständige Anträge von Abgeordneten der FPÖ in der XX. Gesetzgebungsperiode

Wirtschaft (Privatisierung, Privilegien, Steuern)	65	14
Soziales (Gesundheit, Konsumentenschutz, ASVG, Beamte)	48	20
Infrastruktur (Verkehr, ÖBB, Wohnbau)	35	6
Landwirtschaft (Forst-, Bergwesen, Umwelt, Tierschutz)	27	16
Bildung (Wissenschaft, Forschung, Schule, Kultur)	27	8
Verfassung (Justiz, innere & äußere Sicherheit)	25	22
Familie (inklusive Frauenthemen)	13	4
Sport	8	2
Europa (EU, Außenpolitik, Entschädigungsfragen)	6	3
Randthemen (Migration, Minderheiten, Sekten)	6	5
Gesamtsumme	260	100

liche Opposition des Öfteren mangelhaft, viel zu spät oder gar nicht in das Begutachtungsverfahren eingebunden.

Da die XX. Gesetzgebungsperiode für die Ära Haider in den 1990er-Jahren am besten dokumentiert ist und für den gesamten Zeitraum von 1987 bis 1999 repräsentativ ist, soll sie hier pars pro toto näher beleuchtet werden. Es ergibt sich – quantitativ wie qualitativ – ein vielschichtiges Bild. Um es einigermaßen adäquat wiederzugeben, ist eine Eingrenzung der parlamentarischen Tätigkeit in wenige Politikbereiche sinnvoll.

Bei den Entschließungsanträgen führen Wirtschafts- vor Sozialthemen. Randthemen wie die Migrationspolitik bilden das Schlusslicht.

“
Bei den Entschließungsanträgen führten Wirtschafts- und Sozialthemen. Die Migrationspolitik war noch ein Randthema.
”

Wirtschaft: Zahlreiche FP-Entschließungsanträge fordern steuerliche Erleichterungen, etwa den Wegfall der Besteuerung von Überstunden oder die steuerliche Begünstigung nicht entnommener Gewinne, andere richten sich gegen Privilegien und das von der rot-schwarzen Koalition geschnürte „Belastungspaket“. Initiativanträge zur Reform der Gewerbeordnung zielen auf Entlastung von Wirtschaftstreibern ab. Die auf umfassende Privatisierung und Entbürokratisierung gerichteten Anträge verfolgen das Ziel, Leistung wieder besser zu belohnen. Die Anträge gegen „Postenschacher und Freunderlwirtschaft“ sowie gegen „Schutzgeldzahlungen“ im Bereich der Wirtschaftskammer Österreich sind ebenso wie die auf Kontrolle der politischen Parteien und parlamentarischen Klubs abzielenden Entschließungen der Versuch, parteipolitische Verfilzungen und Korruption zu beenden.

Soziales: Im Sozial- und Gesundheitsbereich werden neben konkreten medizinischen Lösungen vor allem Umstrukturierungen im Spitalswesen oder Reformen im Pensions- und Sozialversicherungssystem gefordert. Verbesserungen im Konsumentenschutz gehören

ebenso hierher wie Anträge zur Reform des Beamtendienstrechts.

Infrastruktur: Die verkehrspolitischen Forderungen reichen vom „Schutz Gesamtösterreichs vor dem Transitverkehr“ über die Schaffung strengerer Abgasvorschriften bis zur Auflösung der beiden noch bestehenden Straßenbausondergesellschaften. Zahlreiche Anträge befassen sich mit punktuellen Verbesserungen der Infrastruktur, andere etwa mit der kompletten Neuorganisation der österreichischen Elektrizitätswirtschaft.

Landwirtschaft: Hier geht es unter anderem um die Reduzierung von Umweltbelastungen, um die Gewährung von Umweltförderungen für Altlastensanierung sowie um die Förderung erneuerbarer Energien. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, auf die EU einzuwirken, keine Kredite für den Ausbau der Kernenergie zu vergeben. Der Tierschutz wird als Bundeskompetenz formuliert. Auch das Mineralrohstoffgesetz ist Gegenstand von Gesetzesvorschlägen.

Bildung: Anträge im Schulbereich zielen auf eine gesetzliche Verankerung der Hochbegabtenförderung ab, im Wissenschaftsbereich werden eine Novellierung des Universitäts-Studiengesetzes sowie des Studienförderungsgesetzes und organisationsrechtliche Änderungen im Universitätsbereich gefordert. Auf dem Forschungssektor tritt man für die Intensivierung der internationalen Forschungs- und Technologiekooperation ein. Auch das Aussetzen der Rechtschreibreform wird thematisiert.

Verfassung: Anträge auf diesem Sektor betreffen „Ausbesserungen“ am Bundes-Verfassungsgesetz, eine Änderung der Strafprozessordnung sowie eine Novellierung des Mediengesetzes. In den Bereich Justiz fällt das Verlangen nach mehr „Schutz unserer Kinder vor Kindesmissbrauch und Kinderpornographie“, im den Bereich innere Sicherheit fallen strukturelle Änderungen in Polizei und Gendarmerie. Auf dem Sektor der Landesverteidigung werden im Wesentlichen die Erhöhung des Landesverteidigungsbudgets, der Beitritt Österreichs zur NATO sowie die Verbesserung der Vorsorge für den Katastrophen- und Zivilschutz beantragt.

Familienpolitik: Hier konzentriert sich die Entschließungstätigkeit darauf, die Freiheitlichen als Familien-Partei zu positionieren: Im Bereich der Entschließungsanträge werden beispielsweise die Ausdehnung des Karenzgeldanspruches auf alle Eltern unabhängig von der Erwerbstätigkeit, die Einführung des Kinderbetreuungsschecks und die Erhöhung des „Mutter-Kind-Pass-Bonus“ gefordert. Gegenstand von Initiativanträgen, also von aus-

formulierten Gesetzesvorschlägen, ist zum Beispiel eine einschneidende Reform des Familienlastenausgleichsgesetzes.

Europa: Die Anträge konzentrieren sich auf die Umsetzung des EU-Rechts, auf die vertragliche Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips sowie auf die Senkung der Beitragszahlungen. Auch die Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus, eine Allparteienforderung, wird wegen ihrer internationalen Relevanz diesem Politikbereich zugewiesen.

Sport: Entschließungen zur Bewerbung Klagenfurts als Austragungsort der Olympischen Spiele 2006 gehören ebenso hierher wie zwei Gesetzesanträge zur Objektivierung des Bundes-Sportförderungsgesetzes, welche der parteipolitischen Verfilzung, vor allem in den Sportdachverbänden, ein Ende bereiten soll.

Randthemen: Anträge betreffen hier einen strengeren Vollzug des Fremden- und Asylgesetzes, die Beseitigung von „Fehlentwicklungen in der Fremdenpolitik“, Maßnahmen gegen Sekten und „destruktive Kulte“, die Arbeit der Historikerkommission zur Sichtung österreichischer Archive oder „die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen“.

Der Untersuchungsausschuss: Der Nationalrat kann durch Beschluss Untersuchungsausschüsse einsetzen. Den Rahmen legt das Bundes-Verfassungsgesetz fest, die nähere Regelung hinsichtlich der Einsetzung und des Verfahrens wird durch das Geschäftsordnungsgesetz getroffen. Aufgabe solcher Ausschüsse ist die Erforschung und Aufklärung von Vorgängen im Bereich der Bundesverwaltung. Der Untersuchungsausschuss kann bei seinen Ermittlungen unter anderem Personen als Zeugen vorladen und einvernehmen sowie Akten von Behörden anfordern. Die Gerichte und alle anderen Behörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse um Beweiserhebungen Folge zu leisten; alle öffentlichen Ämter haben auf Verlangen ihre Akten vorzulegen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in einem Bericht des Ausschusses an das Plenum des Nationalrates zusammengefasst. Sanktionen, zum Beispiel in Form der Verhängung von Strafen, der Verpflichtung zum Schadenersatz oder der Amtsenthebung, kann der Untersuchungsausschuss nicht verhängen. Seine Tätigkeit besteht vielmehr in der Durchführung von Ermittlungen zum Zweck der Information des Nationalrats. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen erfolgt zumeist aus Anlass des Verdachts von Unregelmäßigkeiten oder rechtswidrigen Vorgängen im Be-

reich der Bundesverwaltung. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist jedoch ein Anlass dieser oder ähnlicher Art nicht erforderlich, um vom Untersuchungsrecht Gebrauch zu machen. Der Beschluss des Plenums des Nationalrates über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und über dessen korrekte Aufgabenteilung ist ein Mehrheitsbeschluss.

Die einzigen Untersuchungsausschüsse innerhalb der freiheitlichen Oppositionsphase der „Ära Haider“ tagten in der XVII. Gesetzgebungsperiode:

- Der „Lucona“-Ausschuss sollte die politischen Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Strafverfahren in der Causa Lucona sowie die angebliche Überlassung von Sprengmitteln an Udo Proksch klären. Er trat vom 21. August 1988 bis zum 27. Juni 1989 in insgesamt 38 Sitzungen zusammen. Helene Partik-Pablé fungierte als Ob-

“
Der ‚Lucona‘-Ausschuss demonstrierte die Verflechtungen zwischen dem politischen Establishment und Udo Prokschs Gaunerpartei.
”

mannstellvertreterin und einzige Freiheitliche.

- Ein weiterer Untersuchungsausschuss wurde im Zusammenhang mit Exporten von Kriegsmaterial in den Irak und Iran als kriegführende Staaten eingesetzt. Er sollte klären, wie es zur Umgehung der im Kriegsmaterialgesetz vorgesehenen Kontrollen gekommen war und welche politischen Verantwortlichkeiten gegeben waren. Dieser Untersuchungsausschuss trat vom 13. Oktober 1989 bis zum 2. April 1990 zusammen. Der einzige Freiheitliche im Ausschuss war Herbert Haupt, er fungierte als Obmannstellvertreter.

- Der in dieser Periode letzte Untersuchungsausschuss befasste sich mit allfälligen Unzukömmlichkeiten im Bereich des Milchwirtschaftsfonds und insbesondere mit der Frage, ob und in welchem Ausmaß Bauern und Konsumenten geschädigt wurden. Der Untersuchungsausschuss trat in der Zeit von 12. Oktober 1989 bis 2. April 1990 zusammen. Norbert Gugerbauer fungierte damals als Obmann stellvertreter für die FPÖ.

Die parlamentarische Enquete: Das parlamentarische Untersuchungsrecht ist vom Enqueterecht zu unterscheiden. Der Hauptausschuss des Nationalrates kann auf Antrag eines seiner Mitglieder die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete zwecks Einholung schriftlicher Äußerungen sowie Anhörung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen! Es handelt sich dabei um reine Informationsveranstaltungen, die mit der Tätigkeit von Untersuchungsausschüssen nichts zu tun haben.

Parlamentarische Enqueten finden laufend zu den verschiedensten Themen statt. Sie werden meist konsensual zwischen den einzelnen Fraktionen vereinbart. Sie dienen sowohl der Informationsbeschaffung wie der wissenschaftlichen Untermauerung des eigenen politischen Willens, zumal ein Teil der eingeladenen Experten von den Parteien nominiert wird. In Abwandlung von Vorspanntexten bei Kriminalfilmen könnte man sagen: Eine etwaige Übereinstimmung zwischen politischem Standort der jeweiligen Fraktion und der Fachmeinung der von ihr nominierten Auskunftsperson ist nicht zufällig.

Das Misstrauensvotum: Der Nationalrat kann der gesamten Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder durch Misstrauensvotum das Vertrauen versagen. In diesem Fall ist die Bundesregierung bzw. das betreffende Regierungsmitglied durch den Bundespräsidenten ihres bzw. seines Amtes zu entheben. Zu einem Beschluss des Nationalrates, mit dem das Vertrauen versagt wird, ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich, der eine Überrumpelung der Regierungsmehrheit durch Ausnützung von Zufallsmehrheiten verhindern soll. Das Misstrauensvotum gilt als Ultima ratio parlamentarischer Demokratie und wird entsprechend selten in Anspruch genommen. Innerhalb der vier untersuchten Gesetzgebungsperioden wurden alle eingebrachten Misstrauensanträge abgelehnt. Zu den „Scharfmachern“ der freiheitlichen Riege in Sachen Vertrauensentzug gehörten neben Jörg Haider die damaligen Klubobmänner Norbert Gugerbauer und Ewald Stadler sowie die Abgeordneten Herbert Scheibner, Karl Schweitzer und Gilbert Trattner.

Insgesamt konnten die Freiheitlichen in den 1990er-Jahren während des Aufstiegs der FPÖ zur Mittelpartei und zur stärksten Opposition im Nationalrat eine rege parlamentarische Arbeit und Wirksamkeit entfalten. ◆

der Regierung ausscheiden und in die Opposition gehen. Dennoch konnten die Sozialdemokraten mit 33,15 Prozent den Platz als stärkste Nationalratswahl halten, die FPÖ mit 26,91 Prozent rückte an die zweite Stelle vor, ganz knapp gefolgt von der Volkspartei. Das Liberale Forum unter Heide Schmidt scheiterte an der 4-Prozent-Hürde und schied aus dem Parlament aus, die Grünen konnten zulegen und erreichten 7,4 Prozent.

Damit hatte der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider ihren Höhepunkt erreicht. Als zweitstärkste Kraft mit dem Spitzenkandidaten Thomas Prinzhorn, den Jörg Haider, da er selbst Landeshauptmann war, ins Rennen geschickt hatte, konnte sie 52 Nationalratsmandate besetzen. Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP über eine Verlängerung der seit 1986 bestehenden Regierungszusammenarbeit scheiterten allerdings. Angeblich deshalb, da die Volkspartei das Finanzministerium beanspruchte, was die SPÖ ablehnte. SPÖ-Obmann Viktor Klima, der bisherige Bundeskanzler, trat in der Folge zurück und schied aus der Politik aus. Nunmehr nahm die ÖVP Verhandlungen mit der FPÖ auf, und am 4. Februar 2000 kam es tatsächlich zur Bildung der Bundesregierung Schüssel I. Dies war die erste freiheitlich-christlich-konservative Koalition, und Wolfgang Schüssel war, obwohl er nur der drittstärksten Partei im Nationalrat vorstand, der erste ÖVP-Bundeskanzler seit den Jahr 1970. Dies war nur möglich, da Jörg Haider wie gesagt als Kärntner Landeshauptmann gebunden war, und der FPÖ-Chef die Möglichkeit sah, die SPÖ-ÖVP-Zusammenarbeit zu unterbinden, indem er der dramatisch geschwächten ÖVP den Kanzler zugestand.

Das Kabinett der schwarz-blauen Koalition wurde von Bundespräsident Thomas Klestil nur mit deutlich geäußertem Widerwillen angelobt, überdies lehnte er im Vorfeld der Regierungsbildung die FPÖ-Politiker Thomas Prinzhorn und Hilmar Kabas mit fadenscheinigen Begründungen ab. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ löste starke Proteste in Teilen der österreichischen Bevölkerung und auf diplomatischer Ebene aus. Außenpolitisch wurde die neue Bundesregierung mit Sanktionen von 14 EU-Staaten belegt, diese beschränkten den Kontakt zur österreichischen Bundesregierung auf das Nötigste, allerdings wurden diese Sanktionen wenige Monate später auf den Rat



Der freiheitliche Klubobmann Peter Westenthaler und ÖVP-Pendant Andreas Khol (im Bild ein Jahrzehnt nach ihrem parlamentarischen Wirken) dominierten den Nationalrat

eines vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingesetzten dreiköpfigen Weisenrates aufgehoben. Während dieser Sanktionszeit stiegen die Umfragewerte der Regierungskoalition, und viele Österreicher solidarisierten sich mit der FPÖ-ÖVP-Koalition. Andererseits kam es durch die langanhaltende Protestbewegung der linken Parteien und der Zivilgesellschaft zu einer starken Polarisierung in der Wählerschaft.

Die Nationalratszwillinge Khol/Westenthaler

Herbert Scheibner, der nach dem Ausscheiden Jörg Haiders aus dem Nationalrat wegen dessen Berufung zum Kärntner Landeshauptmann im Jahre 1999 den Klubobmann übernommen hatte, machte mit der Regierungsbildung Platz für Peter Westenthaler. Scheibner selbst wurde Verteidigungsminister, während Susanne Riess-Passer Vizekanzlerin, Karl-Heinz Grasser Finanzminister, zuerst Michael Krüger dann Dieter Böhmendorfer Justizminister und die Kärntnerin Elisabeth Sickl Sozialministerin wurde. Herausragende Parlamentarier in der neuen 52-köpfigen Parlamentsriege waren die Oberösterreicherin Anna-Elisabeth Achatz, der Vorarlberger Reinhard Eugen Bösch, der Kärntner Arbeitnehmervertreter Sigisbert Dolinschek, der Wiener Martin Graf, der Steirer Udo Grollitsch, der Wiener Berufsoffizier Wolfgang Jung, der steirische Historiker Gerhard Kurzmann, der oberösterreichische Arzt Alois Pumberger, der Oberösterreicher Rüdiger Schender, der Kärntner Kurt Scheuch sowie der Steirer Leopold Schögggl und der Tiroler Gilbert Trattner. Von den langgedienten routinierten Abgeordneten waren Helmuth Haigermoser, Herbert Haupt, Harald Ofner und Helene Partik-Pablé sowie der Steirer Leopold Schögggl weiter im Nationalratsklub tätig. Zum Zweiten Präsidenten des Nationalrates wurde der Spitzenkandidat des Wahlkampfes Thomas Prinzhorn gewählt, er vermochte insbesondere in der wirtschaftspolitischen Neuorientierung und Standortpolitik der blau-schwarzen Regierung in der Folge bedeutende Akzente zu setzen.



„Auch in der Regierung war der Klub wesentlich“

Peter Westenthaler über seine Klubobmannschaft 2000 bis 2002 zur Zeit der „Wendekoalition“

“
Der Klub ist der politische Kopf einer Partei – vielleicht nicht der strategische, sondern vor allem der inhaltliche.
”

Die Freiheitlichen sind im Jahr 2000 unter Jörg Haider gemeinsam mit der ÖVP in die sogenannte Wende-Koalition eingetreten. Wie war aus Ihrer Sicht die Stimmung damals?

Peter Westenthaler: Es war eine enorme Aufbruchsstimmung, in der Bevölkerung eine echte Wende-Stimmung, endlich weg von der großen Koalition – hin zu etwas Neuem. Und das war für uns sehr motivierend. Es gab ja immer eine Außenstimmung und eine Innenstimmung im Land. Die Außenstimmung, die erzeugt worden ist von Teilen der abgetretenen Regierungsparteien, die im Ausland Stimmung gegen diese Regierung erzeugt hat. Wir erinnern uns an die EU-Sanktionen, an die dreiköpfige Überprüfungs-Kommission, die zusammengestellt

worden ist, die herausfinden sollte, ob wir denn wirklich alle mit Messer und Gabel essen können und nicht fürchterliche Rechtsextremisten sind. Da dem ja nicht so war, hat sich herausgestellt, dass alles in Ordnung ist. Der Druck von außen, der von Vertretern des eigenen Landes erzeugt worden ist, hat auf jeden Fall eine Solidarisierungswelle in Österreich ausgelöst und somit hat uns das beim Start auch sehr geholfen.

Sie waren 2000 bis 2002 Klubobmann in dieser Phase. Der freiheitliche Parlamentsklub war davor fast 15 Jahre lang auf eine kantige Oppositionspolitik getrimmt. Wie hat sich dann die Umstellung von der Oppositionsarbeit auf die Arbeit als Regierungsfraktion gestaltet?

Westenthaler: Das war natürlich eine Umstellungsphase. Sowohl bei mir selber vom Generalsekretär und jahrelangen politischen Frontkämpfer einer Oppositionspartei zum staats-tragenden Klubobmann, was nicht in einem Tag geschieht, sondern seine Zeit dauert. Es war – mit 52 Abgeordneten – der größte Nationalratsklub der Freiheitlichen aller Zeiten bisher, und es hat mich überrascht, wie schnell das dann letztlich doch gegangen ist, dass wir ins Arbeiten gekommen sind. Aber man hat auch nicht viel nachdenken können, denn unser Ziel war, unsere Gegner Lügen zu strafen und in kürzester Zeit das Regierungsprogramm abzuarbeiten, was uns auch gelungen ist, denn in den ersten zwei

Die beiden Regierungsparteien wurden im Nationalrat einerseits von Peter Westenthaler auf der freiheitlichen Seite und andererseits von Andreas Khol von Seiten der ÖVP geführt. Der routinierte Parlamentarier Khol verstand es, den freiheitlichen Klubobmann nicht nur in die gemeinsame Parlamentsarbeit einzubinden, sondern – so konnte der kritische Beobachter den Eindruck haben – auch durchaus für seine politischen Zwecke einzusetzen und zu nützen. Unter den von Andreas Khol ausgegebenen Motto „Speed kills“ und „der lange Marsch durch die Wüste Gobi“ führte die Bundesregierung, unterstützt von freiheitlichem und ÖVP-Parlamentsklub, zahlreiche Reformen durch, die bis heute unumstritten die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich zeitigte. Dennoch stießen die Reformen der Regierung auf der linken Seite des politischen Spektrums auf heftige Ablehnung, bis heute werden diese Maßnahmen kontrovers diskutiert, obgleich man auf bürgerlicher Seite die zahlreichen Reformagenden nach wie vor positiv bewertet und Wolfgang Schüssel als „Wendekanzler“ sieht.

Ähnlich wie Andreas Khol im Verhältnis zu Peter Westenthaler verstand es Wolfgang Schüssel meisterlich, die Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer für seine politischen Ziele einzuspannen. Dennoch ist es unbestreitbar, dass die blau-schwarze Koalition zwischen 2000 und 2002, also in ihren ersten beiden Regierungsjahren, Hervorragendes für das Land zu leisten imstande war.

Geschwächt nach Knittelfeld

Nach der Implosion der regierenden FPÖ rund um die Ereignisse von Knittelfeld im Frühherbst des Jahres 2002 und dem Rücktritt eines Großteils der freiheitlichen Führungsriege kam es am 24. November 2002 zu Neuwahlen, dabei war die ÖVP klarer Wahlsieger und wurde

Jahren hat diese Regierung so viel umgesetzt wie keine andere Regierung in der Geschichte bisher. Deshalb ist man letztlich nicht sehr viel zum Nachdenken über Stilfragen gekommen, sondern wir haben erfolgreich gearbeitet.

Der freiheitliche Klub war in der Phase der Opposition ein wesentliches Element der politischen Bewegung. Ist die Bedeutung des Klubs dann während der Regierungsarbeit gesunken, waren da dann die Ministerbüros im Vordergrund?

Westenthaler: Politisch war der Klub der Kopf. ÖVP-Klubobmann Andreas Khol und ich – wir waren ja in alle Regierungsgremien eingebunden, genau genommen als Hauptkoordinatoren. Es liegt aber an

der österreichischen formellen Demokratie-Organisation, die ziemlich einzigartig ist in Europa, dass nämlich nicht das Parlament Gesetze macht, sondern die Regierung, und der legislative Part somit bei der Regierung liegt. Dies begründet sich in den personellen Ressourcen der Ministerien, wo Gesetze formuliert und diktiert werden und dann dem Parlament zur Diskussion, Begutachtung und Beschlussfassung übermittelt werden. Das ist bis heute so. Wir haben ein eher beschränktes Parlament, das weder die Ressourcen noch das Budget hat, selbst umfassende Gesetzesvorhaben zu formulieren, was eigentlich normalerweise so sein sollte.

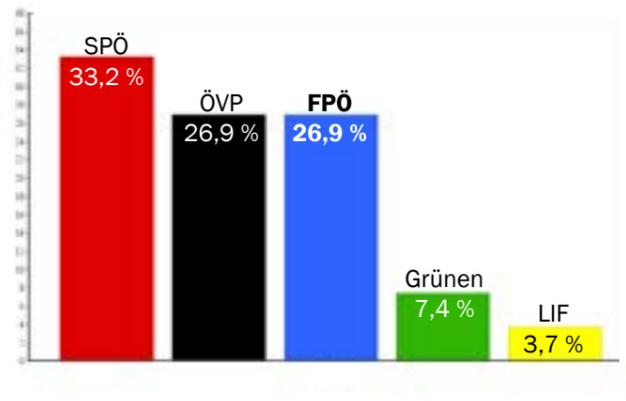
Der wirkliche Unterschied damals war, dass man tatsäch-

lich in dieser Zeit konkrete, politische Vorhaben in Gesetzestexte umsetzen konnte und man miterlebt hat, dass Ideen, die man einbringt oder die man schon ins Koalitionsprogramm geschrieben hat, auch zur Umsetzung gelangt sind.

Ich denke da etwa an mein Lieblings-Baby, das ist die „Abfertigung neu“, oder auch die Gesetze zur Ermöglichung von Privatrado und Privatfernsehen, bis hin zum Null-Defizit, das ja bis jetzt auch unerreicht ist.

Da gab es einige Glanzlichter, die bleiben, die man aus der Opposition nicht umsetzen konnte. In jedem Fall hatte der Parlamentsklub auch in der Regierungszeit immer einen hohen Stellenwert.

Nationalratswahl 1999

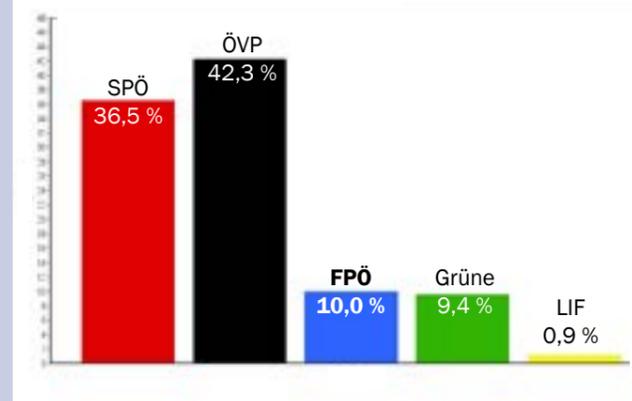


Die XXI. Gesetzgebungsperiode begann am 29. Oktober 1999 und endete am 19. Dezember 2002. Nach der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 entfielen von 183 Mandaten 65 auf die SPÖ, je 52 auf die ÖVP und die FPÖ und 14 auf die Grünen. Während der Legislaturperiode waren 218 verschiedene Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

seit der Nationalratswahl 1966 erstmals wieder stimmenstärkste Partei. Die Freiheitlichen verloren gut zwei Drittel ihrer Wähler, was nicht nur auf die Ereignisse von Knittelfeld zurückzuführen war, sondern auch auf das Verhalten ihrer ausgeschiedenen Führungspersönlichkeiten, die allesamt aus dem engeren Mitarbeiter- und Dunstkreis Jörg Haider's stammten. Insbesondere die Tatsache, dass Finanzminister Karl-Heinz Grasser nunmehr für die ÖVP kandidiert wurde, dürfte sich ausgewirkt haben, aber auch die Haltung der ehemaligen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und die des vormaligen Klubobmannes Peter Westenthaler.

Diesem folgte als Klubobmann für wenige Monate der vormalige Sportstaatssekretär Karl Schweitzer in der Klubführung nach, um

Nationalratswahl 2002



Die XXII. Gesetzgebungsperiode begann am 20. Dezember 2002 und endete am 29. Oktober 2006. Nach der Nationalratswahl vom 24. November 2002 entfielen von den 183 Mandaten 79 auf die ÖVP, 69 auf die SPÖ, 18 auf die FPÖ und 17 auf die Grünen. Durch die Spaltung der FPÖ 2005 wurde der Klub der Freiheitlichen am 28. April 2006 in „Klub der Freiheitlichen-BZÖ“ umbenannt. Die Mitglieder des Klubs gehörten teilweise der FPÖ bzw. dem BZÖ an oder waren parteilos.

diese dann wieder an Herbert Scheibner abzugeben. Die freiheitliche Parlamentsmannschaft war jetzt allerdings nunmehr von 52 Mandaten auf 18 Mandate reduziert worden und die FPÖ verfügte nur mehr über 10 Prozent der Wählerstimmen.

Für die Freiheitliche Partei zogen ins österreichische Parlament ein: Elke Achleitner, Dieter Böhmendorfer, Reinhard Eugen Bösch, Josef Bucher, Sigisbert Dolinschek, Maximilian Hofmann, Elmar Lichtenegger, Eduard Mainoni, Detlev Neudeck, Thomas Prinzhorn, Barbara Rosenkranz, Mares Rossmann, Herbert Scheibner, Uwe Scheuch, Karl Schweitzer, Maximilian Walch, Klaus Wittauer und Helene Partik-Pablé.

Fortsetzung auf Seite 134 ►

Welche Initiativen konnte man da konkret aus parlamentarischer Sicht umsetzen?

Westenthaler: Wie gesagt war da die „Abfertigung neu“, die es möglich gemacht hat, dass man Arbeitnehmeransprüche im Rucksack mitnehmen hat können, sich flexibel auszahlen lassen kann – das war sicherlich ein Meilenstein. Dann die Finanz- und Budgetgesetze, wo wir das Null-Defizit umsetzen konnten. Wir haben auch ein neues ORF-Gesetz gemacht, und einen Schritt in Richtung Entpolitisierung gesetzt, indem aktive Politiker nicht mehr im Stiftungsrat sitzen dürfen. Und ohne unsere Gesetzgebung zum Bereich Privatradio und -fernsehen gäbe es Sender wie etwa ATV oder Puls4 gar nicht.

Und wir haben damals die Zuwanderungspolitik auf völlig neue Beine gestellt, was mit unserem Partner gar nicht so einfach war. So haben wir den Integrationsvertrag eingeführt und die Zuwanderung im Wesentlichen sehr stark eingedämmt.

Neben diesen Höhepunkten: Kann man im Nachhinein auch sagen, damals Fehler begangen zu haben?

Westenthaler: Natürlich haben wir auch Fehler gemacht, vor allem in der Kommunikation, aber das ist auch irgendwie logisch, weil wir eben völlig neu in der Regierung waren, die ÖVP aber schon seit Jahrzehnten. Dafür aber, dass wir neu und unerfahren waren, ist – und ich kann nur bis 2002 sprechen – in diesen Jahren sehr viel weitergegangen.

Und vielleicht haben wir bei der Besetzung von Ministerämtern oder auch dem Personal dahinter nicht immer die ideale Wahl getroffen, zumal es schwierig war, Persönlichkeiten zu finden, die sich für die FPÖ hinstellen wollten. Darüber hinaus konnten wir nicht auf allzu große Personalressourcen zurückgreifen, wie es etwa SPÖ und ÖVP tun können, die ihre Kader in den Gewerkschaften und Kammern heranzüchten.

Stichwort Personal: Wie funktionierte der Klub intern – zwischen Abgeordneten, Referenten beziehungsweise Klubdirektor?

Westenthaler: Der Klub ist der politische Kopf einer Partei – vielleicht nicht der strategische, sondern vor allem der

inhaltliche. Wir hatten dort wirklich ausgezeichnetes Personal, das haben wir so beibehalten, da ist der eine oder andere dazu gewachsen, aber im Wesentlichen sind wir mit denselben Referenten, die wir vorher in der Opposition hatten, auch in den Regierungsklub gestartet. Dabei darf ich einen hervorheben, der ja danach kompetente Berühmtheit erlangt hat: Josef Moser, der spätere RH-Präsident, war mein Klubdirektor, der hervorragende Arbeit geleistet hat und der dem frisch gefangenen Westenthaler – ich war ja neu im Parlament und gleich Klubobmann – sehr viel geholfen und ihn unterstützt hat, was mein Glück war.

Aufgrund der Größe des Klubs mit 52 Abgeordneten war es aber auch natürlich so, dass

nicht jeder die gleiche Aufmerksamkeit erzielen konnte, wobei verständlich ist, dass jeder einzelne eine Erfolgsbilanz vorweisen und seinen Bereich in den Vordergrund stellen möchte. Da ist es schon immer wieder zu Reibereien gekommen – weniger unter den Abgeordneten als zwischen Klub und Regierungsmannschaft. Um nicht zur Abstimmungsmaschine zu verkommen, war es die Kunst, dass eben der Klub und seine Abgeordneten in die Entstehung von Gesetzen eingebunden wurden. Das ist nicht immer gelungen, weswegen wir dann die jeweiligen Regierungsmitglieder in die Klubsitzung eingeladen haben, wo dann nicht nur eitel Wonne herrschte, sondern man sich auch zusammenstreiten musste. ♦



Freiheitliche im Kabinett Schüssel I

Susanne Riess-Passer (FPÖ):

Vizekanzlerin und Bundesminister für öffentliche Leistung und Sport

Karl-Heinz Grasser (FPÖ):

Bundesminister für Finanzen

Michael Krüger (FPÖ) bis 2. März 2000; Dieter Böhmdorfer (FPÖ):

Bundesminister für Justiz

Herbert Scheibner (FPÖ):

Bundesminister für Landesverteidigung

Elisabeth Sickl (FPÖ) bis 24. Oktober 2000; Herbert Haupt (FPÖ):

Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen

Michael Schmid (FPÖ) bis 13. November 2000; Monika Forstinger (FPÖ) bis 18. Februar 2002; Mathias Reichhold (FPÖ): Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

Mares Rossmann (FPÖ):

Staatssekretär für Wirtschaft und Arbeit

Reinhart Waneck (FPÖ):

Staatssekretär für Soziale Sicherheit und Generationen



Freiheitliche im Kabinett Schüssel II

Herbert Haupt (FPÖ/BZÖ) bis 21. Oktober 2003; Hubert Gorbach (FPÖ/BZÖ) auch Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, ab 21. Oktober 2003 Vizekanzler

Karl-Heinz Grasser (parteilos):

Bundesminister für Finanzen

Dieter Böhmdorfer (FPÖ) bis 24. Juni 2004; Karin Miklautsch (parteilos) bzw.

Gastinger (BZÖ/parteilos) ab 24. Juni 2004: Bundesminister für Justiz

Herbert Haupt (FPÖ/BZÖ) bis 25. Jänner 2005, auch Vizekanzler bis 21. Oktober 2003; Ursula Haubner (FPÖ/BZÖ) ab 25. Jänner 2005: Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen; Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (ab 1. Mai 2003)

Hubert Gorbach (FPÖ/BZÖ) auch Vizekanzler ab 21. Oktober 2003: Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

Reinhart Waneck (FPÖ) bis 24. Juni 2004: Staatssekretär für Gesundheit und Frauen (ab 1. Mai 2003)

Ursula Haubner (FPÖ/BZÖ) bis 25. Jänner 2005; Sigisbert Dolinschek (FPÖ/BZÖ) ab 25. Jänner 2005: Staatssekretär für Soziale Sicherheit und Generationen; Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (ab 1. Mai 2003)

Eduard Mainoni (FPÖ/BZÖ) ab 24. Juni 2004: Staatssekretär für Verkehr, Innovation und Technologie

Karl Schweitzer (FPÖ/BZÖ) ab 24. Juni 2004: Staatssekretär ohne Portefeuille



Barbara Rosenkranz (im Bild) und Reinhard Eugen Bösch verblieben nach der BZÖ-Abspaltung die einzigen freiheitlichen Nationalratsabgeordneten

Dieser achtzehnköpfige Parlamentsklub, in dem es nach der Neubildung der Regierung unter Bestellung freiheitlicher Regierungsmitglieder einen entsprechenden Wechsel gab, vermochte naturgemäß in wesentlich geringerem Ausmaß aktiv zu werden, als es der Parlamentsklub bis 2002 mit 52 Abgeordneten war.

Dabei kam es bereits zu ersten Spaltungstendenzen, die die Parteispaltung, welche Jörg Haider im Jahre 2005 mit der Gründung des BZÖ herbeiführte, bereits erahnen ließen. So stimmte etwa die freiheitliche Abgeordnete Barbara Rosenkranz im Dezember des Jahres 2002 gemeinsam mit Reinhard Eugen Bösch wegen der Haltung der Republik Tschechien zum Kernkraftwerk Temelin und wegen der Beneš Dekrete gegen die Ratifizierung der Beitrittsverträge der zehn neuen EU-Mitglieder im Rahmen der EU-Erweiterung. Barbara Rosenkranz war auch die einzige Nationalratsabgeordnete, die am 11. Mai 2005, also bereits nach der Abspaltung des BZÖ, gegen die Ratifizierung des Ver-

trags über eine Verfassung über Europa stimmte. Barbara Rosenkranz und Reinhard Eugen Bösch waren dann auch die einzigen beiden Nationalratsabgeordneten, die nach der BZÖ-Abspaltung durch Jörg Haider nicht zum BZÖ gingen, sondern bei der traditionellen FPÖ verblieben und diese weiter – wenn auch ohne eigenen Parlamentsklub – im Nationalrat repräsentierten.

Die Freiheitlichen: Stark im Parlament – das Reden hatte aber der Volkstribun

Insgesamt war der Aufstieg der Haider-FPÖ auch im Parlament durchaus beeindruckend. Beginnend mit der Wahl des Jahres 1986 bis hin zum Jahr 1999 vermochte man in nur 13 Jahren eine Verstärkung des Nationalratsklubs auf 52 Mandate zu bewerkstelligen, eine Vielzahl von Persönlichkeiten durchlief in diesen nahezu eineinhalb Jahrzehnten die parlamentarische Arbeit der Freiheitlichen. Vertreter der alten Garde, Persönlichkeiten der Ära Steger und auch neue Quereinsteiger, wie sie Haider zu präsentieren pflegte, prägten das Bild der freiheitlichen Parlamentsriege. Viele von ihnen vermochten sich durchaus zu profilieren und wertvolle parlamentarische Arbeit leisten, andere aber schieden nach relativ kurzer Zeit wieder aus und hinterließen kaum politisch-parlamentarische Spuren. Einige wenige spalteten sich mit dem Liberalen Forum der Heide Schmidt von der FPÖ und vom Freiheitlichen Parlamentsklub ab. Andere, immerhin mit Ausnahme von zwei der gesamte Parlamentsklub von 18 Köpfen, ging mit Jörg Haider den Weg der Abspaltung in das Bündnis Zukunft Österreich. Ein Irrweg, wie die meisten von ihnen und wohl Haider selbst schließlich erkennen mussten.

Dieser Parlamentsklub in der Ära Haider war zwar immer wieder auch Bühne für den Parteichef selbst, der sich in der Rolle eines Volkstribuns, eines freiheitlichen Robin Hood gefiel, er geriet aber immer wieder auch in eine Randposition des politischen Geschehens. Dies vornehmlich dann, wenn Jörg Haider, wie zwischen 1989 und 2002, in der Kärntner Landespolitik engagiert war oder wie ein zweites Mal dann von 1999 bis zur Gründung des BZÖ. Die wirkliche innerparteiliche Macht und Entscheidungsbefugnis lag in der Ära Haider stets beim Parteichef beziehungsweise beim starken Mann der Partei, bei Jörg Haider also. Auch in jenen Jahren, wo Norbert Gugerbauer und Heide Schmidt in Wien im Nationalratsklub und in der freiheitlichen Parlamentsarbeit der erste Geige spielten, blieb Jörg Haider jene Persönlichkeit, die medial und gesamtpolitisch den Weg der Freiheitlichen bestimmte und das Bild der FPÖ nach außen hin prägte.

Ebenso war es in der Zeit der Regierungsbeteiligung ab Jahresbeginn 2000, als zwar Susanne Riess-Passer Parteichefin war und Vizekanzlerin und Jörg Haider eben „nur“ Kärntner Landeshauptmann. Der Konflikt, der zwangsläufig zwischen der Wiener Parteiführung und den Wiener Regierungsmitgliedern und dem starken Mann in Kärnten aufbrechen musste, der nach wie vor so etwas eine informelle Richtlinienkompetenz innerhalb der FPÖ für sich beanspruchte, dieser Konflikt führte letztlich zur Implosion der Partei in Knittelfeld. Die Neuauflage der ÖVP-FPÖ-Koalition unter Herbert Haupt zu Jahresbeginn 2003 stand dann allerdings weiter im Zeichen des Primats Jörg Haiders, und auch er war es, der schließlich im April 2005 – wiewohl nach wie vor kein Mitglied der Bundesregierung – als starker Mann der Partei und Kärntner Landeshauptmann den Irrweg der BZÖ-Abspaltung diktierte.

Dem Freiheitlichen Parlamentsklub gehörte Jörg Haider selbst zwar jahrelang an, zuerst zwischen 1979 und 1983 dann wieder von 1986 bis 1989 und von 2002 bis 2009. Er vermochte sich dabei als hervorragender Rhetoriker im Nationalrat immer wieder zu profilieren, in seinen ersten Parlamentsjahren als geradezu schon sozilliberaler Reformator, später dann als heimattreuer und überaus populärer – seine Gegner sprachen von „populistisch“ – Volkstribun und Oppositionsführer, letztlich aber war der Nationalrat nur so etwas wie ein Nebenkriegsschauplatz für den freiheitlichen Volkstribun, der neben der vielzitierten „Lufthoheit“ über den Stammtischen quer durch Österreich und – noch wichtiger, quer durch alle Medien des Landes – präsent war. Die freiheitlichen Parlamentarier selbst allerdings haben auch in dieser Phase der Geschichte freiheitlicher Parlamentsarbeit ihre Aufgaben ernst genommen und hervorragende Arbeit in der österreichischen Legislative geleistet. ♦

“
In der Ära Haider war der Parlamentsklub für den freiheitlichen Volkstribun häufig nur ein Nebenkriegsschauplatz.
 ”

V

ZÜNGLEIN AN DER WAAGE IM NATIONALRAT

**DIE FPÖ UND DAS PARLAMENT IN
DER ÄRA PETER/STEGEGER**

1956 – 1986

Als nationalliberale Honoratiorenpartei in Parlament und Regierung

Nach dem Auseinanderbrechen des Verbandes der Unabhängigen und der politischen Neuformierung des Dritten Lagers in der FPÖ kam es am 13. Mai 1956 sehr rasch zu vorverlegten Nationalratswahlen. Die volle vierjährige Legislaturperiode wäre erst im Februar 1957 ausgelaufen. Auf diese Wahlen waren die Freiheitlichen überaus schlecht vorbereitet. Es gab keine wesentlichen Werbemittel und kaum Großkundgebungen. Der neue Parteichef Anton Reinthaller konnte eine einzige zehninütige Rede im Rundfunk halten und das primäre Werbemittel, die Parteizeitung „Neue Front“, war durch den gerade erfolgten Parteiaustritt seines Chefredakteurs Viktor Reimann geschwächt. Dementsprechend enttäuschend fiel auch das Wahlergebnis aus. Bei damals 165 Parlamentssitzen konnte die Volkspartei 82 erreichen, die SPÖ 75, die FPÖ 5 und die KPÖ 3. Erst am Tag nach der Wahl wurde der FPÖ ein sechstes Mandat zugesprochen, das irrtümlich der SPÖ zugeteilt worden war.

Enttäuschender Start – die Nationalratswahl 1956

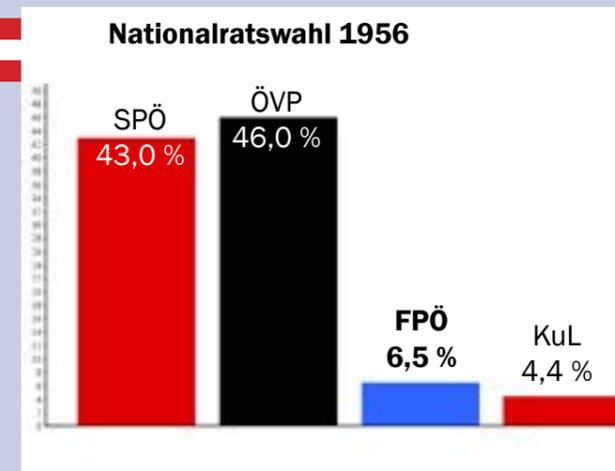
Der Rückgang der FPÖ gegenüber den Wahlergebnissen des VdU in den Jahren 1949 und 1953 war doch beträchtlich: In den Bundesländern Tirol, Wien, Steiermark, Niederösterreich und Vorarlberg war das Ergebnis zwischen 40 und 50 Prozent schlechter. Kaum geringer waren die Verluste in Oberösterreich, Burgenland und in Salzburg, einzig in Kärnten konnte man das Ergebnis einigermaßen halten.

Eine spätere Untersuchung ergab, dass die neue Freiheitliche Partei am Wahltag kaum 50 Prozent der Befragten bekannt war. Und amtliche Stimmzettel gab es damals auch nicht, daher war es überaus schwer, eine ausreichende Zahl an FPÖ-Stimmzetteln unter das Wählervolk zu bringen. Überdies argumentierte man nach außen hin, dass die FPÖ eine völlig neue Partei wäre und damit immerhin aus dem Stand mit sechs Mandaten in den Nationalrat gelangt sei. Diese Mandate hatten Dr. Willfried Gredler, Dr. Jörg Kandutsch, Dr. Helfried Pfeifer, Oberst Max Stendebach, Dr. Heinrich Zechmann und der Salzburger Rechtsanwalt Gustav Zeillinger inne.

Bundesparteiobmann Anton Reinthaller saß in Oberösterreich und war nicht im Parlament vertreten, auch der eigentliche starke Mann der Partei, der Wiener Apotheker Emil van Tongel, sollte erst drei Jahre später in den Nationalrat kommen und führte die Partei nicht über den



Partei Gründungsobmann Anton Reinthaller mit NR-Abgeordneten Oberst Stendebach



Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat VIII. Gesetzgebungsperiode

Die VIII. Gesetzgebungsperiode begann am 8. Juni 1956 und endete am 9. Juni 1959. Nach der Nationalratswahl am 13. Mai 1956 entfielen von 165 Mandaten 82 auf die Österreichische Volkspartei (ÖVP), 74 auf die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), 6 auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und 3 auf die Kommunisten und Linksozialisten (KuL). Während der Legislaturperiode waren 180 Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

Name	Geboren	Gestorben
Gredler Willfried	1916	1994
Kandutsch Jörg	1920	1990
Pfeifer Helfried	1896	1970
Stendebach Max	1892	1984
Zechmann Heinrich	1898	1979
Zeillinger Gustav	1917	1997

neuen Parlamentsklub. Einzig der neue Bundesorganisationsreferent Heinrich Zechmann war Nationalratsabgeordneter.

Als sichtbares Zeichen für den neuen politisch-inhaltlichen Kurs, den die junge FPÖ im Vergleich zum untergegangenen VdU einschlagen wollte, verlangte man bei der konstituierenden Sitzung des neugewählten Nationalrates Plätze in der Mitte des neu eingerichteten Sitzungssaals. Der Nationalrat tagte hier erstmals nach der Wahl von 1956. Vorher hatten die Sitzungen im alten, für eine größere Anzahl von 465 Volksvertretern überdimensionierten Reichsratsaal stattgefunden.

Willfried Gredler erhob in Gespräch mit Bundeskanzler Raab die Forderung auf den Platz in der Mitte des Nationalratsaals. Die sechs freiheitlichen Abgeordneten würden am Boden im Türkensitz vor der ersten Bankreihe Platz nehmen, wenn ihrer Forderung nicht stattgegeben werde. Offenbar war diese Drohung wirksam, den Freiheitlichen wurden links und rechts des Mittelganges je drei Sitze zugewiesen, also genau im Mittelsektor zwischen den Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP. Allerdings nicht vorne im Saal, sondern hinten. Damit hatte Gredler in der Platzfrage etwas durchgesetzt, was Jahre zuvor dem Dritten Nationalratspräsidenten Karl Hartleb für den VdU nicht gelungen war. Dieser hatte von 1949 an rechts von der ÖVP im Nationalratsaal sitzen müssen.

“
Die freiheitliche Nationalratsfraktion legte sich auf eine strikte Oppositions- und Kontrollpolitik fest.
”

Willfried Gredler und Professor Pfeifer repräsentierten die Wiener FPÖ im Nationalrat. Pfeifer war im Wahlkreisverband West auf der Reststimmenliste gewählt worden, ebenso Oberst Stendebach. Das Kärntner Grundmandat hatte Heinrich Zechmann erobern können. Zechmann stammte ja aus dem Kreis rund um Reinthaller. Das Salzburger Grundmandat hielt Gustav Zeillinger, und Jörg Kandutsch wurde im Wahlkreisverband Süd auf der Reststimmenliste gewählt. Vier der sechs

FPÖ-Abgeordneten waren bereits 1953 auf der Liste des VdU in den Nationalrat gewählt worden. Professor Pfeifer gehörte diesem bereits seit 1949 an.

Die neue freiheitliche Nationalratsfraktion legte sich auf eine strikte Oppositions- und Kontrollpolitik fest. Professor Pfeifer griff in seinen Initiativen sein bereits in VdU-Zeiten begonnenes Eintreten für die Geschädigten der Kriegs- und Nachkriegszeit auf. Der starke Mann der Partei, Emil van Tongel, der, wie gesagt, nicht im Nationalrat saß, verlangte von der neuen Parlamentsfraktion aber, dass sie insbesondere die Kontrollfunktion betonen solle. Eine Reihe von Skandalen, die im Umfeld der schwarzen Reichshälfte aufgebrochen waren, gab ausreichend Gelegenheit dazu. Überdies wollte van Tongel im Jahr der Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn die strikt antikommunistische Linie der FPÖ betonen.

Aber auch der Ausbau der parlamentarischen Rechte, insbesondere im Sinne eines größeren Spielraums und besserer politischer Startbedingungen für die freiheitliche Opposition, war Hauptthema der FPÖ-Parlamentsarbeit. Ein erster Durchbruch gelang den Freiheitlichen mit der Einführung des amtlichen Stimmzettels, die Gredler bei Bundeskanzler Raab durchsetzen konnte. Willfried Gredler der in der Folge als Diplomat noch eine beachtliche Karriere machen konnte, war als Klu-

bobmann unumstritten und ein beachtlicher Rhetoriker. Allerdings galt er von Anbeginn als Repräsentant des liberalen Flügels, da er aus dem ÖVP-Bereich gekommen war und 1945 in Wien aktiv in einer Widerstandsgruppe mitgearbeitet hatte.

Bundespräsidenten-Wahlkampf 1957

Durch den Tod von Bundespräsident Theodor Körner im Januar 1957 entwickelte sich eine neue politische Situation: Die FPÖ wollte an den unvergessenen Erfolg Burghard Breitners bei der letzten Präsidentschaftswahl anknüpfen und unterbreitete der ÖVP den Vorschlag, einen gemeinsamen überparteilichen Kandidaten aufzustellen. Die Freiheitlichen waren für den Chirurgen Professor Lorenz Böhler eingetreten, Julius Raab schlug auch einen Mediziner, nämlich Professor Wolfgang Denk, vor. In einer Vereinbarung, die dieses gemeinsame Eintreten für den bürgerlichen Kandidaten vorsah, wurden seitens der ÖVP auch politische Zugeständnisse an die FPÖ gemacht. Das Wichtigste bezog sich auf eine Wahlrechtsreform. Wörtlich hieß es dazu: „Die ÖVP verpflichtet sich, bis längstens 31. Oktober 1957 im Nationalrat eine Abänderung der Nationalratswahlordnung entweder als Regierungsvorlage oder als Initiativantrag einzubringen und gemeinsam mit der FPÖ durchzusetzen, welche folgende Grundsätze beinhalten:

a. Den Grundsatz absoluter Gleichwertigkeit der abgegebenen Stimmen. Somit darf ein Nationalratsmandat für einzelne wahlwerbende Gruppen nicht mehr Stimmen erfordern als für die ÖVP beziehungsweise SPÖ.

b. Einführung eines zweiten Ermittlungsverfahrens im ganzen Bundesgebiet statt in vier Wahlkreisverbänden.

c. Eine analoge Wahlrechtsreform erfolgt in allen Landtagen. Die Einzelheiten der vereinbarten Reform werden gemeinsam von ÖVP und FPÖ festgelegt.“

Weitere Punkte dieser Vereinbarung betrafen die Beseitigung der letzten Reste der Ausnahmegesetzgebung und eine parlamentarische Zusammenarbeit zwischen ÖVP und FPÖ. Nun gab es im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes zwar ein häufigeres gemeinsames Auftreten von Raab mit FPÖ-Obmann Reinthaller, wirklich erfolgreich war dieser gemeinsame Wahlkampf aber nicht. Der Slogan, der von den Sozialisten für ihren Kandidaten Adolf Schärf gewählt wurde „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“ könnte wohl dazu beigetragen haben, dass der SPÖ-Kandidat am 5. Mai 1957 mit einem verhältnismäßig knappen Vorsprung vor dem ÖVP/FPÖ-Kandidaten Denk siegte. Diese Niederlage traf nicht nur die Freiheitlichen, sondern auch den schwarzen Bundeskanzler Raab aufs Härteste. Sie bereitete den sozialistischen Wahlsieg von 1959 vor und bedeutete wohl den Wendepunkt in der Ära Raab, dessen politischer Stern seither zu sinken schien. Und überdies führte diese Niederlage dazu, dass die zuvor zwischen ÖVP und Freiheitlichen getätigte Vereinbarung seitens der



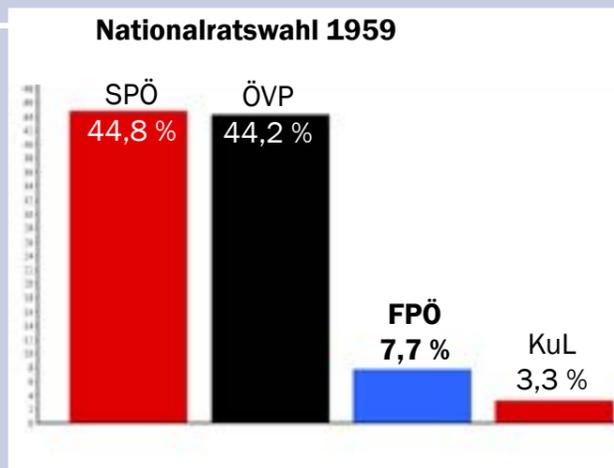
„Wer einmal schon für Adolf war – wählt Adolf auch in diesem Jahr!“

ÖVP glatt gebrochen wurde. Der Volkspartei-Generalsekretär Maleta weigerte sich, das Gedächtnisprotokoll zu unterschreiben, und die Zusagen wurden von der ÖVP in keinem einzigen Punkt eingehalten. Dies, obwohl in der Vereinbarung mit keinem Wort festgestellt worden war, dass sie nur im Falle des Sieges von Prof. Denk gelten könne.

Zwischen den Freiheitlichen und der Volkspartei brachen nun Jahre einer politischen Eiszeit an, und erst fünf Jahre später, nämlich 1962, nachdem Alfons Gorbach die Nachfolge von Julius Raab angetreten hatte, kam es wieder zu politischen Kontakten zwischen der FPÖ und der ÖVP. Auch Willfried Gredler mit seinen traditionell guten Beziehungen zur Volkspartei konnte daran nichts mehr ändern, und alle Vorstöße der Freiheitlichen auf verstärkte Mitwirkung im politischen Bereich wurden in der Folge von Bundeskanzler Raab abgeschmettert.

Der Wahlerfolg von 1959

Nach dem Tod des Gründungsobmanns der FPÖ Anton Reinhaller war es im Jahr 1958 zum Führungswechsel in der FPÖ gekommen. Der erst 37 Jahre alte Friedrich Peter, ehemaliger Offizier der Waffen-SS, vom Beruf Lehrer und junger Vertrauter von Anton Reinhaller, wurde nach



Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat IX. Gesetzgebungsperiode

Die IX. Gesetzgebungsperiode begann am 9. Juni 1959 und endete am 14. Dezember 1962. Nach der Nationalratswahl am 10. Mai 1959 entfielen von 165 Mandaten 79 auf die ÖVP, 78 auf die SPÖ und 8 auf die FPÖ. Während der Legislaturperiode waren 179 Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

Name	Geboren	Gestorben
Gredler Willfried	1916	1994
Kandutsch Jörg	1920	1990
Kindl Wilhelm	1917	1998
Kos Wilhelm	1910	1995
Mahnert Klaus	1913	2005
Scheuch Robert	1896	1974
van Tongel Emil	1902	1981
Zechmann Heinrich	1898	1979
Zeillinger Gustav	1917	1997

einer halbjährigen Klärungsphase der Parteispitze im Zeichen der Verjüngung zum Obmann gewählt. Die Vorverlegung der Nationalratswahl auf den 10. Mai 1959 sollte sich daher für die FPÖ günstig auswirken, da sie sich in einer gewissen Aufbruchsstimmung befand. Der Glanz des Staatsvertrags-Kanzlers Julius Raab und die wirtschaftlichen Erfolge des Raab-Kamitz-Kurses der ÖVP waren bereits merklich verblasst, was wohl zum Erfolg der FPÖ beitrug. So war das freiheitliche Ergebnis bei den Nationalratswahlen von Mai 1959 das Beste, das die Freiheitlichen bis zum Beginn der Ära Jörg Haider zu erringen vermochten. Sie erreichten 336.000 Stimmen und acht Nationalratsmandate. Die ÖVP konnte 79 Mandate erzielen, die SPÖ 78, die Kommunisten waren nun im Parlament nicht mehr vertreten.

Es blieb allerdings bei der großen Koalition, wobei sich die Freiheitlichen wiederum auf Opposition und auf Kontrolle festlegten. Neu in den Nationalrat kam nun von freiheitlicher Seite der starke Mann der Wiener FPÖ, Emil van Tongel, der neben Klubobmann Willfried Gredler den Ton angab. Die beiden aus dem VdU kommenden Abgeordneten Professor Pfeifer und Oberst Stendebach schieden aus. Nun zog mit dem Welser Juristen Wilhelm Kos ein Vertreter der FPÖ-Oberösterreich ins Parlament ein. Und die Tiroler Freiheitlichen erhielten mit Klaus Mahnert ebenfalls einen Sitz im Nationalrat. Der Kärntner Robert Scheuch und der Niederösterreicher Wilhelm Kindel verstärkten die Nationalratsmannschaft. Diese hatte nunmehr mit acht Abgeordneten die für das Antragsrecht laut Geschäftsordnung erforderliche Fraktionsstärke erreicht.

Während die Beziehungen der Freiheitlichen zur Volkspartei also in diesen Jahren denkbar schlecht waren, kam es zu ersten intensiveren Gesprächskontakten mit den Sozialisten. Bereits im Februar 1959 wurde im Wiener Gemeinderat eine Wahlrechtsreform beschlossen, die den Freiheitlichen durch Einführung der Fünf-Prozent-Klausel die Chance gab, wieder in den Wiener Gemeinderat einzuziehen. Tatsächlich erlangten die Freiheitlichen im Oktober 1959 bei den Wiener Gemeinderatswahlen wieder vier Mandate. Überdies kam es im Zusammenhang mit der Südtirol-Politik zu Kontakten der Freiheitlichen mit dem neuen Außenminister Bruno Kreisky, der im Gegensatz zu seinen bürgerlichen Vorgängern wie z. B. Leopold Figl auch das Gespräch mit der FPÖ suchte.

Bei den ebenfalls vorgezogenen Nationalratswahlen am 18. November 1962 hatten die Freiheitlichen allerdings geringe Einbußen zu verzeichnen, wobei sie aber ihre acht Mandate halten konnten. Doch die personelle Zusammensetzung der freiheitlichen Nationalratsfrakti-



Parteiobmann Anton Reinhaller mit Klubobmann Willfried Gredler (rechts) und dem Kärntner Nationalratsabgeordneten Heinrich Zechmann (links)

“
Die FPÖ hat zweifellos eine fundierte Oppositionspolitik im Parlament gemacht.
”



„Eine Reihe wirklich bedeutender Persönlichkeiten ...“

Hilmar Kabas, Ehrenobmann der FPÖ, über die parlamentarische Arbeit der Freiheitlichen von der Ära Peter bis zur Ära Haider.

Sie sind 1970 ins Parlament gekommen, wurden 1983 Abgeordneter. Welche Entwicklung hat der Klub in dieser Zeit genommen?

Hilmar Kabas: In den 13 Jahren, in denen ich mitarbeiten konnte, waren mit Friedrich Peter, Gustav Zeillinger, Tassilo Broesigke, Otto Scrinzi und Othmar Meißl sehr große Persönlichkeiten Mitglieder des Parlamentsklubs.

Die Situation im Klub war damals nicht ganz einfach, weil der Klub ja noch sehr klein war – er umfasste sechs Abgeordnete, und für eine kurze Zeit sogar nur fünf. Aber dennoch war es eine sehr kompakte und kompetente

Gruppe von Abgeordneten.

Die Gruppe unter der Obmannschaft von Friedrich Peter unterstützte zuerst die Minderheitsregierung unter Kreisky und hat dann ab 1971 der SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky eine sehr erfolgreiche Opposition geboten und inhaltlich viel beeinflusst und weitergebracht.

Können Sie Beispiele geben, was inhaltlich weitergebracht wurde?

Kabas: Zum Beispiel setzte sie eine Wahlrechtsreform durch, die bewirkte, dass die Stimmen in einem größeren Ausmaß

gleich viel wert waren. Brauchten die damaligen Großparteien im Durchschnitt etwa 12.000 Stimmen für ein Mandat, so benötigte die FPÖ immer mindestens doppelt so viele Stimmen. Das wurde mit der Wahlrechtsreform 1970/71 insofern begründet, als dass die Stimmen nun halbwegs gleich viel wert waren.

Das zweite Beispiel ist zweifellos die sehr starke Mitwirkung bei den Justizreformen von SPÖ-Justizminister Broda. Im Justizausschuss saß Gustav Zeillinger, der sowohl bei der kleinen als auch bei der großen Strafrechtsreform den überbordenden Liberalisierungsbestre-

ben blieb weitgehend unverändert. Willfried Gredler blieb Klubobmann, Emil van Tongel vertrat Wien, Wilhelm Kindel Niederösterreich, Wilhelm Kos Oberösterreich, Gustav Zeillinger Salzburg, Klaus Mahnert Tirol, Robert Scheuch Kärnten und Jörg Kandutsch die Steiermark.

Annäherung an die SPÖ

Der Gewinner der Nationalratswahl von 1962 war allerdings die ÖVP. Der neue ÖVP-Chef Alfons Gorbach fühlte sich nunmehr wiederum stark genug, um jeden Gedanken an eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen abzutun, und es kam zu einer Neuauflage der längst abgewirtschafteten schwarz-roten Proporzkoalition. Hinter den Kulissen allerdings kam es zu einer schrittweisen Annäherung der Freiheitlichen an die Sozialisten. Kontakte zwischen Emil von Tongel und SPÖ-Chef Pittermann gab es längst, auch solche zwischen Bruno Kreisky und Gustav Zeillinger im Zuge der Südtirol-Politik. Weiters kam es zu verstärkten Kontakten zwischen dem Gewerkschaftspräsidenten Franz Olah und FPÖ-Parteibobmann Friedrich Peter. Letzterer vertrat die Ansicht, dass auch die freiheitlichen Wähler in die Gewerkschaftskassen einzahlen würden und dass daher die FPÖ ebenso, wie dies bei ÖVP und SPÖ üblich war, Zuwendungen aus Gewerkschaftsgeldern bekommen müsste. Im Laufe der vergangenen Jahre seien auf diese Art den Freiheitlichen Millionenbeträge entgangen, die rechtmäßigerweise eigentlich ihnen zustünden. Olah ging auf diese Argumentation ein und machte eine Million aus Gewerkschaftsgeldern flüssig, die allerdings, wie sich später herausstellte, aus dem Restitutionsfonds der sozialistischen Gewerkschafter stammte.

Bei der Bundespräsidentenwahl siegte der sozialistische Kandidat bei seiner Wiederkandidatur mit großem Abstand über den

bungen von Seiten der Sozialisten einiges entgegengesetzt hat. Nicht verhindert werden konnte allerdings die Fristenlösung, die die Sozialisten im Alleingang durchgezogen haben.

Wenn Sie die verschiedenen Klubobleute betrachten, beginnend mit Friedrich Peter, dann Alexander Götz, Norbert Steger und Jörg Haider: Können Sie da Kontinuitäten oder Bruchlinien in der parlamentarischen Arbeit der Freiheitlichen ausmachen?

Kabas: Der Regierungseintritt der FPÖ im Jahre 1983 war eine Zäsur, die nicht unmittelbar von den Klubobleuten abhing. Als die FPÖ eine Oppositionspartei war, konnte sie sehr konsequent der Regierungsarbeit der Sozialisten entgegenhalten,

manches abschwächen und mildern. Ab 1983, als man in der Regierung war und Friedrich Peter wieder Klubobmann war, konnte man eigene Vorstellungen einbringen und versuchen, die sozialistische Handschrift möglichst zu reduzieren. Das ist da und dort zweifellos auch gelungen, war aber leider nicht überall möglich, weil die Sozialisten nicht verstanden haben, dass sie nicht mehr die „Absolute“ haben. Zwischen 1983 und 1986 herrschte eine Übergangsphase, die innerparteilich zu einer starken Opposition geführt hat, die besonders Jörg Haider akzentuiert betrieben hat.

Unter Jörg Haider ist nicht nur die Wählerschaft der FPÖ stark gewachsen, sondern auch die Mitglieder-

zahl des Parlamentsklubs. Wie sehen Sie hier diese Entwicklung in Rückschau?

Kabas: Nachdem 1986 der Obmannwechsel von Steger zu Haider stattgefunden hatte und die FPÖ bei der Nationalratswahl im selben Jahr gestärkt wurde, gab es im Vergleich zu der Zeit vor 1983 von Seiten der Freiheitlichen eine schärfere und härtere Oppositionspolitik. Diese FPÖ hat zweifellos auch inhaltlich eine sehr fundierte Oppositionspolitik gemacht mit immer sehr guten Vorschlägen. Aber unter Jörg Haider ist das Ganze doch bunter geworden, weil die ab 1987 wieder regierende große Koalition die alten Fehler der Regierungspolitik wiederholt hat, der Proporz

ÖVP-Kandidaten Julius Raab. Im Zuge dieses Wahlkampfes wurden sowohl von Schärf als auch von Raab Erklärungen über die FPÖ abgegeben – wohl um freiheitliche Wähler für sich zu vereinnahmen. Diese Erklärungen attestierten den Freiheitliche demokratiepolitische Bedeutung und gewissermaßen Regierungsfähigkeit. Adolf Schärf erklärte wortwörtlich, „dass die demokratischen Parteien, die sich zu unserem Staat und der demokratischen Verfassung bekennen, in

gleicher Weise zur Mitwirkung am politischen Geschehen unseres Vaterlandes berufen sind“. Niemand könne sich darauf beziehen, dass der Bundespräsident die eine oder andere dieser politischen Parteien von der Mitbestimmung oder Mitverantwortung ausschließen könne: „Eine solche einseitige Auffassung würde meiner demokratischen Überzeugung und meinen verfassungsmäßigen Pflichten widersprechen.“ Diese Aussage sollte eigentlich den Nachfolgern Adolf Schärf's im höchsten Staatsamt der Republik Österreich zu denken geben.

“
Julius Raab: Wer das Vertrauen der Wähler hat, ist auch berechtigt, Verantwortung in diesem Staat zu tragen.
”

Und der ÖVP-Kandidat Julius Raab distanzierte sich dann ausdrücklich von der Haltung des Bundespräsidenten Theodor Körner, der sich im Jahre 1953 gegen die Aufnahme des VdU in die Bundesregierung ausgesprochen hatte. Raab meinte, der Bundespräsident habe die Grundregeln der Verfassung zu beachten, nicht aber die Verfassung so auszulegen, wie es seinen persönlichen Auffassungen oder jenen seiner Parteien entspreche: „Meiner Überzeugung nach ist es unmöglich, zwischen demokratischen und weniger demokratischen Parteien zu unterscheiden. Wer durch das Vertrauen des Volkes in den Nationalrat berufen ist, ist für mich ein Vertreter des Volkes, und wer das Vertrauen seiner Wähler hat, ist auch berechtigt, Verantwortung in diesem Staat zu tragen.“

wieder fröhliche Urständ gefeiert hat. Alles das, was früher die FPÖ schon kritisiert hat, ist mit der Neuauflage der großen Koalition fast verstärkt wiedergekommen, und das war natürlich Wasser auf die Mühlen eines Jörg Haider und der FPÖ unter seiner Führung.

Die nächste große Zäsur war dann im Jahr 2000 der Eintritt in die Regierung mit der ÖVP.

Kabas: Dabei kam es zu dem Kuriosum, dass die zweitstärkste Partei, nämlich die FPÖ, nach den Wahlen 1999 der drittstärksten Partei, nämlich der ÖVP, den Vortritt bei der Kanzlerschaft gelassen hat. Das heißt, der Start war nicht optimal, man hat mehr oder weniger kampfflos – um in die Regierung zu kommen

– den Schwarzen den Kanzler überlassen hat.

Hatte das auch Einfluss auf die Arbeit des Parlamentsklubs?

Kabas: Nicht unbedingt, weil wir immerhin eine Reihe von Ministern stellten. Anders als 1983, als es Schwierigkeiten mit einzelnen Angeordneten gab, die mit der Regierungslinie nicht einverstanden waren, war im Jahr 2000 eine ziemliche Einheit zwischen Regierungsarbeit und parlamentarischer Arbeit zu beobachten. Schwierigkeiten haben sich erst dann eingestellt, als man gemerkt hat, dass der Umstieg von einer sehr profilierten Oppositionsrolle in die Regierungsrolle doch sehr, sehr schwierig war. Das deshalb, weil Jörg Haider nicht ganz verkraf-

tet hat, dass die Regierungsarbeit immer mehr begonnen hat, den Ton anzugeben. Hinzu kamen Schwierigkeiten mit der Wahlbewegung. Die Überzeugungsarbeit bei der Bevölkerung, dass man gute Arbeit leistet, war bei den anstehenden Landtagswahlen nicht so erfolgreich.

Seit zehn Jahren ist nun Heinz-Christian Strache Obmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs. Wie sehen Sie die vergangenen zehn Jahre?

Kabas: Zieht man unter die Parteiobmannschaft von Strache, die jetzt schon elf Jahre andauert, und unter seine Klubobmannschaft ab 2006 ein Resümee, dann vertritt die FPÖ eine einheitliche Linie, ist einerseits sehr angrifflich, bringt aber andererseits sehr viele positive

In der sogenannten „Habsburg-Krise“, die sich in der Folge des Wunsches von Otto Habsburg darüber entspann, ob dieser nach einer Verzichtserklärung wieder nach Österreich einreisen könne, kam es zwischen der FPÖ und den Sozialisten zur Übereinstimmung und ein gemeinsames Vorgehen. Dabei beharrten die Freiheitlichen darauf, dass im Hauptausschuss des Nationalrates zu prüfen sei, ob die Verzichtserklärung Otto von Habsburgs ausreichend sei. Der Verwaltungsgerichtshof, der im Zuge des schwarz-roten Proporzdamals unter ÖVP-Einfluss stand, hatte nämlich zuvor geurteilt, dass die Verzichtserklärung ausreichend sei, und das Parlament kalt übergegangen. Die FPÖ aber, die wie keine andere Partei die Parlamentsrechte verteidigte, wollte eine Ausschaltung des Nationalrates keinesfalls hinnehmen und brachte am 5. Juni 1963 im Nationalrat mit Unterstützung der Sozialisten den Antrag ein, dass die vorhergegangenen einander widersprechenden Rechtsauffassungen der beiden Höchstgerichte – der unter SPÖ-Einfluss stehende Verfassungsgerichtshof war anderer Meinung als der Verwaltungsgerichtshof – einen „unhaltbaren Zustand“, geschaffen habe. Der Nationalrat sollte daher der Bundesregierung den Auftrag erteilen, Vorschläge zu unterbreiten, „mit welchen widersprechenden Entscheidungen von Höchstgerichten verhindert werden“, darüber hinaus müsse die Bundesregierung eine authentische Interpretation des Habsburg-Gesetzes vorlegen, „damit ausdrücklich festgestellt wird, dass der Hauptausschuss des Nationalrates bei der Prüfung von



Zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter stimmte die Chemie

Verzichtserklärungen gemäß dem Habsburger-Gesetz mitzuwirken hat“. Die sozialistischen Abgeordneten stimmten schließlich im Nationalrat für den FPÖ-Antrag. Dies war seit 1945 der erste Beschluss des Nationalrates, der im sogenannten „koalitionsfreien Raum“ zustande kam – und das bis dahin unumstößliche Gesetz durchbrach, dass ÖVP und SPÖ im Nationalrat immer nur miteinander und niemals gegeneinander abstimmen dürften.

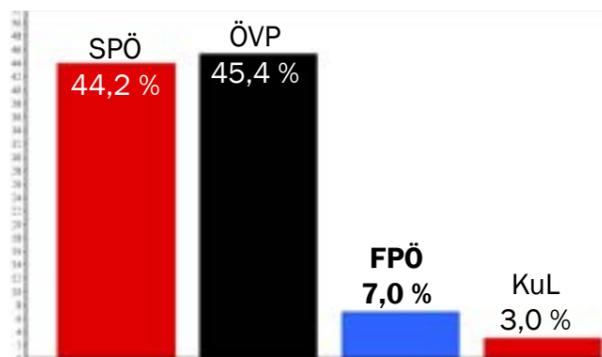
Damit war nunmehr konkret eine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ in den Bereich des Möglichen gerückt. Der sozialistische Parteitag gab der SPÖ-Nationalratsfraktion daraufhin den Auftrag, im Nationalrat eine Wahlrechtsreform zu beantragen, die dem Verlangen der Freiheitlichen nach Gleichwertigkeit aller abgegebenen Stimmen gerecht werden müsse.

inhaltliche Beiträge in die Politik hinein, so dass sie von der Bevölkerung ein immer größeres Vertrauen bekommt. Das ist der zweifellos sehr profunden Politik der einzelnen Persönlichkeiten unter der Führung von Strache zu verdanken.

Kann man es so formulieren, dass der Freiheitliche Parlamentsklub eine Art Motor für die Partei insgesamt ist?

Kabas: Das ist sehr präzise formuliert und definiert, was der Parlamentsklub ist und immer war. Aber auch die Landtagsklubs sind der Motor der Partei, weil die dortigen Mitglieder ja die reale FPÖ-Politik zu entwickeln und zu tragen haben – und das jetzt sehr, sehr erfolgreich gemacht wird. ♦

Nationalratswahl 1962

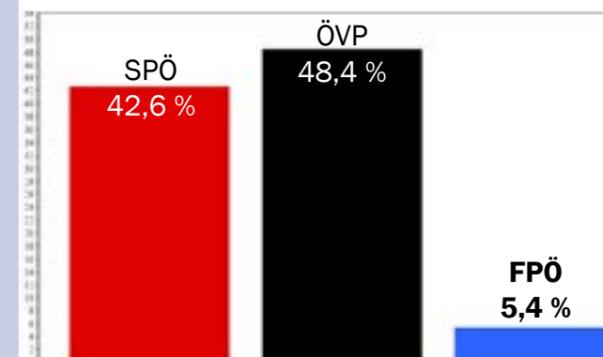


Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat X. Gesetzgebungsperiode

Die X. Gesetzgebungsperiode begann am 14. Dezember 1962 und endete am 30. März 1966. Nach der Nationalratswahl am 18. November 1962 entfielen von 165 Mandaten 81 auf die ÖVP, 76 auf die SPÖ und 8 auf die FPÖ. Während der Legislaturperiode waren 182 Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

Name	Geboren	Gestorben
Broesigke Tassilo	1919	2003
Gredler Willfried	1916	1994
Kandutsch Jörg	1920	1990
Kindl Wilhelm	1917	1998
Kos Wilhelm	1910	1995
Mahnert Klaus	1913	2005
Meißl Othmar	1917	2008
Scheuch Robert	1896	1974
van Tongel Emil	1902	1981
Zeillinger Gustav	1917	1997

Nationalratswahl 1966



Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat XI. Gesetzgebungsperiode

Die XI. Gesetzgebungsperiode begann am 30. März 1966 und endete am 31. März 1970. Nach der Nationalratswahl am 6. März 1966 entfielen von 165 Mandaten 85 auf die Österreichische Volkspartei (ÖVP), 74 auf die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) und 6 auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Während der Legislaturperiode waren 182 Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

Name	Geboren	Gestorben
Broesigke Tassilo	1919	2003
Gredler Willfried	1916	1994
Kandutsch Jörg	1920	1990
Kindl Wilhelm	1917	1998
Kos Wilhelm	1910	1995
Mahnert Klaus	1913	2005
Meißl Othmar	1917	2008
Scheuch Robert	1896	1974
van Tongel Emil	1902	1981
Zeillinger Gustav	1917	1997

In den Jahren 1962, 1963 und 1964 war aber die Zeit für eine solche Kooperation zwischen SPÖ und FPÖ noch nicht reif. Die Vertreter einer solchen innerhalb der SPÖ, insbesondere Franz Olah, gerieten zunehmend in Isolation, in der ÖVP wurde der glücklose Parteichef und Bundeskanzler Alfons Gorbach von Josef Klaus abgelöst, und somit blieb vorläufig in der großen Proporz-Koalition alles beim Alten.

Als Willfried Gredler sich im Herbst des Jahres 1963 entschloss, in den diplomatischen Dienst zu wechseln und auf Antrag von SPÖ-Chef Pittermann zum Leiter der ständigen Vertretung Österreichs beim Europarat in Straßburg ernannt wurde, folgte ihm Jörg Kandutsch als Klubobmann der FPÖ im Nationalrat nach. Seinen Abgeordnetensitz übernahm der Wiener Rechtsanwalt Tassilo Broesigke. Gredler blieb aber vorläufig noch Bundesparteiobmann-Stellvertreter und weiterhin ein Kämpfer für einen liberalen Kurs der FPÖ. Im Frühjahr 1963 wurde Jörg Kandutsch schließlich auf Betreiben der Sozialisten zum Rechnungshofpräsidenten gewählt. Dem stimmte die ÖVP zu, nachdem in der Koalition Übereinstimmung erzielt wurde, dass die FPÖ den Posten des Rechnungshofpräsidenten nur solange stellen könne, solange sie Oppositionspartei sei. Anstelle von Kandutsch übernahm nun Emil van

Tongel die Führung des freiheitlichen Nationalratsklubs als Klubobmann. Auf Kandutschs Nationalratsstz rückte der Kaufmann Othmar Meißl nach, der in seinem Heimatbezirk Feldbach eine schlagkräftige FPÖ-Organisation aufgebaut hatte.

Als einzige Oppositionspartei im Parlament

Tatsächlich hatten die Freiheitlichen in den Jahren der großen Koalition bis 1966 eine Schlüsselrolle im parlamentarischen Bereich. Sie waren nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus dem Nationalrat im Jahre 1959 die einzige Opposition und die Parlamentspartei schlechthin. Ohne die FPÖ hätte es im Parlament nur einstimmige Beschlüsse gegeben, da der Koalitionspakt SPÖ und ÖVP zur gemeinsamen Abstimmung verpflichtete. Die Nationalratsfraktionen von Schwarz und Rot hatten sich ja nie als Gegengewicht zur Regierungsgewalt verstanden, sondern stets als deren Stütze. Die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive war somit nicht gegeben, einzig die FPÖ sorgte für



Mit Otto Scrinzi (links) und Gustav Zeillinger (rechts) stießen zwei hervorragende Rhetoriker zum Freiheitlichen Parlamentsklub

FPÖ von den befragten Regierungsmitgliedern innerhalb einer Frist zwei Monaten beantwortet werden.

Von Anfang ihres Bestehens an war die Freiheitliche Partei auch im Nationalrat für die Verstärkung der direkten Demokratie eingetreten. Volksabstimmungen und Volksbegehren werteten die Freiheitlichen von Anfang an als wesentliche Elemente der Belebung und Modernisierung der Demokratie. Beide Einrichtungen gab es zwar bereits in der Bundesverfassung von 1920, die 1929 bzw. 1932 geschaffenen Ausführungsgesetze traten jedoch im Jahre 1945 bei der Wiedergründung der Republik mit der Bundesverfassung nicht automatisch wieder in Kraft. Das Ausführungsgesetz über Volksabstimmungen wurde auf freiheitliches Drängen dann auch erst im Jahre 1958 beschlossen. Mit dem Volksbegehrensgesetz ließ sich die große Proporz-Koalition trotz ständigen Drängens der Freiheitlichen dann noch bis zum Jahre 1963 Zeit.

Auch die Einführung eines Ombudsmanns wurde von freiheitlicher Seite bereits in den frühen 1960er-Jahren gefordert. Diese Initiative wurde allerdings erst in den 1970er-Jahren aufgegriffen und im Jahre 1977 mit der Gründung der Volksanwaltschaft verwirklicht. Überdies konnten

eine Belebung des Parlamentarismus.

Der Ausbau der demokratischen Einrichtungen und die Stärkung der Rechte des Parlaments waren somit für die Freiheitlichen eine politische Existenzfrage. Die Einführung des amtlichen Stimmzettels bei Nationalratswahlen wurde bereits erwähnt. Ein nächster Schritt war im Jahre 1961 die Einführung der parlamentarischen Fragestunde, überdies mussten schriftliche Anfragen der Abgeordneten auf Antrag der



Otto Scrinzi und Emil van Tongel im Plenum

sich die Freiheitlichen in diesen Jahren als einzige Kontrollpartei im Nationalrat profilieren. Die sich bereits damals häufenden Korruptionsskandale im Umfeld der ÖVP boten dem genug Betätigungsfelder. Die von der FPÖ-Fraktion beantragte Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses laut Artikel 58 der Bundesverfassung konnte solcherart in der Frühphase der freiheitlichen Tätigkeit im Parlament mit der Unterstützung sozialistischer Abgeordneter verwirklicht werden. Diese Funktion als parlamentarische Kontrollpartei wurde in einem gewissen Ausmaß sogar von den Großkoalitionären respektiert, weshalb sie den Freiheitlichen auch wie seinerzeit dem VdU den Vorsitz im Rechnungshofausschuss des Nationalrates zugestanden. Und die Berufung von Jörg Kandutsch zum Präsidenten des Rechnungshofes bestätigte diese Einschätzung.

Während der ÖVP-Alleinregierung

Bei der Nationalratswahl des Jahres 1966 vermochte die ÖVP unter Josef Klaus eine knappe absolute Mehrheit zu erlangen. Die Freiheitlichen hatten – wohl auch wegen ihrer Hinneigung zu einer Zusammenarbeit mit der SPÖ – eine gewisse Sogwirkung der Verlierer zu erleiden und mussten eine Verringerung ihrer Nationalratsmannschaft von acht auf sechs Mandate hinnehmen. Damit ging das Antragsrecht wiederum verloren. Von der bisherigen Fraktion gehörten Emil van Tongel, Gustav Zeillinger und Meißl der Fraktion weiter an, neu zog nunmehr Bundesparteiobmann Friedrich Peter, der bis dahin Landtagsabgeordneter war, in den Nationalrat ein sowie der Vorarlberger Werner Melter und für Kärnten Otto Scrinzi. Ein Vorstoß Melters, den Bundesparteiobmann zum neuen Klubobmann zu wählen, wurde aber nach einem Vier-Augen-Gespräch Friedrich Peters mit Emil van Tongel zurückgestellt. Van Tongel wurde erneut zum Klubobmann gewählt, andererseits aber wurde über Anregung Peters der Beschluss gefasst, dass der Primat des Bundesparteiobmannes auch im Klub zu gelten habe.

Im April 1966 schließlich wurde die alte große Koalition, die von der Wiedergründung der Republik an gute zwanzig Jahre regierte hatte, zu Grabe getragen. Erst zwanzig Jahre später sollte sie unselige Urständ feiern. Mit dem Scheitern der Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ hatten die Freiheitlichen ihr erstes politisches Hauptziel, nämlich die große Koalition zu zerschlagen, erreicht. Freilich auf andere Weise, als sich die FPÖ dies vorgestellt hatte, da es nunmehr zu einer Alleinregierung der Volkspartei mit 85 von 165 Parlamentssitzen kam. Die ÖVP hatte somit im Nationalrat eine absolute Mehrheit, obwohl ihr Stimmenanteil bei der Wahl selbst nur bei 48,6 Prozent gelegen war. Dies zeigte deutlich, dass das die ÖVP begünstigende Wahlrecht, das mehrheitsfördernde Effekte beinhaltete, im Grunde höchst undemokratisch war. Während die FPÖ für ein Mandat im Durchschnitt 44.000 Stimmen aufzubringen hatte, reichten für die Mandate von ÖVP bzw. SPÖ 25.000 bis 26.000 Stimmen.

“
Die Funktion als parlamentarische Kontrollpartei wurde sogar von den Großkoalitionären respektiert.
”

Unter Bundeskanzler Josef Klaus gab es die einzige ÖVP-Alleinregierung



Nachdem es nunmehr keinen Koalitionsakt mehr gab, gewannen die Parteien im Nationalrat wesentlich größere Bewegungsfreiheit, dabei war es das unbestrittene Verdienst der Freiheitlichen, diese Renaissance des österreichischen Parlamentarismus initiiert zu haben. In einer Reihe von Fällen setzte die Sechs-Mann-Fraktion der FPÖ, die ja kein eigenes Antragsrecht besaß, sehr wohl ihre Initiativen durch. Etwa in der Habsburg-Frage durch die Ausstellung eines Reisepasses für Otto Habsburg und die Erklärung, dass die Vermögensfrage allein durch ordentliche Gerichte zu regeln sei. Während die zwei SPÖ-Anträge zu diesem Thema keine Mehrheit fanden, wurde jener der FPÖ angenommen. Auch

der freiheitliche Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Skandal der Unregelmäßigkeiten beim Bauabschnitt Strengberg der Westautobahn wurde mit Unterstützung der anderen Parteien angenommen. Auch der mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ angenommene Beschluss zur Rundfunkreform unter Berücksichtigung wesentlicher Punkte des seinerzeitigen Volksbegehrens ermöglichte den Durchbruch zu einem neuen Medienzeitalter, das in der Folge die Wahl Gerd Bachers zum Generalintendanten des ORF ermöglichte.

Das erfolgreiche Auftreten der Freiheitlichen im Parlament ermöglichte es, die Depression über das schwache Wahlergebnis vom März 1966 bald zu überwinden. Die kleine freiheitliche Fraktion verstand es, sich parlamentarisch groß in Szene zu setzen. So etwa bei der parlamentarischen Debatte zur Habsburg-Frage, wo „Die Presse“ schrieb: „Am Habsburg-Tag des Parlaments war es die FPÖ, die zeigte, wie man Opposition macht.“ Dieses erfolgreiche Auftreten führte einmal mehr dazu, dass die FPÖ, die in den Jahren nach ihrer Gründung eher von radikal linker Seite als Nazi-Partei geschmäht wurde, nunmehr aus dem ÖVP-Bereich in diese Richtung hin diffamiert wurde.

Gegen Ende der Legislaturperiode konnten die Freiheitlichen bei Regionalwahlen eine Reihe von Erfolgen verbuchen, so etwa bei Arbeiterkammerwahlen oder bei den Vorarlberger Landtagswahlen, wo man mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen erlangte. Daher herrschte in der FPÖ Aufbruchsstimmung im Hinblick auf die Nationalratswahl des Jahres 1970. Das FPÖ-Wahlprogramm unter dem Titel „Formel 70“ wurde vom freiheitlichen Wahlkampfteam, bestehend aus Friedrich Peter, Gustav Zeillinger, Otto Scrinzi und Alexander Götz, getragen. Das gewachsene Selbstbewusstsein der Freiheitlichen kam dabei im Anspruch auf politische Mitverantwortung zum Ausdruck, der sehr offen angemeldet wurde. Friedrich Peter bereitete die Partei auf eine kleine Koalition vor, wobei er insbesondere davon ausging, dass in den Überlegungen von SPÖ-Chef Bruno Kreisky eine kleine Koalition mit den Freiheitlichen denkbar wäre. Mit einer Wiedererringung der absoluten Mehrheit durch die ÖVP rechnete damals niemand. Die ÖVP-Wahlkampfstrategen versuchten daher, der FPÖ eine linke Schlagseite anzudichten, und warnten lautstark vor der „Dritten Kraft, die den roten Kanzler schafft“. Darauf erklärte die FPÖ im Jänner 1970 in einer „Standortbestimmung“, dass sie aus sachlichen und personellen Gründen keine Regierungskoalition mit der SPÖ eingehen werde. Damit war das Wahlkampfgespenst einer „rot-blauen Koalition“ unglaublich gemacht. Der Groll darüber in ÖVP-Kreisen war groß, weshalb man nunmehr voll auf die Wiedererringung der absoluten Mehrheit setzte.

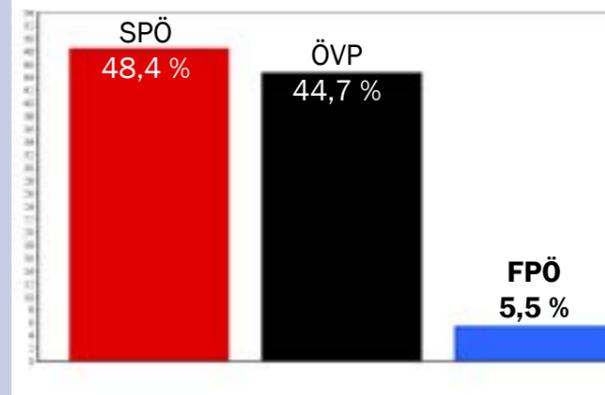
Bruno Kreiskys Wahlsieg

Die Strategie der ÖVP scheiterte aber am 1. März 1970, als die Niederlage der ÖVP und der Sieg der SPÖ mit einer relativen Mehrheit feststand. Für die Volkspartei war der Verlust nicht nur der absoluten, sondern auch der relativen Mehrheit nahezu unfassbar. Der Sieg der Sozialisten unter Bruno Kreisky übertraf deren eigene Erwartungen, und die Freiheitlichen waren schockiert darüber, dass sie nicht einmal ihre sechs Mandate halten hatten können. Der Stand der Nationalratsmandate hieß nun: 81 für die SPÖ, 79 für ÖVP und fünf für die FPÖ.

Die Möglichkeit einer kleinen bürgerlichen Koalition zwischen ÖVP und FPÖ wurde nunmehr von ÖVP-Chef Josef Klaus von vornherein

“
Bei der Parlaments-Debatte um die Habsburg-Frage konnte sich die kleine FPÖ-Fraktion groß in Szene setzen.
”

Nationalratswahl 1970



Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat XII. Gesetzgebungsperiode

Die XII. Gesetzgebungsperiode begann am 30. März 1970 und endete am 4. November 1971. Nach der Nationalratswahl am 1. März 1970 entfielen von 165 Mandaten 81 auf die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), 78 auf die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und 6 auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Während der Legislaturperiode waren 169 Mandatare Mitglieder des Nationalrates.

Name	Geboren	Gestorben
Broesigke Tassilo	1919	2003
Meißl Othmar	1917	2008
Melter Werner	1924	2007
Peter Friedrich	1921	2005
Scrinzi Otto	1918	2012
Zeillinger Gustav	1917	1997

ausgeschlossen. Bruno Kreisky war der Einzige, der in dieser Wahlnacht genau wusste, was er wollte. Die Erneuerung der alten großen Koalition hielt er weder für sinnvoll noch für möglich, das Projekt einer Minderheitsregierung aber hat ihn als Übergangslösung zweifellos fasziniert. Daher suchte er noch in der Wahlnacht den Gesprächskontakt mit den Freiheitlichen. Dabei brachte er sofort die Wahlrechtsreform zur Sprache, wie sie bereits 1964 zwischen SPÖ und FPÖ paktiert worden war. Eine solche Wahlrechtsreform stelle eine Vorleistung dar, zu der sich die SPÖ verpflichtet fühle, ohne eine Gegenleistung zu verlangen – damit war die Brücke zur Bildung einer sozialistischen Minderheitsregierung mit freiheitlicher Duldung geschlagen.



“
Der Freiheitliche Par-
lamentsklub war zu
allen Zeiten ein geis-
tiger Brennpunkt der
FPÖ.
”

„Eine Zierde des Parlamentarismus ...“

Gerulf Stix, langjähriger Abgeordneter und
Dritter Nationalratspräsident während der
rot-blauen Koalition, über das parlamenta-
rische Wirken der Freiheitlichen

Herr Doktor Stix, als Sie 1971
in den Nationalrat eingezogen
sind, wie war unter Friedrich Peter
die Stimmung im Freiheitlichen Par-
lamentsklub, welche Arbeit wurde ge-
leistet?

Gerulf Stix: Der Klub war
von starken Persönlichkeiten
geprägt. Dominierend Friedrich
Peter. Prägend aber auch Tassilo
Broesigke, Gustav Zeillinger und
Otto Scrinzi. Der Parlaments-
klub war das geistige Zentrum
der FPÖ.

Welche Änderungen in Bezug
auf inhaltliche Arbeit und Stim-
mungen vollzogen sich im Parla-

mentsklub, als die Obmannschaft
von Friedrich Peter auf Alexander
Götz und dann wiederum auf Nor-
bert Steger übergang?

Stix: Diese Jahre waren eine
typische Umbruchszeit. Dem-
entsprechend war die Stim-
mungslage durch gespaltene Prä-
ferenzen gekennzeichnet.

Abgesehen vom Hickhack
sowohl in der Parteiführung
wie im Parlamentsklub spielten
der sogenannte Atterseekreis
eine wichtige Rolle im Partei-
geschehen. Parallel zum perso-
nellen Tauziehen wurde viel an
geistiger und programmatischer
Arbeit geleistet.

Wie schätzen Sie die Bedeutung
des Freiheitlichen Parlamentsklubs für
den Parlamentarismus in Österreich
ein?

Stix: Der Freiheitliche Par-
lamentsklub war zu allen Zeiten,
die ich miterleben durfte, ein ge-
istiger Brennpunkt der FPÖ. Eine
schiefer ungläubliche Offenheit
zeichnete die Diskussionen dort
aus. Darunter litt jedoch keines-
wegs die Kameradschaftlichkeit.
Sie wurde betont gepflegt. Auch
das Verhältnis zwischen den Ab-
geordneten und der wachsenden
Zahl der Klubmitarbeiter und
Mitarbeiterinnen war ausgespro-
chen gut. Der Klub der FPÖ war

Der Durchbruch zum neuen Wahlrecht

Nach einer Anfechtung des Wiener Wahlergebnisses vermochte Tassilo Broesigke doch noch ein sechstes Mandat für die FPÖ herauszuschlagen, somit waren neben Klubobmann Friedrich Peter Tassilo Broesigke für Wien, Gustav Zeillinger für Salzburg, Werner Melter für Vorarlberg, Otto Scrinzi für Kärnten und Othmar Meißl für die Steiermark im Freiheitlichen Nationalratsklub vertreten. Obwohl man unmittelbar nach dem sozialistischen Wahlsieg vom 1. März 1970 glaubte, dass die Lage der Freiheitlichen Partei nahezu hoffnungslos sei und man insbesondere den vorhergehenden Beschluss, nur mit der ÖVP koalieren zu wollen, als schwerwiegenden Fehler erkennen musste, ergaben sich bald wieder optimistische Perspektiven für die Partei und damit auch für die parlamentarische Arbeit: Nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP gescheitert waren und Bundespräsident Jonas grünes Licht für eine sozialistische Minderheitsregierung gegeben hatt, erkannten die Freiheitlichen die Chance, eine Schlüsselrolle im Parlament zu spielen. Tatsächlich hatte sich ja die neue sozialistische Bundesregierung unter Bruno Kreisky für alle wichtigeren Beschlüsse jeweils eine Mehrheit im Parlament zu suchen. Das Parlament insgesamt wurde dadurch in einem bisher nicht gekannten Maße aufgewertet.

Tatsächlich verstand es Friedrich Peter, der nunmehr nach dem Ausscheiden von Tongels neuer Klubobmann geworden war, die fünf freiheitlichen Abgeordneten durch überlegene Taktik als ein tonangebendes Element im Parlament einzusetzen. So vermochte man etwa gegen den Willen des neuen Finanzministers Hannes Androsch mit der Unterstützung der ÖVP die Entsteuerung der Überstunden durchzusetzen. Auch mit einer Initiative zur Erhöhung der Witwenpension hatten die Freiheitlichen im Parlament Erfolg. Da die Sozialisten eine solche Maßnahme in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung ja heftig verlangt hatten, mussten sie die freiheitliche Initiative zwangsläufig unterstützen.

sicherlich eine Zierde des öster-
reichischen Parlamentarismus.

Sie waren nach Karl Hartleb vom
VdU erst der zweite Dritte National-
ratspräsident, den das Dritte Lager stellte.
Wie bewerten Sie rückblickend Ihre Ar-
beit als Dritter Nationalratspräsident?

Stix: Ja, es traf mich uner-
warteterweise, zum ersten Drit-
ten Nationalratspräsidenten, den
die FPÖ in der Zweiten Republik
stellte, bestimmt und gewählt zu
werden. Meine Aufgabe war es,
zu zeigen, dass die FPÖ ein sol-
ches Amt gut ausfüllen kann. Ich
musste für einen freiheitlichen
Dritten Präsidenten Vertrau-
en in alle Richtungen schaffen.
Das betrifft natürlich auch das
Ausland. Das Vertrauen für ei-
nen freiheitlichen Dritten Präsi-
denten überall tatsächlich auch

gewonnen zu haben, dürf-
te mir gelungen sein.

Eine Zäsur in der Ge-
schichte der FPÖ stellt sicher-
lich der Eintritt in die Koalition
mit der SPÖ im Jahr 1983 dar. Wie
war damals das Verhältnis zwischen
dem Freiheitlichen Parlamentsklub und
der blauen Regierungsmannschaft?

Stix: Die neue Situation
war gewöhnungsbedürftig. Das
Mittragen von Regierungsver-
antwortung musste von einem
Klub, der auf Oppositionsarbeit
geeicht war, erst gelernt werden.
Erleichtert wurde dieser Prozess
durch die umsichtige Zusam-
menarbeit von Vizekanzler Steg-
er und Klubobmann Peter. Nach
der Umstellungsphase gelang es
dem Klub erstaunlich rasch, in
seine neue Rolle zu schlüpfen.

“
Das Mittragen von
Regierungsverant-
wortung musste von
einer vormaligen
Oppositionspartei
erst gelernt werden.
”

Und wie bewerten Sie das Ver-
hältnis des Parlamentsklubs zur Par-
tei während Ihrer Abgeordnetenzzeit?
War der Parlamentsklub so etwas wie
ein „Motor“ oder „Gehirn“ der Par-
tei?

Stix: In den 1970er-Jahren
war der Parlamentsklub eindeu-
tig der „Motor“ der Partei. In
den 1980er-Jahren verlagerte
sich die Dynamik verstärkt auf
die Regierungsmannschaft. Mit
der Übernahme der Parteiob-
mannschaft durch Jörg Haider
1986 wurden er und sein engerer
Kreis zum Kraftzentrum der
FPÖ. ♦



Der neue Bundeskanzler Bruno Kreisky kam den Freiheitlichen – im Bild Tassilo Broesigke, Friedrich Peter und Gustav Zeillinger – sehr entgegen

Bei aller Bereitschaft der freiheitlichen Parlamentsmannschaft, die größer gewordene politische Bewegungsfreiheit voll zu nützen, war man sich allerdings einig, dass die mit den Sozialisten paktierte Wahlrechtsreform nicht gefährdet werden dürfe. Man musste um jeden Preis danach trachten, diese Wahlrechtsreform unbedingt noch vor einer vorverlegten Nationalratswahl, mit der auf Grund der Minderheitsregierung zu rechnen war, über die Bühne zu bringen. Dies war wohl auch der Grund, warum sich die Freiheitlichen entschieden, das von der sozialistischen Minderheitsregierung vorgelegte Budget für 1971 im Parlament mitzutragen. Solcherart konnte man vorverlegte Neuwahlen bereits im Herbst 1970 verhindern und hatte noch genug Spielraum, um die Wahlrechtsreform durchzubringen. Tatsächlich wurde der 26. November 1970, jener Tag, an dem im Nationalrat mit der einfachen Mehrheit von SPÖ und FPÖ das neue Wahlrecht beschlossen wurde, ein Meilenstein in der Geschichte der FPÖ. Fälschlicherweise behauptete man später immer wieder, es wäre dies ein politisches Gegengeschäft für die Zustimmung der FPÖ zum Budget 1971 gewesen. Aber vielmehr lösten die Sozialisten damit ihre Zusage aus den Jahren 1963/64 ein, die im Sommer 1964 ja auch durch eine schriftlich festgehaltene Vereinbarung paktiert worden waren. Nunmehr wurde die Anzahl der Abgeordnetensitze mit 183 statt 180 fixiert – die Einteilung in neun Wahlkreise, jedes Bundesland ein Wahlkreis, und in zwei Wahlkreisverbände wurde unverändert übernommen. Dieses neue Wahlrecht stellte nunmehr für die Freiheitlichen sicher, dass sie, genauso wie SPÖ und ÖVP, mit rund 25.000 Stimmen ein Nationalratsmandat erreichen konnten. Bei der Nationalratswahl von 1970 hatte sie noch für eines ihrer damals fünf Mandate je 50.000 Stimmen benötigt! Und dies, obwohl die ÖVP nur 26.000 Stimmen und die SPÖ gar nur 22.000 Stimmen für ein Mandat brauchten. Auch wenn das Echo der weitgehend FPÖ-kritischen Medien damals von einer einseitigen Begünstigung der Freiheitlichen sprach, muss festgehalten werden, dass die damalige Wahlrechtsreform in Wahrheit nur die demokratische Gerechtigkeit herstellte und jeder Wählerstimme gleiches Gewicht verlieh. Eine Beschwerde der niederösterreichischen Landesregierung gegen das neue Wahlrecht wurde am 15. Oktober 1971 vom Verfassungsgerichtshof zurückgewiesen. Die Argumentation von Tassilo Broesigke, der in diesem Falle die FPÖ-Ansicht vertrat, wonach

das neue Wahlrecht erst demokratische Gerechtigkeit herstellte, wurde vom Höchstgericht vollinhaltlich gefolgt.

Parlamentarische Opposition in der Ära Kreisky

Die Zeit der sozialistischen Minderheitsregierung hatte sich für die FPÖ als Blütezeit erwiesen, insbesondere die Stärkung des Parlaments und eine rein quantitativ schwache Regierung sowie eine noch schwächere oppositionelle ÖVP hatten geradezu ideale Voraussetzungen dafür geboten, dass die Freiheitlichen in der Innenpolitik stärker denn je zur Geltung kommen konnten. Als sich Bundeskanzler Kreisky dann im Frühsommer 1971 dazu entschloss, die vorzeitige Auflösung des Nationalrats anzustreben und die Ära der Minderheitsregierung rasch zu beenden, standen die Freiheitlichen vor einer schweren Entscheidung. Man hätte der sozialistischen Minderheitsregierung ja auch den Absprung verweigern und diese solange weiter arbeiten lassen können, bis sie offensichtlich gescheitert wäre, oder sie auch durch einen Misstrauensantrag zum Rücktritt zwingen können, stattdessen stimmte man von freiheitlicher Seite im Nationalrat der vorzeitigen Auflösung des Parlaments zu. Dies auch deshalb, da Friedrich Peter eine weitere stille Duldung der Minderheitsregierung, etwa durch eine neuerliche Zustimmung zum Budget, für untragbar gehalten hat. Allerdings dürfte auch die Versuchung dabei eine Rolle gespielt haben, recht bald in den Genuss der Segnungen des neuen Wahlrechts zu kommen.

Im Zuge des darauffolgenden Wahlkampfes hatten die Freiheitlichen einen Zwei-Fronten-Krieg zu bestehen. Einerseits wurden sie vom Gewerkschaftsflügel der SPÖ als arbeitnehmerfeindlich an den Pranger gestellt, andererseits versuchte die ÖVP durch die Kandidatur nationaler Exponenten wie Graf Strachwitz, dem Völkerrechtler Felix Ermacora und dem von der FPÖ abgesprungenen Gleisdorfer Bürgermeister Rudolf Heinz Fischer, nationale Stimmen abspenstig zu machen.

Der Wahlsieger am 10. Oktober 1971 hieß jedenfalls Bruno Kreisky: Mit 93 von 183 Mandaten hatte die SPÖ die absolute Mehrheit errungen, die ÖVP kam auf 80 Mandate und die Freiheitlichen auf 10. Obwohl sich die Parteispitze um Friedrich Peter etwas mehr erwartet hatte, erwies sich die Wählerschaft der FPÖ als weitgehend stabil. Zur bisherigen Nationalratsmannschaft um Friedrich Peter, Gustav Zeillinger, Tassilo Broesigke, Otto Scrinzi, Werner Melter und Othmar Meißl kamen nunmehr der Wiener Finanzbeamte Albert Schmidt, der Niederösterreicher Georg Hanreich, der Welser Steuerberater Helmuth Josseck und der Innsbrucker Verlagsprokurist Gerulf Stix dazu. Das freiheitliche Kalkül aber, dass man nach der vorgezogenen Neuwahl in



eine Regierungskoalition mit Kreiskys SPÖ kommen könne, erwies sich als Trugschluss.

Der Zehn-Mann-Parlamentsklub

Dennoch war die innenpolitische Position der Freiheitlichen und insbesondere ihre Wirkungsmöglichkeit im Nationalrat eine wesentlich bessere als zu Zeiten der großen Koalition. Sie verfügte über eine zehnköpfige Parlamentsfraktion mit Antragsrecht, was allein schon zahlenmäßig eine beachtliche Aufwertung bedeutete. Auch gab es kein Zurück zu den starren Fronten des vormaligen rot-schwarzen Proporz, vielmehr konnten die Freiheitlichen nunmehr mit wechselnden Bündnissen eigene Positionen und auch eigene Persönlichkeiten durchbringen. Dies auch auf regionaler und kommunaler Ebene, wo es den Freiheitlichen beispielsweise gelang, gemeinsam mit der ÖVP in Vorarlberg Bertram Jäger zum ersten nichtsozialistischen Arbeiterkammerpräsidenten zu wählen oder auch in Klagenfurt und Graz, wo einerseits in der steirischen Landeshauptstadt Alexander Götz gemeinsam mit der Volkspartei in das Bürgermeisteramt gelangte, während in Klagenfurt Leopold Guggenberger mit freiheitlicher Unterstützung Stadtvater wurde. Und in der zweitgrößten Stadt Tirols, in Kufstein, konnte Siegfried Dil-

lersberger mit konservativer Unterstützung das Amt des Bürgermeisters erringen.

In der Legislaturperiode zwischen 1971 und 1975 vermochten sich die Freiheitlichen mit ihrem nunmehr zehnköpfigen Parlamentsklub überaus effektiv in Szene zu setzen. Die Parlamentsneulinge Josseck, Hanreich, Stix und Schmidt waren naturgemäß interessiert, sich als Mitglieder des Hohen Hauses effektiv zu profilieren. Sie erarbeiteten gemeinsam mit den altgedienten Abgeordneten eine Reihe von Reformkonzepten, die durchaus wegweisend waren. So gab es freiheitliche Alternativkonzepte für den Bereich des Steuerrechts, erarbeitet weitgehend unter der Führung von Tassilo Broesigke, sowie für Gesundheit und Umweltschutz, wo Otto Scrinzi ein modernes Konzept zur Systemverbesserung entwickelte. Im Bereich der Energieentwicklung setzte der freiheitliche Energiesprecher Gerulf Stix zukunftsweisende Akzente in Richtung erneuerbare, alternative Energie.

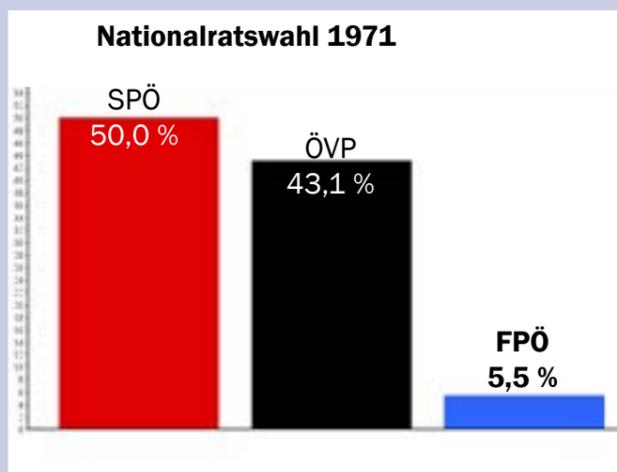
Obwohl die Sozialisten mit ihrer absoluten Mehrheit nunmehr keine weitere parlamentarische Unterstützung benötigten, suchten sie immer wieder die positive Kooperation mit den Freiheitlichen, so etwa im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung, wo es um das Mitspracherecht der Betriebsräten in den Aufsichtsräten ging. Auch in der Europapolitik wusste sich die FPÖ parlamentarisch in Szene zu setzen. Die von der

Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat XIII. Gesetzgebungsperiode

Die XIII. Gesetzgebungsperiode begann am 4. November 1971 und endete am 4. November 1975. Nach der Nationalratswahl am 10. Oktober 1971 entfielen von 183 Mandaten 93 auf die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), 80 auf die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und 10 auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Während der Legislaturperiode waren 205 Abgeordnete Mitglied des Nationalrates.

Name

- Broesigke Tassilo
- Hanreich Georg
- Josseck Helmuth
- Meißl Othmar
- Melter Werner
- Peter Friedrich
- Schmidt Albert
- Scrinzi Otto
- Stix Gerulf
- Zeillinger Gustav

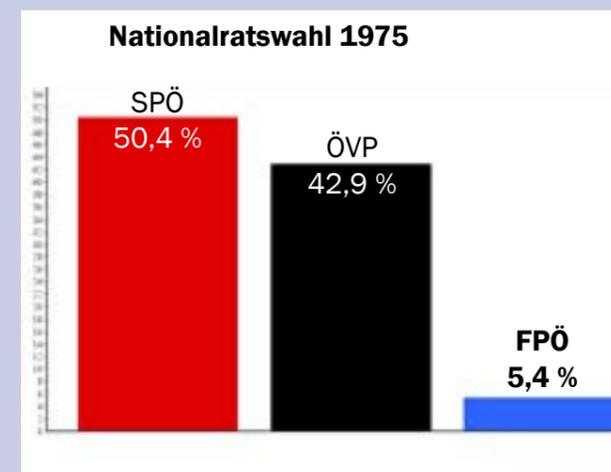


Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat XIV. Gesetzgebungsperiode

Die XIV. Gesetzgebungsperiode begann am 4. November 1975 und endete am 4. Juni 1979. Nach der Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 entfielen von den 183 Mandaten 93 auf die SPÖ, 80 auf die ÖVP und 10 auf die FPÖ. Während der Legislaturperiode waren 202 verschiedene Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

Name

- Broesigke Tassilo
- Frischenschlager Friedhelm
- Hanreich Georg
- Josseck Helmuth
- Meißl Othmar
- Melter Werner
- Peter Friedrich
- Schmidt Albert
- Scrinzi Otto
- Stix Gerulf
- Zeillinger Gustav



FPÖ ursprünglich weitgehend allein vertretene Meinung, die Teilnahme Österreichs an der europäischen Integration in Form der EWG sei wichtiger als eine Mitgliedschaft bei der ja von Jahr zu Jahr bedeutungsloser werdenden EFTA, erwies sich als richtig.

Ihre alte Linie als Kontrollpartei verfolgten die Freiheitlichen weiterhin im Parlament. So wurde Tassilo Broesigke zum Vorsitzenden des zweiten parlamentarischen UNO-City-Untersuchungsausschusses des Nationalrates gewählt.



Friedrich Peter nach der geschlagenen Nationalratswahl 1975

Jener Art von Politik, mit der Bruno Kreisky am Beginn seiner Regierungsperiode in Form des Gießkannenprinzips Geschenke an verschiedene Bevölkerungsgruppen verteilen wollte, traten die Freiheitlichen allerdings von Anbeginn entgegen. Sie stimmten gegen das Gratisschulbuch und auch gegen die

Geburtenbeihilfe, als ihre Abänderungsbeiträge zu diesen Gesetzen abgelehnt wurden. Bei der Einführung der Politikersteuer, die gleichzeitig mit einer drastischen Erhöhung der Politikergehälter verbunden war, zogen die Freiheitlichen zwar zähneknirschend mit, insbesondere der Abgeordnete Gerulf Stix allerdings vermochte sich mit seiner kritischen Rede im Nationalrat – „Ich schäme mich für dieses Gesetz!“ – zu diesem Thema zu profilieren.

Mit dem Fortschreiten der Legislaturperiode wurde die politische Gangart der SPÖ allerdings zunehmend härter, dies zeigte sich am deutlichsten in der Abtreibungsfrage, wo die Freiheitlichen versuchten, einen Kompromissvorschlag zu erarbeiten, wobei die von der ÖVP befürwortete Indikationenlösung durch eine stärkere Betonung der Entscheidungsfreiheit der Frau ergänzt werden sollte. Entgegen der Ansicht von Klub- und Parteiobmann Friedrich Peter verweigerten sich die Freiheitlichen im Parlament der von den Sozialisten betriebenen Fristenlösung, wobei der Antrag der FPÖ, die Fristenlösung einer Volksabstimmung zu unterziehen, von den Sozialisten im Parlament abgelehnt wurde.

Auch der von den Sozialisten angepeilten Reform des Rundfunkgesetzes, mit der sie den in Ungnade gefallenen ORF-Intendanten Gerd Bacher entmachten wollten, verweigerten sich die Freiheitlichen. Tassilo Broesigke erarbeitete zu diesem Thema einen Kompromissvorschlag, der die Umwandlung des ORF von einer GesmbH in eine Anstalt öffentlichen Rechts vorsah. Schien zunächst auf der Grundlage des Broesigke-Konzepts eine Drei-Parteien-Einigung durchaus möglich, so scheiterten die Verhandlungen dann in der Endphase, als sich immer deutlicher herausstellte, dass die Sozialisten um jeden Preis Gerd Bachers Kopf wollten. So kam es zur Ablehnung des Gesetzes durch beide Oppositionsparteien.

Klubobmann Peter in Turbulenzen

Bereits ab 1974 kam es zu parteiinternen Turbulenzen, die insbesondere die Person von Bundespartei- und Klubobmann Friedrich Peter betraf. Das Nachdrängen jüngerer Kräfte über den Atterseekeis, Debatten um eine stärkere liberale Positionierung der Partei und Kritik auch an der von der Parteiführung immer wieder geäußerten Hoffnung, doch in eine Regierungskoalition gelangen zu können, sorgten für Unruhe. Überdies glaubte insbesondere die ÖVP, nach dem Unfalltod ihres Obmanns Schleinzer mit dem neuen Führungsduo Josef Taus und Erhard Busek im Aufwind zu sein. Am Abend der Nationalratswahl vom Oktober 1975 wusste man es dann freilich besser: Das Ergebnis lautete 93 Mandate für die SPÖ, 80 für die ÖVP und 10 für die FPÖ – haargenau gleich, wie es vier Jahre zuvor im Oktober 1971 gelaftet hatte. Kreisky und die SPÖ hatten allen gegenteiligen Vorhersagen zum Trotz die absolute Mehrheit behalten, und auch die FPÖ konnte ihre Position halten, ihr Wahlziel, in die Regierung zu gelangen, aber nicht erreichen. Tatsächlich konnten „Kreisky und sein Team“ unverändert weiterarbeiten, und auch die freiheitliche Parlamentsmannschaft blieb völlig unverändert.

Die folgenden Jahre waren für die Freiheitlichen anfangs von der Wiesenthal-Affäre geprägt, die die FPÖ, insbesondere Bundesparteiobmann Friedrich Peter, monatelang in Bedrängnis versetzte. Einzig in der Frage der Einführung einer Volksanwaltschaft konnten die Freiheitlichen 1977 einen Erfolg verbuchen. Am 14. Februar dieses Jahres wurde vom Nationalrat einstimmig die Einführung der Volksanwaltschaft beschlossen. An der Ausarbeitung des entsprechenden Gesetzestextes war Tassilo Broesigke maßgeblich beteiligt. Die Freiheitlichen hatten ihren Abgeordneten Gustav Zeillinger als Volksanwalt nominiert, im Mai 1977 wurde er einstimmig für dieses Amt gewählt. Diese Position nutzte der FPÖ in hohem Maße, da sich Zeillinger gegenüber seinen Kollegen in der Volksanwaltschaft, Franz Bauer von der ÖVP und Robert Weisz von der SPÖ, glänzend in Szene zu setzen verstand. In der freiheitlichen Nationalratsfraktion allerdings musste das Ausscheiden Gustav Zeillingers schmerzlich verbucht werden. Er, der sich in 24 Jahren als „Mister Parlament“ als Volksvertreter einen großen Namen gemacht hatte, wusste durch seine Schlagfertigkeit, seine Angriffslust und seinen Humor das Bild freiheitlicher Parlamentarier zu prägen. Sein Nachfolger im Nationalratsklub wurde der Salzburger Universitätsassistent Friedhelm Frischenschlager.

In der Legislaturperiode von 1975 bis 1979 waren die Möglichkeiten, eine freiheitliche Handschrift im Nationalrat einfließen zu lassen, wesentlich geringer. Möglich war dies jedenfalls bei der 1975 beschlossenen Verteidigungsdoktrin, die eine Art Festschreibung der Aufgaben des Bundesheers darstellte. Teilerfolge erzielte die FPÖ auch im Rahmen der Geschäftsordnungsreform des Nationalrates, wobei die „Schubladisierung“ von Anträgen verhindert werden sollte und ein Ausbau der Fragestunde durch die Neueinführung sogenannter Zwischenfragen vorgesehen war. Auch bei den großen Reformen des Familienrechts vermochten die Freiheitlichen eigene Vorstellungen einzubringen. So wurde etwa im Bereich des Ehescheidungsrechts auf freiheitliche Initiative das Zerrüttungsprinzip anstelle des Verschuldensprinzips eingeführt, auch die Einführung der einvernehmlichen Scheidung ging auf freiheitliche Anregungen zurück. Tassilo Broesigke, der nach dem Aus-

“
Diese Jahre waren für die Freiheitlichen von der Wiesenthal-Affäre geprägt, die Parteiobmann Peter in Bedrängnis brachte.
”

scheiden Gustav Zeillingers aus dem Parlament zum Vorsitzenden des Justizausschusses gewählt wurde, konnte sich bei der Ausarbeitung dieser Reformen besondere Verdienste erwerben.

Das Zwischenspiel unter Alexander Götz

Die Grazer Gemeinderatswahlen vom Jänner 1978 zeitigten eine Wiederwahl von Alexander Götz zum Bürgermeister der steirischen Landeshauptstadt. Die FPÖ konnte dabei einen Stimmenanteil von rund 25 Prozent erlangen, und allgemein wurde dieser Erfolg von Götz als Signal auch für die Bundes-FPÖ betrachtet. Nach der mehrjährigen

schlug vor, ein neues Führungsmodell zu erarbeiten, damit Götz die Funktion des Grazer Bürgermeisters mit der des freiheitlichen Bundesparteiobmanns vereinbaren könnte. Tatsächlich wurde Alexander Götz dann am 14. Ordentlichen Bundesparteitag im Jahre 1978 zum neuen Bundesparteiobmann der FPÖ gewählt. Er vermochte einen erfolgreichen Nationalratswahlkampf zu führen, um bei den Wahlen am 6. Mai 1979 beträchtliche Stimmengewinne für die FPÖ und ein zusätzliches Mandat zu erzielen. Nun stand es im Nationalrat: 95 Mandate für die SPÖ, 77 für die ÖVP und 11 für die FPÖ. Das Wahlziel von Götz, die absolute Mehrheit der SPÖ zu brechen, war somit auf Grund der Schwäche der Volkspartei vereitelt worden.

Das ja nur ein knappes Jahr dauernde Zwischenspiel unter Alexander Götz brachte also eine Überwindung jener volle 13 Jahre andauernden Phase der Stagnation. In dieser Zeit hatte der freiheitliche Stimmenanteil konstant um die 5,5 Prozent betragen, nun war er auf über 6 Prozent gestiegen, wobei die meisten Zuwächse in der Steiermark, in Tirol, aber auch in Niederösterreich, Wien und Oberösterreich zu verzeichnen waren. Im Parlament gab es nun tatsächlich eine

Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat XV. Gesetzgebungsperiode

Die XV. Gesetzgebungsperiode begann am 5. Juni 1979 und endete am 18. Mai 1983. Nach der Nationalratswahl am 6. Mai 1979 entfielen von 183 Mandaten 95 auf die SPÖ, 77 auf die ÖVP und 11 auf die FPÖ. Während der Legislaturperiode waren 218 Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

Name	Name
Bauer Holger	Murer Gerulf
Broesigke Tassilo	Ofner Harald
Frischenschlager Friedhelm	Peter Friedrich
Götz Alexander	Probst Friedrich
Grabher-Meyer Walter	Steger Norbert
Haider Jörg	Stix Gerulf
Josseck Helmuth	

Obmann-Diskussion rund um die Person von Friedrich Peter kam es nun zu einer entsprechenden Weichenstellung hin zu einer Führungsübernahme durch den Grazer Bürgermeister. Man versprach sich in den freiheitlichen Führungszirkeln davon auch einen gesamtpolitischen Aufschwung für die FPÖ. Interessant war auch die Tatsache, dass die Grazer Volkspartei das Angebot der Sozialisten, den ÖVP-Kandidaten zum Bürgermeister zu machen, abgelehnt hatte, um weiter mit den Freiheitlichen über die Bildung einer kommunalen Regierungskoalition unter Alexander Götz Gespräche zu führen, auch dies erschien im Hinblick auf bundespolitische Zukunftsentscheidungen ein Signal zu sein.

Die Schwierigkeit dabei war, dass Alexander Götz selbst nicht Parteiobmann werden wollte, weil seine persönliche Priorität beim Amt des Grazer Bürgermeisters lag. Daraufhin sagten ihm alle freiheitlichen Landesparteiobmänner volle Unterstützung zu, und Friedrich Peter selbst



Alexander Götz: Sein Zwischenspiel brachte die Überwindung der 13 Jahre dauernden Stagnation der Partei

„freiheitliche Elf“, die wiederholt das Wahlziel Friedrich Peters gewesen war. Diese Elf stellte nunmehr die jüngste Mannschaft im Parlament. Zwar waren die routinierten Abgeordneten mit Friedrich Peter, Josseck, Broesigke und Stix auch noch vertreten, als Jungparlamentarier aber zogen Norbert Steger für Wien, Jörg Haider für Kärnten, Friedhelm Frischenschlager für Salzburg und der Vorarlberger Walter Grabher-Meyer in den Nationalrat ein. Und auch Bundesparteiobmann Alexander Götz wurde Mitglied der Nationalratsfraktion. Mit Gerulf Murer gab es einen zweiten steirischen Abgeordneten, womit erstmals seit dem Ausscheiden des Kärntners Robert Scheuch im Jahre 1966 wieder ein Bauer in der freiheitlichen Parlamentsriege vertreten war. Zum Klubobmann wurde nominell Alexander Götz gewählt, Friedrich Peter sollte allerdings als geschäftsführender Klubobmann die reale Leitung des Nationalratsklubs haben. Klubobmannstellvertreter wurde Tassilo Broesigke.



**Alexander Götz
resignierte im
Dezember 1979 als
Parteiohmann:** In
der Folge gelangte
Norbert Steger an
die Parteispitze

Auf die Regierung des wiedergewählten Bundeskanzlers Bruno Kreisky erfolgte im Jänner 1979 die Erklärung der Opposition, die Bundesparteiobmann Alexander Götz abgab. In der Folge fiel im Parlament auch die Entscheidung über den später so heiß umstrittenen Bau des UNO-Konferenzentrums im Wiener Donaupark. Dabei stimmte die FPÖ dagegen, weil die immensen Kosten ihrer Ansicht nach eine zu große Belastung für den Steuerzahler darstellen würden. All diese Argumente wurden schließlich im Mai 1982 beim Volksbegehren gegen den Bau des UNO-Konferenzentrums von 1,6 Millionen Österreichern unterschrieben.

Nachdem Alexander Götz in seiner Mehrfachfunktion als Grazer Bürgermeister, Bundesparteiobmann und Klubobmann im Nationalrat sichtlich

überfordert war und die Partei sich trotz ihrer neuen Stärke im Parlament nicht wirklich zu profilieren vermochte, überdies das neue Führungsmodell mit dem Generalsekretär Helmut Krünes an der Seite von Götz nicht wirklich funktionierte, resignierte Alexander Götz schließlich am 1. Dezember 1979 als Parteiobmann. Unter seiner Führung hatte sich die FPÖ wieder eher auf einen bürgerlichen Kurs und eine Annäherung an die Volkspartei hin orientiert. Mit der Führung der Partei wurde nunmehr der Landesparteiobmann von Oberösterreich Horst Schender beauftragt, der zudem die Vorbereitungen für den außerordentlichen Bundesparteitag zu treffen hatte, auf dem ein neuer Obmann gewählt werden sollte. Bewerber für das höchste Parteiamt waren der niederösterreichische Landesparteiobmann Harald Ofner und der Wiener Landesparteiobmann Norbert Steger. Auf das Nationalratsmandat von Alexander Götz, das dieser niederlegte, um sich voll seinen Grazer Aufgaben zu widmen, folgte der Steirer Fritz Probst nach.

Das liberale Experiment unter Norbert Steger

Am außerordentlichen Bundesparteitag am 2. März 1980 im Linzer Brucknerhaus wurde schließlich Norbert Steger mit 55,3 Prozent gegen Harald Ofner mit 44,6 Prozent zum neuen Bundesparteiobmann der FPÖ gewählt. Der von Anfang an eher umstrittene neue 35-jährige Bundesparteiobmann sollte den Versuch unternehmen, die FPÖ auf einen dezidiert liberalen Kurs zu führen und damit das alte Ziel Friedrich Peters, in einer Koalition mit den Sozialisten in die Bundesregierung zu kommen, zu realisieren. Vorerst aber hatte die Partei einen Bundesprä-

sidentschaftswahlkampf zu führen, in dem es Willfried Gredler schließlich gelang, mehr als 750.000 Stimmen und damit ein besseres Ergebnis als seinerzeit der freiheitliche Hofburg-Kandidat Burghard Breitner zu erzielen.

Die freiheitliche Nationalratsfraktion war über all die Wirren der Obmandiskussion und der Neuorientierung der Partei hinweg stets funktionsfähig geblieben. Die endgültige Zusammensetzung des neuen Parlamentsklubs stand erst im Sommer 1980 fest: Nachdem der Steirer Fritz Probst für Alexander Götz nachgerückt war, schied Tassilo Broesigke aus dem Klub aus, da er in der Nachfolge von Jörg Kandutsch zum neuen Rechnungshofpräsidenten gewählt worden war. Das Nationalratsmandat von Broesigke übernahm Holger Bauer, der Stellvertreter Norbert Stegers als Wiener Landesparteiobmann. Damit bildete der freiheitliche Nationalratsklub mit einem Durchschnittsalter von 43 Jahren die jüngste Parlamentsfraktion. Zum Obmann des Justizausschusses des Nationalrates wurde in der Nachfolge von Tassilo Broesigke Norbert Steger gewählt. Das Ausscheiden des altgedienten Parlamentarier Broesigke bedeutete tatsächlich eine Zäsur für die parlamentarische Arbeit der FPÖ. Mit ihm verlor der Klub einen der hervorragendsten Experten für Rechtsstaat, Verfassung und Steuerrecht, der durch seine



Mitarbeit an bedeutenden Gesetzeswerken wie der Wahlrechtsreform, der Familienrechtsreform, der Volksanwaltschaft, der Medienrechtsreform und anderer Parlamentsgeschichte gemacht hatte.

Im Gegensatz zu Alexander Götz und auch zu Friedrich Peter war für Norbert Steger seine Abgeordnetentätigkeit im Parlament Ausgangspunkt seiner politischen Karriere. Nach der Nationalratswahl von 1979 versuchte er, sich zuerst als außenpolitischer Sprecher der Fraktion zu profilieren, wobei er sich mit besonderer Aufmerksamkeit Österreichs Europapolitik widmete. Als im Frühjahr 1980 der Skandal rund um das Wiener Allgemeine Krankenhaus Schlagzeilen machte, wusste Norbert Steger die Gunst der Stunde zu nutzen, indem er die FPÖ verstärkt als Kontrollpartei in Szene setzte. Am 9. Mai 1980 wurde Steger zum Vorsitzenden des AKH-Untersuchungsausschusses des Nationalrates gewählt. Als dieser Ausschuss nach einjähriger Dauer, 42 Sitzungen und der Vernehmung von 104 Zeugen und zahlreichen Lokalaugenscheinen seine Tätigkeit abschloss, war die Volkspartei nicht bereit, einem gemeinsamen Abschlussauschussbericht zuzustimmen. Bislang hat es in Österreich wohl noch nie eine so gründliche und umfangreiche Untersuchung eines Skandalfalls gegeben wie im Falle des AKH, dennoch blieb vieles ungeklärt. So hatte sich Steger zu weit vorgewagt, als er gleich zu Beginn der Untersuchung den Verdacht geäußert hatte, es

**Die freiheitlichen
Kandidaten für
die Nationalrats-
wahl 1983**

seien beim AKH im Verhältnis 2:1 Parteispenden an SPÖ und ÖVP geflossen. Hinweise auf Schmiergeldzahlungen, die dann ja auch zu Schuldsprüchen bei allen zwölf Angeklagten im ersten AKH-Prozess führten, gab es allerdings genug. Die Querverbindungen zu den politischen Parteien blieben allerdings im Dunkeln.

Zu profilieren vermochte sich im Zuge des AKH-Skandals auch die Wiener Untersuchungsrichterin Helene Partik-Pablé. Sie ließ sich weder durch die Staatsanwaltschaft noch durch den sozialistischen Justizminister Christian Broda davon abbringen, die Untersuchungshaft dort zu verhängen, wo es im Interesse einer lückenlosen Aufklä-

Weiterentwicklung der direkten Demokratie. Diese blieb in ihrer Wirksamkeit allein schon dadurch begrenzt, weil es der Parlamentsmehrheit freistand, Volksbegehren anzunehmen oder abzulehnen. Diesbezüglich setzte die FPÖ mit ihrem Antrag, dass ein vom Nationalrat abgelehntes Volksbegehren einer Volksabstimmung zu unterziehen sei, ein Signal. Das Volksbegehren gegen den Bau des UNO-Konferenzentrums im Mai 1982 führte die Berechtigung dieser Initiative eindrucksvoll vor Augen, trotz mehr als 1,3 Millionen Unterstützungsunterschriften blieb es der sozialistischen Parlamentsmehrheit unbenommen, dieses Volksbegehren schlicht abzulehnen.

Der Parlamentsklub während der rot-blauen Regierung

Im Wahlkampf für die Parlamentswahlen 1983 präsentierte sich die FPÖ insbesondere als Kontroll- und Veränderungspartei, um dringend notwendige Reformen wie etwa im Bereich des Staatshaushalts herbeizuführen. Am 24. April 1983 vermochten dann die Freiheitlichen mit nur 5 Prozent das schwächste Ergebnis ihrer bisherigen Geschichte einzufahren, um doch mit 12 Abgeordneten den stärksten Parlamentsklub seit ihrer Gründung bilden zu können. Zu den bereits bewährten Abgeordneten Friedrich Peter, Helmuth Josseck, Harald Ofner, Fritz Probst, Gerulf Stix und Norbert Steger sowie Holger Bauer, Friedhelm Frischenschlager, Walter Grabher-Meyer und Jörg Haider kamen der Oberösterreicher Hermann Eigruber dazu sowie sein Landsmann Norbert Gugerbauer, der Salzburger Helmut Haigermoser, der Niederösterreicher Josef Hintermayer, der Kärntner Alois Huber, die Wiener Hilmar Kabas und Helene Partik-Pablé sowie Peter Ortner. Ein Teil von ihnen erst, nachdem mit Norbert Steger, Harald Ofner, Friedhelm Frischenschlager, Gerulf Murer und Holger Bauer sowie dem Kärntner Landesrat Mario Ferrari-Brunnenfeld sechs freiheitliche Persönlichkeiten in die Bundesregierung, gebildet aus SPÖ und FPÖ, eintreten konnten.

“
Zum zweiten Mal in der Zweiten Republik wurde mit Gerulf Stix ein Vertreter des Dritten Lagers zum Nationalratspräsidenten gewählt.
 ”

Überdies sollte wieder ein Freiheitlicher in das Nationalratspräsidium aufrücken. Ursprünglich war Friedrich Peter im Gespräch, der wegen seiner Vergangenheit als SS-Offizier trotz erwiesener persönlicher Unschuld dem medialen Druck weichen musste. Dennoch wurde zum zweiten Mal in der Zweiten Republik ein Vertreter des nationalliberalen Lagers zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt – die Wahl fiel auf Gerulf Stix, den freiheitlichen Landesparteiobmann von Tirol. Klubobmann blieb bis 1986 Friedrich Peter, der mit dem Freiheitlichen Parlamentsklub bestrebt war, die Initiativen der freiheitlichen Regierungsmitglieder zu unterstützen. Die im Mai 1983 angetretene rot-blaue Regierung hatte keine leichte Aufgabe vor sich: Sie musste verhindern, dass das Budgetdefizit die 100-Milliarden-Schilling-Grenze überschritt, dass die Pensionsversicherung unfinanzierbar wurde und dass sich die Lage im Bereich der verstaatlichten Industrie noch hoffnungsloser entwickelte und vieles andere mehr. Dazu waren zweifellos unpopuläre Maßnahmen erforderlich, die den Freiheitlichen bei den Wählern und bei der Parteibasis sehr negativ zu Buche schlugen.

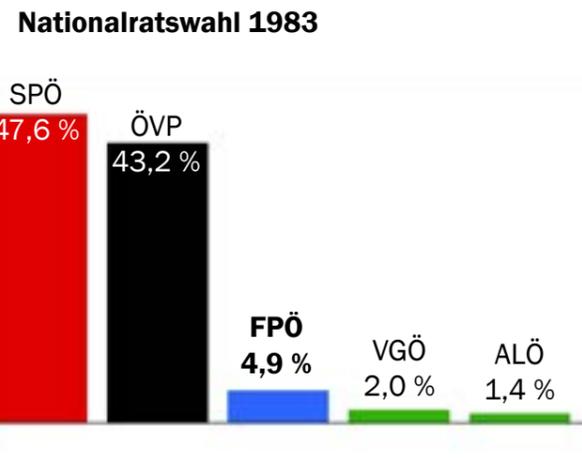
Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat XVI. Gesetzgebungsperiode

Die XVI. Gesetzgebungsperiode begann am 19. Mai 1983 und endete am 16. Dezember 1986. Nach der Nationalratswahl vom 24. April 1983 entfielen von den 183 Mandaten 90 auf die SPÖ, 81 auf die ÖVP und 12 auf die FPÖ. Während der Legislaturperiode waren 224 Mandatäre Mitglied des Nationalrates.

Name	Name
Bauer Holger	Josseck Helmuth
Eigruber Hermann	Kabas Hilmar
Frischenschlager Friedhelm	Ofner Harald
Grabher-Meyer Walter	Ortner Peter
Gugerbauer Norbert	Partik-Pablé Helene
Haider Jörg	Peter Friedrich
Haigermoser Helmut	Probst Friedrich
Hintermayer Josef	Steger Norbert
Huber Alois	Stix Gerulf

rung als notwendig erschien. Letztlich gab die parlamentarische Untersuchung des AKH-Skandals den Anstoß zur Schaffung eines neuen Anti-Korruptionsgesetzes und eines Vergabegesetzes. Die Bedeutung der FPÖ als Kontrollpartei wurde jedenfalls dadurch der Bevölkerung deutlicher bewusst als je zuvor. Auch die umsichtige Vorsitzführung von Holger Bauer, der den parlamentarischen Untersuchungsausschuss um die Vorkommnisse rund um die Wohnbaugesellschaft OST (WBO) leitete, trug dazu bei, den Ruf der Freiheitlichen als Kontrollpartei zu verstärken.

Aber auch als Veränderungs- und Demokratisierungspartei vermochten sich die Freiheitlichen in diesen Jahren zu profilieren. Seit ihrer Gründung war es der FPÖ ein Anliegen, die demokratischen Mechanismen im Lande zu stärken. So setzte man immer wieder auf eine





Schon wenige Wochen nach der Nationalratswahl stand die neue Regierungsmannschaft: Die

FPÖ stellte mit Harald Ofner (3. v. l.) den Justizminister, mit Norbert Steger den Vizekanzler und Minister für Handel, Gewerbe und Industrie sowie mit Friedhelm Frischenschlager den Verteidigungsminister.

Rechts Staatssekretär Gerulf Murer, links die Staatssekretäre Mario Ferrari-Brunnenfeld und Holger Bauer

Zu einem Wechsel in der Klubführung kam es, als Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager wegen der sogenannten „Reider-Affäre“ zurücktreten musste und in den Nationalrat wechselte. Frischenschlager sollte bis zum Ende der Legislaturperiode und der Obmannschaft Norbert Stegers Klubobmann bleiben.

Honoratiorenpartei, Zünglein an der Waage und Mehrheitsbeschaffer

Das politische Wirken der Freiheitlichen in den ersten dreißig Jahren des Bestehens der Partei von 1956 bis 1986 und insbesondere die Präsenz freiheitlicher Parlamentarier im Nationalrat sind insgesamt geprägt vom Kampf ums politische Überleben. In den ersten Wahlen des Jahres 1956 bis hin zu den Parlamentswahlen von 1983 schrammte die FPÖ immer haarscharf am Scheitern an der für den Einzug in den Nationalrat notwendigen Prozenzhürde vorbei. Zwar vermochte die Wahlrechtsreform von 1971, für die die Freiheitlichen in den ersten 15 Jahren ihres Bestehens gekämpft hatten, eine gewisse Existenzsicherung der FPÖ herbeizuführen, aber immer wieder war es nur mit Hilfe des freiheitlichen Grundmandats in Kärnten gesichert, dass sich der dann doch um die zehn Abgeordnete zählende Parlamentsklub formieren konnte. Das Zwischenspiel unter Alexander Götz zeitigte zwar einen gewissen Wählerzuwachs, ihr Ziel, mitzuregieren, vermochte die FPÖ allerdings dann erst unter Norbert Steger – wenn auch mit dem schwächsten aller bisherigen Wahlergebnisse – durchzusetzen.

Abgesehen davon aber waren die freiheitlichen Parlamentarier vom Anbeginn ihres Wirkens in den späten 1950er-Jahren über die 60er-Jahre und dann die Ära Kreisky zweifellos Vertreter eines qualitativ hochstehenden Parlamentarismus. Legendar waren die freiheitlichen Parlamentarier der frühen Phase. Ein Willfried Gredler, ein Gustav Zeillinger, ein Tassilo Broesigke, ein Jörg Kandutsch, ein Otto Scrinzi – sie waren und sind vielen Österreichern, auch solchen, die mit der FPÖ politisch nicht viel zu tun haben, bis zum heutigen Tag ein Begriff. Wahre politische Persönlichkeiten von Gewicht, hervorragende Rhetoriker und schlichtweg fleißige Abgeordnete vermochten das Bild einer Partei zu prägen, die über lange Jahre das Zünglein an der Waage sein sollte und die schließlich unter der Führung Friedrich Peters ein gewisses Naheverhältnis zu Bruno Kreisky und der von ihm geführten SPÖ entwickelte.

Der Versuch Norbert Stegers, die FPÖ in eine „lupenrein-liberale Partei“ zu verwandeln, war zwar von wenig Erfolg gekrönt, er konnte aber nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ im Jahre 1983 beweisen, dass die Freiheitlichen auch mit geringer Wählerunterstützung in der Lage waren, hervorragende Abgeordnete zu stellen und auch hervorragende Regierungsarbeit zu leisten. Die prägenden Persönlichkeiten des freiheitlichen Parlamentarismus waren nach den bereits genannten populären Honoratioren-Abgeordneten zweifellos parlamentarische Strategen wie Emil van Tongel, wie Willfried Gredler und dann eben Friedrich Peter. Fortgeführt wurde diese erfolgreiche freiheitliche Politik im Parlament von Politikern wie Harald Ofner und Norbert Steger. Alexander Götz, der zwar einen für diese drei Jahrzehnte beeindruckenden Höchststand an Wählern anzusprechen vermochte, gehörte wohl nicht zu den leidenschaftlichsten Parlamentariern der Partei. Er war letztlich – auch während seiner einjährigen Funktion als Bundesparteiobmann – Grazer Bürgermeister, und das mit Leidenschaft und großem Erfolg.

Von Anbeginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit kämpften die Freiheitlichen gegen den unkontrollierten Machtanspruch des schwarz-roten und später rot-schwarzen Proporzsystems: zuerst gegen die große Koalition und dann gegen die Allmachtsansprüche der alleinregierenden Altparteien, zuerst der ÖVP und dann über lange Jahre der SPÖ. Die Regierungsbeteiligung, die man im Jahre 1983 schließlich zustande brachte, wurde von vielen damaligen freiheitlichen Zeitgenossen, insbesondere vom Kreis um Norbert Steger, verständlicherweise als Krönung einer nahezu dreißigjährigen politischen Arbeit empfunden. Dass sie aus einer Position der Schwäche mit nur geringer parlamentarischer Unterstützung allzu leicht vom sozialistischen Koalitionspartner benützt und auch missbraucht werden konnte, hat sich erst im Nachhinein herausgestellt. Für diese Phase der FPÖ-Geschichte, also von der Gründung der Partei bis zumindest zum Regierungseintritt 1983, war der Parlamentsklub jedenfalls das eigentliche Macht- und Schaltzentrum der gesamten Gesinnungsgemeinschaft. ♦

“
Von der Gründung 1956 bis zum Regierungseintritt 1983 war der Parlamentsklub das eigentliche Zentrum der Freiheitlichen Partei.
 ”

VI

**DAS DRITTE LAGER
KEHRT ZURÜCK**

DER VDU IM PARLAMENT

1949 – 1956

Der Verband der Unabhängigen und seine national-liberalen Abgeordneten

Bei der Wiedergründung der Republik nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches war das nationalliberale Lager bekanntlich vom politischen Geschehen weitgehend ausgeschlossen. Nachdem die alliierten Besatzungsmächte zu Beginn nicht bereit waren, zwischen dem Nationalsozialismus und nationalfreier Gesinnung zu differenzieren, war eine Parteigründung des Dritten Lagers in den ersten Nachkriegsjahren ausgeschlossen. Rund ein Viertel der österreichischen Bevölkerung, nämlich die ehemaligen Mitglieder der NSDAP und der nationalsozialistischen paramilitärischen Verbände – auch die sogenannten Minderbelasteten – samt ihren Familienmitgliedern waren von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen.

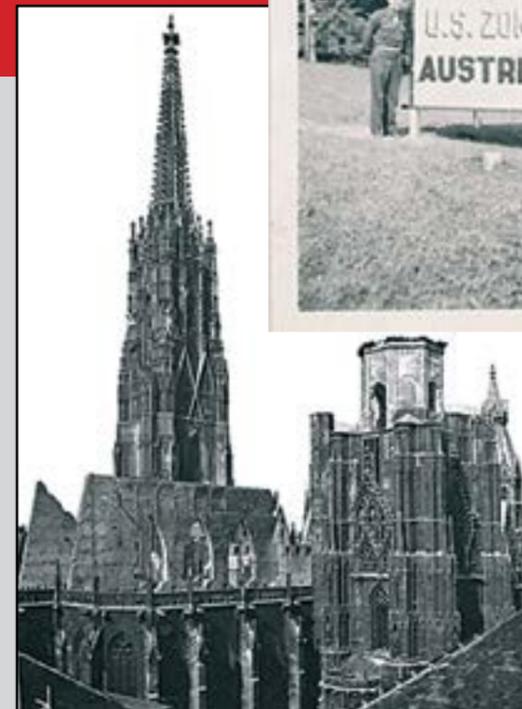
Erst im Jahre 1948 kam es zur Veränderung der Situation, als am 27. Februar der sowjetische Oberbefehlshaber Tolbuchin erklärte, er sei für eine Amnestie der kleinen Parteigenossen, also der minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten, worauf das Parlament doch eine Reihe von Amnestiegesetzen beschloss. Damit wurde diesen Minderbelasteten auch das Wahlrecht wieder zugestanden.

Kurz davor, im Dezember 1947, hatte man die Währungsreform durchgeführt und damit für den Beginn einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation im Lande gesorgt. Im Frühjahr 1948 kam dann die große Hilfe durch den amerikanischen Marshallplan, und im Sommer 1948 wurde ein wirtschaftliches Wiederaufbaugesetz nach dem anderen erlassen: zuerst das Wohnungswiederaufbaugesetz, dann die Stützung der landwirtschaftlichen Preise. So kam es zu einer allmählichen Normalisierung in der jungen Zweiten Republik.

Die Gründer des VdU

Mit den beiden nicht durch eine nationalsozialistische Vergangenheit belasteten Journalisten Herbert Alois Kraus und Viktor Reimann fanden sich nunmehr zwei Parteigründer, die es verstanden, mit geschicktem Taktieren – auch im Hinblick auf die westlichen Besatzungsmächte – eine neue politische Bewegung aus der Taufe zu heben, die sich in der Lage sah, die Traditionen des nationalliberalen Lagers wieder aufzugreifen. Zwar wurde der Verband der Unabhängigen, wie die neue Bewegung genannt wurde, von Herbert Alois Kraus keineswegs als Wiederbelebung des traditionellen nationalliberalen Lagers gedacht,

Nachkriegszeit in Österreich: ausgebombt, NS-belastet kommt der Wiederaufbau mit Hilfe des Marshallplans langsam in Schwung





Soziales Manifest des VdU

sondern eher als locker strukturierte Reformbewegung, die die herkömmlichen Lager und Parteigrenzen überwinden sollte.

Kraus formulierte dies selbst später (in einer Publikation des freiheitlichen Bildungswerks) folgendermaßen: „Die wirtschaftliche Normalisierung, zusammen mit dem Umstand, dass man sich politisch wieder rühren konnte, hat dazu geführt, dass Gespräche und Überlegungen zur Gründung einer neuen Partei angestellt wurden. Soweit ich an diesen Gesprächen teilgenommen habe, habe ich die Idee vertreten, der neuen Generation, das heißt den Menschen zwischen 25 und 40 Jahren, also vor allem den Heimkehrern, ein politisches Ziel hinzustellen, das es vorher nicht gegeben hat, also eine ganz neu profilierte Kraft zu entwickeln. Meine zweite Idee war es, auch den ehemaligen Nationalsozialisten, die man ja nicht im Gedankenkreis des NSDAP-Programmes lassen konnte, eine neue Richtlinie zu geben. Ich habe vor Augen gehabt, all diese Gruppen in das liberale Lager zu führen. Das dritte Ziel war, den übermächtigen zwei Parteien, die eine feste Koalition bildeten, welche wie ein einheitlicher Körper vorging und schon Anzeichen einer stillen Diktatur zeigte, eine Gegenmacht entgegenzusetzen. Das waren die ideellen Ziele.“

Und weiter führte der Parteigründer aus: „Die praktischen Ziele waren, die absolute Mehrheit einer der beiden Parteien zu verhindern. Das ist dann auch gelungen: Der VdU hat im Jahr 1949 in den drei westlichen Zonen Österreichs ca. 20 Prozent aller Stimmen bekommen. Im Osten, wo unsere Wahlwerbung zum Teil mit brutaler Gewalt behindert wurde, hatten wir nur 4 Prozent. Das ergab im gesamtösterreichischen Durchschnitt 12 Prozent und im Parlament 16 Mandate. Auf diese Weise haben wir mit rechts eine Mehrheit von 56 Prozent und mit den Sozialisten eine solche von 51 Prozent gehabt. Ein weiteres taktisches Ziel war es, eine Partei aufzubauen, die sich vornehmlich aus der Elite verschiedener Stände, aus den sogenannten Aufsteigern rekrutierte. Auch das ist zu einem überraschend hohen Grad gelungen. Ich habe in meinen vielen Wahlversammlungen und den anschließenden Gesprächen immer wieder festgestellt, dass zu uns vor allem diejenigen gekommen sind, welche die modernsten aufgeschlossensten Bauern oder am persönlichen Aufstieg interessierten Facharbeiter und Angestellte gewesen sind, also eben diese ‚Aufsteiger‘, die durch ihre

Fortsetzung auf Seite 177 ►

Nationalratswahl in Österreich 1949

Wahlwerber	Stimmen	Anteil		Mandate	
		1949	±	1949	±
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1.846.581	44,0 %	-5,8 %	77	-8
Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)	1.623.524	38,7 %	-5,9 %	67	-9
Wahlpartei der Unabhängigen (WdU)	489.273	11,7 %	n.k.	16	+16
Kommunistische Partei Österreichs u. Linkssozialisten (Linksblock)	213.066	5,1 %	-0,3 %	5	+1
Demokratische Union (DU)	12.059	0,28 %	n.k.	0	-
Vierte Partei	7.134	0,17 %	n.k.	0	-
Demokraticnafrontadelovnegnaljudstva (DF)	2.088	0,04 %	n.k.	0	-
Demokratische Partei Österreichs (DPÖ)	5	0,00 %	n.k.	0	-
Wirtschaftspartei der Haus- und Grundbesitzer (Wirtschaftspartei)	3	0,00 %	n.k.	0	-
Österreichische Patriotische Union (ÖPU)	0	0,00 %	n.k.	0	-

n.k. = nicht kandidiert

Die Abgeordneten des VdU – Verband der Unabhängigen

Gesetzgebungsperiode vom 8. November 1949 bis 18. März 1953

Auf Grund der Wahl vom 9. Oktober 1949 konnte der VdU folgende Vertreter in den Nationalrat entsenden:

- Buchberger Adalbert, Dr. Dipl.-Ing., Ziv.-Ing., Steiermark
- Ebenbichler Gerhard, Kfm., Tirol
- Gasselich Anton, Dr. Prof., Niederösterreich, gestorben am 9. Februar 1953
- Gruber Alois, Kraftfahrer, Kärnten
- Hartleb Karl, Bkzl. a. D. Ldw., Steiermark
- Huemer Oskar, Bmtr., Oberösterreich, am 1. März 1950 aus der Fraktion ausgeschieden
- Klautzer Franz, Verleger, Steiermark
- Kopf Rudolf, Dr. Bmtr. i. R., Vorarlberg
- Kraus Herbert, Dr., Volkswirtsch., Oberösterreich
- Neumann Anton, Prof. i.R., Oberösterreich
- Neuwirth Thomas, Gew.-Sekr., Salzburg, am 12. Dezember 1952 aus der Fraktion ausgeschieden
- Pfeifer Helfried, Dr. Univ.- Prof. a. D., Wien
- Rammer Hans, Lagerhaus-Dir. a. D., Oberösterreich
- Reimann Viktor, Dr., Red., Oberösterreich
- Scheuch Robert, Dr., Bauer, Kärnten
- Stüber Fritz, Dr., Schriftsteller, Wien

Nationalratswahl in Österreich 1953

Wahlwerber	Stimmen	Anteil		Mandate	
		1953	±	1953	±
Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)	1.818.517	42,1 %	+3,4 %	73	+6
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	1.781.777	41,3 %	-2,7 %	74	-3
Wahlpartei der Unabhängigen (WdU)	472.866	10,9 %	-0,8 %	14	-2
Wahlgemeinschaft Österreichische Volksoption (VO)	228.159	5,28 %	+0,2 %	4	-1
Überparteiliche Einigung der Mitte, Wahlgemeinschaft parteiloser Persönlichkeiten	5.809	0,13 %	n.k.	0	-
Christlich-demokratische Partei (Krskanskademokratskastranka)	3.668	0,08 %	n.k.	0	-
Christlichsoziale Partei und Parteifreie Persönlichkeiten	3.029	0,07 %	n.k.	0	-
Wahlpartei Freie Demokraten	2.573	0,06 %	n.k.	0	-
Bund der österreichischen Monarchisten	1.210	0,03 %	n.k.	0	-
Österreichische National-Republikaner und Parteilose	1.054	0,02 %	n.k.	0	-
Österreichische Patriotische Union	26	0,0 %	n.k.	0	-

n.k. = nicht kandidiert



Der Nationalratsklub des VdU

Leistungen vorwärts kommen wollten.“ Soweit Herbert Alois Kraus.

Tatsächlich war die junge Partei-gründung im Süden der Republik weiterhin stark vom alten Landbund geprägt, während sie im Westen des Bundesgebiets viele Berührungspunkte zum alten, katholischen, konservativen und monarchistischen Bereich aufzuweisen hatte. Insgesamt sollte sie in der Folge von einem überraschend großen Zustrom aus dem Arbeiterbereich profitieren. Kraus ging allerdings in seiner strategischen Zielsetzung von ähnlichen Zielvorstellungen aus, wie sie die ÖVP damals hatte. Nämlich von einer Verhinderung einer linken Mehrheit, die – so fürchtete man damals – zu einer kommunistischen Machtergreifung führen könnte.

Naturgemäß war mit dem Wiedereintritt der ehemaligen minderbelasteten Nationalsozialisten in die politische Landschaft der Republik auch ein gewisses Buhlen aller politischen Kräfte um diese Wählerschaft verbunden. Die Österreichische Volkspartei, aber auch die Sozialdemokratie waren sich in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren keineswegs zu gut, ganz offen um ehemalige nationalsozialistische Stimmen zu buhlen. Im „Bund Sozialistischer Akademiker“ beispielsweise entwickelte sich geradezu ein Auffangbecken für ehemalige Nationalsozialisten. Insbesondere in Kärnten – man entsinne sich des „hochkarätigen Hitlerjungen“ Leopold Wagner – wurden viele Nationalsozialisten nunmehr zu Sozialisten. Umgekehrt war es in der Steiermark, wo die ÖVP über weite Strecken ihrer Entwicklung in der jungen Zweiten Republik gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten sehr offen war.

Dementsprechend ablehnend reagierte man bei den beiden Regierungsparteien gegenüber den Versuchen, wieder eine eigenständige Partei des Dritten Lagers zu begründen. Während die ÖVP eine Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers befürchtete, unterstützte die SPÖ, namentlich Innenminister Oskar Helmer, zuerst die Gründung des VdU. Nachdem allerdings bei der zweiten freien Nationalratswahl im Jahre 1949 die vom VdU getragene „Wahlpartei der Unabhängigen“ mit 11,7 Prozent der Stimmen beiden Großparteien im gleichen Ausmaß Stimmen abnahm, musste man auf Seiten der SPÖ erkennen, dass das Kalkül einer Spaltung des bürgerlichen Lagers nicht aufgegangen war. Dies war wohl auch der Grund, warum bei den darauffolgenden Nationalratswahlen des Jahres 1953 der VdU sowohl von ÖVP-Seite als auch von SPÖ-Seite auf das Schärfste bekämpft wurde.



Herbert A. Kraus



Viktor Reimann

Partei Gründung und erster Wahlerfolg

Am 26. März 1949 fand die eigentliche konstituierende Generalversammlung des VdU in der Salzburger Fronburg statt. Diese vierte Partei musste allerdings als Verein angemeldet werden, da aufgrund der alliierten Lizenzen in Österreich nur drei Parteien zugelassen waren. Auch der Nachfolger des VdU, die FPÖ, war letztlich bis zum Parteiengesetz von 1975 nur als Verein konstituiert. Dem neu gegründeten Verband blieb nur eine kurze Zeit für die Vorbereitung der Nationalratswahl am 9. Oktober 1949. Die Zulassung zur Wahl konnte bei den Alliierten durchgesetzt werden, weil es sich als Glück erwies, dass die Sowjetunion in ihrem Bereich die Kandidatur der „Demokratischen Union“ des linkskatholischen Prof. Dobretsberger durchsetzen wollte. Aus diesem Grund wurden in den Verhandlungen beide Verbände zugelassen. Allerdings konnte der VdU nicht als VdU kandidieren, sondern musste aus verfassungsrechtlichen Gründen als „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) antreten. Dies brachte zusätzliche Schwierigkeiten mit sich.

Im Wahlkampf ging es vor allem um die minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten, die nach der Amnestie vom 21. April 1948 wieder wahlberechtigt waren, sowie um die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft und die Volksdeutschen. Auch die ÖVP bemühte sich um Kontakte zu ehemaligen führenden Nationalsozialisten in

Oberweis, wobei der spätere Zweite Nationalratspräsident Alfred Maleta die Verhandlungen führte.

Die Sozialisten pflegten durch Innenminister Oskar Helmer sehr gute Kontakte zum „Gmundner Kreis“ ehemaliger NS-Spitzenfunktionäre, die inzwischen ein Naheverhältnis zum amerikanischen CIC aufgebaut hatten. Die ÖVP versuchte, die Kandidatur des VdU bis zur letzten Minute zu hintertreiben, da sie große Verluste befürchtete, wenn eine zweite nichtsozialistische Partei kandidierte.

Mit dem Wiedereintritt des nationalliberalen Lagers in das innenpolitische Geschehen der Zweiten Republik setzte schlagartig jene Verteufelung ein, die den VdU – und danach seine Nachfolgeorganisation, die FPÖ – als „nazistisch und faschistoid“ denunzierte und als Sammelbecken für alte und neue Nazis darstellen wollte. Unterschlagen wurde dabei stets, dass das Gros der ehemaligen Angehörigen der NSDAP spätestens in den 1950er-Jahren bei den beiden öster-



Erste Ausgabe „Neue Front“

Gustav Zeillinger



Gustav Zeillinger

Nach der Matura an einem humanistischen Gymnasium in Wien im Jahr 1936 ging er als Einjährig-Freiwilliger zum Österreichischen Bundesheer. Ab 1937 studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Wien, das er schon 1940 als Referendar abschloss. Im selben Jahr wurde er zur deutschen Wehrmacht einberufen und kam zu Kriegsende als Oberleutnant einer Panzerklärungseinheit nach Salzburg. Hier fand er einen beruflichen Beginn als Richteramtsanwärter, gründete mit einigen Kollegen den Salzburger Juristenverband und arbeitete ab 1948 als Strafverteidiger und Rechtsanwalt. Diesen Beruf übte er bis zu seiner Emeritierung im Jahr

1987 aus. Von 1983 bis 1993 war er Präsident des Vereins österreichischer Steuerzahler. Für die „Kronen Zeitung“ arbeitete er ab 1983 mehrere Jahre lang als Steuer-Ombudsmann. 1950 wurde er Landesobmann des ein Jahr zuvor gegründeten Verbandes der Unabhängigen (VdU) Salzburg und 1956 als Gründungsmitglied der Nachfolgeorganisation FPÖ deren Salzburger Landesparteiobmann. Von 1959 bis 1978 bekleidete er die Funktion des Stellvertreters des FPÖ-Bundesparteiobmanns.

1953 gehörte er für kurze Zeit als Abgeordneter dem Salzburger Landtag an. Zwischen 1953 und 1977 war er einer der längst dienenden Abgeordneten zum österrei-

chischen Nationalrat (VII. bis XIV. Gesetzgebungsperiode) und bald durch seine rednerische Brillanz bekannt. Als Mitglied des Landesverteidigungsrates konnte er zu einigen Reformen des Bundesheeres beitragen und als Vorsitzender des parlamentarischen Justizausschusses (1970 bis 77) maßgeblich an der Strafrechtsreform unter Justizminister Christian Broda mitwirken.

Als Anfang 1977 das Amt des Bundes-Volksanwalts eingeführt wurde, wurde er für sechs Jahre in diese Funktion gewählt, gemeinsam mit Franz Bauer (ÖVP) und Robert Weisz (SPÖ). Sein Nachfolger in diesem Amt wurde Mitte 1983 der FPÖ-Mandatar Helmuth Josseck.

Thomas Neuwirth

Neuwirth (1. September 1905 in Hollabrunn; † 14. November 1988 in Salzburg) war von 1949 bis 1953 VdU-Abgeordneter zum Nationalrat. Er besuchte nach der Volksschule ein Realgymnasium und absolvierte danach die Handelsakademie. In der Folge studierte er ab 1928 nebenberuflich Rechtswissenschaften an der Universität Wien und schloss sein Studium 1932 mit der letzten Staatsprüfung, jedoch ohne akademischen Grad ab, was sich im gelegentlichen Namenszusatz abs. iur. widerspiegelt.

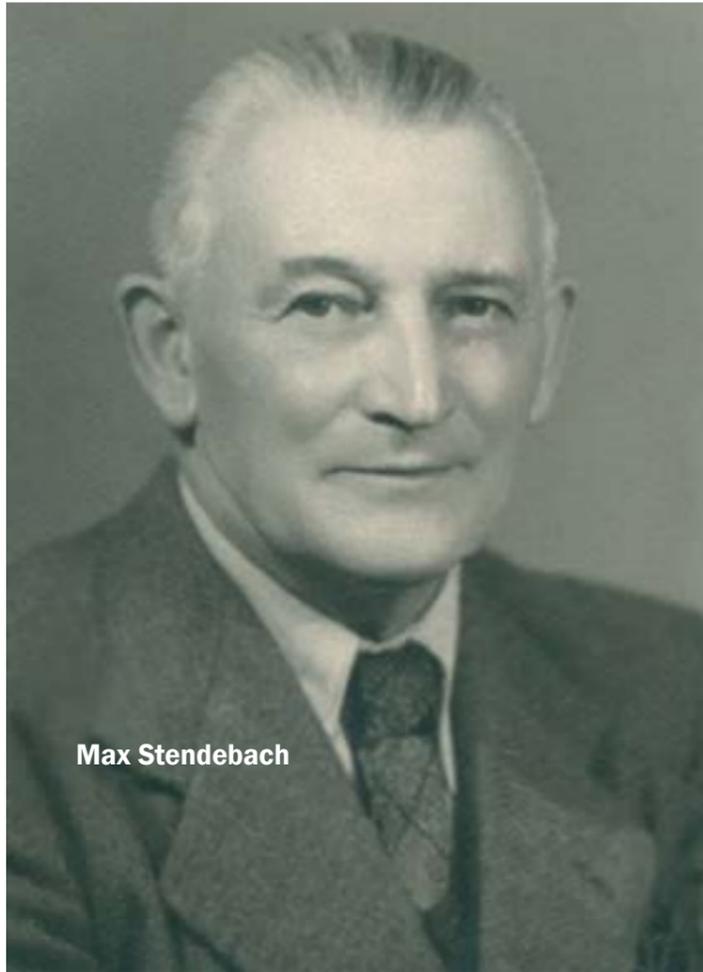
Neuwirth begann seine berufliche Laufbahn zwischen 1924 und 1931 als Exportfachmann in der Über-

seeabteilung einer Firma und war zwischen 1932 und 1934 Sekretär im Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV). Danach arbeitete er zwischen 1934 und 1937 als Sekretär im Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten und war im Anschluss zwischen 1937 und 1942 als Prokurist der Großhandelsfirma Thomas Neuwirth tätig. Ab 1947 war er Landessekretär der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft in Salzburg. Neuwirth wurde am 8. November 1949 als Abgeordneter zum Nationalrat angelobt, wobei er bis zum 12. Dezember 1952 dem Verband der Unabhängigen angehörte. Danach war er bis zum 18. März 1953

Abgeordneter zum Nationalrat ohne Klubzugehörigkeit. Innerparteilich war er als Vorsitzender des Zentralausschusses für Gewerkschafts- und Sozialpolitik im VdU aktiv.

Max Stendebach

Stendebach (11. Jänner 1892 in Leipzig; † 18. Dezember 1984 in Sankt Veit an der Glan) besuchte ab Ostern 1902 in seiner Vaterstadt das König-Albert-Gymnasium. Im Deutschen Kaiserreich wurde er Offizier. Während der Zeit der Weimarer Republik war er zwischen 1924 und 1928 Mitglied der DNVP. Zu Beginn der 1930er Jahre übersiedelte



Max Stendebach

reichischen Großparteien untergeschlüpft war und nur ein kleiner Teil im VdU und in der FPÖ.

Bereits seit den Gründungstagen des VdU versuchte man im Zuge dieser Hetze, die Begriffe „national“ und „nationalsozialistisch“ gleichzusetzen, um so das gesamte Dritte Lager aus dem demokratischen Grundkonsens der Zweiten Republik hinauszudrängen. Tatsächlich wurde bereits der Wahlkampf von 1949 zu einer Schlammschlacht ohnegleichen. Vor allem die ÖVP führte ihn sehr persönlich und schreckte auch vor den unfairsten Methoden nicht zurück. Viktor Reimann vergleicht in seinem Buch „Die Dritte Kraft“ die Aktionen der ÖVP mit dem Watergate-Skandal.

Am 9. Oktober 1949 erteilte die Bevölkerung diesen Diffamierungen allerdings eine deutliche Abfuhr, da der VdU mit 489.000 Stimmen 11,67 Prozent und 16 Mandate erlangen konnte. Acht Mandate kamen von den Sozialisten, acht von der Volkspartei, ganz im Sinne des Wahlprogramms des VdU, der ja die Proporzwirtschaft

aufbrechen wollte. Bei einer genauen Analyse der Wahlergebnisse fällt ein starkes West-Ost-Gefälle auf: So erzielte der VdU in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten fast 20 Prozent der Stimmen, während er in der russischen Besatzungszone nur auf etwa 4 Prozent kam. Das hängt auch damit zusammen, dass die russische Besatzungsmacht viele Wahlveranstaltungen des VdU kurzerhand verbot. Allein aus diesen Zahlen lässt sich auf Grund einer einfachen Rechnung das heute noch häufig bestehende Vorurteil entkräften, dass es vor allem die ehemaligen Nationalsozialisten waren, die den VdU gewählt hätten. Von den im Jahre 1948 amnestierten minderbelasteten Nationalsozialisten, es waren ca. 460.000, lebten ganze 300.000 in der östlichen Zone, also dort, wo der VdU nur 4 Prozent der Stimmen erzielte.

Nationalliberale Stimmen der Vernunft im Nationalrat

Vom Anbeginn ihres parlamentarischen Wirkens konnten die VdU-Abgeordneten, an ihrer Spitze als Klubobmann Herbert Alois Kraus, konstruktive parlamentarische Arbeit leisten. Kraus selbst schildert in seinen Memoiren den ersten Auftritt der VdU-Abgeordneten im Nationalrat:

„Bei meiner Oppositionsrede, unserem ersten Auftritt im Parlament, blieben die Abgeordneten der anderen Parteien gegen ihre sonstige Gewohnheit neugierig im Saal sitzen und passten auf Gelegenheiten zu



Fritz Stüber

Stendebach nach Österreich und bewirtschaftete ein Gut in Oberkärnten.

Im Zweiten Weltkrieg war Stendebach erneut als aktiver Offizier eingesetzt, wo er im Jänner 1943 als Kommandeur des Gebirgsjäger-Regiments 85, welches im Rahmen der 5. Gebirgs-Division auch bei der Belagerung von Leningrad eingesetzt war, als Oberstleutnant das Deutsche Kreuz in Gold erhielt. Sein letzter Dienstgrad war Oberst.

Nach dem Krieg engagierte sich Stendebach, der 1947 österreichischer Staatsbürger geworden war, im VdU und kandidierte 1952 erfolglos gegen Otto Scrinzi um das Amt des Kärntner Landesparteiobmanns. Am 29. Oktober 1952 wurde er als Kompromiss-

kandidat Bundesobmann des VdU, nachdem der liberale Kurs des bisherigen Obmanns Herbert A. Kraus zu heftigen internen Streitigkeiten geführt hatte. Nach der Nationalratswahl 1953 erhielt er ein Mandat, welches er auch für die Nachfolgepartei FPÖ bis 1959 ausübte.

Bei der Gründung der FPÖ im Jahr 1956 war Stendebach Mitglied des Proponentenkomitees; der Name „Freiheitliche Partei Österreichs“ geht auf seinen Vorschlag zurück.

Fritz Stüber

Fritz Stüber (18. März 1903 in Wien; † 31. Juli 1978 ebenda), Sohn des Schrift-

stellers Fritz Stüber-Gunther, schloss 1929 sein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien mit der Promotion zum Dr. iur. ab. Während seines Studiums wurde er 1923 Mitglied der Burschenschaft Vandalia Wien (1962 wurde er dann Mitglied der Burschenschaft Gothia Wien). Nach dem Gerichtsdienst als Rechtsanwaltsanwärter bis 1931 war er bei den Bezirkssteuerbehörden Baden bei Wien und Bruck an der Leitha sowie bei der Finanzlandesdirektion Wien beschäftigt. Daneben verfasste er Gedichtbände und trat 1932 der NSDAP bei. 1938 verließ er den von ihm ungeliebten Staatsdienst und wurde Schriftleiter bei der Tageszeitung „Neues Wie-

ner Tagblatt“. Zu Ende des Krieges rückte er in den letzten Kriegstagen bei der Luftwaffe im Bodendienst ein.

Auf der von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone 1948 herausgegebenen Liste der auszusondernden Literatur erscheint Stüber mit einem Werk, auf der vom Österreichischen Bundesministerium für Unterricht 1946 herausgegebenen Liste der gesperrten Autoren und Bücher mit allen seinen Werken. 1948 wurde Stüber verhaftet und im Februar 1949 nach drei Monaten Polizeiarrest von einem Volksgericht auf freien Fuß gesetzt.

Stüber war Mitbegründer und Wiener Obmann des Verbands der Unabhängigen.

Nach dem ersten Antreten der Partei zur Nationalratswahl 1949 zog er als Abgeordneter in den Nationalrat ein. Stüber war auch Chefredakteur der VdU-Wochenzeitung „Der Unabhängige“. Sein Parteikollege Viktor Reimann charakterisierte ihn später so: „Er war der nationale Barde vom Dienst und Oppositioneller aus Passion. Als ausgesprochener Individualist kam Stüber geistig nicht aus dem Nationalsozialismus, sondern aus dem Kreis der Schönerianer, die sich immer erst wohl fühlten, wenn die Nationalen einander in den Haaren lagen.“ Für VdU-Obmann Herbert Alois Kraus war Stüber „ein dem romantischen Nationalgefühl verfallener Dichter-Jour-

nalist“, der „germanische Schwärmerei“ betreibe. 1953 wurde er aus dem VdU wegen „Rechtsabweichertum“ ausgeschlossen. Als am 7. Juni 1955 der Staatsvertrag ratifiziert werden sollte, lehnte Stüber als einziger von 165 Abgeordneten die Zustimmung ab, da durch diesen Vertrag seiner Ansicht nach von den Siegermächten ein Keil zwischen Österreich und die BRD getrieben werden sollte. Um keinen Eklat zu verursachen, blieb er schließlich der Abstimmung fern und der Staatsvertrag wurde einstimmig vom Nationalrat angenommen, mit 164 Pro-Stimmen und einer Abwesenheit. Stüber blieb noch bis zum Ende der Legislaturperiode 1956 Abgeordneter.

Zwischenrufen. Ich gab ihnen kein Stichwort und verzichtete auf jede ironische Bemerkung zur banalen Regierungserklärung. Ich sprach im Gegenteil zuerst unsere Zustimmung zu einzelnen Regierungsvorhaben aus und breitete erst dann mit ruhiger Logik die darin enthaltenen wirtschaftlichen Versäumnisse vor ihnen aus. Ich schloss mit der scharfen Zurückweisung der im Wahlkampf erhobenen Neonazi-Beschuldigungen und mit der Erklärung, dass es unseren Gegnern nicht gelingen werde, uns zu radikalisieren und aus unserer Besonnenheit herauszulocken. Viktor Reimann schreibt in seinen Memoiren, meine 15 Fraktionskollegen hätten meine Rede nicht als rechte Kampfansage und Abrechnung mit dem Hochmut der alten Parteien empfunden.“

“
Ich schloss mit der scharfen Zurückweisung der im Wahlkampf erhobenen Neonazi-Beschuldigungen.
 ”

Und weiter erläutert Kraus den parlamentarischen Start des VdU: „Nach einer Viertelstunde war aber die Kampfansage da, und zwar von unseren Gegnern: Hartleb sprach nach mir unter anderem von der Mentalität des einfachen österreichischen Soldaten, der bis zuletzt seine Pflicht erfüllen wollte, und erklärte, dass wir für diese österreichischen Kriegsgefangenen und Heimkehrer trotz aller Verleumdungen eintreten würden. Da wurde es schon unruhig im Saal, und es kam zu ersten Protesten. Als dann vollends unser betont nationaler Fraktionskollege Stüber durch einen Zwischenruf die neuen Menschenrechtsverletzungen seit 1945 und seine eigene Haft den Hitler'schen Konzentrationslagern gegenüberstellte, brach ein wahrer Sturm los. Viele Abgeordnete schrien, stürmten auf uns los und fuchtelten mit den Händen, die wenigsten allerdings aus echter Emotion, die meisten mit sichtbarem Vergnügen, den Reportern auf der Empore eine besondere Vorstellung bieten zu können. Die hitzköpfige ÖVP-Abgeordnete Altenburger ergriff drei Bände Budgetentwurf, die auf meinem Pult lagen, und wollte sie Hartleb auf den Kopf werfen. Raab trat dazwischen und drängte ihn ab. Der Tumult dauerte fast eine halbe Stunde.“ So weit Kraus im Rückblick.

Ab 1956 und bis zu seinem Tode war Stüber der Schriftleiter der Zeitschrift „Eckartbote“, die von der Österreichischen Landsmannschaft herausgegeben wird.

Robert Scheuch

Scheuch (13. August 1896 in Oberbozen; † 27. Februar 1974 in Klagenfurt) war österreichischer Politiker (VdU/FPÖ) und von 1949 bis 1956 sowie von 1962 bis 1966 Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. Er besuchte nach der Volksschule ein Staatsgymnasium und absolvierte ein Studium als Agraringenieur an der Hochschule für Bodenkultur

Wien. Zudem studierte er an der Universität in Halle an der Saale. Scheuch war als Landwirt am Sternhof in Mühldorf im Mölltal tätig. Er fungierte auch als Erzieher seiner beiden Enkel Kurt Scheuch und Uwe Scheuch, nachdem sein Sohn bei einem Unfall verstorben war.

Robert Scheuch begründete zusammen mit Personen um den früheren Minister Anton Reinthaller den Verband der Unabhängigen (VdU) und später die Freiheitliche Partei Österreichs. Er vertrat den VdU vom 8. November 1949 bis zum 8. Juni 1956 im Nationalrat und war danach vom 6. Februar 1962 bis zum 30. März 1966 Abgeordneter der FPÖ. ◆

Viele Aktivitäten des VdU im Nationalrat scheiterten an der eisernen Ablehnung der großen Koalition. Wenn sie aber doch Erfolg hatten, wurde zumeist verschwiegen, dass es sich um VdU-Initiativen handelte. So drängte der VdU beispielsweise im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs, der auch Österreich erfasst hatte, die Regierung darauf, den Vorteil ihrer Zuständigkeit für die

gesamte Republik, also auch für das sowjetische Besatzungsgebiet, zu nutzen und mit dem Beginn der Wiederaufbaumaßnahmen nicht länger auf den Staatsvertrag zu warten. So kam es nicht zuletzt auf Einfluss des VdU im Nationalrat dazu, dass Österreich dem GATT-Abkommen beitrug, zur Projektierung neuer Kraftwerke schritt sowie Gesetze zum Wiederaufbau des Bankwesens erließ.

Bisweilen gab es aber doch unleugbare und offensichtliche Erfolge des VdU auf parlamentarischer Ebene. So schildert Herbert Alois Kraus etwa in seinen Memoiren: „Einmal gelang es uns aber doch, parlamentarisch hervortreten und mit unseren paar Stimmen sogar eine Entscheidung – und zwar eine große – herbeizuführen. Es ging um die Abschaffung der Todesstrafe. Im Mai 1950 wollte die Regierung das befristete Recht, Todesurteile zu fällen, verlängern und brauchte dazu die Zweidrittelmehrheit des Parlaments. Ich sah die Chance, mit nur 34 Prozent der gültigen Stimmen eine historische Wende herbeizuführen und Hinrichtungen endgültig aus dem ordentlichen Strafkatalog zu verbannen. (Für Nazi-Verbrecher bestand die Todesstrafe in Sondergesetzen noch weiter.) Ich überredete das Präsidium, in diesem Ausnahmefall einer ‚Gewissensentscheidung‘ geheim abstimmen zu lassen – ein äußerst seltenes Vorgehen im österreichischen Parlament. In unserem Klub erklärten 15 unserer 16 Mitglieder, gegen die Todesstrafe stimmen zu wollen (darunter auch die zwei ‚betont Nationalen‘ Stüber und Pfeifer).

Bei der Abstimmung gesellten sich uns tatsächlich noch 71 andere Abgeordnete mit humanem, unverdorbenem Gewissen zu. So wurde die Todesstrafe mit 86 Nein-Stimmen endgültig abgeschafft.“



Vom Zwist zur Auflösung

In den folgenden Jahren stießen eine Reihe neuer Persönlichkeiten zum VdU. Eine Gruppe um Graf Strachwitz, der u. a. die Kriegsheimkehrer ansprach, konstituierte sich vorerst als „Junge Front“ innerhalb der ÖVP, die ihr jedoch keinen genügenden Spielraum einräumte. So trat Strachwitz aus der ÖVP aus und war bis 1953 wilder Abgeordneter im Parlament. Strachwitz, Wilfried Gredler und einige andere Parteiungebundene riefen nunmehr die „Aktion zur politischen Erneuerung“ ins Leben und strebten ein Wahlabkommen mit dem VdU an. Oberst Max Stendebach wurde zum neuen Obmann gewählt, der das Wahlabkommen mit der Strachwitz-Gruppe abschloss. Die Wahl vom 22. Februar 1953 brachte für den VdU in Wien Gewinne, im Westen aber Stimmenverluste, sodass zwei Nationalratsmandate verloren gingen. Von der „Aktion der politischen Erneuerung“ zog Gredler in Parlament ein. In der Folge konnte die Vorstellung von einer Konzentrationsregierung unter Einbeziehung des VdU nicht verwirklicht werden. Raab ging es bei diesen Verhandlungen nur um ein taktisches Manöver zur Ein-

schüchterung der SPÖ. Der Nationalrat wählte lediglich Karl Hartleb zum Dritten Nationalratspräsidenten.

Auch war der VdU um diese Zeit durch innere Streitigkeiten geschwächt. Das Problem des nationalliberalen Lagers war seit jeher gewesen, dass es über viele ausgeprägte Individualisten verfügte, die in ihren Meinungen ein weites Spektrum abdeckten, es aber an Parteidisziplin oft mangeln ließen. Das war intellektuell redlich, aber politisch oft verderblich. In Wien führte die Überbetonung der nationalen Gesichtspunkte durch den Abgeordneten Fritz Stüber zu schwierigen internen Auseinandersetzungen, die letztlich mit dem Ausschluss Stübers endeten, der seinerseits eine neue Partei, die „Freiheitliche Sammlung Österreichs“ (FSO) gründete. Auch in der Programmatik des VdU zeigte sich in diesen Tagen eine stärkere Betonung der nationalen Auffassungen. Bei der am 15. – 16. Mai 1954 abgehaltenen Bundesverbandstagung in Bad Aussee beschloss der VdU ein neues Programm (das sogenannte Ausseer Programm), das klar in diese Richtung weist. Der obenerwähnte Bundesverbandstag beschloss außerdem, Verbindung mit Anton Reinthaller aufzunehmen. Anton Reinthaller war ein prominenter Nationalsozialist gewesen und bekleidete 1938 in dem kurzlebigen Kabinett von Seyß-Inquart den Posten eines Landwirtschaftsministers. Nach dem Krieg war er sieben Jahre lang in Haft, wurde später aber wegen einer persönlich einwandfreien Haltung amnestiert. Manche mit dem VdU Unzufriedenen scharten sich jetzt um ihn.

Eine große Zäsur in der Geschichte des VdU stellte der 17. Oktober 1954 dar, der als „schwarzer Oktober“ in die Parteigeschichte einging. An diesem Tag wurden in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg Landtagswahlen geschlagen, die alle mit erheblichen Verlusten des VdU endeten. In Wien flog der VdU sogar aus dem Gemeinderat bzw. Landtag. Auch die Arbeiterkammerwahlen, die 1949 noch so hervorragend für den VdU ausgegangen waren, brachten 1954 eine Katastrophe.



Der Mandatsstand sank von 117 auf 19. Während man mit Reinthaller und seinem Kreis verhandelte, hatte dieser am 19. März 1955 die Freiheitspartei gegründet. Eingedenk der großen Verluste von 1954 wollte man von Seiten des VdU ein getrenntes Antreten bei den oberösterreichischen Landtagswahlen am 23. Oktober 1955 verhindern. Durch Verhandlungen kam eine Wahlgemeinschaft zwischen VdU und Freiheitspartei zustande, der sich auch andere nationalfreiheitliche Verbin-



dungen und Vorfeldorganisationen anschlossen. Die Wahlen endeten dennoch enttäuschend: Von 10 Mandaten bleiben nur vier übrig, die zwei Sitze in der Landesregierung gingen verloren.

Insgesamt ist dem VdU das Verdienst zuzusprechen, dass er das Dritte Lager und nationalliberale Kreise wiederum zurück ins politische Geschehen der Zweiten Republik geführt hat. Seine großen Anfangserfolge bewiesen überdies, dass es in Österreich nach wie vor ein nationalliberales, freisinniges und patriotisches Wählerpotential gab, das durchaus auch bereit gewesen wäre, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Soweit sollte es bekanntlich aber nicht kommen.

Auch die Nachfolgepartei des VdU, die Freiheitliche Partei nämlich, hat dem Verband der Unabhängigen viel zu verdanken. Zum einen wurde eine Reihe von jungen politischen Persönlichkeiten im VdU aufgefangen, die dann später in der FPÖ noch prägend sein sollten, zum anderen wurde durch den VdU auch auf parlamentarischer Ebene bewiesen, dass nationalliberale Abgeordnete getreu der Tradition aus der Ersten Republik und aus der Monarchie hervorragende parlamentarische Arbeit leisten können.

„Der VdU war eine faszinierende Mischung ...“

Der Wiener Historiker Lothar Höbelt über die Zwischenkriegszeit, den VdU und die Kontinuität des Dritten Lagers.

Herr Professor, zu welchem Gesamturteil sind Sie eigentlich im Zuge Ihrer vielfältigen Forschungs- und Publikationstätigkeit über die nationalliberalen Parteien und das Dritte Lager in der Zwischenkriegszeit gekommen? Wie würden Sie deren Wirken in diesen ersten beiden dramatisch-tragischen Jahrzehnten der jungen Republik Österreich bewerten?

Lothar Höbelt: Die Nationalliberalen repräsentierten damals noch ganz eindeutig das „bürgerliche Lager“, gerieten dabei freilich in

ein veritables Dilemma zwischen „Wirtschafts-“ und „Bildungsbürgertum“, zwischen Industrie und Beamenschaft, zwischen „Steuerzahlern“ und „Steuerzehlern“. Die Großdeutsche Volkspartei, die sich 1920 bildete, war ein bisschen so etwas wie eine spannungsgeladene Koalition zwischen Wirtschaftsbund und AAB, bloß unter nationalen Vorzeichen; auf heutige Verhältnisse übertragen, wenn man so will: Leitl und Neugebauer mit

Schmiss. In Kärnten mit Oberst Klimann und in Tirol mit Sepp Straffner waren ihre Abgeordneten Sekretäre des Industriellenverbandes, in Oberösterreich kandidierte sogar der Präsident der Handelskammer selbst für die Großdeutschen; in Wien dominierten die Beamten, wie z. B. die Vizekanzler Waber und Frank. Im letzten Nationalrat der Ersten Republik waren dann die Hälfte der Fraktion Lehrer, auch der Parteipobmann selbst, Hermann Foppa, der Taufpate Jörg Haiders.

Man kann ja mit Fug und Recht behaupten, dass das spätere Dritte Lager, also das nationalfreiheitliche, an

Die Großdeutsche Volkspartei von 1920 war eine Mischung aus Wirtschaftsbund und AAB unter nationalen Vorzeichen; auf heutige Verhältnisse übertragen: Leitl und Neugebauer mit Schmiss.



der Wiege der Republik stand, da die deutsch-freiheitlichen Parteien auf Grund der Wahlen von 1911 die stärksten in der provisorischen Nationalversammlung waren. Ob sie aber diese Republik, die dann tatsächlich entstanden ist, so wollten, ist doch eine andere Frage, oder?

Höbelt: Der Vorrang der nationalliberalen Gruppierungen in der provisorischen Nationalversammlung beruhte auf den Stimmen aus dem Sudetenland, die 1919 eben wegfielen. Deutschösterreich sollte eben alle Deutschen der alten Monarchie umfassen, nicht bloß den Rest, den uns die Entente 1919 zugestand. Im Sudetenland waren auf das „Dritte Lager“ 1911 noch fast 50 % der Stimmen entfallen, auf dem Territorium der späteren Republik nur 18 %. Was die Republik betrifft, machte sich eine gewisse Ambivalenz bemerkbar. Die Großdeutschen waren auf der einen Seite fürchterlich allergisch gegen alle legitimistischen Bestrebungen, weil sie die Rückkehr der Habsburger mit der Unterwerfung unter ein „französisches Kuratel“ gleichsetzten; doch auf der anderen Seite sehnten sie sich nach einer unparteiischen Verwaltung wie in der Monarchie, als die Bürokratie noch nicht unter dem Parteienproporz litt.

Warum hat sich das nationalliberale Lager, haben sich insbesondere die Großdeutschen in der Folge so eng an die Christlichsozialen gebunden und haben auch die Regierungskoalitionen mit den Christlichsozialen gewissermaßen bis zum Geht-nicht-mehr aufrecht erhalten?

Höbelt: Vor dem Krieg hatte das nationale Lager gern die Position als Mittelpartei ausgenutzt, zwischen den „Sozis“ links und den „Klerikalen“ rechts. Doch angesichts der Bedrohung von links war diese Position nach 1918 nicht mehr aufrecht zu erhalten. Gerade weil es in Österreich nicht zu einer wirklichen Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen war, waren die Sozialisten „zu groß für Österreich“, wie es Viktor Reimann einmal über Bauer und Seipel geschrieben hat. Die österreichische Sozialdemokratie als „2 1/2-te Internationale“ musste sich auch viel radikaler geben, um auch jene Sorte von Anhängern bei der Stange zu halten, die in Deutschland oder der Tschechoslowakei eben die Kommunisten wählten. Die städtische Klientel der Großdeutschen fühlte sich vom „Austromarxismus“ viel unmittelbarer bedroht als die christlichsozialen Bauern auf dem Land. Die Rolle z. B. der oberösterreichischen Großdeutschen, wie Dinghofer oder Langoth, bei der Bildung der Sanierungskoalition Seipels im Jahre 1922 ist lange Zeit viel zu wenig gewürdigt worden.

Warum ist eigentlich die Bildung einer großen nationalfreiheitlichen Volkspartei, also ein Zusammenschluss zwischen Großdeutscher Volkspartei und Landbund, nicht wirklich gelungen? Waren die Unterschiede tatsächlich unüberbrückbar?

Höbelt: Der Landbund-Vizekanzler Karl Hartleb aus Neumarkt in der Steiermark hat den Grund dafür einmal ganz offen so formuliert: Man hätte „die Überzeugung gewonnen, dass wir der nationalen Sache mehr dienen, wenn wir allein gehen.“ Denn: „Unser Arbeitsgebiet liegt nicht in den Märkten, sondern viel mehr in jenen Gebieten, die fernab von den Verbindungsmitteln liegen, wo es keine Turnvereine gibt, wo die Bevölkerung abseits von der nationalen Bewegung steht.“ Der Landbund konnte sich ohne die Großdeutschen als reine Bauernpartei auf Kosten der Christlichsozialen profilieren. Denn der Gegensatz zwischen Agrariern und städtischen Konsumenten war nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Getrennt marschieren und vereint schlagen erwies sich da als eine vielversprechendere Devise. In Kärnten und der Steiermark erzielte der Landbund bei den Wahlen in die Landwirtschaftskammern damals immerhin rund die Hälfte der Stimmen, im Burgenland ein Drittel. In Oberösterreich betrug sein Anteil um die 20 %, bloß im Innviertel lag er mit den Christlichsozialen gleich auf.

Warum haben die nationalliberalen Parteien im Gegensatz zu Rot und Schwarz nicht über eigene paramilitärische Formationen wie die Heimwehr oder den Republikanische Schutzbund verfügt? Waren sie weniger militarisiert?

Höbelt: Dahinter steht ein weitverbreitetes Missverständnis. Die Heimwehren waren eben keine christlichsoziale Parteiarmee, sondern ein bürgerlich-überparteilicher, christlich-nationaler Wehrverband. In der Frühzeit wurde er geführt vom Duo Steidle und Pfrimer. Steidle war christlichsozialer Bundesrat, Pfrimer ein Nationaler aus Judenburg. Auch Fürst Starhemberg, der 1930 die Führung übernahm, hat bewusst immer auf beiden Elementen bestanden. Für ihn habe zwischen christlich und national nie ein Gegensatz bestanden, erklärte er immer wieder. Sein letzter geschäftsführender Stellvertreter im Jahre 1936 z. B. war mit Heinrich Wenninger ein ehemaliger großdeutscher Kreisparteiobmann aus Wels. Auch der Abwehrkämpfer Hülgerth in Kärnten, Vizekanzler unter Schuschnigg 1936 bis 1938, war zweifellos ein Nationaler. Auch der Ständestaat hat sich ja – anders als nach 1945 manchmal behauptet – nie als „anti-deutsch“ empfunden, sondern vertrat die These von den Österreichern als den „besseren Deutschen“. Dollfuß kam ja vom nationalen Flügel der Christlichsozialen, Starhemberg warf Hitler vor, der Nationalsozialismus sei zur deutschen Form des Bolschewismus verkommen.

Wie sehen Sie die Rolle dieser nationalliberalen Parteien beim Weg von Engelbert Dollfuß in den autoritären Ständestaat? Waren die Nationalfreiheitlichen wirklich Überzeugungstäter beim Kampf um die Erhaltung des Parlamentarismus oder war es nur parteipolitische Taktik, die sie motivierte?

Höbelt: Die nationalliberalen Parteien waren zweifellos für eine Einschränkung der Demokratie, was z. B. das Gemeindevahlrecht betrifft oder die Ersetzung des Bundesrates durch einen „Ständerat“, eine Wirtschaftskammer. Parlamentarische Formen hätten sie andererseits vermutlich gerne aufrecht erhalten, denn darauf beruhte ja ihre Stellung als Zünglein an der Waage. Deshalb bemühte sich der großdeutsche Dritte Nationalratspräsident Sepp Straffner im März 1933 auch noch einmal um eine Wiederbelebung des Parlaments, was die Regierung Dollfuß aber zu verhindern wusste. Manche Landbündler, wie z. B. Schumy in Kärnten, waren da pragmatischer: Sie machten ihre Haltung in erster Linie davon abhängig, ob der Kurs der Regierung den Bauern zugute käme oder nicht.

Wie beurteilen Sie den weitgehenden Übergang des nationalfreihheitlichen Lagers in den Nationalsozialismus? Stellt dies eine generelle antidemokratische und antiparlamentarische Wendung dieses Lagers dar, war es nur ein Generationenkonflikt zwischen alten Deutschnationalen und jungen Nationalsozialisten oder die Sogwirkung des nationalsozialistischen Regierungsantritts in Deutschland?

Höbelt: Dazu gibt es inzwischen sogar ein paar Wahlanalysen. Danach wechselte rund die Hälfte der großdeutschen Wählerschaft bei den Landtagswahlen im Frühjahr 1932 zur NSDAP, viele blieben daheim, einige gingen zu Heimwehren oder Christlichsozialen. Die NSDAP profitierte darüber hinaus stark vom Zustrom aus dem Bereich der Nicht- und Erstwähler, aber auch von Wechselwählern aus dem Lager der „roten“ und „schwarzen“ Massenparteien. Anton Pelinka hat einmal gesagt, die NSDAP sei die erste „Allerweltpartei“ in Österreich gewesen, die jedem irgendetwas versprach. Ab der „Machtergreifung“ im Deutschen Reich im Jänner 1933 war zweifellos eine gewisse Sogwirkung festzustellen, allerdings gebremst durch das Parteiverbot im Juni 1933. Die Verbrannte-Erde-Taktik des NS-Landesinspektors Theo Habicht, eines ehemaligen Kommunisten, stieß bei vielen Bürgerlichen, die vom Regime dann dafür zur Kassa gebeten wurden, natürlich auf wenig Gegenliebe.

Hat der Nationalsozialismus eigentlich das alte deutsch-national-freihheitliche Lager aufgelöst oder vereinnahmt oder auch überwunden?

Höbelt: Die NSDAP profitierte – zum Unterschied von den Heimwehren – in dieser Beziehung vom ausgeprägten Lagerdenken der Ersten Republik. Sobald die NSDAP zur stärksten Partei des nationalen Lagers aufgestiegen war und im Zeichen des Ständestaats auch der Kulturkampf wieder aufflammte, machte sich eine gewisse Solidarität innerhalb des national-freisinnigen Lagers bemerkbar. Die Großdeutschen wollten ursprünglich einen national-konservativen Kurs fahren,

der sich von den sozialistischen Tendenzen der NSDAP distanzierte, und all die bürgerlichen Kräfte sammeln, die sich noch zwischen Christlichsozialen und NSDAP fanden. Doch dabei handelte es sich 1933 schon großteils um Generäle ohne Armee. So schlossen die Großdeutschen im Mai 1933 dann ein „Kampfbündnis“ mit der NSDAP ab, um sich wenigstens einen kleinen Teil von Autonomie zu bewahren, bevor sie ganz geschluckt wurden. Viele ihrer alten Führungspersönlichkeiten, wie z. B. Dinghofer als Präsident des Obersten Gerichtshofes, zogen sich auf eine neutrale Position zurück, andere wie z. B. Langoth versuchten, zwischen „Ständestaat“ und „Drittem Reich“ zu vermitteln.

Bei den Versuchen, nach dem Kriegsende 1945 neue Parteien auf der Basis des alten nationalliberalen Lagers zu gründen, war es ja überaus schwierig, die Reste dieses Lagers von der Hypothek des Nationalsozialismus zu befreien. War eine Renaissance des Liberalismus, wie sie Herbert Alois Kraus vorgeschwebt hatte, unter dieser Prämisse überhaupt denkbar?

Höbelt: Herbert Kraus strebte eigentlich überhaupt keine Renaissance der alten Lager an, weder unter nationalem noch liberalem Vorzeichen, sondern eine breitgefächerte Reformbewegung, eine zweite Rechtspartei als Ventil für alle Unzufriedenen. Denn er befürchtete, dass sonst ein Sieg der Linken drohe, der Österreich doch noch eine Wendung in Richtung Ostblock bescheren könnte. Mit diesem Argument überzeugte er schließlich auch die Amerikaner und ihren Nachrichtendienst, den CIC, ihm ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Im CIC gab es da offenbar starke interne Konflikte, die letztendlich aber zugunsten Kraus' und des VdU entschieden wurden. Auch die SPÖ und ihr Innenminister Helmer hat Kraus bis zu einem gewissen Grad unterstützt, weil die SPÖ irrtümlicherweise davon ausging, der VdU würde bloß die ÖVP Stimmen und Mandate kosten.

Wie beurteilen Sie jene Wählerkoalition aus minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten, Heimkehrern und Vertriebenen, die die Erfolge des VdU in den späten 1940er-Jahren ermöglichten? Waren diese unterschiedlichen Gruppen tragfähig genug für eine Renaissance des Dritten Lagers?

Höbelt: Der VdU war 1949 tatsächlich eine faszinierende Mischung. Im Westen war er eine Wirtschaftspartei, die sich der diskreten Unterstützung der Industrie erfreute; aber auch viele parteilose Betriebsräte, denen die Gleichmacherei der Sozialisten gegen den Strich ging, schlossen sich dem VdU an. Dazu kamen eine Menge konservativer ÖVP-Dissidenten, bis hin zu den Monarchisten. Kraus selbst sagte einmal, in jedem Österreicher stecke ein bisschen ein Großdeutscher und ein bisschen ein Monarchist. Die ehemaligen NSDAP-Mitglieder dürften sich übrigens

zu ziemlich gleichen Teilen auf die drei Lager verteilt haben. Die Gleichsetzung der halben Million „Minderbelasteten“ mit der halben Million VdU-Stimmen stimmt schon rein geographisch nicht: Der VdU erzielte seine größten Erfolge im Westen, wo er auf rund 20 % der Stimmen kam; der Großteil der „Ehemaligen“ aber lebte im Osten, in der „Russenzone“.

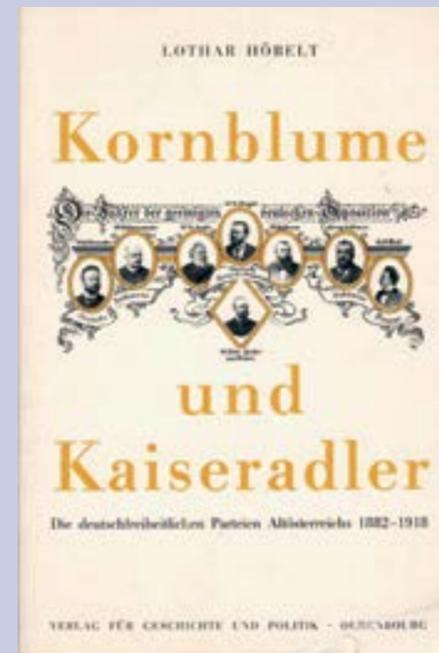
Wie sehen Sie die politischen Eliten dieses erneuerten Dritten Lagers? Da waren ja einerseits die alten Honoratioren von Landbund und Großdeutscher Volkspartei, andererseits die pulverschwarzen Offiziere des Krieges, die Heimkehrer, dann auch noch junge Sozialpolitiker wie Neuwirth und Vertriebene. Wie war das Verhältnis zwischen diesen Vertretern der Führungsspitze?

Höbelt: Die alten Eliten der Vorkriegsparteien, wie z. B. Vizekanzler Hartleb vom Landbund oder Leisz, der letzte Geschäftsführer der Großdeutschen, waren politische Routiniers von hohem Grad, aber nicht mitreißend für die Kriegsgeneration; die hochdekorierten Offiziere wiederum, wie z. B. der Jagdflieger Gordon Gollob oder der steirische Landesrat Elsnitz, waren Idole der Heimkehrer, aber für die politische Praxis wenig geeignet. Gollob lehnte es z. B. als Generalsekretär strikt ab, um Spenden für den VdU „betteln“ zu gehen. Die Sozialpolitiker aber wurden von der SPÖ mit Zuckerbrot und Peitsche aus dem Geschäft geworfen. Von Kaprun bis zur Voest, wo der VdU unter den Betriebsräten zeitweise über eine Mehrheit verfügte, dominierten binnen weniger Jahre wieder die roten Gewerkschafter. Schließlich waren es dann der Staatsvertragskanzler Julius Raab und die Industrie, die 1955 mit Anton Reinthaller einen „belasteten“ Nationalsozialisten baten, sich an die Spitze der FPÖ zu stellen, um zu gewährleisten, dass die „Dritte Kraft“ in der österreichischen Politik weiterhin einen bürgerlichen Kurs steuern würde. Dazu finden sich im Nachlass Reinthallers viele schöne Belege, die wir 2015 in dem Band „Aufstieg und Fall des VdU“ mit Hilfe der Haslauer-Stiftung veröffentlichen konnten.

War der VdU mit seinen unterschiedlichen Wählergruppen und wenig harmonisierenden Führungspersönlichkeiten trotz seines Scheiterns letztlich ein Modell für die spätere FPÖ der Haider- und Strache-Zeit, in der es wieder zu Koalitionen der unterschiedlichsten Wählergruppen gekommen ist und so zu einem Führungspersonal aus den unterschiedlichsten Milieus?



Lothar Höbelt ist Autor von mehreren Standardwerken über die Geschichte des Dritten Lagers, insbesondere des VdU



Höbelt: Ja, die Haider-FPÖ hat mit ihrer Dynamik, aber auch mit ihrer Abneigung gegen feste Strukturen, ihren rasch wechselnden Schwerpunkten, ihrem vielfach improvisierten Charakter, ihren überraschenden Erfolgen und ihren plötzlichen Krisen viel mit dem VdU gemeinsam, auch wenn Haider und Kraus von ihrer Persönlichkeitsstruktur her ganz unterschiedlich waren. Die Ära Strache bedeutet unter diesem Gesichtspunkt eine Stabilisierung, allerdings auf einem weit höheren Niveau, als es für die FPÖ der späten 1950er-Jahre zutrifft. Damals waren die Apparate der Regierungsparteien mit ihrem Angebot an Posten, Gemeindefunktionen und Aufträgen im Aufwind; heute ist ihnen das Geld dafür längst ausgegangen. Das Ende der „machine politics“ bedeutet, es gibt – nach amerikanischem Vorbild – eigentlich überhaupt nur mehr „populistische“ Parteien. Der Unterschied ist bloß: Manche können's, andere nicht.

VII

**GRALSHÜTER DES
PARLAMENTARISMUS**

**GROSSDEUTSCHE VOLKSPARTEI
UND LANDBUND IN
DER I. REPUBLIK**

Nationalliberale als Gründer- väter der Republik und letzte Kämpfer für das Parlament

1918 - 1934

Es war wohl der letzte Versuch Kaiser Karls I., die Monarchie zu erhalten, als er am 16. Oktober des Jahres 1918 jene Proklamation erließ, mit der er für die österreichische Reichshälfte den Umbau des Staates in einen Bundesstaat mit weitgehender Autonomie für die einzelnen Nationen ankündigte. Dabei lud er die Nationalitäten Cisleithaniens ein, zu diesem Zweck Nationalräte zu bilden. Schon vier Tage später traten jene 208 deutschen Abgeordnete, die im Jahre 1911 bei den letzten Wahlen in der Monarchie in den Reichsrat gewählt waren zusammen und bildeten die Provisorische Nationalversammlung. 85 von ihnen waren in Gebieten gewählt worden, deren Zugehörigkeit zum neuen Staat Deutschösterreich sich später nicht durchsetzen lassen sollte.

Bereits mit der Bildung dieser Nationalräte stellte sich heraus, dass die nichtdeutschen Nationalitäten Cisleithaniens keineswegs autonome Gebiete in einem kaiserlichen Österreich bilden wollten, sondern von Wien unabhängige Staaten planten und auch unmittelbar in den nächsten Tagen proklamierten. Von schwerwiegender Bedeutung war dabei, dass die am 18. Oktober 1918 gegründete Tschechoslowakische Republik Anspruch auf die sogenannten Sudetendeutschengebiete erhob und damit weite deutschsprachige Territorien für sich beanspruchte, die Deutschösterreich ebenso haben wollten. Abgeordnete aus diesen Gebieten, auf die die Republik Deutschösterreich 1919 ihre Ansprüche aufgeben musste, wirkten bis zum Ende der Provisorischen Nationalversammlung aktiv in der parlamentarischen Arbeit mit. Darunter zum Beispiel der deutschnationale letzte Präsident des Abgeordnetenhauses, der mährische Abgeordnete Gustav Groß.

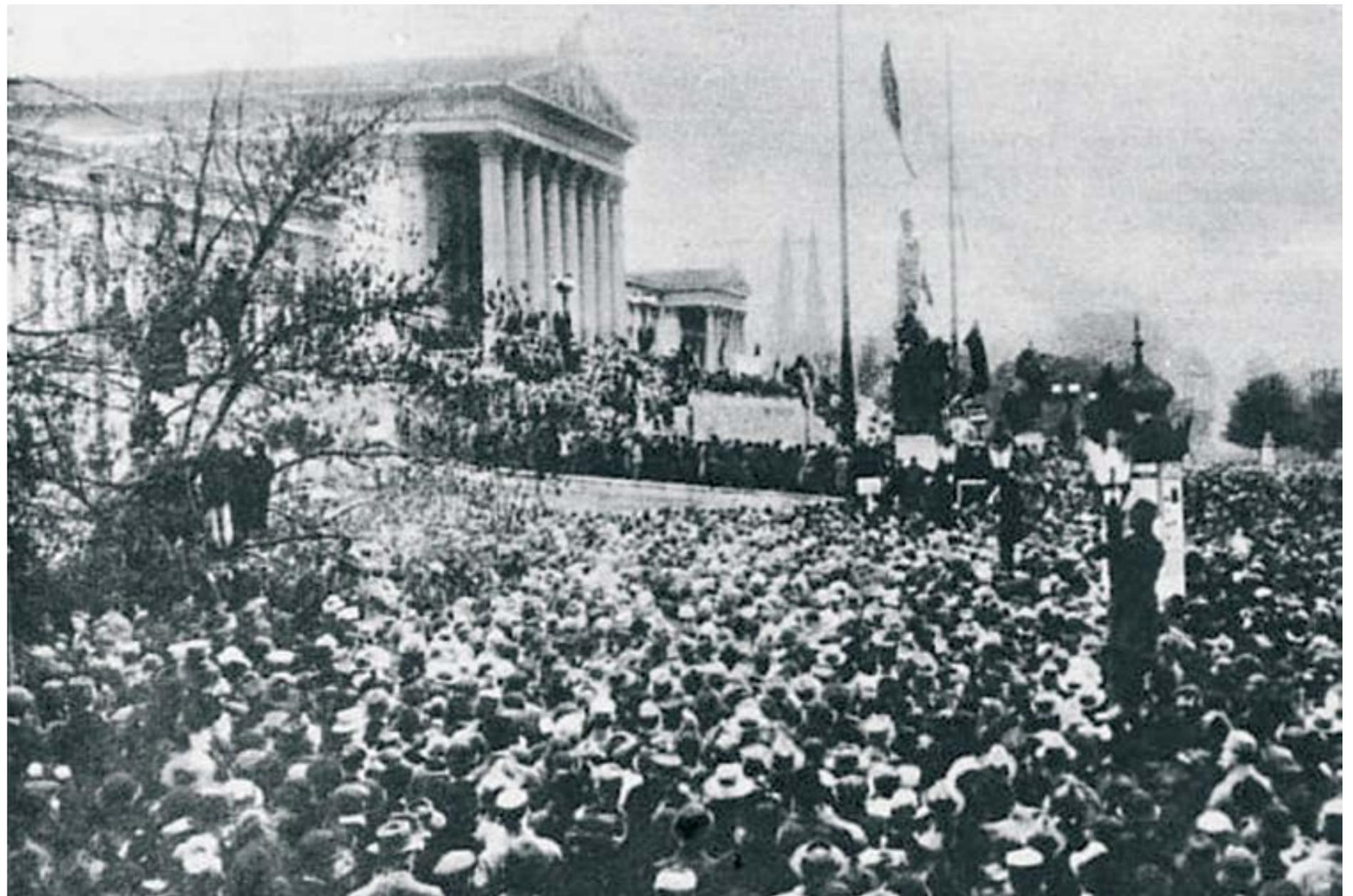
Am 30. Oktober 1918 wurde also von den deutschen Abgeordneten des alten Reichsrats die Republik „Deutschösterreich“ gegründet. Die Sitzungen der

Provisorischen Nationalversammlung fanden zuerst im niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrngasse statt, vom 12. November 1918 an im Parlamentsgebäude an der Wiener Ringstrasse. Da aus den letzten Reichsratswahlen der Monarchie der „Nationalverband der deutsch-freiheitlichen Abgeordneten“ als stärkste Gruppierung hervorgegangen war, war es auch der nationalliberale Bürgermeister von Linz, Franz Dinghofer, der diese Beschlüsse, also die Ausrufung der Republik, von der Rampe des Parlaments aus verkündete. Die Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich sollte dann vom Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zum 16. Februar des Jahres 1919 tagen?

Die Provisorische Nationalversammlung

Bei der ersten Sitzung am 21. Oktober 1918 legten die Abgeordneten für ihre Versammlung den Namen Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich und damit den Staatsnamen fest.

Erste Republik:
Proklamierung der Republik von der Rampe des Parlaments in Wien am 12. November 1918





Der Großdeutsche Franz Dinghofer (oben) und der Christlichsoziale Jodok Fink (unten) als Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung

Sie wählten drei Abgeordnete zu gleichberechtigten Präsidenten:

- Franz Dinghofer (Deutsch-Nationale Partei), bis 1918 Bürgermeister von Linz, Oberösterreich,
- Jodok Fink (CS), Landwirt in Vorarlberg, und
- Karl Seitz (SDAP), Lehrer, Wien (damals in Niederösterreich).

Fink legte seine Präsidentenfunktion, die er wegen einer Erkrankung von Johann Hauser, Prälat aus Linz und Obmann der Christlichsozialen Partei, übernommen hatte, vor der Sitzung vom 30. Oktober 1918 zurück und wurde als Präsident durch Hauser ersetzt.

Am 30. Oktober 1918 fasste die Provisorische Nationalversammlung den Beschluss über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt (StGBI. Nr. 1/1918), den man als Übergangsregelung von der Monarchie zum Volksstaat bzw. als Teil einer provisorischen Verfassung betrachten kann. (Die formelle Einführung der Republik blieb offen, da die politischen Parteien dazu noch keine Einigkeit erzielt hatten und man einen offenen Konflikt mit dem Kaiser bzw. mit der bisherigen Verfassungsordnung vermeiden wollte.) Am gleichen Tag setzte die Versammlung den, inklusive ihrer drei Präsidenten, 23 Mitglieder umfassenden Staatsrat als ihren Vollzugsausschuss ein, der sofort die Staatsregierung Renner I mit Karl Renner an der Spitze bestellte. Der 30. Oktober 1918 gilt daher als Gründungstag des Staates Deutschösterreich.

Am 12. November 1918 beschloss die Nationalversammlung mit nur zwei Gegenstimmen das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich. Laut Stenographischem Protokoll der Sitzung hat Präsident Dinghofer „einstimmig angenommen“ festgestellt. Das Gesetz zählt zu den wesentlichen Bausteinen zur 1920 von der Konstituierenden Nationalversammlung beschlossenen Bundesverfassung des neuen Staates. Der Beschluss wurde von den Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung auf der Parlamentsrampe öffentlich bekanntgegeben; Beschluss und Bekanntgabe werden in der Geschichtsschreibung als Ausrufung der Republik bezeichnet.

Die ersten beiden Artikel des Gesetzes lauteten:

Artikel 1: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Artikel 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der Deutschen Republik auf Deutschösterreich.

Die Provisorische Nationalversammlung traf viele weitere Entscheidungen zum Aufbau der demokratischen Republik und zum Ausbau der Arbeiterrechte. Ihre Beschlüsse wurden im Staatsgesetzblatt publiziert, das vom Staatskanzler herausgegeben wurde.

Die Provisorische Nationalversammlung beschloss die Regeln für die ersten österreichischen Wahlen, an denen Frauen und Männer gleichberechtigt teilnehmen konnten. Sie fanden am 16. Februar 1919 statt. Das neue Parlament bezeichnete sich nun als Konstituierende Nationalversammlung, da es die Aufgabe hatte, die republikanische Verfassung

Deutschösterreichs zu schaffen. Vom Oktober 1919 an wurde der Staat nicht mehr Deutschösterreich genannt, sondern auf Veranlassung der Siegermächte als Republik Österreich bezeichnet (siehe Vertrag von Saint-Germain, von der Nationalversammlung am 21. Oktober 1919 ratifiziert). Durch die Verabschiedung des Bundes-Verfassungsgesetzes am 1. Oktober 1920 wurde die Gesetzgebung des Bundes per 10. November 1920 dem Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat übertragen.

Die Konstituierende Nationalversammlung

Nachdem bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 erstmals Frauen und Männer in freier und gleicher Wahl wählen konnten, stellten sich die Machtverhältnisse in der Konstituierenden Nationalversammlung nun völlig anders dar. Neben 72 sozialdemokratischen Abgeordneten wurden 69 Christlichsoziale gewählt und nur mehr 26 Deutsch-freiheitliche. Dieses Wahlergebnis führte zu einer großen Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, die bis zum Juli 1920 halten sollte. Man bildete eine Übergangs-Proporzregierung aller drei großen politischen Lager, wobei die deutsch-freiheitlichen Parteien erstmals als „Drittes Lager“ fungierten. Historisch bedeutsam ist, dass die beiden großen politischen Lager der Republik, Sozialdemokraten und Christlichsoziale, nur in den Jahren 1918 bis 1920, also während des Wirkens der Provisorischen und Konstituierenden Nationalversammlung, in der Lage waren, politisch und auf Regierungsebene zusammenzuarbeiten. Die restlichen Jahre der Ersten Republik von 1920 bis 1938 standen sie dann einander in zunehmender Kompromisslosigkeit gegenüber, was im Februar 1934 bekanntlich zum Bürgerkrieg führen sollte und danach zur austrofaschistischen Diktatur.

Die Konstituierende Nationalversammlung hatte nicht nur für die verfassungsmäßige Ausgestaltung der jungen Republik zu sorgen, sie stand auch vor gewaltigen Problemen. Die ebenfalls neugegründete Tschechoslowakische Republik ignorierte bekanntlich das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen und verhinderte deren Beteiligung an der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung. Auch die Italiener, die Südtirol besetzt hatten, ließen dort keine Wahlbeteiligung zu, deshalb konnte nur in den Gebieten, die tatsächlich von Deutschösterreich kontrolliert wurden, also etwa dem heutigen Bundesgebiet entsprechend ohne das Burgenland, welches erst später zu Österreich kommen sollte, gewählt werden. An der Wahl nahmen 3,5 Millionen Frauen und Männer teil, wobei die Wahlbeteiligung 84,4 Prozent betrug. Christlichsoziale und Sozialdemokraten konnten dabei mehr als 75 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, stimmen- und mandatsstärkste Partei wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Karl Seitz, Karl Renner und Otto Bauer. Zweitstärkste Partei wurde die Christlichsoziale Partei, drittstärkste Partei waren die Deutsch-Freiheitlichen mit 26 Abgeordneten, die allerdings noch in mehrere Listen und Parteien aufgesplittet waren.

Nachdem die Wahl in der Mittel- und Untersteiermark nur in einem kleineren Teil des Wahlkreises und im Wahlkreis Deutsch-Südtirol nur



Karl Seitz: Sozialdemokratischer Präsident der Provisorischen Nationalversammlung

Die 208 Mitglieder der Provisorischen Nationalversammlung – darunter 96 deutsch-freiheitliche Abgeordnete

Name	Fraktion im Reichsrat	Wahlbezirk im Reichsrat	Name	Fraktion im Reichsrat	Wahlbezirk im Reichsrat
Abram Simon	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Tirol 02	Heilinger Alois	fraktionslos	Niederösterreich 16
Adler Victor	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 20	Heilmayer Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Salzburg 04
Albrecht Hugo	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 07	Heine Rudolf	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 79
Ansorge August	Deutscher Nationalverband	Böhmen 128	Held Franz	Deutscher Nationalverband	Steiermark 02
Baechlé Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 02	Herold Josef	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 84
Barbo-Waxenstein Josef Anton	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Krain 12	Herzmansky Richard	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Schlesien 10
Bauchinger Matthäus	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 48	Hillebrand Oswald	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 97
Baumgartner Georg	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 18	Hock Paul	Klub der deutschen Demokraten	Niederösterreich 17
Berger Ferdinand	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 22	Hofer Hans	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Kärnten 7
Bernt Franz	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 112	Hofmann von Wellenhof Paul	Deutscher Nationalverband	Steiermark 01
Beyer Andreas Franz	Deutscher Nationalverband	Oberösterreich 01	Höher Alois	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 61
Bodirsky Gustav	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Mähren (deutsch) 09	Hötzendorfer Johann	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 11
Bogendorfer Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 54	Hruska Eduard	Deutscher Nationalverband	Bukowina 3
Brandl Alois	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 06	Huber Michael	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 08
Brandl Michael	Deutscher Nationalverband	Steiermark 15	Huber Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 17
Bretschneider Ludwig	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 43	Hueber Anton	Deutscher Nationalverband	Salzburg 03
Brunner Josef	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Mähren (deutsch) 19	Hummer Gustav	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 80
David Anton	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 27	Iro Karl	fraktionslos	Böhmen 120
d'Elvert Heinrich	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 02	Jäger Edmund	Altdeutsche Vereinigung	Böhmen 91
Denk August	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 14	Jedek Karl	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 62
Dinghofer Franz	Deutscher Nationalverband	Oberösterreich 02	Jerzabek Anton	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Böhmen 99
Diwald Leopold	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 57	Jesser Franz	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 08
Domes Franz	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 11	Jokl Johann	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Schlesien 09
Dötsch Albin	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 118	Jukel Carl	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 49
Einspinner August	Deutscher Nationalverband	Steiermark 08	Keller Wilhelm	Deutscher Nationalverband	Böhmen 82
Eisenhut Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 56	Kemetter August Maria	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 51
Eisterer Johann	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 10	Keschmann Anton	Deutscher Nationalverband (deutsche Agrarpartei)	Bukowina 4
Ellenbogen Wilhelm	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 32	Kienzl Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 15
Erb Leopold	Deutscher Nationalverband	Oberösterreich 04	Kindermann Franz	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 100
Erler Eduard	Deutscher Nationalverband	Tirol 01	Kinz Ferdinand	Deutscher Nationalverband	Vorarlberg 1
Fahrner Adam	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 104	Kittinger Karl	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 37
Felzmann Rudolf	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Mähren (deutsch) 16	Kletzenbauer Gregor	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 125
Fink Jodok	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Vorarlberg 2	Knirsch Hans	Deutscher Nationalverband (Deutsche Arbeiterpartei)	Böhmen 83
Fisslthaler Karl	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 60	Kofler Anton	Deutscher Nationalverband	Tirol 03
Forstner August	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 25	Kopp Johann	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Mähren (deutsch) 17
Frankenberger Ferdinand	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 09	Kraft Emil	Deutscher Nationalverband	Tirol 05
Freißler Robert	Deutscher Nationalverband	Schlesien 03	Kraus Vinzenz	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 78
Friedmann Max	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 03	Kreilmeir Johann	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 16
Fuchs Viktor	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Salzburg 07	Kroy Otto	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 85
Ganser Otto	Klub der deutschen Demokraten	Niederösterreich 15	Krützner Peter	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 106
Glöckel Otto	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 89	Kudlich Hans	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Schlesien 08
Glöckner Adolf	Deutscher Nationalverband (Deutschradi-kale Partei)	Böhmen 77	Kuhn Wenzel	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 31
Goll Josef	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 130	Kuranda Kamill	fraktionslos	Niederösterreich 01
Grim Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 46	Langenhan Philipp	Deutscher Nationalverband	Böhmen 98
Gröger Florian	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Kärnten 8	Lecher Otto	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 01
Groß Gustav	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 04	Lechner Alois	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 63
Gruber Rudolf	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 50	Leuthner Karl	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 13
Guggenberg Atanas v.	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 04	Leys-Paschpach Emil	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 14
Hagenhofer Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 23	Licht Stephan	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 10
Hanusch Ferdinand	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 102	List Karl	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 64
Hartl Hans	Deutscher Nationalverband	Böhmen 76	Lodgman von Auen Rudolf	Deutscher Nationalverband	Böhmen 81
Hauser Johann Nepomuk	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 14	Losser Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Vorarlberg 3

Name	Fraktion im Reichsrat	Wahlbezirk im Reichsrat	Name	Fraktion im Reichsrat	Wahlbezirk im Reichsrat
Löw Dominik	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 115	Schiegl Wilhelm	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 23
Luksch Josef	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Mähren (deutsch) 12	Schlegel Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 15
Lutschounig Jakob	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Kärnten 2	Schoiswohl Michael	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 12
Maixner Wilhelm	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 127	Schöpfer Ämilian	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 17
Malik Vinzenz	Alldeutsche Vereinigung	Steiermark 10	Schraffl Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 18
Marckhl Richard	Deutscher Nationalverband	Steiermark 11	Schreiner Gustav	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 105
Mataja Heinrich	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 06	Schreiter Franz	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Böhmen 111
Mayer Johann	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 53	Schürff Hans	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 39
Mayer Georg	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 19	Schürl Karl	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Mähren (deutsch) 18
Mayer Josef	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 121	Seidel Anton	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Mähren (deutsch) 14
Meixner Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 16	Seitz Karl	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 33
Michl Viktor	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Böhmen 93	Seliger Josef	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 110
Miklas Wilhelm	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 59	Sever Albert	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 26
Muchitsch Vinzenz	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Steiermark 06	Siegele Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 12
Mühlwerth Albert	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Böhmen 90	Skaret Ferdinand	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 24
Müller Karl	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 107	Smitka Johann	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 34
Müller Rudolf	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 07	Sommer Rudolf	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Schlesien 01
Nagele Josef	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Kärnten 4	Soukup Martin	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 126
Neumann-Walter Wilhelm	fraktionslos	Niederösterreich 04	Spies Erdmann	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 119
Neunteufel Raimund	Deutscher Nationalverband	Steiermark 07	Starck Simon	fraktionslos	Böhmen 117
Niedrist Karl	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 09	Steinwender Otto	Deutscher Nationalverband	Kärnten 10
Noggler Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 13	Stöckler Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 47
Oberleithner Heinrich	Deutscher Nationalverband	Schlesien 02	Stölzel Artur	Deutscher Nationalverband	Salzburg 02
Ofner Julius	Klub der deutschen Demokraten	Niederösterreich 05	Strziska Hans	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 122
Pacher Raphael	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Böhmen 86	Stumpf Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 08
Palme Franz	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 116	Sylvester Julius	Deutscher Nationalverband	Salzburg 01
Pantz Ferdinand	Deutscher Nationalverband	Steiermark 14	Teltschik Wilhelm	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Mähren (deutsch) 13
Parrer Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 52	Teufel Oskar	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Mähren (deutsch) 06
Paulik Rudolf	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Böhmen 124	Thurnher Martin	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Vorarlberg 4
Perwein Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Salzburg 06	Tomaschitz Johann	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 16
Pichler Heinrich	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 20	Tomschik Josef	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 35
Pirker Alois	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Kärnten 6	Unterkirchner Peter	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Tirol 11
Polke Emil	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 41	Urban Karl	Deutscher Nationalverband	Böhmen 87
Pongratz Leopold	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Kärnten 5	Volkert Karl	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 28
Pongratz Josef	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Steiermark 03	Waber Leopold	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 29
Potzinger Leopold	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 20	Wagner Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 21
Primavesi Robert	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 03	Wagner Franz	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Mähren (deutsch) 11
Prisingh Franz	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Steiermark 13	Waldl Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 17
Redlich Josef	Deutscher Nationalverband	Mähren (deutsch) 05	Waldner Viktor	Deutscher Nationalverband (Deutsche Agrarpartei)	Kärnten 9
Reifmüller Franz	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 12	Wedra Rudolf	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 38
Renner Karl	Klub der böhmischen Sozialdemokraten	Niederösterreich 42	Weiss Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 22
Resel Hans	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Steiermark 04	Wichtl Friedrich	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Böhmen 94
Reumann Jakob	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 19	Widholz Laurenz	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 21
Richter Gustav	Deutscher Nationalverband	Niederösterreich 36	Wille Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 55
Rieger Alois	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Mähren (deutsch) 15	Winter Max	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 18
Rieger Eduard	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 108	Wohlmeyer Johann	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 45
Roitinger Johann	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 21	Wolf Karl Hermann	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Böhmen 95
Roller Julius	Deutscher Nationalverband (Deutschradikale Partei)	Böhmen 96	Wollek Richard	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 58
Schacherl Michael	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Steiermark 05	Wüst Anton	Altdeutsche Vereinigung	Böhmen 114
Schachinger Karl	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 12	Wutschel Ludwig	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Niederösterreich 22
Schäfer Anton	Klub der deutschen Sozialdemokraten	Böhmen 103	Zaunegger Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Oberösterreich 05
Scheicher Josef	Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter	Niederösterreich 44	Zenker Ernst	Klub der deutschen Demokraten	Niederösterreich 09

etwa für ein Zehntel der Wahlberechtigten, nämlich im Bezirk Lienz, vorgenommen werden konnte, beschloss die Nationalversammlung am 4. April 1919, für diese Gebiete proportional nach den regional vorliegenden Wahlergebnissen 11 weitere auf den Wahllisten der Parteien geführte männliche Kandidaten in die Nationalversammlung einzuberufen. Für sechs weitere Wahlkreise in Deutsch-Böhmen und dem Sudetenland standen keinerlei Anhaltspunkte zur Verfügung, wie dort die Wahl ausgefallen wäre. Die Sozialdemokraten lehnten daher für diese 11 Wahlkreise die Einberufung von Abgeordneten ab. Tatsächlich konnte die Konstituierende Nationalversammlung die wichtigsten Richtlinien für die republikanische Entwicklung Österreichs zustande bringen. Viele ihrer Beschlüsse haben bis heute Bestand.

Die Konstituierende Nationalversammlung beschloss am 14. März 1919 das Gesetz über die Staatsregierung, der Staatskanzler und die Staatssekretäre wurden anfangs als „Volksbeauftragte“ bezeichnet, um den Kontrast zu den früheren k. u. k. Ministern zu betonen. Die Regierung wurde von der Nationalversammlung auf Vorschlag des Hauptausschusses en bloc gewählt. Die Geschäfte des bisherigen Staatsrates bzw. des Staatsratsdirektoriums gingen auf die Staatsregierung über. Beamtenanwendungen hatte nunmehr der Präsident der Nationalversammlung in seiner Funktion als Staatsoberhaupt vorzunehmen. Das Gesetz trat am 15. März 1919 in Kraft, und an diesem Tag wählte die Nationalversammlung mit 99 Stimmen ohne Gegenstimme die neue Staatsregierung Renner II. Nach deren Demission wählte die Nationalversammlung am 17. Oktober 1919 die Staatsregierung Renner III. Am 7. Juli 1920 wählte die Nationalversammlung die Staatsregierung Mayr I, eine Übergangs-Proporzregierung. Als schließlich die Sozialdemokraten am 22. Oktober 1920 aus dieser Regierung ausschieden, bestellte Karl Seitz als Präsident der indessen nicht mehr zusammen tretenden Nationalversammlung in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt christlichsoziale Regierungsmitglieder zur vorübergehenden Führung der betroffenen Staatsämter.

Die großen Probleme, die die Konstituierende Nationalversammlung zu bewältigen hatte, waren unter anderem die Frage, wie mit dem ehemaligen Herrscherhaus, also dem Hause Habsburg, umzugehen sei.

Ein strenges Habsburgergesetz

Nachdem der ehemalige Kaiser Karl I. bei der Ausreise aus Österreich im Feldkircher Manifest seine Verzichtserklärung vom November 1918 widerrufen hatte, beschloss die Nationalversammlung am 3. April 1919 das

Habsburgergesetz. Dieses Gesetz regelte die Übernahme des Vermögens des früher regierenden Hauses Habsburg-Lothringen sowie seiner Zweiglinien (so genannte Familienfonds) durch den Staat Deutschösterreich sowie die Abschaffung aller Vorrechte des früheren Herrscherhauses. Der ehemalige Träger der Krone, wie es im Gesetz hieß, wurde auf Dauer des Landes verwiesen. Andere Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen durften in Deutschösterreich bleiben, wenn sie auf ihre Herrschaftsansprüche verzichteten und sich als Bürger der Republik bekannten. Das nachweisbar freie persönliche Privatvermögen einzelner Familienmitglieder blieb vom Habsburgergesetz unberührt. Überdies hatte die Konstituierende Nationalversammlung den Diktatfrieden von Saint-Germain zu ratifizieren.

Der Staatsvertrag von Saint-Germain

Am 10. September 1919 unterzeichnete Staatskanzler Renner den Staatsvertrag von Saint-Germain, der vor allem wegen seiner Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der später Sudetendeutsche Genannten und der Südtiroler als Diktatfrieden betrachtet wurde, zu dem es aber angesichts der völligen Machtlosigkeit des neuen Österreich keine Alternative gab. Am 21. Oktober 1919 wurde der Vertrag von der Nationalversammlung ratifiziert. Der neue Staat hieß von diesem Tag an vertragsgemäß Republik Österreich (der Begriff Deutschösterreich hatte den Siegermächten nicht konveniert). Der vorgesehene Anschluss an Deutschland wurde durch Vertragsbestimmungen auch für die Zukunft ausgeschlossen (außerdem musste Deutschland im Friedensvertrag von Versailles die Unabhängigkeit Österreichs akzeptieren). Der Friedensvertrag hielt aber auch fest, dass Deutsch-Westungarn (später Burgenland genannt) an Österreich anzuschließen sei (eine analoge Bestimmung findet sich im 1920 von den Siegermächten mit Ungarn geschlossenen Vertrag von Trianon). Der Großteil des vorgesehenen Gebiets kam im November/Dezember 1921 zu Österreich.

Eine Verfassung für die junge Republik

Schließlich musste die Konstituierende Nationalversammlung auch noch die neue republikanische Verfassung für den jungen Staat beschließen. Dazu mussten Kompromisse zwischen den zentralistischen Sozialdemokraten und den föderalistischen Christlichsozialen gefunden werden; sie resultierten in bundesstaatlichen Regelungen, die dem Gesamtstaat (Bund) eine wesentlich stärkere Stellung geben als den Gliedstaaten (Bundesländern). Wien wurde aus Niederösterreich herausgelöst und zum eigenständigen Bundesland erklärt. Das so genannte Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG, Gesetz, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird) wurde von der Nationalversammlung am 1. Oktober 1920 beschlossen, trat am 10. November 1920 in Kraft und gilt im Wesentlichen bis heute. (Wichtigste spätere Änderung ist, abgesehen vom EU-Beitritt, die durch eine Novelle 1929 eingeführte Volkswahl des Bundespräsidenten.)

**Kaiser Karl I.,
der letzte regierende Monarch,
musste nach der Ausrufung der Republik ins Exil**

Die freiheitlichen Parteien der Zwischenkriegszeit

Nachdem das deutschnational-liberale Lager bei den ersten bundesweiten Wahlen im Jahre 1919 mit mehr als einem Dutzend Parteien kandidiert hatte, kristallisierten sich in den Jahren darauf zwei größere

nationalliberale Parteien heraus. Der anfängliche Wähleranteil von gut 20 Prozent schrumpfte allerdings bei den folgenden Nationalratswahlen erheblich. Im September 1920 gelang es, aus 17 deutschnationalen Parteien, Ländern und Regionalgruppen beim ersten „Reichsparteitag“ in Salzburg die „Großdeutsche Volkspartei“ zu formieren. Einzig eine nationalsozialistische Splittergruppe, die mit der späteren NSDAP nicht wirklich in Zusammenhang gebracht werden kann, und die „Deutsche Bauernpartei“ weigerten sich, ihre Selbständigkeit aufzugeben. Diese drei Gruppierungen, die Großdeutsche Volkspartei, die Bauernpartei, die sich später „Landbund

für Österreich“ nannte, und die nationalsozialistische Gruppe befiedelten sich im Lauf der politischen Entwicklung der Ersten Republik zum großen Teil sehr heftig, sie fanden aber auch, was den Landbund und die Großdeutsche Volkspartei betrifft, immer wieder in politischen Koalitionen zueinander.

Die Großdeutsche Volkspartei

Die Großdeutsche Volkspartei galt als die Partei der Freiberufler, der gewerbetreibenden Kaufleute und insbesondere der Beamten. Sie reüssierte weitgehend in den städtischen Ballungszentren und in den Bezirkshauptstädten, wo sie – häufig an der Spitze von bürgerlichen Einheitslisten – auch öfter den Bürgermeister stellte. Auf Länderebene konnte die Großdeutsche Volkspartei nur kurzfristig den steirischen Landeshauptmann Wilhelm Kaan in den Jahren 1918/19 stellen. Das eigentliche soziologische Rückgrat der Großdeutschen Volkspartei bildete also die traditionelle Beamtenschicht der Monarchie, die durchaus bereit war, ihren bisweilen auch radikalen Deutschnationalismus dem Gesamtwohl des Staates unterzuordnen, und die als Fachleute und loyale Beamten durchaus staatstragend waren. Populäre Politiker oder gar Volkstribune allerdings vermochte die Partei kaum zu stellen. Auch war

die Basis des nationalliberalen Lagers nur wenig bereit, sich mit der Partei und der Parteiarbeit selbst zu identifizieren. Diese Basis war vielmehr in den vielfältigen Vereinsstrukturen des Dritten Lagers, in den Turnvereinen, den akademischen Kooperationen, im deutschösterreichischen Alpenverein oder in den nationalen Schutzvereinen wie der Südmärk tätig. Die Loyalität der nationalliberalen Basis galt also weit eher diesen Vereinen und Verbänden als der politischen Partei.

Bei den Wahlen des Jahres 1919 kandidierten die deutschnationalen Parteien noch gemeinsam: Nicht weniger als 17 Parteien, darunter eben die Großdeutsche Volkspartei, die deutschösterreichische Bauernpartei, der Kärntner Bauernbund und die Nationalsozialisten, vermochten 20,8 Prozent der Stimmen und 27 Mandate zu erlangen. 1920 waren es noch 17,2 Prozent der Wählerstimmen, allerdings 28 Mandate im neuen Nationalrat, bei den Wahlen von 1923 waren es nur mehr 12,8 Prozent und nur mehr 15 Mandate, die auf die Großdeutsche Volkspartei und den Landbund entfielen. Bei den Nationalratswahlen von 1927 gab es eine bürgerliche Einheitsliste, gebildet aus Christlichsozialen, Großdeutschen Volkspartei, der mittelständischen Volkspartei und weiteren kleineren nationalen Gruppierungen, die mit 48,2 Prozent die stärkste Gruppe im Nationalrat wurde, wobei der Landbund selbständig kandidierte und 6 Prozent erlangte. Diese Einheitsliste hatte 85 Mandate im Nationalrat, der Landbund immerhin noch 9 Mandate. Bei den Nationalratswahlen des Jahres 1930 kandidierten die nationalen Parteien als „Schober-Block“, wobei sich die Großdeutsche Volkspartei, der Landbund für Österreich und kleinere Parteien zusammenschlossen hatten. Sie erlangten 11,6 Prozent und 19 Mandate, der gleichzeitig 1930 kandidierende Heimatblock, gebildet aus den bürgerlichen Selbstschutzformationen, also den Heimwehren, erlangte 1930 6,2 Prozent und 8 Mandate. Zwischen Schober-Block und Heimatblock gab es gewisse Überschneidungen im Hinblick auf das nationalfreiheitliche Lager.

Durch die Regierungsbeteiligung der Großdeutschen Volkspartei in Koalitionsregierungen mit den Christlichsozialen von 1920 bis 1932 musste sie viele unpopuläre Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf den Abbau des Beamtenapparats, mittragen. Andererseits konnte sie die deutschnationalen Kernthemen – wie den Antiklerikalismus, den Antisemitismus und den Anschluss an Deutschland – nicht mehr so radikal vertreten, wie dies ihre Vorfeldorganisationen und die Parteibasis erwarteten. Bald konnte die Großdeutsche Volkspartei auch die Interessen von Beamten, Freiberuflern, Bauern und Hausbesitzern und auch der deutschnationalen Arbeiterschaft nicht mehr ideologisch vereinbaren. So verlor sie bereits zu Anfang der 1930er-Jahre ihren



Der nationalliberale Bundeskanzler Johannes Schober und sein französischer Amtskollege Aristide Briand

“
Durch die Koalition mit den Christlichsozialen mussten die Großdeutschen viele unpopuläre Maßnahmen mittragen.“
”



Prof. Hans Kelsen, Schöpfer der Verfassung von 1920



Der Kärntner Landbundführer Vinzenz Schumi

Charakter als nationalliberale Volkspartei und schied auch im Jänner 1932 aus der Regierungskoalition zwischen Christlichsozialen und Landbund aus. Bei Kommunal- und Regionalwahlen hatte sie schwere Verluste hinzunehmen, da der Großteil ihrer Wählerschaft zuerst zum Heimatblock und schließlich zur NSDAP überwechselte. Funktionäre der Großdeutschen Volkspartei schlossen im Mai 1933 ein Kampfbündnis mit der NSDAP, und ein Großteil ihrer jüngeren Funktionäre wechselte auch zu den Nationalsozialisten. Nach dem Parteienverbot in der austrofaschistischen Diktatur wandelte sich die Großdeutsche Volkspartei zu einem eher unpolitischen „Großdeutschen Volksbund“, der dann allerdings bis 1938 keinerlei Aktivitäten entfaltete.

Am bedeutendsten war die Großdeutsche Volkspartei im Hinblick auf die Anschlussfrage, wo sie am entschiedensten für den Zusammenschluss mit dem deutschen Reich eintrat und in den 1920er und frühen 1930er-Jahren zweifellos die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung hinter sich wissen konnte. Dementsprechend trug sie als Parteifarben die deutsche Trikolore Schwarz-Rot-Gold in ihrer Fahne.

Von Bedeutung war die Großdeutsche Volkspartei auch insofern, als sie die Regierungsfähigkeit des nationalliberalen Lagers absolut unter Beweis zu stellen vermochte. Von 1921 bis 1927 war sie als Juniorpartner der Christlichsozialen in den Bundesregierungen vertreten, 1921 bis 1922 stellte sie mit dem offiziell parteifreien Spitzenbeamten Johannes Schober mehr oder minder direkt den Bundeskanzler, Schober war auch noch 1929 bis 1930 Regierungschef. Überdies stellte sie mit Felix Frank, Leopold Waber und Franz Dinghofer auch Vizekanzler der Republik sowie eine Reihe durchaus respektabler Minister.

Der Landbund

Die zweite prägende Partei des nationalliberalen Lagers war der „Landbund für Österreich“, der sich auf eine 1896 in der Steiermark gegründete erste Bauernpartei sowie auf den Kärntner Bauernbund zurückführte. Eine im Jahr 1906 gegründete „Deutsche Agrarpartei für Österreich“ erreichte bei den Reichsratswahlen 1911 bereits 32 Abgeordnetensitze. Mit dem Verlust Böhmens und Mährens verlor die Partei 1918 große Teile ihrer Kerngebiete und war fortan am stärksten in der Steiermark, in Kärnten, aber auch in Oberösterreich. Im Dezember 1918 wurde in Bruck an der Mur der „Deutsche Bauernbund für Steiermark“ gegründet, der in die Konstituierende Nationalversammlung immerhin drei Abgeordnete entsenden konnte, darunter den späteren steirischen Verleger Leopold Stocker. Im Juni 1920 gründeten nationale Bauernvertreter aus der Steiermark, Kärnten und Niederösterreich die „Deutschösterreichische Bauernpartei“. Diese trat im September 1921 dem „Deutschen Reichslandbund“, einer unpolitischen überkonfessionellen Ständevertretung der Bauern in Deutschland, bei. Als Zeichen für den solcherart vermeintlich vollzogenen Anschluss nannte man sich künftighin „Landbund für Österreich“, dessen erster Vorsitzender Leopold Stocker wurde.

Der Landbund verstand sich als politische Interessensvertretung der Bauern, der Land- und Forstarbeiter, aber auch der Gewerbe- und Handelstreibenden, kurzum des „gesamten Landvolks“. Sein Ziel war es, diesem Landvolk mehr Einfluss im Staat zu verschaffen und am Aufbau eines ständisch organisierten Staatswesens mitzuwirken. Damit verstand man sich als eher unpolitische und überparteiliche Interessensvertretung, nahm allerdings im Gegensatz zum reichsdeutschen Pendant an Wahlen teil und verfolgte ein politisches Programm. Außenpolitisch forderte der Landbund ebenso wie alle anderen deutschnationalen Gruppierungen den „Zusammenschluss aller deutschen Stämme im geschlossenen Sprachgebiet zu einem einzigen deutschen Reich“. Der Landbund verstand sich als „freisinnige Partei“, der zwar „auf christlicher Grundlage“ stand, den Einfluss der katholischen Kirche aber zurückdrängen wollte, was den antiklerikalen Traditionen des Dritten Lagers entsprach.

In Kärnten stellte der Landbund von 1923–1927 mit Vinzenz Schumi und von 1931–1934 mit Ferdinand Kernmaier den Landeshauptmann. Im Burgenland war der Landbündler Alfred Walheim von 1923 bis 1924 und von 1931 bis 1934 Landeshauptmann, in der Steiermark war Karl Hartleb immerhin bis 1934 der Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer.

Von 1927 bis 1933 war der Landbund Teil der Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen, zuletzt, nach dem Ausscheiden der Großdeutschen Volkspartei, mit den Heimwehren. Als Engelbert Dollfuß die Richtung eines autoritären Ständestaates anpeilte, kam es innerhalb des Landbundes zu einer Spaltung, wobei die „ständische Fraktion“ um Vinzenz Schumi einen Ausgleich mit Dollfuß suchte und das nationale Lager um Franz Winkler und den oberösterreichischen Landbundminister Franz Bachinger vorerst einen deutschnationalen Sonderweg jenseits des Nationalsozialismus suchte. Die Politik des Landbundes unter Franz Winkler orientierte sich 1933/1934 am Festhalten an der republikanischen Staatsform und der Verfassung von 1929, man wollte Widerstand gegen die Richtung eines autoritären Ständestaats leisten, scheiterte aber letztlich. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die eigene Parteibasis ab 1933 verstärkt ins nationalsozialistische Lager abwanderte.



Landbundführer Franz Winkler



Ferdinand Kernmaier, Landeshauptmann von Kärnten



Karl Hartleb, Vizekanzler unter Ignaz Seipel

Zusammensetzung des Nationalrates von 1920 (1919) bis 1934 (aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses)

Gesetzgebungsperiode	Wahltag	SdP	CSP	DnP	LBd	NWB/ HB LBd	JNP	Sonstige	Gesamt:
Konst. NV*	16. 02. 1919	72	69	27	-	-	1	1	170
I. GP	17. 10. 1920	69	85	28	-	-	-	1	183
II. GP	21. 10. 1923	68	82	10	5	-	-	-	165
III. GP	24. 04. 1927	71	73	12	9	-	-	-	165
IV. GP	09. 11. 1930	72	66	-	-	19	8	-	165

Partei-Kürzel

- SdP - Sozialdemokratische Partei
- CSP - Christlichsoziale Partei
- DnP - Deutschnationale Parteien
- LBd - Landbund für Österreich
- NWB/LBd - Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund
- HB - Heimatblock
- JNP - Jüdisch Nationale Partei

Gesetzgebungsperioden

- * Konstituierende Nationalversammlung: 4. März 1919 bis 9. November 1920
- I. Gesetzgebungsperiode: 10. November 1920 bis 20. November 1923
- II. Gesetzgebungsperiode: 20. November 1923 bis 18. Mai 1927
- III. Gesetzgebungsperiode: 18. Mai 1927 bis 1. Oktober 1930
- IV. Gesetzgebungsperiode: 2. Dezember 1930 bis 2. Mai 1934

Nationalratswahlen-Ergebnisse 1920

Wahlwerber	Stimmen	Anteil		Mandate	
		1920	davon	1920	davon
Christlichsoziale Partei (CS)	1.245.531	41,79 %	-	85	-
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAPDÖ)	1.072.709	35,99 %	-	69	-
Deutschnationale Parteien	514.127	17,25 %	-	28	-
davon ... Großdeutsche Volkspartei	...	→	...	→	21
... Deutschösterreichische Bauernpartei	...	→	...	→	7
... Kärntner Bauernbund	...	→	...	→	0
... Nationalsozialistische Partei	...	→	...	→	0
Demokratische Parteien	42.826	1,44 %	-	1	-
davon ... Bürgerliche Arbeiterpartei	...	→	...	→	1
... Demokraten	...	→	...	→	0
... Burgenländische Bürger- und Bauernpartei	...	→	...	→	0
Sonstige	105.135	3,53 %	-	0	-
davon ... Christlichnationale Einheitsliste	...	→	...	→	0
... Kommunisten	26.652	0,89 %	-	→	0

Nationalratswahlen-Ergebnisse 1923

Wahlwerber	Stimmen	Anteil		Mandate	
		1923	±	1923	±
Christlichsoziale Partei (CS)	1.459.047	44,05 %	+2,25 %	82	-3
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAPDÖ)	1.311.870	39,60 %	+3,61 %	68	-1
Verband der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes	259.375	7,83 %	n.k.	10	+10
Kärntner Einheitsliste ¹	95.465	2,88 %	n.k.	5	+5
Landbund für Österreich ²	76.441	2,31 %	n.k.	0	-
Jüdische Wahlgemeinschaft	24.970	0,75 %	n.k.	0	-
Burgenländischer Bauernbund (Landbund für Österreich) ²	23.142	0,70 %	n.k.	0	-
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	22.164	0,67 %	n.k.	0	-
Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei	18.886	0,57 %	n.k.	0	-
Partei der Kärntner Slowenen	9.868	0,30 %	n.k.	0	-
Tschechoslowakische Minoritätspartei	7.580	0,23 %	n.k.	0	-
Hrvatskastranka (Kroatenpartei)	2.557	0,08 %	n.k.	0	-
Kaisertreue Volkspartei	1.235	0,03 %	n.k.	0	-
Bund aller Schaffenden	6	0,00 %	n.k.	0	-

Nationalratswahlen-Ergebnisse 1927

Wahlwerber	Stimmen	Anteil		Mandate	
		1927	±	1927	±
Einheitsliste	1.753.761	48,20 %	+3,40 %	85	+3
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAPDÖ)	1.539.635	42,31 %	+2,70 %	71	+3
Landbund	230.157	6,33 %	-6,50 %	9	-1
Udeverband – Bund gegen Korruption	35.471	0,97 %	n.k.	0	-
Völkischsozialer Block – Bund gegen Korruption	26.991	0,74 %	n.k.	0	-
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	16.119	0,44 %	-0,10 %	0	±0
Demokratische Liste	15.112	0,42 %	n.k.	0	-
Jüdische Partei	10.845	0,30 %	-0,20 %	0	±0
Partei der Kärntner Slowenen	9.334	0,26 %	±0,00 %	0	±0
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)	779	0,02 %	n.k.	0	-
Kleingewerbepartei Österreichs	251	0,01 %	n.k.	0	-
Bund der parteilosen Staatsbürger	60	0,00 %	n.k.	0	-
Bauern und Gewerbetreibende aller Art Parteien	11	0,00 %	n.k.	0	-

Nationalratswahlen-Ergebnisse 1930

Wahlwerber	Stimmen	Anteil		Mandate	
		1930	±	1930	±
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAPDÖ)	1.517.146	41,1 %	-1,2 %	72	+1
Christlichsoziale Partei und Heimwehr (CS)	1.314.956	35,7 %	-12,5 %	66	-7
Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund Heimatblock	428.255	11,6 %	+5,3 %	19	+7
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) (NSDAP)	227.401	6,2 %	n.k.	8	+8
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) (NSDAP)	111.627	3,0 %	n.k.	0	-
Landbund für Österreich	43.689	1,2 %	n.k.	0	-
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	20.951	0,6 %	+0,2 %	0	±0
Österreichische Volkspartei (Harandbewegung)	14.980	0,4 %	n.k.	0	-
Demokratische Mittelpartei (DMP)	6.719	0,2 %	n.k.	0	-
Jüdische Liste	2.133	0,1 %	-0,2 %	0	±0
Kaisertreue Volkspartei (Wolff-Verband)	157	0,0 %	n.k.	0	-
Nationaldemokratische Vereinigung (Höberth-Partei)	54	0,0 %	n.k.	0	-

¹ Wahlgemeinschaft des Kärntner Landbundes, der Christlichsozialen Partei und der Großdeutschen Volkspartei.

² Addition der Wahlergebnisse wurde vom Verfassungsgerichtshof wegen unterschiedlicher Listenbezeichnungen abgelehnt.

n.k. = nicht kandidiert



Bundeskanzler Engelbert Dollfuß errichtet den autoritären Ständestaat

Franz Winkler, der lange Jahre ein scharfer Kritiker der Nationalsozialisten war, schloss schließlich im Mai 1934 selbst ein Abkommen mit der NSDAP, indem er den Landbund in diese überführte.

Die Ausschaltung des Parlaments

Von einer „Selbstausschaltung des Parlaments“ wurde ursprünglich zu allererst vom christlichsozialen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß gesprochen. Dies deshalb, da er seinen politischen Weg hin zum autoritären Ständestaat beschönigen wollte und den juristischen Putsch gegen den österreichischen Parlamentarismus offenbar zu verniedlichen versuchte.

Tatsächlich standen bei der Nationalratssitzung des 4. März 1933 drei Anträge zum Eisenbahnerstreik auf der Tagesordnung. Mit ihrem Streik wollten die Eisenbahner gegen die Auszahlung der März-Gehälter in drei Raten protestieren. Dagegen beantragten die Christlichsozialen Disziplinierungsmaßnahmen, um die

streikenden Eisenbahner zur Raison zu bringen. Die Sozialdemokraten hingegen und auch die Großdeutsche Volkspartei hatten jeweils eigene Anträge zu diesem Vorgang gestellt. Während allerdings der sozialdemokratische Antrag mehrheitlich abgelehnt wurde, nahm der Nationalrat den Antrag der Großdeutschen mit drei Stimmen Mehrheit, also mit 82 zu 79 Stimmen, an.

Daraufhin entwickelte sich eine Debatte zur Geschäftsordnung über die Frage, ob über den Antrag der Christlichsozialen überhaupt noch abgestimmt werden solle, nachdem bereits der Antrag der Großdeutschen angenommen worden war. Der erste Nationalratspräsident Karl Renner, ein Sozialdemokrat, unterbrach darauf die Sitzung für etwas weniger als eine Stunde, um anschließend mitzuteilen, dass es während der Abstimmung offenbar zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei, und er korrigierte das Abstimmungsergebnis auf 81 zu 80 Stimmen. Der Antrag der Großdeutschen war somit dennoch angenommen.

Nunmehr kam es zu heftigen Protesten christlichsozialer Abgeordneter, die eine neuerliche Abstimmung forderten. Daraufhin sah sich Renner – wenn man den stenographischen Protokollen folgt – außerstande, den Vorsitz weiter zu führen, und trat zurück. Dieser Rücktritt erfolgte nicht auf Grund einer tatsächlichen Handlungsunfähigkeit des Ersten Nationalratspräsidenten, sondern auf einen Rat der sozialdemokratischen Granden Otto Bauer und Karl Seitz. Dies wurde Renner vom damaligen Parteisekretär Adolf Schärf mitgeteilt, der dies auch

Jahrzehnte später in seinem Memoiren bestätigte. Tatsächlich hatten die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre dabei nicht bedacht – so Adolf Schärf in seinen Memoiren –, dass es für die Sozialdemokratie unmöglich sei, „als die relativ stärkste Partei Funktion und Amt des Ersten Präsidenten zu fordern, andererseits wenn jedoch die Ausübung dieses Amtes der Partei sozusagen ein Opfer auferlegte, sofort Nein zu sagen“. Karl Renners Stimme wäre nach seiner Zurücklegung des Vorsitzes nämlich für die Sozialdemokratie zum Tragen gekommen.

Danach übernahm der Zweite Präsident des Nationalrats, der christlichsoziale Abgeordnete Rudolf Ramek, den Vorsitz und erklärte die Abstimmung für ungültig, was umgekehrt nunmehr überaus heftige Erregung auf der sozialdemokratischen Seite verursachte. Daraufhin trat auch Ramek von seiner Funktion zurück. Nun sollte der Dritte Präsident des Nationalrates, der großdeutsche Abgeordnete Sepp Straffner, den Vorsitz des Nationalrates führen, der diesen allerdings auch, offenbar im Affekt, sofort zurücklegte. Damit konnte die Sitzung nach dem Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten nicht mehr ordnungsgemäß beendet werden, wodurch eine Situation entstand, die die österreichische Verfassung und die Geschäftsordnung des Nationalrates nicht vorgesehen hatten. Das Parlament war nicht beschlussfähig und

Für Bundeskanzler Dollfuß bot sich somit die unerwartete Chance, seine Absichten, in Zukunft autoritär zu regieren, umzusetzen. Er erklärte, dass das zerstrittene und daher zu konstruktiver Arbeit nicht fähige Parlament sich selbst ausgeschaltet habe, was den Staat keineswegs in eine Krise versetze, da die Regierung ja weiter handlungsfähig sei. Der christlichsoziale Kanzler wollte nun auf Grund des von ihm zuvor bereits erprobten kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917 weiter regieren. Dieses Gesetz, das zum raschen Erlass von Wirtschaftsvorschriften im Ersten Weltkrieg dienen hatte sollen, ermöglichte es Dollfuß nun, in einem Staatsstreich gegen das Parlament den Weg hin zum autoritären Ständestaat einzuschlagen. Dies ist auch vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung zu sehen: Am Tag nach der Ausschaltung des österreichischen Parlaments nämlich erreichte Hitler in Deutschland seinen großen Wahlsieg, damit hatte die österreichische Sozialdemokratie im Eifer, die Eisenbahner zu schützen, offenbar übersehen,

Plakat der Vaterländischen Front





**Kundgebung der
Heimatfront auf der
Schmelz in Wien
(8. Oktober 1936)**

„welchen unmittelbaren Einfluss die Umwälzungen in Deutschland auf Österreich üben konnte“. So hatte man also „durch Renners Demission der Regierung Dollfuß den Vorwand zur Ausschaltung des Parlaments geliefert“ (so nachzulesen in den Ausführungen des sozialdemokratischen Vordenkers Otto Bauer im Jahre 1934).

Insbesondere von nationalliberaler Seite, konkret von der Großdeutschen Volkspartei, versuchte man sofort nach dieser Ausschaltung des Parlaments, den Parlamentarismus und damit den Verfassungsstaat zu retten. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten wollte man die am 4. März unterbrochene Sitzung am 15. März 1933 fortsetzen, um sie dann ordnungsgemäß schließen zu können. Der zuletzt zurückgetretene Dritte Präsident des Nationalrats, der großdeutsche Abgeordnete Sepp Straffner, widerrief zu diesem Zweck seinen Rücktritt, mit ihm befanden sich bereits großdeutsche und sozialdemokratische Abgeordnete im Sitzungssaal des Parlaments. Weitere Abgeordnete wurden allerdings nicht in das Parlament gelassen, das von der Polizei umstellt war. Diese hatte von der Regierung den Auftrag, unter Androhung des Waffengebrauches zu verhindern, dass der Nationalrat zu einer regu-

lären Sitzung zusammentreten konnte. Die im Sitzungssaal Anwesenden wurden schließlich von der Polizei aus dem Haus eskortiert, der Dritte Nationalratspräsident Sepp Straffner konnte allerdings noch zuvor erklären, dass die Sitzung vom 4. März somit fortgesetzt und diese Sitzung ordnungsgemäß geschlossen werde.

Der Leiter des Polizeieinsatzes gegen die Abgeordneten gab den schriftlichen Einsatzbefehl der Regierung an den Dritten Nationalratspräsident Sepp Straffner weiter. Dieser verfasste daraufhin auf Grund dieses Beweisstückes Strafanzeige gegen Dollfuß wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit (§ 76 Strafgesetz 1852).

Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und sein ebenso christlichsozialer Justizminister Kurt Schuschnigg hatten die Geschäftsordnungskrise des Nationalrates somit genutzt, um eine Art juristischen Staatsstreich durchzuführen. Die Bundesregierung unterließ es wohlweislich, dem ebenso christlichsozialen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas die Auflösung des Nationalrates und die Ausschreibung von Neuwahlen vorzuschlagen, wie es verfassungsmäßig vorgesehen gewesen wäre und was der Bundespräsident nur auf Vorschlag der Regierung hätte anordnen können. Nachdem also auch der Bundespräsident untätig gewesen war, waren es die nationalliberalen Abgeordneten der Großdeutschen Volkspartei, die neben der Sozialdemokratie als letzte für den heimischen Parlamentarismus eintraten.

Am 30. April 1934 kam es noch einmal zu einer Sitzung des Rumpfparlaments, das der Zweite Nationalratspräsident Ramek einberufen hatte, dabei waren die Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten auf Grund des Parteienverbots am 12. Februar 1934 bereits für erloschen erklärt worden. Ein Großteil der großdeutschen Abgeordneten, also des nationalen Wirtschaftsblocks, erklärte die Sitzung für verfassungswidrig und boykottierte sie. Zwei verbliebene großdeutsche Abgeordnete protestierten gegen das Vorgehen der christlichsozialen Abgeordneten und lehnten die Einberufung dieses Rumpfparlaments demonstrativ als verfassungswidrig ab. Sie lehnten auch die neue Verfassung für den Ständestaat, die bei der Sitzung des Rumpfparlaments beschlossen werden sollte, ab und verlangten darüber eine Volksabstimmung. Dennoch wurde die „Verfassung des Bundesstaates Österreich“ am 30. April 1934 vom Rumpf-Parlament gegen die zwei großdeutschen Stimmen beschlossen.

“
**Die Nationalliberalen
versuchten den Parla-
mentarismus und den
Verfassungsstaat zu
retten.**
”

**Eine weibliche
Formation des
„Heimatschutzes“
bei einer Kundge-
bung der Vater-
ländischen Front
in Tulln (1934)**



**Der großdeutsche
Dritte National-
ratspräsident
Sepp Straffner**



Insgesamt zeigen die Vorgänge um die Ausschaltung des Parlaments im Jahre 1933, dass das nationalliberale Lager in der Zwischenkriegszeit trotz vieler bedenklicher Fehlentwicklungen und ideologischer Haltungen, wie des übertriebenen Antiklerikalismus und des nicht zu leugnenden Antisemitismus, eine Stütze und Säule des Parlamentarismus in Österreich war. Wenn die deutschfreiheitlichen Abgeordneten auf Grund ihrer Mehrheit nach den Wahlen des Jahres 1911 im habsburgischen Reichsrat im Herbst 1918 an der Wiege der Republik standen, so waren sie es auch, die als letzte

im Jahre 1933 für die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie im Lande eintraten. Eine historische Tatsache, auf die die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft auch heute noch stolz sein darf. ♦

**„Österreich über
alles, wenn es
nur will“: Vaterlän-
dische Front am
Heldenplatz (1933)**



Den Schlusspunkt hinter dieses traurige Kapitel österreichischer Geschichte setzte die Rede des Abgeordneten Prof. Hermann Foppa (1882–1959), des letzten Reichsparteiobmannes der Großdeutschen Volkspartei. Er machte sie zu einem flammenden Protest:

„Namens der im parlamentarischen Klub des nationalen Wirtschaftsblockes vereinigten großdeutschen Abgeordneten habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir erheben feierlich vor unserem Volk, vor der ganzen Welt Einspruch gegen ein Regime, das, ohne über eine Mehrheit des Volkes in diesem Staate zu verfügen, sich über ein Jahr außerhalb der Verfassung gestellt hat und mit der Brachialgewalt der Bajonette den wahren Volkswillen zu brechen versucht.

Wir erheben feierlichen Einspruch gegen die verfassungs- und gesetzwidrige Beschränkung der geistigen und körperlichen Freiheit, wir erheben Einspruch gegen die maßlosen Verfolgungen unschuldiger Menschen – Männer, Frauen und Kinder –, gegen die willkürliche Vernichtung von Existenzen, gegen das jeder Humanität hohnsprechende Geiselnverfahren, gegen das System der Anhaltelager und vor allem gegen das Denunziantenwesen, das geeignet erscheint, die Moral des Volkes vollkommen zu untergraben.

Wir erheben Einspruch gegen die heutige Tagung des Parlaments, das die bereits oktroyierte Verfassung, deren Inhalt in diesem Haus noch niemand kennt, sanktionieren und ein Verfassungsgesetz beschließen soll, das der Regierung nicht nur eine Blankovollmacht für ein gleichfalls unbekanntes Verfassungsübergangsgesetz geben, sondern auch die wichtigsten Bestimmungen unserer gegenwärtigen Verfassung für das Zustandekommen einer neuen Verfassung beseitigen soll.

Wir erheben Einspruch gegen diese Tagung, weil dieses Parlament verfassungswidrig einberufen sowie verfassungswidrig in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gar nicht in der Lage ist, einfache Beschlüsse, geschweige denn verfassungsmäßig zu qualifizierende Beschlüsse, zu fassen.

Das heutige Bild dieses Hauses charakterisiert am besten die Unmöglichkeit dieser Volksvertretung. Der nationale Wirtschaftsblock und Landbund sind nicht anwesend, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass sie diese Parlamentssitzung ablehnen. Sollten wirklich in dieser Sitzung Gesetzesbeschlüsse gefasst werden, so werden dieselben vom christlichsozialen Klub gefasst werden.

Wir erheben Einspruch dagegen, dass die größte Errungenschaften des Verfassungs-

**„Wir erheben
feierlichen Einspruch“**

**Hermann Foppas
flammender Protest**



reformgesetzes 1929, der Artikel 44, der für eine Gesamtänderung der Verfassung eine Volksabstimmung vorsieht, durch ein illegales Parlament und eine illegale Abstimmung beseitigt werden soll.

Wir glauben, dass der feierliche Einspruch gegen alle diese Vorgänge im Hause nicht allein Sache der Opposition ist, sondern dass jeder andere Volksvertreter auf Grund seines auf die Verfassung abgelegten Gelöbnisses die Pflicht hat, über die Verfassungsmäßigkeit dieses Hauses zu wachen und Verfassungswidrigkeiten zurückzuweisen.

Wir stellen fest, dass wir noch in letzter Stunde an die Bundesregierung appelliert haben, von der Einberufung dieser Sitzung Abstand zu nehmen und sich vor aller Welt zum Verfassungsoktroi zu bekennen, das ja auch durch eine solche Scheintagung niemals verschleiert werden kann.“ ♦

VIII

DIE NATIONALLIBERALEN: WORTGEWALTIG & STREITBAR

DIE DEUTSCHFREIHEITLICHEN IM REICHSRAT DER MONARCHIE

1867 – 1918

Die Nationalliberalen im cisleithanischen Parlament

Als es nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 zur oktroyierten Märzverfassung von 1849 kam, war ein sogenannter Reichsrat die einzige Institution, die tatsächlich eingerichtet worden war. In ihrer Ursprungsform handelte es sich dabei nicht um ein Parlament, sondern um das kaiserliche Kabinettsrat, also um ein Beratungsgremium des Kaisers, für welches dieser selbst die Mitglieder berief. Dieses Kabinettsrat wurde allerdings 1861 aufgelöst, als Staatsrat neu begründet und im Jahre 1868 durch ein „gemeinsames Ministerium“, also durch den Ministerrat, ersetzt.

Erst in den Jahren 1860 und 1861 kam es nach den glücklosen Kriegen und durch die Finanzkrise der Habsburger Monarchie zu einer Rückkehr zum Konstitutionalismus. Kaiser Franz Joseph musste demnach über die Mitbestimmung im staatsstrebenden Großbürgertum Zugeständnisse machen. Der erste Schritt war die Erweiterung des beratenden Reichsrats um zusätzliche Mitglieder, die von den neuzubildenden Landtagen aus den Reihen der Landtagsmitglieder zu wählen waren. Deren Zahl wurde im Oktober 1860 mit 100 festgesetzt.

1883: Die erste Sitzung im neuen Parlamentsgebäude



Am 20. Oktober 1860 versprach der Kaiser mit dem sogenannten Oktoberdiplom, dass der Reichsrat nur die gemeinschaftlichen Angelegenheiten aller Königreiche und Länder, damals auch noch inklusive Ungarn, behandeln werde. In allen anderen Angelegenheiten werde aber das beratende Votum den Landtagen zustehen. Diese föderalistische Ausrichtung erfolgte wohl auf Grund des Einflusses der Konservativen jener Zeit, bei denen der Großgrundbesitz und der Adel tonangebend waren.

Der Widerstand des Bürgertums allerdings verhinderte die Durchsetzung des Oktoberdiploms, da die Liberalen eine echte parlamentarische Verfassung einforderten. Dieser politischen Vorstellung entsprach dann eine Reihe von Verfassungsgesetzen, die der Kaiser am 26. Februar 1861 in Kraft setzte und die in ihrer Gesamtheit Februarpatent genannt wurden. Dabei wurde der damals noch für die gesamte Monarchie, also inklusive Ungarn, zuständige neue Reichsrat zu einem echten Parlament, das neben dem Kaiser, dem ein Vetorecht vorbehalten war, mitbeschließend für die Reichsgesetzgebung zuständig war.

Der Reichsrat von 1861 bestand aus zwei Kammern, einem Herrenhaus und der von den Landtagen beschickten Abgeordnetenkammer. Diese Abgeordnetenkammer bestand aus 343 von den Landtagen der Kronländer bestimmten Abgeordneten, wovon immerhin 120 aus den Ländern der Stephanskronen und 20 aus dem lombardo-venezianischen Königreich sein sollten. Diese Februarverfassung, die die ungarische Reichshälfte noch in den Geltungsbereich einbezogen hatte, scheiterte dann allerdings am Widerstand der Magyaren, deren politische Vertreter Eigenstaatlichkeit mit einer eigenen ungarischen Verfassung forderten.

Ausgleich und Dezemberverfassung

Als die Habsburger Monarchie nach der Niederlage bei Königgrätz ihre Position innerhalb des Deutschen Bundes verloren hatte, die deutschen Länder der Donaumonarchie sowie Böhmen und Mähren aus dem Deutschen Bund ausscheiden mussten und man die Lombardei und Venedig an Italien abtreten musste, sah sich der politisch dramatisch geschwächte Monarch im Jahr 1867 gezwungen, mit Ungarn den Ausgleich im Sinne einer Realunion zweier Staaten zuzulassen. Durch diesen Ausgleich erhielten die Länder der Stephanskronen Souveränität in der Innenpolitik und einen eigenen Reichstag. Daher waren in beiden Kammern des Reichsrates seit dem Mai 1867 nur die Länder diesseits der Leitha vertreten. Staatsrechtlich nannte man sie bis 1915 „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, kurz „Cisleithanien“.

Die Dezemberverfassung 1867 wurde nunmehr wieder in Gestalt mehrerer Einzelgesetze erlassen. Das Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung in der Fassung von 1861 wurde in die neuen Grundgesetze übernommen, bezog sich aber nicht mehr auf die Länder der ungarischen Krone und auf das verlorene Lombardo-Venedig, sodass 203 Abgeordnete im Reichsrat verblieben. Das Abgeordnetenhaus wurde

“
Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder nannte man kurz Cisleithanien.
”

anfangs noch von den Landtagen beschickt, seit der Wahlrechtsreform von 1873 wurde es aber nach einem Klassenwahlrecht direkt gewählt.

Der Weg zum allgemeinen Wahlrecht

Auf Antrag des Ministers Adolf von Auersperg wurde im Jahre 1873 die Zahl der Abgeordneten von 203 auf 353 erhöht. Die Wahlrechtsreform von 1873 führte direkte Wahlen für eine Wahlperiode von sechs Jahren ein. Im Zuge des dabei geltenden Kurienwahlrechts wurden die Wähler nach ihrem Stand und ihrem Vermögen in vier Kurien eingeteilt: Die Kurie der Großgrundbesitzer umfasste 85 Abgeordnete, die der Handels- und Gewerbekammer 21 Abgeordnete, die der Groß- und Mittelbauern aus den Landgemeinden wählten 128 Abgeordnete, und alle anderen in Städten lebenden männlichen Bürger, die jährlich mindestens 10 Gulden (ab 1882 5 Gulden) direkte Steuern entrichteten, konnten in der vierten Kurie 118 Abgeordnete wählen.

Im Juni 1896 wurde die Zahl der Abgeordnete schließlich auf 425 erhöht und eine fünfte allgemeine Wählerklasse eingeführt, in der alle Männer wahlberechtigt waren. Erst anlässlich der Abschaffung des Kurienwahlrechts im Jänner 1907 wurde die Zahl der Abgeordneten auf 516 erhöht.

Erst bei der letzten Wahlrechtsreform der Habsburger Monarchie im Jahre 1906 wurde von Ministerpräsident Paul Gautsch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Männer eingeführt. Von den 516 Abgeordneten entfielen 130 auf Böhmen, 106 auf Galizien, 64 auf Österreich unter der Enns und 49 auf Mähren.

Der Reichsrat tagte von 1861 bis 1918 in zwölf Legislaturperioden, die den für das Abgeordnetenhaus durchgeführten Reichsratswahlen entsprachen. In diesen Gesetzgebungsperioden fanden Sitzungen beider Häuser statt, die, wenn parlamentarisch nicht lösbare Probleme entstanden und die kaiserliche Regierung mittels kaiserlicher Verordnung weiterzukommen glaubte, durch die jeweilige Vertagung des Reichsrats beendet wurden. Zuletzt war dies im Frühjahr 1914 der Fall. Insgesamt 22 Zessionen wurden von 1861 bis 1918 durchnummeriert. Besonders lang waren mit je einer durchgehenden Zession die fünfte Legislaturperiode von 1873 bis 1879 und die sechste Legislaturperiode von 1879 bis



Sitzungssaal des Herrenhauses: Gesamtaufnahme aus dem rechten Seitengang

1885 sowie die siebente Legislaturperiode von 1885-1891, die achte Legislaturperiode von 1891 bis 1897 und die zehnte Legislaturperiode von 1901 bis 1907. Diesen langen Zessionen standen überaus kurze Legislaturperioden gegenüber, z. B. die dritte Legislaturperiode von 1870 bis

1871 oder die neunte Legislaturperiode, die wegen vier Vertagungen des Reichsrats in den Jahren 1897 bis 1900 in fünf Zessionen zerfiel. Die Dauer dieser Zession hing jeweils vom Abgeordnetenhaus ab. Wenn dieses vertagt wurde, durfte auch das Herrenhaus nicht mehr zusammentreten.

Die beiden Kammern des Reichsrats hatten zwar das Gesetzgebungs- und das Steuerbewilligungsrecht, die Regierung war jedoch nicht dem Parlament verantwortlich, sondern dem Kaiser. Dieser setzte sie ein bzw. auch wieder ab, ohne dass das Parlament dies beeinflussen konnte. Die Kompetenzen des Reichsrats galten für alle Angelegenheiten der cisleithanischen Länder, wobei das mit Ungarn gemeinsame Heer, die Kriegsmarine und die mit Ungarn gemeinsame Außenpolitik sowie die zwischen Österreich und Ungarn geteilte Finanzierung dieser beiden Bereiche ausgenommen waren. Die kaiserliche

Regierung hatte den Budgetentwurf und andere Finanzvorlagen sowie Anträge zur Veräußerung von Staatseigentum, Anträge über die Aufnahme von Staatsschulden und über die Rekrutenkontingente zuerst im Abgeordnetenhaus vorzulegen. Alle anderen Gesetzesvorlagen konnte sie nach Gutdünken auch zuerst dem Herrenhaus unterbreiten. Wurde in einem Finanzgesetz oder im Rekrutengesetz über die Höhe des auszuhebenden Rekrutenkontingents zwischen den beiden Häusern des Reichsrats keine Übereinstimmung erzielt, so galt nach dem Grundgesetz über die Reichsvertretung von 1867 die kleinere Zahl als bewilligt.

Die beiden Kammern des Parlaments

Das Herrenhaus setzte sich aus folgenden Kategorien von Mitgliedern zusammen:

1. aus den berufenen Erzherzögen (d. h. den volljährigen Erzherzögen)
2. aus den Erzbischöfen und jenen Bischöfen, denen fürstlicher Rang zukam
3. aus Angehörigen des „vermögenden landsässigen Adels“ (d. h. den Häuptern jener Adelsgeschlechter, denen der Kaiser die „erbliche Reichsratswürde“ verliehen hatte)
4. aus österreichischen Staatsbürgern, die vom Kaiser für Verdienste um Staat und Kirche, Wissenschaft und Kunst auf Lebenszeit berufen wurden.

Das Herrenhaus trat am 29. April 1861 zum ersten Mal zusammen. Es tagte bis 1883 provisorisch im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landtages im Landhaus in der Wiener Herrengasse. Am 4. Dezember 1883 fand (ebenso wie im Abgeordnetenhaus) die erste Sitzung im neu erbauten k.k. Reichsratsgebäude statt. Der Saal wurde 1945 durch Bombentreffer zerstört; heute befindet sich an seiner Stelle der in der Nachkriegszeit gebaute Sitzungssaal des österreichischen Nationalrates.

“
Wegen der ausufernden nationalen Konflikte wurde der Reichsrat immer wieder suspendiert.
”

Unter den vom Kaiser berufenen Herrenhausmitgliedern waren z. B. der Glasindustrielle Ludwig Lobmeyr und der Baumwollunternehmer Nikolaus Dumba, beide auch als Kunstmäzene hervorgetreten, der steirische Dichter Peter Rosegger sowie die Bierindustriellen Anton Dreher junior und Adolf Ignaz Mautner von Markhof.

1911 entfielen beispielsweise auf die einzelnen Kategorien: 14 Erzherzöge, 18 (Erz-)Bischöfe (nämlich fünf Fürst-Erzbischöfe, fünf sonstige Erzbischöfe, acht Fürst-Bischöfe), 90 Mitglieder des vermögenden landsässigen Adels, 169 auf Lebenszeit ernannte Mitglieder. Es handelte sich ausschließlich um Männer. Der Präsident des Herrenhauses wurde in seiner Tätigkeit von zwei Vizepräsidenten unterstützt.

Seit 1907 konnten Mitglieder des Herrenhauses auch für das Abgeordnetenhaus kandidieren.

Letzter Präsident des Herrenhauses bis 12. November 1918 war Fürst Alfred III. zu Windisch-Grätz, die zwei letzten Vizepräsidenten waren Fürst Max Egon II. zu Fürstenberg und Prinz Ferdinand von Lobkowitz.

Liberale und nationale Parteien im Reichsrat

Sie erstritten die Verfassung – die Deutschliberalen. Die Deutschliberale Partei, auch Verfassungspartei oder Deutschliberale Verfassungspartei genannt, war eine bürgerliche politische Partei in der Donaumonarchie. Ihre herausragenden Persönlichkeiten waren an der Revolution von 1848 beteiligt oder durch diese geprägt.

Die Politik der Deutschliberalen war gekennzeichnet durch die Gegnerschaft zum katholischen Klerus (Kulturkampf) und durch die Forderung, die deutschsprachige Bevölkerung als Teil der deutschen Nation in einem deut-

schen Staat zusammenzufassen (Großdeutsche Lösung), begründet durch einen Konflikt mit den Slawen, der besonders durch Streitigkeiten um den Besitzstand unterhalten wurde. Den größten Zuspruch erhielten die Deutschliberalen von der städtischen Intelligenz, die ein Übergewicht der slawischen Völker in der Monarchie befürchtete.

Maßgeblich beteiligt war die Deutschliberale Partei an der Aufkündigung des Konkordats 1855 und an der Verabschiedung der Dezemberverfassung am 21. Dezember 1867, die mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich

aus dem österreichischen Vielvölkerstaat die „Doppelmonarchie“ Österreich-Ungarn machte. Anschließend stellte die Partei von 1867 bis 1879 die Mehrheit im Abgeordnetenhaus und dominierte mehrere Regierungen, insbesondere die Bürgerministerien unter Karl von Auersperg, Eduard Taaffe, Ignaz von Plener und Leopold Hasner von Artha.

Der andauernde Kampf gegen den politischen Katholizismus und die slawischen Nationalitäten der Monarchie führte zusammen mit der Wirtschaftskrise von 1873 zum Niedergang der Partei

Die Verhandlungen des Reichsrats waren vielfach von den Auseinandersetzungen zwischen den zahlreichen Parteien und Gruppierungen der Nationalitäten geprägt, die regelmäßig nur zwei Nationalitäten betrafen. Unter diesen Bedingungen war eine Mehrheit zur Unterstützung der (nicht vom Vertrauen des Reichsrats abhängigen) Regierung nur sehr schwer zu organisieren. Immer wieder wurde der Reichsrat vom Kaiser auf Vorschlag der Regierung wegen der ausufernden nationalen Konflikte suspendiert.

Reichsrat, Regierung und Kaiser

In den Jahren 1867 bis 1879 hatte die Deutschliberale Partei die Mehrheit im Abgeordnetenhaus des Reichsrats. Sie stellte die Regierungen der Ministerpräsidenten Karl Wilhelm Philipp von Auersperg und Adolf Carl Daniel von Auersperg. Mit ihrem Niedergang endete die deutsche Dominanz im Reichsrat.

Die führenden Persönlichkeiten der nationalliberalen Gruppierungen im Reichsrat



und zum Verlust der Regierungsgewalt. Die Partei wurde in mehrere Teile aufgesplittet, woraus sich in der Folge mehrere deutschfreiheitliche und deutschnationale Parteien entwickelten. Die noch verbliebenen Anhänger der Deutschliberalen Partei wurden später „Altliberale“ genannt. Die Verfassungspartei verschmolz 1881 mit dem

Fortschrittsklub zur „Vereinigten Linken“, die sich 1885 jedoch wieder in den Deutschösterreichischen und den Deutschen Klub spaltete, nur um 1888 wieder zur Vereinigten Deutschen Linken zu fusionieren.

Nur mehr für die Deutschen – die Vereinigte Linke. Die Vereinigte Linke bestand

von 1881 bis 1885 und war liberal und zentralistisch ausgerichtet. Ihre Mitglieder waren ausschließlich Deutsche, einschließlich einiger national nicht festgelegter Aristokraten.

Zwischen der seit 1879 amtierenden konservativ-föderalistischen Regierung Taaffe und der deutschliberalen Opposition kam es zu



Kaiser Franz Joseph, um 1885

Die Regierung des Grafen Eduard von Taaffe stützte sich 1879 bis 1893 auf die deutschösterreichischen Klerikalen sowie die tschechischen und polnischen Konservativen. Sie setzte 1882 die Zensusgrenze für die Wahlberechtigung von 10 auf 5 Gulden Steuerleistung pro Jahr herab. Von den radikalen Nationalparteien heftig bekämpft, scheiterte Taaffe am Versuch, ein nahezu allgemeines Wahlrecht einzuführen.

Nach 1893 konnte keine Regierung mehr die ständige Unterstützung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses für sich gewinnen.

Kaiser Franz Joseph, der anfangs absolut regierte, stand dem Parlamentarismus, den er dem erstarkenden Bürgertum zugestehen musste, lange Zeit misstrauisch gegenüber. Er hielt sich aber strikt an die von ihm sanktionierte Verfassung. Die schrittweise Ausweitung des Wahlrechts musste dem skeptischen Kaiser im 19. Jahrhundert von den jeweiligen Regierungen mühsam abgerungen werden.

Die immer wieder erlassenen kaiserlichen Entschlüsse zur Vertagung des Reichsrates entsprangen nicht absolutistischen Regungen, sondern erfolgten auf Vorschlag der k. k. Regierung, wenn der Reichsrat zu Beratungen und Entscheidungen auf Grund von Obstruktion, meist durch tschechische Abgeordnete, nicht in der Lage war.

Das Parlamentsgebäude besuchte Kaiser Franz Joseph nur zweimal, 1879 beim Richtfest und im Jänner 1884 kurz nach der Betriebsaufnahme des Hauses. Die Thronreden mussten sich die Abgeordneten in der Hofburg anhören. Damit versuchte der Hof die Fiktion aufrechtzuerhalten,

der Kaiser sei weiterhin der eigentliche Machthaber, wie dies auch die stereotype Einleitung der beschlossenen Gesetze suggerierte: „Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde ich anzuordnen wie folgt ...“.

Der Kaiser änderte nach der russischen Revolution von 1905 seine Einstellung zum Parlament und betrieb die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts, wie es von der Sozialdemokratie in Großdemonstrationen verlangt wurde, gemeinsam mit seinem Ministerpräsidenten Max Wladimir von Beck aktiv.

Auf Grund der dualistischen Staatskonstruktion der Gesamtmonarchie im Sinn einer Realunion konnte der Reichsrat die gemeinsamen Angelegenheiten der beiden Reichshälften (Außen- und Verteidigungspolitik) nicht in Plenarsitzungen seiner beiden Häuser beeinflussen.

Zur parlamentarischen Entscheidung der gemeinsamen Angelegenheiten waren auf Grund des Ausgleichs von 1867 die so genannten Delegationen des österreichischen Reichsrates und des ungarischen Reichstages mit je 60 Mitgliedern berufen (die österreichische Delegation wurde aus beiden Häusern des Reichsrates gewählt: 40 Abgeordnete, 20 Mitglieder des Herrenhauses).

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses machte ein wirksames parlamentarisches Arbeiten oft unmöglich. Jeder Abgeordnete konnte (wie im Europäischen Parlament) in seiner Muttersprache reden, es gab jedoch keine Dolmetscher und die Redezeit war nicht begrenzt. Für das Protokoll mitstenographiert wurden nur deutsche Äußerungen.

Von Abgeordneten, die Abstimmungen verhindern bzw. verzögern wollten, wurden stundenlange Reden gehalten; teilweise



Georg Ritter von Schönerer, Leitfigur der Radikalen



Otto Steinwender, Integrationsfigur der Gemäßigten

einer zunehmenden Polarisierung. Dies veranlasste die verschiedenen Gruppen der deutschliberalen Opposition zur Gründung einer gemeinsamen Partei. Im Herbst 1881 formierten sie sich zur Vereinigten Linken.

Nach den Wahlen von 1885, die für die Deutschliberalen den endgültigen Verlust ihrer einstigen Mehrheit im Reichsrat manifestierten, zerfiel die Vereinigte Linke in zwei Parteien. Eine starke Minderheit der Abgeordneten der bisherigen Vereinigten Linken konstituierte sich als Deutscher Club. Deren Mitglieder gaben den ehemaligen Anspruch der Liberalen als über den Nationalitäten stehende Staatspartei auf und vertraten

künftig explizit die deutschen Interessen in der Habsburger Monarchie. Die verbliebenen Abgeordneten der Vereinigten Linken bildeten fortan den Deutschösterreichischen Klub.

Im Jahr 1888 schlossen sich der Deutsche Klub und der Deutschösterreichische Klub wiederum zur Vereinigten Deutschen Linken zusammen.

Alldeutsch und zerstritten – die Schönerianer. In den ersten Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit war Georg Ritter von Schönerer weniger als National-Radikaler hervorgetreten, vielmehr versuchte er gegen den Manchester-Liberalismus anzukämpfen, indem er sich mit wirtschaft-

lichen Fragen befasste, zahlreiche Anträge zur Hebung der Land- und Forstwirtschaft stellte und bereits 1880 die Aufhebung aller Wahlkurien und die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes verlangte. So kam es unter Schönerers Führung 1882 zur Ausarbeitung des Linzer Programmes, in dem antiliberaler, sozialpolitische, aber auch nationale Forderungen in „höchstmoderner und ideenreicher“ Weise miteinander verknüpft waren.

Die Ausarbeitung des Programmes erfolgte durch eine Gruppe, die wiederum stark burschenschaftlich beeinflusst war. Neben Schönerer waren Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer (B! Arminia

Graz), die späteren Führer der Sozialdemokratie sowie der Historiker Heinrich Friedjung, Anton Langgasser (B! Silesia – Wien), Julius Sylvester (Teutonia und Libertas-Wien) sowie Karl Teutschmann (B! Oberösterreichischer Germanen-Wien) beteiligt.

Das Programm selbst sollte für die kommenden Jahrzehnte die politische Grundlage für das deutschnationale Lager bleiben.

Hauptforderungen des Linzer Programms waren: Die Stellung der Deutschen in Cisleithanien sollte durch Umwandlung der Monarchie in eine Personalunion mit Ungarn durch Sonderstellung der größtenteils nichtdeutschen Kronländer Galizien, Bukowi-

na und Dalmatien und durch Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache sichergestellt werden. Erstrebt wurden weiters eine Erweiterung des Wahlrechts, Pressefreiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht und die vollständige Durchführung des Reichsvolksschulgesetzes. Soziale und wirtschaftliche Forderungen waren: Besteuerung der Börsengeschäfte, Verstaatlichung der Privatbahnen und der Versicherungen, Stärkung des Kleinbürgertums durch eine Reform der Gewerbeordnung und Bildung von gewerblichen Genossenschaften, Hilfe für die Arbeiter durch Verbesserung der Fabrikgesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit, Einschränkung

der Frauen- und Kinderarbeit, Unfall- und Altenversicherung, Fabrikinspektionen und die Schaffung von Arbeitergewerkschaften. Den Bauern waren landwirtschaftliche Kreditanstalten und staatliche Maßnahmen gegen Kreditwucher gegen die Überschuldung und Entwertung der Höfe zugeordnet.

Außenpolitisch forderte es die verfassungsmäßige Verankerung des zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn bestehenden Bundesverhältnisses. Im Jahre 1885 wurde über Verlangen Schönerers auch die Forderung nach Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens aufgenommen, was

sagten sie Gedichte auf, die nur Abgeordnete der gleichen Muttersprache verstanden. Auch das Lärmen mit Ratschen und Tschinellen und Handgreiflichkeiten unter den Abgeordneten waren nicht selten. Bei dieser Obstruktion taten sich insbesondere tschechische Abgeordnete hervor, die die Zuständigkeit des Reichsrates für Böhmen und Mähren grundsätzlich bestritten.

Nicht zuletzt diese Mängel in der Arbeitsweise setzten den Reichsrat der steten Kritik aus.

Das Ende des Reichsrats

Der Reichsrat war am 16. März 1914 vom Kaiser auf Vorschlag der k. u. k. Regierung Stürgkh vertagt worden; als im Juli 1914 die Entscheidung zum Krieg anstand, wurde der Reichsrat nicht konsultiert. Das Parlament blieb drei Jahre lang ausgeschaltet; das Notverordnungs-Regiment veranlasste Friedrich Adler, Stürgkh am 21. Oktober 1916 zu erschießen. Franz Josephs Nachfolger Karl I. berief den Reichsrat zum 30. Mai 1917 ein und vertagte ihn bis zum Ende der Monarchie nicht mehr.

In diesen letzten 17 Monaten des Reichsrats kamen neben Budget- und Kriegssteuerbeschlüssen u. a. folgende Gesetze zustande:

Am 11. Juni 1917 beschloss das Abgeordnetenhaus eine neue Geschäftsordnung.

Am 16. Juni 1917 wurde die Mandatsdauer der 1911 gewählten Abgeordneten bis 31. Dezember 1918 verlängert.

natürlich zum Ausscheiden Adlers, Friedjungs und auch Pernerstorfers führte.

Schönerer selbst entwickelte sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zu einem Nationalen von außerordentlicher Radikalität, der seinen Nationalismus auf rassistische Motive und schärfsten Antisemitismus gründete, was ihn letztlich seine politische Stellung im Reichsrat kosten sollte.

Die Alldeutschen lösten sich im Laufe der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts vom deutschliberalen und deutschkatholischen Lager und bildeten unter Schönerer und Karl Hermann Wolf eine aktive irredentistische Minderheit. Obwohl die Anzahl der All-

deutschen im Reichsrat gering war, hatten sie doch starken Einfluss auf die akademische Jugend und den öffentlichen Dienst, vor allem auf die Justiz. Die Bewegung empfand sich als einer der Rechtsnachfolger der deutschnationalen Bewegung.

Bei den Reichsratswahlen 1901 konnten die österreichischen Alldeutschen die Anzahl ihrer Mandate im Reichsrat von sechs auf 21 erhöhen. Dies war der größte Wahlerfolg in ihrer Geschichte. Die alldeutschen Abgeordneten erstrebten die Festlegung der deutschen Sprache als Amtssprache in Cisleithanien, förderten die Los-von-Rom-Bewegung, eine Personalunion mit Ungarn und ein durch

einen Staatsvertrag festzustellendes Schutz- und Trutzbündnis mit dem Deutschen Reich. Aber bald gerieten die Vorsitzen Schönerer und Wolf aus persönlichen Gründen in Konflikt. Die Gruppe um Wolf spaltete sich 1902 als Frei-Alldeutsche (später Deutschradikale Partei) mit 12 Abgeordneten ab.

Maßvoll für die deutschen Interessen: Vom Deutschen Klub zur Deutschen Volkspartei. Im Bestreben, die deutschen Interessen gegenüber den staatlichen stärker zu vertreten und die Mittelstandsinteressen besonders hervorzuheben, spaltete sich 1887 der Deutsche Klub ab, indem eine „Deutschnatio-

Am 24. Juli 1917 beschloss der Reichsrat auf Vorschlag der k. k. Regierung Seidler das von Juristen später als Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz (KWEG) bezeichnete Gesetz. Bei seiner Übernahme in den Rechtsbestand Deutschösterreichs wurde vergessen, die kontrollierende Mitwirkung des Reichsrats auf das republikanische Parlament zu übertragen. Dies ermöglichte der Bundesregierung Dollfuß 1933/1934, die Etablierung der Ständestaatsdiktatur durch Missbrauch des KWEG als legal darzustellen.

Bei der ersten Sitzung im Krieg, am 30. Mai 1917, gaben Abgeordnete nach Verlesung der von der k. k. Regierung eingelangten Vorlagen und Berichte über seit 1914 getroffene Entscheidungen, aber vor Eingang in die Tagesordnung Erklärungen zu den politischen Absichten der Nationalitäten Cisleithaniens nach dem Krieg ab; eine weitgehende Vorwegnahme dessen, was im Oktober/November 1918 tatsächlich eintrat.

Im Oktober 1918 hielt das Abgeordnetenhaus sehr lebhaftige Sitzungen ab, bei denen von Abgeordneten aller Nationalitäten (von Galizien bis zum Trentino) Versäumnisse der k. k. Regierungen und Probleme des Zerfalls des bisherigen Staates und des Abfalls Ungarns diskutiert wurden. Dabei wurde ausgesprochen, dass dem Haus keine handlungsfähige Regierung mehr gegenüberstehe und dass man als Abgeordneter bald in anderen Parlamenten weiterarbeiten werde. Staatsloyale Kräfte wollten den Reichsrat zur Schaffung von Regeln für die faire Aufteilung Altösterreichs einsetzen; die Politiker in den neuen Machtzentren der Nachfolgestaaten hatten aber längst selbst das Heft in die Hand genommen. Die Sitzung vom 30. Oktober wurde nach zwei

Mit den Schrecken des Ersten Weltkriegs kam das Ende des Reichsrats



nale Vereinigung“ gegründet wurde, der wieder die Burschenschafter Bareuther, Derschatta, Pernerstorfer, Kraus, Wentzlitzke und Steinwender angehörten. Steinwender, der bald die Führung in der Deutschnationalen Vereinigung innehatte, war als politische Persönlichkeit von Kompromissbereitschaft und vom Willen zur sachlichen Arbeit geprägt, wohl ein Vorbild jener deutschnationalen Politiker, die in der Ersten Republik wesentlich an der Regierungsverantwortung mittragen sollten. In seinem gemäßigten Antisemitismus – er sah in einer Assimilation der Juden im Gastvolke die einzige Lösung der Judenfrage – sowie in seinem

gemäßigten Freisinn, der keineswegs antiklerikal war, und in seinem humanistischen Nationalismus, der durchaus mit Heimatliebe, österreichischem Patriotismus und unbedingter Staatstreue gepaart war, nahm Steinwender eine positive Gegenposition

zum Radikalismus Schönerers ein und war damit auch Exponent jener Einstellungen, die auch in den gemäßigten Studentenverbindungen gepflegt wurden.

Der verbliebene Teil des Deutschen Klubs schloss sich auf Anregung Dumreichers

Minuten auf den 12. November vertagt.

Parallel zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses traten die 208 gewählten Reichsratsabgeordneten mehrheitlich deutsch besiedelter Gebiete Cisleithaniens erstmals am 21. Oktober 1918 als Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich im Niederösterreichischen Landhaus in Wien zusammen. Mit der Wahl der ersten deutschösterreichischen Regierung konstituierten sie am 30. Oktober 1918 den neuen Staat.

Polnische Reichsratsabgeordnete, die mit dem Nationalausschuss in Warschau zusammenarbeiteten, erklärten am 24. Oktober 1918, jede weitere Parlamentsarbeit in Wien sei für sie sinnlos. Tschechische Politiker gründeten am 28. Oktober 1918 in Prag die Tschechoslowakische Republik. Tags darauf sagten sich die Südslawen Cisleithaniens von Österreich los. Südtirol und Triest wurden ab 3. November 1918 von Italien besetzt.

Am 12. November 1918, dem Tag nach dem Verzicht Kaiser Karls I. „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ und der Enthebung der letzten k. k. Regierung unter Heinrich Lammasch, hielt das Abgeordnetenhaus unter Präsident Gustav Groß um 11:15 Uhr seine letzte Sitzung ab; sie bestand nur aus einer Trauerkundgebung für den tags zuvor verstorbenen Obmann der Sozialdemokratie, Viktor Adler, und einer Ansprache des



Präsidenten. Nur zwölf nichtdeutsche Abgeordnete nahmen noch teil. Da die Selbstauflösung in der Verfassung nicht vorgesehen war, wurde der Vorschlag des Präsidenten angenommen, keinen Termin für eine weitere Sitzung festzulegen.

Der Reichsrat und die Innenpolitik Cisleithaniens

Nach der Niederlage von Königgrätz im Jahre 1866 sah sich der Kaiser genötigt, für innenpolitische Entspannung zu sorgen, und leitete daher weitere Schritte hin zu einem neuen Konstitutionalismus ein. Er schrieb für den Februar 1867 Neuwahlen der Landtage aus, damit diese Abgeordnete für einen in Wien tagenden Reichsrat entsenden konnten. Der Kaiser berief mit Ministerpräsident Beust und seinem Stellvertreter Taaffe eine neue Regierung ein in der Hoffnung, dass dieses „Bürgerministerium“ Lösungen für die schwierige politische Lage finden könnte.

Die erste zentrale Aufgabe von Parlament und Regierung war es, einen vernünftigen Ausgleich mit Ungarn zu finden. Im Dezember 1867 schließlich wurde das Kaisertum Österreich offiziell in die österreichisch-ungarische Monarchie umgewandelt.

Die zentrale Leistung des Reichsrats im Jahr 1867 war zweifellos die Durchsetzung der Ministerverantwortlichkeit und der Beitrag des Parla-

wieder mit dem Deutschösterreichischen Klub zur „Vereinigten Deutschen Linken“ zusammen.

Schönerer, der mit dem von ihm gegründeten „Verband der Deutschnationalen“ abseits dieser Entwicklung gestanden war, musste seine parlamentarische Tätigkeit wegen seines Auftretens in der Schriftleitung des „Neuen Wiener Tagblattes“, welches eine verfrühte Meldung über den Tod des deutschen Kaisers Wilhelm I. gebracht hatte, zwangsweise unterbrechen.

Bei den Neuwahlen des Jahres 1897 war die Deutschnationale Vereinigung als „Deutsche Volkspartei“ aufgetreten. In ihren Zielvorstellungen lehnte sie sich an das

Linzer Programm an, wobei weiterhin Steinwender, Derschatta und Beurle die führenden Positionen besetzen.

Der Deutsche Nationalverband. Die Vereinigte deutsche Linke teilte sich in die Partei der „Verfassungstreuen Großgrundbesitzer“ und in die „Deutsche Fortschrittspartei“, welche sich von der Deutschen Volkspartei eigentlich nur in ihrer Ablehnung des Antisemitismus unterschied.

1908 wurde aus der zum „Deutschnationalen Verband“ vereinigten Volkspartei und Agrarpartei, aus der Deutschen Fortschrittspartei und den Deutschradikalen der „Nationalverband“ der deutschfreiheitlichen Abgeordneten

gebildet, zu dessen Obmann Dr. Sylvester gewählt wurde. 1910 erhielt diese Vereinigung die Bezeichnung „Deutscher Nationalverband“.

Dieser Deutsche Nationalverband war ab 1911 die stärkste Gruppe im Abgeordnetenhaus und stellte nie eine homogene oder gar integrierende Partei dar, war vielmehr nur eine lose Gemeinschaft von Parlamentariern. Dennoch wirkte er in den letzten Jahren der Monarchie durchaus staatstragend, unterstützte meist die verschiedenen Kabinette und nahm auch durch Leute seines Vertrauens an der Regierung teil. Der Nationalverband stimmte regelmäßig für das Budget, wandte sich gegen die „Los vom Rom-Be-

wegung“ und suchte nach Möglichkeiten der Kooperation mit den Christlich-Sozialen, akzeptierte das allgemeine Wahlrecht und begnügte sich mit der Forderung nach einer Wahlkreiseinteilung, die die Slawen benachteiligte. Der parlamentarischen Vertretung des nationalen Lagers kann man – berücksichtigt man dieses konstruktive Verhalten – den Untergang der Monarchie wohl kaum anlasten, da sie nach Überwindung der deutschfeindlichen Regierung Taaffe und Badeni den Staat bejahte und ihm gegenüber ihre Pflicht erfüllte. Die Gruppe Schönerers und die seit 1904 bestehende „Deutsche Arbeiterpartei“ waren politisch völlig bedeutungslos und

konnten nur in beschränktem Ausmaße destruktiv wirken.

Der Werdegang der deutschnationalen Parteien ist sicherlich verwirrend, da eine Vielfalt von verschiedensten Gruppierungen und Richtungen auftrat, die eigentlich schon Zerrissenheit darstellte. Die führenden Männer, die durchwegs aus studentischen Kooperationen kamen und zeitlebens von ihnen beeinflusst wurden, führen offensichtlich auch im politischen Leben deren Traditionen fort. Rein organisatorisch gesehen war nämlich im Auftreten der verschiedenen deutschnationalen Parteien die Tendenz zur Bildung von kleinen Gruppen unverkennbar, zur ständigen Spaltung in manchmal

beinahe intellektuellen Zirkel, ähnlich wie es bei den Studentenverbindungen gang und gäbe war.

Das realpolitische und organisatorische Versagen Schönerers und seiner Getreuen hatte zu einer heillosen Zersplitterung im nationalen Lager geführt und das immer wieder angestrebte Ziel der Schaffung einer breiten Volkspartei verunmöglicht. So stellten die soeben geschilderten parlamentarischen Klubs und Parteien nur die Spitze, eben die im politischen Leben des Staates auftretende Gruppe dar, die breiten Schichten der national denkenden Menschen wurden von ihnen weder zusammengefasst noch endgültig repräsentiert. ♦

ments zur Schaffung des Staatsgrundgesetzes, durch das Österreich ein Verfassungsstaat wurde, der seinen Bürgern unveräußerliche Rechte einräumte. Dies war schließlich das zentrale Anliegen der von 1867 bis 1918 dominierenden deutschliberalen Partei.

Die schwierige wirtschaftliche Lage Österreichs freilich änderte sich vorläufig nicht. Die Anregungen der Regierung, durch Vermögensabgaben, Steuererhöhungen und den Verkauf von Staatsvermögen eine Lösung zu finden, wurde vom Reichsrat eher blockiert. Dies lag nicht zuletzt wohl daran, dass die meisten Abgeordneten, die ursprünglich über die Landtage entsandt waren, über beträchtliche Privatvermögen verfügten und dementsprechend wenig Interesse hatten, größere steuerliche Belastungen einzuführen. Kein Wunder also, dass die Regierung ihre Pläne nicht durchsetzen konnte und drei Steuerreformen binnen weniger Jahre keine nennenswerte Entspannung der Wirtschaftssituation brachten. Erst ein massives Infrastruktur-Investitionsprogramm, welches naturgemäß auch im Interesse der Deutschliberalen Partei lag, kurbelte mit verstärktem Bahn- und Straßenausbau die Schaffung neuer Arbeitsplätze und insgesamt die Wirtschaft wieder an.

Mit der Einführung des Kurienwahlrechts im Jahr 1873 wurde die Zahl der Abgeordneten bekanntlich auf 353 erhöht, nunmehr allerdings waren die Mandatare vom Wohlwollen ihrer Wähler abhängig und vertraten in erster Linie deren Wünsche. So wurde der Reichsrat nunmehr zu einem Gremium von Partikularinteressen, die fortan auf der parlamentarischen Bühne ausgefochten wurden. Der Bankenkrah vom Mai 1873 verschärfte die ökonomische Krise neuerlich, und die

Deutschliberale Parlamentsmehrheit zeigte sich außerstande, substanzielle Reformen durchzubringen. Dies war letztlich einer der Gründe, warum die Liberalen bei den Neuwahlen des Jahres 1879 hinter den Konservativen zurückblieben. Daher kam nun Eduard Graf Taaffe in das Amt des Ministerpräsidenten, er sollte es 14 Jahre lang innehaben.

Die Ära Taaffe

Taaffe war ein Jugendfreund des Kaisers und ein enger Vertrauter. Im Gegensatz zu den Deutschliberalen setzte er nicht auf Marktwirtschaft und Wettbewerb, sondern auf eine protektionistische Wirtschaftspolitik. Hohe Einfuhrzölle und ähnliche Maßnahmen sollten der heimischen Industrie einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, der ihr auch tatsächlich zu einer allmählichen Erholung verhalf. Durch eine neuerliche Wahlrechtsreform, bei der der Mindeststeuersatz zur Erlangung auf 5 Gulden herabgesetzt wurde, gelang es Taaffe, viele kleine Gewerbetreibende und Bauern in die politische Gestaltung mit einzubeziehen und sich somit längerfristig eine breitere parlamentarische Basis zu sichern.

Im Hinblick auf die sich formierende Arbeiterbewegung wollte Taaffe nach dem deutschen Vorbild Otto von Bismarcks verfahren, indem er die soziale Lage durch eine Reihe von Maßnahmen und Gesetzen verbesserte, das Aufkommen einer sozialistischen Kraft aber möglichst unterbinden wollte. Mit der Einführung der Sonntagsruhe, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Krankenversicherungsgesetz schien dies auch anfangs zu gelingen. Durch massive Einschränkungen der Pressefreiheit, ein scharfes polizeistaatliches Überwachungssystem und durch scharfe Gesetze gegen die Koalitions- und Versammlungsfreiheit vermochte Taaffe die politisch immer stärker werdende Arbeiterschaft noch für einige Jahre ruhig zu halten.

Dies gelang ihm allerdings nicht im Hinblick auf den in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts voll ausbrechenden Nationalitätenstreit. Taaffe, versuchte, seinen politischen Gegnern durch Zugeständnisse den Wind aus den Segeln zu nehmen – mittels der Sprachenverordnung des Jahres 1880 etwa gestattete er den Gebrauch der tschechischen Sprache in allen Gebieten Böhmens als Amtssprache. Dies folgte einer langjährigen Forderung der Tschechen, die indessen den Reichsrat nicht boykottierten. Die deutschnationalen und deutschfreiheitlichen Parteien, die sich in der Nachfolge der alten deutschliberalen Partei bildeten, hatten indes verständlicherweise wenig Einsehen mit der diesbezüglichen Politik Taaffes. Er stützte sich mit seinen Konservativen jedoch auf eine Koalition mit den slawischen Parteien. Durch die Einbeziehung der Kleingewerbetreibenden und der mittleren Bauern gelang es ihm, bei den Reichsratswahlen von 1885/90 von 353 Sitzen im Reichstag zu erlangen – damit verfügte er über eine komfortable Mehrheit.

Dennoch formierte sich im Reichsrat zunehmend eine Opposition gegen die Politik Taaffes. Den Jung-Tschechen ging die Gleichstellung der slawischen Nationen nicht weit genug, den deutschnationalen und den sich neu formierenden Christlich-Sozialen hingegen war sie viel zu weitreichend. So zeitigte die Wahl von 1891 eine Schwächung der Basis von Ministerpräsident Taaffe. Die großen Wahlsieger waren dabei die Jung-Tschechen und die neuen Christlich-Sozialen, während die Sozialdemokraten weiter ohne offizielles Mandat blieben. Einzig der unabhängige, ursprünglich von der deutschnationalen Seite kommende Abgeordnete Engelbert Pernerstorfer vertrat damals schon offen die Arbeiterpartei.

Das Scheitern Taaffes bei der Durchsetzung des deutsch-tschechischen Ausgleichs und das Scheitern seiner Vorlage auf Einführung eines allgemeinen (allerdings noch nicht gleichen) Wahlrechts führten letztlich dazu, dass der Kaiser den Ministerpräsident entließ. Sein Abgang im November 1893 ließ die cisleithanischen Länder der Habsburger Monarchie als gewaltige politische Baustelle zurück. Die ökonomische Situation hatte sich nicht wesentlich gebessert, die Frage des Wahlrechts war nicht gelöst und die Nationalitätenkämpfe wurden stetig heftiger.



Eduard Graf Taaffe
war 14 Jahre lang
Ministerpräsident

Die Anzahl der Reichsrats-Sitze der deutschfreiheitlichen Parteien

Periode 1891 – 1906

Vereinigte Deutsche Linke: 1891 – 107 Abgeordnete

Deutsche Nationalpartei: 1891 – 18 Abgeordnete

Deutsche Volkspartei: 1897 – 41 Abgeordnete

Fortschrittspartei: 1897 – 35 Abgeordnete

Freie Deutsche Vereinigung: 1897 – 11 Abgeordnete

Alldeutsche: 1891 – 2 Abgeordnete

Freialldeutsche: 1903 – 5 Abgeordnete

Agrarier: 4 Abgeordnete

Periode 1907 – 1918

Deutschnationaler Verband: 1907 – 51 Abgeordnete

Deutschradikale: 1911 – 21 Abgeordnete

Agrarier: 1911 – 33 Abgeordnete

Fraktionslose im Nationalverband (inkl. Jungdeutsche): 1911 – 41 Abgeordnete

Deutsche Arbeitsgemeinschaft: 42 Abgeordnete

Deutsche Nationalpartei: 1918 – 19 Abgeordnete

Die Badeni-Unruhen

Erst 1895, als der Kaiser Kasimir Badeni zum Ministerpräsidenten berief, kam wieder Bewegung in die festgefahrenen Fronten. Er leitete im Jahre 1896 dem Parlament eine Vorlage zu, wonach eine fünfte allgemeine Kurie geschaffen werden sollte, in die 72 Mandate vergeben würden. Wahlberechtigt in dieser Kurie sollten alle männlichen Staatsbürger nach dem vollendeten 24. Lebensjahr sein. Dieser Entwurf wurde im Abgeordnetenhaus mit 243 Stimmen zu 19 Stimmen angenommen, weshalb die Wahlen des Jahres 1897 bereits in fünf Kurien abgehalten werden konnten. Damit war die Zahl der Wahlberechtigten zum Reichsrat mit einem Schlag von rund 1,7 Millionen auf 5,3 Millionen Wähler erweitert worden. Das Wahlrecht war mithin zwar ein allgemeines, es war aber noch kein gleiches, da nach wie vor die fünftausend Großgrundbesitzer 85 Mandate wählen konnten, während 5,3 Millionen Wähler nur 72 Abgeordneten ihr Vertrauen geben konnten. Dennoch aber ermöglichte diese Wahlrechtsreform die Ausbildung weltanschaulich-motivierter Parteien und trug zur Auflösung der herkömmlichen Honoratioren-Klubs bei.

Die Reichsratswahlen vom März 1897 machten dies bereits deutlich. Zwar zogen die Sozialdemokraten nur mit 14 Abgeordneten ein, und ihre politischen Schwergewichte, angefangen von Viktor Adler, konnten kein Mandat erringen, die Christlich-Sozialen aber konnten sich von 14 auf 30 Mandate steigern und die Deutschnationalen von 17 auf 47 Mandate. Die Liberalen, die 1891 noch 109 Sitze gewonnen hatten, sanken auf 77 ab und hatten sich überdies in zwei Klubs aufgespalten.

Nachdem es im neuen Abgeordnetenhaus nunmehr 15 Klubs geben sollte, fiel es Ministerpräsident Badeni schwer, eine tragfähige Mehrheit zu finden. Da er selbst Pole war, suchte er naheliegenderweise die Verständigung mit den jungen Tschechen, denen er politisch entgegenkommen wollte. Damit gelangte die Frage nach einem deutsch-tschechischen Aus-

gleich wieder auf die Tagesordnung, überdies entschloss sich Badeni dazu, eine Sprachenverordnung zu erlassen, durch welche die Kronländer Böhmen und Mähren zur Zweisprachigkeit im Amtsverkehr verpflichtet werden sollten. Damit wurde von jedem Staatsbeamten bis spätestens Juli 1901 die Kenntnis beider Nationalsprachen in Wort und Schrift verlangt, was den Deutschen gegenüber den Tschechen einen gewaltigen Nachteil bescherte. Entsprechend groß war auch die Empörung der Deutschnationalen. Sie versuchten, durch parlamentarische Obstruktion die Regierung zum Einlenken zu zwingen. Da ihnen aber weder die Christlich-Sozialen noch die Sozialdemokraten Unterstützung gewährten, setzten sich die slawischen Parteien vorläufig durch. In einer außerparlamentarischen Kampagne allerdings bauten die Deutschnationalen durch große Volksversammlungen und Demonstrationen Druck auf die Regierung auf. Als das Abgeordnetenhaus im September 1897 wieder zusammen trat, setzten die Deutschnationalen neuerlich auf Obstruktion. Als der deutschradikale Karl Hermann Wolf dem Ministerpräsidenten Badeni vorwarf, ein Schuft zu sein, verlangte dieser Genugtuung. Tatsächlich kam es am 26. Oktober 1897 zu einem Pistolenduell zwischen den beiden, bei dem der spätere großdeutsche Landeshauptmann von Kärnten Arthur Lemmisch dem Abgeordneten

Wolf als Sekundant zur Verfügung stand. Nachdem der Ministerpräsident im Zuge des Duells verwundet wurde, sprach ihm der Kaiser seine innige Anteilnahme aus, der deutschradikale Abgeordnete Wolf allerdings durfte sich als Sieger fühlen.

In der Folge verschärfte sich die parlamentarische Auseinandersetzung derart, dass die Regierung einerseits mit dem Notverordnungsrecht drohte und es andererseits zwischen Abgeordneten selbst zu regelrechten Schlägereien kam. Da die Regierung die radikalsten Obstruktionisten unter den Deutschnationalen sogar verhaftete, überspannte sie den Bogen, weswegen es in Wien und anderen Städten des deutschen Teils der Monarchie zu regelrechten Straßenschlachten kam. Darauf zog der Kaiser die Konsequenzen und entließ Ministerpräsident Badeni am 28. November 1897. Das Abgeordnetenhaus selbst wurde auf unbestimmte Zeit verlagt.

Die Krise als Dauerzustand

Badenis Nachfolger Gautsch widerrief nun tatsächlich die Badenischen Sprachenverordnungen und schlug einen Kompromiss vor, den er nicht durchsetzen konnte. Sein Nachfolger Franz von Thun wollte die Probleme der Monarchie wieder durch eine Einberufung des Abgeordnetenhauses im März 1898 lösen. Auch er setzte in der Sprachenfrage auf einen Kompromiss, den er jedoch ebenfalls nicht durchsetzen konnte. Mit der Aufhebung der Badenischen Sprachenverordnungen endete zwar die Obstruktion der Deutschnationalen im Reichsrat, dafür sabotierten nun die slawischen Abgeordneten die parlamentarische Arbeit nach Kräften. Damit lebte die Monarchie auch im Hinblick auf ihre parlamentarische Vertretung in einer Art politischer Dauerkrise, was viele Zeitgenossen auf den baldigen Untergang des Habsburger Staates rechnen ließ.

Nun erst erkannten die herrschenden Kreise die Notwendigkeit einer grundlegenden Wahlrechtsreform. Vor allem die Sozialdemokraten hatten den Kampf um das Wahlrecht zu ihrem zentralen Anliegen gemacht. Am 1. Dezember 1906 billigte das Abgeordnetenhaus mit 194 zu 63 Stimmen den entsprechenden Entwurf, durch den das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht Wirklichkeit wurde. Bei den darauffolgenden Wahlen wurde die Sozialdemokratie zu einer dominanten Kraft im Hohen Haus an der Ringstraße. Bei den Reichsratswahlen des Jahres 1911 allerdings konnte der Deutsche Nationalverband mit 32 % der Stimmen noch stärker abschneiden als die Sozialdemokratie.

Aber auch die Demokratisierung konnte die Dauerkrise der Donaumonarchie nicht überwinden. Die einzelnen Nationen drifteten ständig weiter auseinander, und sogar die politischen Vertreter mit der jeweils selben Weltanschauung trauten ihren Gesinnungsgenossen aus der jeweils anderen Nation nicht über den Weg. Auch die Sozialdemokratie spaltete sich noch vor den Ersten Weltkrieg in mehrere nationale Zweige. Diese Krise setzte sich auch im Parlament selbst unverändert fort, sodass dieses immer öfter assistiert werden musste, demgemäß war es auch beim Beginn des Weltkrieges im Sommer 1914 ausgeschaltet. ♦

“
Das Parlament der
Monarchie existierte in
einer Art Dauerkrise.
”



**Kasimir Graf Badeni
scheiterte mit
seiner Sprachen-
verordnung**



“
Die Deutschen waren
es nicht, die den Un-
tergang der Monarchie
verursachten.
”

„Die Nationalliberalen dominierten den Reichsrat“

Der Rechtshistoriker Wilhelm Brauner über die Rolle der deutschfreiheitlichen Kräfte im Parlament Cisleithaniens

Wie bewerten Sie den Beitrag der nationalliberalen Parteien und Gruppierungen im Reichsrat der cisleithanischen Reichshälfte für die Entwicklung von Verfassung und Rechtsstaat im alten Österreich?

Wilhelm Brauner: Sehr hoch. Die deutschen Liberalen traten seit 1848 stets für die Beschränkung der absoluten Monarchie ein, überwiegend durch den konstitutionellen Rechtsstaat mit einem Parlament. 1848/49 überwog das Denken im Zeichen der Volkssouveränität: „Alle Macht geht vom Volk aus“, freilich – abgesehen von republikanischen „Radikalen“ – im Zusammenhang mit einem Monarchen. Aber der Schwerpunkt der politischen Willensbildung und der Gesetzgebung sollte beim Parlament liegen: deutlich in der Frankfurter Nationalversammlung (Paulskirche), die keinen Monarchen neben sich hatte. Weniger deutlich in den Parlamenten der deutschen Monarchien wie auch in Österreich mit dem Reichstag neben dem Kaiser. In der Paulskirche erarbeitete der Wiener Abgeordnete Mühlfeld als einer der drei Mitglieder im entsprechenden Unterausschuss den Grundrechtskatalog. Im österreichischen Reichstag machte sich Kudlich einen Namen mit seinem Antrag zur Grundentlastung (Bauernbefreiung). Nach dem Scheitern der Parlamentsdominanz trat der Rechtsstaatsgedanke in den Vordergrund: Er führte u. a. zu Strafprozessordnung, Gewerbeordnung, Handelsgesetzbuch. Im abermals beginnenden Parlamentsbetrieb ab der antiliberalen Reichsverfassung 1861 suchten u. a. Mühlfeld und Schmerling möglichst konstitutio-

nelles Gedankengut durchzusetzen, etwa einzelne Grundrechte und die Gliederung in Abgeordnetenhaus und Herrenhaus. Nach dem Ausgleich mit Ungarn 1867 erreichten die „1848er“ die Einsetzung eines Verfassungsausschusses. Dies führte zur nahezu konstitutionellen Verfassung 1867 mit unter anderem Gewaltentrennung, Grundrechten, Verfassungsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtshof. „Alles 1849“, notierte Sturm, der Referent der Grundrechte.

Wie ist in diesem Zusammenhang das Wirken der deutschliberalen Verfassungspartei bis 1879 zu bewerten?

Brauner: Im Ausbau der Verfassung 1867 insbesondere durch die Wahlen des bisher von den Landtagen beschickten Abgeordnetenhauses 1873 und dem weiteren Ausbau des ursprünglich sehr beschränkten Wahlrechts. Sodann hatten sie Anteil am Grundrechtsdenken. 1848/49 waren sie noch als Staatszielbestimmungen konzipiert worden, nach 1867 aber wurden sie als subjektive öffentliche Rechte verstanden, die als solche einklagbar waren.

Woran lag es, dass die liberalen Parteien und in der Folge auch die deutschnationalen Parteien, derart zersplittert waren und keine gemeinsame große nationalliberale Volkspartei begründen konnten?

Brauner: Politische Parteien im heutigen Sinne gab es um 1867 eigentlich noch nicht, sondern entsprechende lokale, regionale Gruppierungen. In der weiteren Entwicklung spielte auch das regionale Moment eine große Rolle: Alpenländer, Sudetenländer, Städte und insbesondere Wien. Im Wesentlichen handelte es sich doch eher um Nuancen. Die Zersplitterung betraf auch andere Parteien: So existierten etwa ebenso viele tschechische national-liberale Gruppen wie deutsche national-liberale Parteien. Dazu kam die fortschreitende nationale Differenzierung überhaupt: Von vier Parlamentsklubs 1861 stieg deren Zahl schließlich 1911 auf 36 an. Auch die Sozialdemo-

kratie schied sich in eine deutsche, tschechische und polnische Partei.

Wie ist in diesem Zusammenhang die Persönlichkeit Schönereers zu bewerten? Wird er heute zurecht als geistiger Ziehvater Hitlers betrachtet? Welche Rolle spielte er im Zusammenhang mit den späteren Gründervätern der großen politischen Lager der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten?

Brauner: Zunehmend marginal. Hitler hatte als überaus belesener Autodidakt keinen echten Ziehvater.

Die deutschnationalen Parteien werden heute zuallererst als Hort des Antiklerikalismus und des Rassenantisemitismus betrachtet, besteht diese Stigmatisierung zurecht?

Brauner: Die antiklerikale Situation hatte viele Ursachen und Wurzeln: Etwa das Eherecht, das Katholiken die Scheidung und damit Wiederverheiratung verwehrte, was zu vielen, teils skurrilen Umgehungen führte; der Josephinismus mit seiner Haltung neutraler Staat vor Kirche; das Konkordat 1855, das der katholischen Kirche u. a. das Volksschulwesen auslieferte und die Evangelischen benachteiligte; das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubensfragen des ersten vatikanischen Konzils von 1871, was zur Abspaltung der Altkatholiken führte und worauf Österreich unter liberalem Einfluss das Konkordat 1855 kündigte. – Zum Rassenantisemitismus: Das Brockhaus-Lexikon der Zwischenkriegszeit führt hier für Österreich unter den antisemitischen Parteien allein die christlichsoziale Partei an. Eine einflussreiche Rolle spielte u. a. auch ein Buch des berühmten Chirurgen Theodor Billroth. Einen guten zeitgenössischen Einblick gibt überdies Arthur Schnitzlers Stück „Professor Bernhardi“.

Die deutschfreiheitlichen und nationalliberalen Gruppierungen im Reichsrat bildeten ja die Mehrheit, trifft der Vorwurf, sie hätten maßgeblich zum Untergang der Monarchie beigetragen, tatsächlich zu?

Brauner: Dies trifft keineswegs zu. Seit dem Ausgleich mit Ungarn 1867 hat sich dieses immer mehr verselbständigt und schon damit eine Gesamtreform verhindert. Dazu kamen der Panslawismus mit gravierendem Einfluss Russlands auf alle Slawen Österreich-Ungarns, ferner auf tschechischer Seite u. a. die Konstruktion eines „böhmischen Staatsrechts“ sozusagen parallel zu dem Ungarns mit der Überspitzung, die Habsburgerherrschaft seit 1620 als „Besatzungsherrschaft“ zu diffamieren. Deutschnationale Pläne zielten ab auf etwa eine größere Autonomie des polnisch dominierten Galiziens und des italienisch-kroatischen Dalmatiens mit Reduktion deren Einflusses auf die übrigen Teile Österreichs. Dem Erwerb von Bosnien-Herzegowina standen sie ablehnend gegenüber, da so Österreich-Ungarn insgesamt eine

große slawische Dominanz erhielt und in die Balkanwirren hineingezogen wurde.

Welche Rollen spielten diese Parteien beim Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht?

Brauner: Eine große. Sie traten für die Ausdehnung des Wahlrechts vor allem auch auf die Arbeiterschaft ein, wobei es allerdings zu Unterschieden zwischen den eher bremsenden Liberalen und den Deutschnationalen kam. Das Wahlsystem nach Kurien, etwa Handels- und Gewerbe-kammern, sollte um eine Arbeiterkurie aus den neu zu schaffenden Arbeiterkammern ergänzt werden oder um entsprechende Abteilungen in den Handels- und Gewerbe-kammern. Entsprechende Anträge gab es immer wieder zwischen 1872 und 1893. Insgesamt unterstützten sie 1907 das allgemeine Männerwahlrecht.

Die deutschfreiheitlichen Parteien standen ja an der Wiege der Ersten Republik, da sie im alten Reichsrat gemeinsam die Mehrheit besaßen, warum konnten sie diese Stellung in der Folge in der Ersten Republik nicht mehr bewahren?

Brauner: Da ist einmal ihre lockere Organisation. Die Christlichsozialen hatten ihre starke Anlehnung an die zentralistisch organisierte katholische Kirche, die Sozialdemokraten waren zentralistisch organisiert. Sodann entfielen bei den Wahlen 1919 alle deutschen Wahlkreise in der späteren Tschechoslowakei, auch in Südtirol. In der Provisorischen Nationalversammlung hatte 1918 der lockere Deutsche Nationalverband über ein Mandat mehr als Christlichsoziale und Sozialdemokraten zusammen verfügt! In der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 überwogen aber diese beiden zusammen die Großdeutschen um das gut Siebenfache.

Wie würden Sie die Rolle der deutschfreiheitlichen, nationalliberalen Parteien für die Entwicklung des Parlamentarismus in den letzten Jahrzehnten der Habsburger Monarchie charakterisieren?

Brauner: Die Situation Österreich-Ungarns, vor allem des österreichischen Teiles davon, blieb trotz einiger erfolgreicher Ausnahmen unbefriedigend. In Mähren und in der Bukowina beruhigten mehrere Maßnahmen den Nationalitätenkonflikt durch Vorkehrungen dafür, dass eine Nationalität nicht die andere dominiere. Nicht so aber in Böhmen oder etwa im südlichen Tirol. Dazu trugen auch Einflüsse aus dem Ausland bei. Die Chancen für ein funktionierendes Parlament waren daher insgesamt schlecht: Obstruktion (absichtliche Verhinderung des Parlamentsbetriebs) und Abstinenz (Fernbleiben) bestimmten die Sitzungen, was in der Regel chauvinistisch motiviert war. Dennoch traten die deutschen Parteien für den Erhalt der Monarchie und dessen Parlamentsbetriebes ein, in zunehmendem Gegensatz zu slawischen Gruppierungen. ♦

Auszüge einer Reportage aus dem Reichsrat im Jahre 1897 von Mark Twain

Eine denkwürdige Sitzung

Der amerikanische Dichter Mark Twain betrachtete die Sitzungen des Reichsrats auf eine eher satirische Weise

Und so kam es zu jener denkwürdigen Reichsrats-sitzung, die gleich zwei Rekorde auf einmal brach. Sie währte fast zwei volle Tage und eine ganze Nacht und übertraf damit die längste bekannte Sitzung in der parlamentarischen Geschichte der Welt um eine halbe Stunde, während mit dem zwölfstündigen Einsatz des Dr. Lecher der wohl längste ununterbrochene Redefluss verzeichnet wurde, der seit Anbeginn aller Zeiten einer menschlichen Kehle entsprungen ist. Am Abend des 28. Oktober, als das Abgeordnetenhaus schon beinahe zehn Stunden lang getagt hatte, wurde um 20.45 Uhr Dr. Lecher das Wort erteilt. Der Ort war für dramatische Effekte gut gewählt: Ich denke, kein anderes Senatsgebäude ist so stattlich wie das österreichische, noch so reichhaltig und prachtvoll ausgestattet. Die Galerien waren an diesem denkwürdigen Abend besonders gut besucht; es hatte sich herumgesprochen, dass der Ausgleich zur Debatte steht, der Vorsitzende, Ritter von Abrahamowicz, die Geschäftsordnung zuletzt wiederholt missachtet hat, die Opposition folglich in heller Empörung ist und die Nachtsitzung daher einiges an Aufregung verspricht.

Die Besucher auf den Galerien waren modisch gekleidet, wobei die Eleganz der Damen im hellen Licht der elektrischen Leuchter für ein lebhaftes und charmantes Schauspiel sorgte.

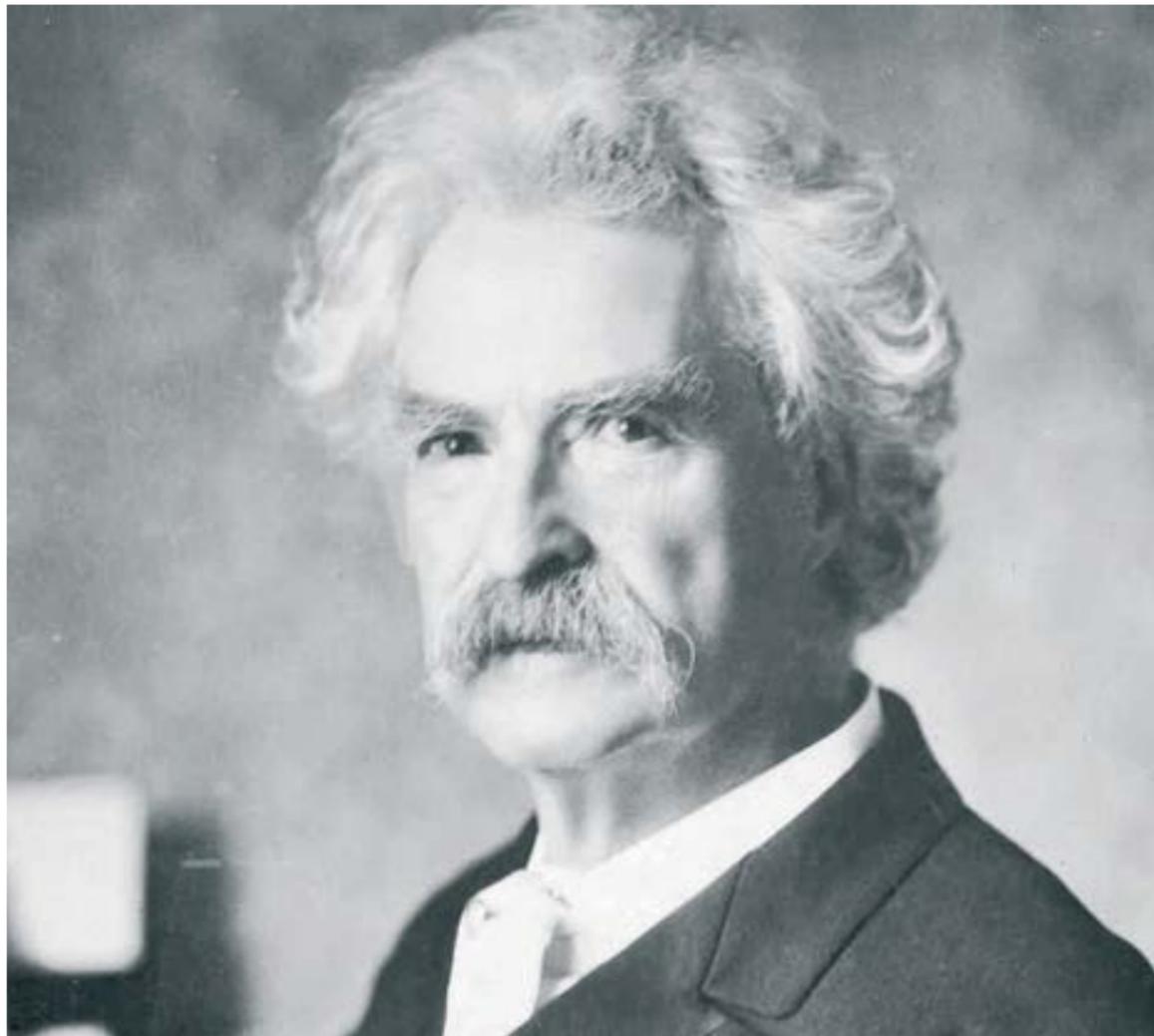
Unten im Plenarsaal herrschten keine modischen Ansprüche. Die Abgeordneten trugen Tageskleidung, in manchen Fällen gepflegt und korrekt, in anderen weniger; man sah vielleicht drei Abgeordnete in Abendgarderobe, mehr aber nicht. Dann gab es noch einige katholische Priester in langen schwarzen Soutanen und mit Kruzifixen um den Hals. Niemand trug Hut. An diesen Details mag man ersehen, dass der Anblick weniger an eine abendliche Sitzung im britischen House of Commons erinnerte, sondern eher an unser Repräsentantenhaus.

Auf seinem erhöhten Platz saß Präsident Abrahamowicz, die Zielscheibe des grenzenlosen Hasses der Opposition.

Dann sprach der Vorsitzende den folgenden Satz: „Ich erteile dem ersten Contra-Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Lecher, das Wort.“ Darauf brach ein so wilder, stürmischer und ohrenbetäubender Lärm los, wie er auf unserem Planeten nicht mehr zu hören war, seit die Komantschen zum letzten Mal mitten in der Nacht eine weiße Siedlung überfallen haben. Geschrei von der Linken, Geschrei von der Rechten, Schreiduelle auf allen Seiten zugleich, und über den Köpfen ein Durcheinander wild fuchtelnder, wütend drohender Arme und Hände. Aus der Mitte dieses donnernden und tosenden Sturms erhob sich Dr. Lecher; gelassen und gesammelt und mit einer Körperlänge gesegnet, die ihn alle anderen überragen ließ. Er begann seine zwölfstündige Rede. Jedenfalls sah man, dass sich seine Lippen bewegten, und das war Nachweis genug. Hoch droben thronte der Vorsitzende, forderte Ruhe ein, die langen Finger wie zum Gebet aneinandergelegt, mit den Lippen sichtbar – jedoch nicht hörbar – Worte bildend. Dann und wann packte er seine Glocke, schwang sie energisch auf und nieder und fügte ihr schrilles Läuten dem im Saal tosenden Lärm hinzu.

Dr. Lecher setzte unterdessen gleichmütig und ungerührt seine pantomimische Rede fort. Hie und da stieg eine kräftige Stimme über das Geschrei hinaus und verschaffte sich mit einem Zuruf tatsächlich Gehör. Dann flaute der Lärm für wenige Momente ab und es war möglich zu hören, was der Vorsitzende darauf wohl antworten würde; doch sogleich brach der Krach von neuem los. Offenbar warf man dem Vorsitzenden allerlei illegale Machtausübung im Interesse der Rechten (der Regierungsseite) vor, etwa dass er auf der Tagesordnung stehende Punkte willkürlich für beendet erklärte, ehe diese abgehandelt waren, das Rederecht auf unfaire Weise verteilte, Abgeordneten, die auf der Rednerliste standen, aufgrund von Protesten und Gezeter das Wort verweigerte oder Redner aus ebendiesen Gründen unterbrach und noch andere Regeln der Geschäftsordnung missachtete. Einer der auffälligsten Zwischenrufer war ein junger Mann von schmächtiger Statur und ordentlichem Äußeren, der etwas abseits der kompakten Menge mit verschränkten Armen und übereinandergeschlagenen Füßen in nachlässiger Haltung an einem Pult lehnte. Adrett und gutaussehend, ein ausdrucksstarkes Gesicht mit schmalen Zügen und spärlichem Schnurrbart, das schwarze Haar leicht gezaust, dazu eine resonante und wohlklingende, in Tonhöhe und Modulation angenehme Stimme. Das ist Wolf, einer, der

“
Geschrei von der Linken,
Geschrei von der Rechten,
Schreiduelle auf allen Seiten ...
”



sich gerne mit Säbel und Pistole schlägt, darin auch durchaus geübt ist und sich erst kürzlich mit dem Regierungsoberhaupt Graf Badeni duelliert hat. Nachdem er Badeni ein Loch in den Arm geschossen hatte, begab er sich höflich und gemessenen Schrittes zu ihm, inspizierte seinen Treffer, schüttelte dem Gegner die Hand und drückte ihm sein Bedauern aus. Von ihm kam nun, bei all dem Geschrei gut hörbar, der folgende mit donnernder Stimme hervorgebrachte Zuruf; „Herr Präsident, ich bitte ums Wort zu einem Antrage!“ In die plötzliche Stille hinein erwiderte der Präsident: „Ich habe dem Herrn Abgeordneten Dr. Lecher das Wort erteilt.“ Wolf: „Ich beantrage den Schluss der Sitzung!“ Ahrahamovicz: „Der Herr Abgeordnete Dr. Lecher hat das Wort.“ [Stürmischer Lärm auf der Linken, also von Seiten der Opposition.] Wolf: „Ich bitte ums Wort zu einem formalen Antrage!“ [Pause.] „Herr Präsident, werden Sie mir jetzt das Wort geben oder nicht?“ [Lauter Beifall von der Linken.] „Ich werde so lange um das Wort bitten, bis Sie mir das Wort geben müssen!“ Ahrahamovicz: „Ich rufe den Herrn Abgeordneten Wolf zur Ordnung. Der Herr Abgeordnete Dr. Lecher hat das Wort.“ Wolf: „Herr Präsident, werden Sie jetzt die Geschäftsordnung wahren?“ [Tosender Applaus und Geschrei auf der Linken – ein Gebrüll, das lange anhielt und den ordentlichen Sitzungsablauf vorläufig zum Erliegen brachte.]

“
Das ist Wolf, einer, der sich gern mit Säbel und Pistole schlägt und sich erst kürzlich mit dem Grafen Badeni duelliert hat.
”

Dr. von Peßler: „Es sind Anträge gestellt worden, über die abgestimmt werden muss. Lassen Sie abstimmen, die Anträge sind geschäftsordnungsmäßig!“

Zur Antwort schwang der Präsident (der Pole ist – wobei ich mit dieser Bemerkung etwas vorgehe) sehr energisch seine Glocke auf und ab, und zwar im selben Moment, da das Pandämonium wieder anhub. Wolf [durch den Lärm hindurch]: „Herr Präsident, ich verlange das Wort. Wir wollen hier und jetzt sehen, was härter ist, ein deutscher Schädel oder ein Pollackenschädel!“

Diese Schmähung rief auf Seiten der Linken einen wahren Sturm der Befriedigung hervor. In den Trubel hinein beantragte wiederum jemand anderer lautstark den Schluss der Sitzung. Der Vorsitzende antwortete höflich bestimmt, es sei immer noch Dr. Lecher am Wort. Was zutreffend war – dieser sprach auch wirklich und tat dies auf ruhige, besonnene und schlüssige Weise; unterdessen hatten die Parlamentsstenographen ihre Plätze verlassen und hingen an Dr. Lechers Lippen, der sich vorbeugte und ihnen ins Ohr deklamierte - eine höchst amüsante und interessant anzusehende Szene.

Dr. von Peßler [an den Vorsitzenden]; „Treiben Sie uns nicht zum Äußersten!“

Der Lärm brach von neuem los: Beifallsgeschrei von der Linken, Buhrufe und ironisches Gelächter von der Rechten. An diesem Punkt wurde ein bislang unbekannter und höchst effektiver Krachmacher in Dienst gestellt: Jedes Abgeordnetenpult verfügt über eine Verlängerung, ein herausnehmbares Brett, das achtzehn Zoll lang, sechs Zoll breit und einen halben Zoll stark ist. Ein Abgeordneter zog seines nun heraus und fing damit an, es auf die Schreibfläche vor sich knallen zu lassen. Im Nu taten es ihm andere nach, und man wird sich vorstellen können, was dabei herauskam: Von allen erdenklichen Arten, Lärm zu schlagen, dürfte

dies die markerschütterndste, unerträglichste und insgesamt grässlichste sein.

Der solcherart heimgesuchte Vorsitzende lehnte sich im Sessel zurück, schloss die Augen, verschränkte die Hände im Schoß, und auf sein langes Gesicht legte sich ein Ausdruck gequälter Resignation durch den Lärm schneidet: „Durch solche unverschämte Brutalitäten werden Sie uns zum Äußersten treiben! Wollen Sie es abwarten, bis man Ihnen das bezeichnende Wort ins Gesicht schleudert?“ [Tobende Entrüstung von rechts.] „Wollen Sie es darauf ankommen lassen, Mann mit dem grauen Kopfe?“ [Lang anhaltendes Klappern der Pultbretter von der Linken, dazu die Forderung: „Abstimmen! Abstimmen!“ und ein ironischer Zwischenruf von der Rechten: „Oho, bestimmt jetzt der Wolf?“] Wolf lässt nicht davon ab, das Rederecht für seinen Antrag einzufordern.

Und endlich ...

Abrahamovicz: „Ich rufe den Herrn Abgeordneten Wolf zur Ordnung. Ihr Betragen ist unerhört! Sie vergessen, dass Sie sich hier im Parlament befinden; bedenken Sie bitte, wo Sie sind, mein Herr!“ [Applaus von der Rechten. Dr. Lecher spricht währenddessen seelenruhig weiter, die Stenographen hängen an seinen Lippen.]

Wolf [schlägt mit dem Pultbrett auf seinen Tisch ein]: „Herr Präsident, ich bitte ums Wort, sonst werde ich die Sitzung stören. Ich protestiere! Ich werde nicht eher nachgeben, als bis mir mein Recht [zuteil] wird! Ich lasse nicht zu, dass die Geschäftsordnung mit Füßen getreten wird - nein, eher sterbe ich! Ich gebe nicht nach! Sie müssen mich mit Gewalt abhalten. Bin ich nun am Worte?“

Abrahamovicz: „Herr Abgeordneter Wolf, was ist das für ein Benehmen? Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung. Haben Sie denn gar keine Würde?“ Dr. Lecher spricht weiter. Wolf wendet sich nun mit einer beleidigenden Anspielung direkt an ihn. Dr. Lecher: „Ich bitte den Herrn Abgeordneten Wolf, mit derartigen Vorwürfen ruhig zu sein.“ [Dazu stürmisches Händeklatschen von der Rechten.]



Im Zuge der Verhandlungen über die Sprachenverordnungen des Ministeriums Badeni, die neue Regelungen für die Beamtenbestellung in Böhmen einführen sollten, kam es am 25. November zu Tumulten im Abgeordnetenhaus des Reichsrates. Die Polizei griff letztendlich ein und führte Abgeordnete ab. („Leipziger Illustrirte Zeitung“ vom 9. Dezember 1897)



Karl Hermann Wolf, Wortführer der radikalen Alldeutschen

Dies war Applaus von der falschen Seite, denn Lecher gehört, wie Wolf selbst, den Obstruktionisten an. Wolf knurrt in Richtung Lecher: „Das hat Ihnen den Beifall der Tschechen eingetragen!“

Abrahamovicz: „Ich rufe den Herrn Abgeordneten Wolf nochmals zur Ordnung. Vergessen Sie nicht, dass Sie ein Abgeordneter sind!“ Wolf [mit dem Pultdeckel auf den Tisch eindreschend]: „Ich will aber das Wort zur geschäftlichen Behandlung haben! Werden Sie mir nun das Wort erteilen oder nicht?“

Abrahamovicz: „Ich habe kein Mittel gegen den Abgeordneten Wolf in der Hand. Angesichts eines derartigen Verhaltens ist allerdings sehr zu bedauern, dass das so ist.“ [Zwischenruf von rechts: „Werfen Sie ihn raus!“]

In der Tat besitzt der Vorsitzende keine durchschlagende Handhabe. Es gibt zwar einen so genannten „Ordner“ den er in äußerster Not zu Hilfe rufen kann, doch darf dieser lediglich seine Überredungskünste einsetzen, aber keinen Zwang ausüben. Er ist ein Exekutivorgan ohne Befugnis; mit einer Pistole, die zwar hübsch anzusehen, aber zu nichts nütze ist. Wolf fuhr noch weitere zwanzig oder dreißig Minuten fort, mit seinem Pultdeckel Lärm zu schlagen und auf sein Recht zu pochen; schließlich drohte der ermattete Vorsitzende damit, den Ordnungshüter herbeizurufen. Welchen Widerwillen ihm das bereitete, war sowohl seiner Miene wie auch seinen Worten zu entnehmen. Offenkundig bereitete es ihm Qualen, zu einem so drastischen Mittel greifen zu müssen. Er sprach Wolf unmittelbar an: „Wenn das so weitergeht, werde ich die Ordner ersuchen, Ordnung zu schaffen!“

Wolf: „Das möchte ich mir anschauen! Ziehen Sie doch gleich noch ein paar Polizisten hinzu!“ [Großer Tumult.] „Werden Sie nun meinen Antrag auf Vertagung zur Abstimmung bringen oder nicht?“

Dr. Lecher setzt währenddessen seine Rede fort. Wolf begleitet ihn mit dem Krach seines Pultbretts.

Der Präsident entsendet den Ordner, Herrn Dr. Lang (selbst ein Abgeordneter) mit dem Auftrag, für Ruhe zu sorgen. Wolf stellt sich ihm mit erhobenem Pultbrett und einer Bemerkung entgegen, wie sie Boss Tweed, einer unserer New Yorker Stadtherren, gesagt haben könnte: „Dann wollen wir doch einmal sehen, was Sie jetzt tun wollen.“ [Lärm und Geschrei im gesamten Sitzungssaal.]

Wolf besteht auf seinem Recht und verkündet, er werde es weiterhin einfordern, selbst wenn man ihn auf der Stelle totschielte. Dann nimmt er das Pultbrettgeklapper wieder auf, der Vorsitzende schwingt seine Glocke und fleht um Ruhe im Saal, und die übrigen Abgeordneten verstärken den allgemeinen Krach, so gut sie es vermögen. Wolf: „Ich verlange eine Vertagung der Sitzung, da ich mich persönlich bedroht sehe.“ [Gelächter auf der Rechten.] „Nicht dass ich um mich selbst fürchten würde; ich habe nur Sorge, was diesem Manne widerfahren könnte, wenn er mich anrührt.“

Ordner: „Ich werde mich gewiss nicht mit Ihnen schlagen“ Die Bemühungen des Friedensapostels erwiesen sich als vergeblich, und er verschwand auch prompt wieder in den Kulissen.

Im britischen Unterhaus haben Obstruktionisten schon mit Bibellektionen und diversen anderen nicht zur Sache gehörenden Inhalten das Rednerpult besetzt gehalten; Dr. Lecher war dieses vergleichsweise erholende und mühelose Privileg nicht gegönnt – er musste sich striktest an das Thema der Tagesordnung halten. Mehr als einmal, wenn ihn der Vorsitzende durch den im Saal herrschenden Tumult nicht hören konnte, entsandte er andere, damit sie zuhörten und ihm berichteten, ob der Redner auch wirklich zum Thema sprach.

Dieses Thema war ein besonders schwieriges, und es wäre wohl jedem anderen Abgeordneten schwergefallen, sich auch nur drei Stunden lang daran zu halten, ohne sein gesamtes Pulver zu verschießen, erforderte es doch ein gewaltiges und genaues Wissen über die Beziehungen zwischen den beiden großen Hoheitsgebieten Ungarn und dem Kaiserreich sowie detaillierte und ausführliche Kenntnisse in puncto Handels-, Eisenbahn-, Finanz- und internationales Bankwesen. Nun ist aber Dr. Lecher in seiner Heimatstadt Brünn Vorsitzender der Handelskammer und meisterte seine Aufgabe spielerisch. Die Rede war nicht vorbereitet. Er hatte sich lediglich einige Notizen gemacht, um nicht den Faden zu verlieren, die Fakten hatte er jedoch allesamt im Kopf. Er war mit Herz und Seele bei der Sache, und so stand er zwölf volle Stunden am Rednerpult, ließ sich von dem Getöse ringsum nicht stören und gab gewandt und beredt und zuversichtlich die Schätze seines Wissens zum Besten, argumentierte mit Verstand und Vernunft und kleidete überdies alles in eine eloquente und tadellose Sprache.

Dr. Lecher ist ein junger Mann von sieben- unddreißig. Er ist großgewachsen und wohlproportioniert und hat seine Muskeln beim Bergsteigen geformt und gestählt. Sähe er noch eine Spur besser aus, wäre er in meinen Augen das Abbild von Chauncey Depew, jenem vor einigen Jahren bei den legendären Abendgesellschaften in Neu England oft gesehenen Gast: Lecher verfügt wie dieser über Charme und rhetorische Eleganz. Eine einzige Bedingung hatte Dr. Lecher zu erfüllen, wenn er am Wort bleiben wollte: Er musste sich auf den Beinen halten. Während der zwölfstündigen Strapaze wurden dem Redner von Freunden drei Glas Wein, vier Tassen Kaffee sowie ein Bier gebracht – eine äußerst spärliche Stärkung für seine schwindenden Kräfte, doch mehr gestattete der feindlich gesonnene Vorsitzende nicht. Dessen ungeachtet gelang es ihm nicht, diesen Mann in die Knie zu zwingen. Dr. Lecher war die Garnison, die das Fort verteidigte, sich nicht aushungern ließ. Als er acht Stunden lang geredet hatte, lag sein Puls bei 72; nach zwölf Stunden lag er bei 100.

Er beendete seine lange Rede mit folgenden Worten: „Ich eile zum Schlusse meiner Auseinandersetzungen. [...] Ich glaube, den hochverehrten Herren dürfte es klar geworden sein, dass sich auf dieser (linken) Seite des hohen Hauses keine besonderen Schwärmer für die neue Regierungsvorlage in ihrer derzeitigen Form finden. [...] Was zunächst verlangt werden muss, ist nichts anderes als eine formelle, umfassende und endgültige Lösung. Wir wünschen auf dieser Seite des Hohen Hauses nichts anderes als eine restitutio in integrum, die Wiedereinsetzung in

“
Um am Wort zu bleiben, musste sich Dr. Lecher auf den Beinen halten. Während der 12-stündigen Strapaze wurden dem Redner von Freunden drei Glas Wein, vier Tassen Kaffee sowie ein Bier gebracht.
”



Arthur Lemisch sekundierte Wolf bei seinem Duell mit Badeni

den früheren Stand, wir wünschen, dass alle Abmachungen vernichtet werden, welche diese unfähige Regierung mit Ungarn getroffen hat, und aus diesem Grund allein schon [...] müsste das Ministerium Badeni fallen!

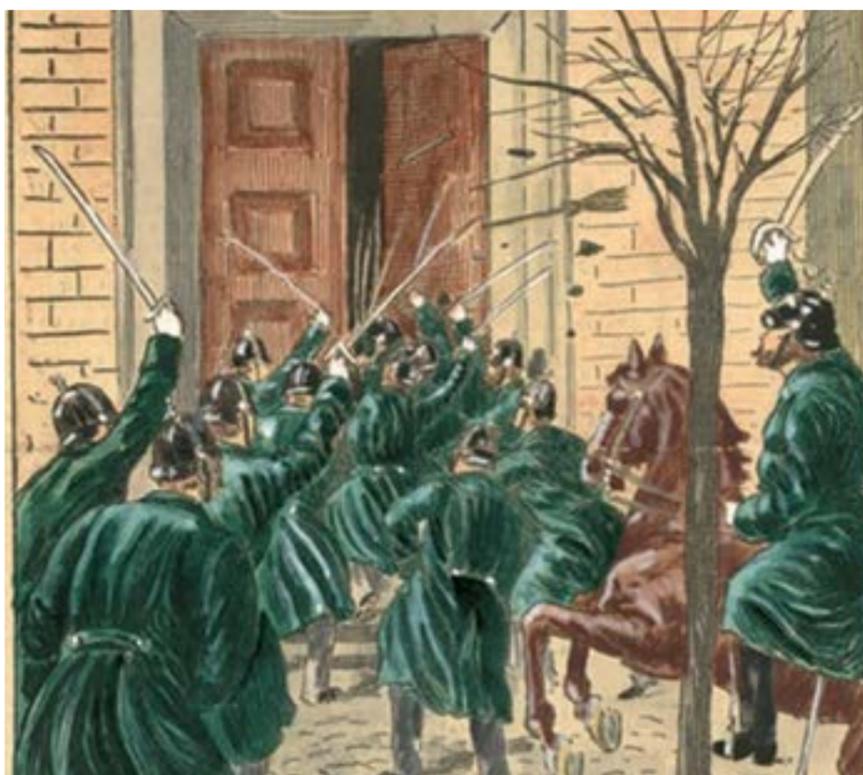
“
Dr. Lecher endete mit den Worten: Seien Sie überzeugt, dass die Deutschen in Österreich sich weder ergeben noch sterben. – Nun brachen wahre Beifallsstürme los.
 ”

Ich spreche eine Hoffnung aus, ich weiß nicht, ob sie erfüllt werden wird – ich spreche die innige, die patriotische, die aufrichtige Hoffnung aus, dass der Ausschuss, dem Sie diese Vorlage zuweisen, auf der Höhe seiner Aufgabe stehen wird und dass er vor dieses Haus mit Anträgen zum Ausgleichsprovisorium treten wird, welche gleich gerecht werden sowohl den wirtschaftlichen Interessen als auch der Ehre unseres Vaterlandes.“
 Nach einer Pause, in der er sich an die Regierungsbänke richtet: „Uns aber, verehrte Herren von der Majorität, werden Sie wie früher, auch später, auf dem Platze finden, und seien Sie überzeugt, dass die Deutschen in Österreich weder sich ergeben noch sterben!“ Nun brachen wahre Beifallsstürme los, die aufbrandeten und verebhten, aufbrandeten und verebhten, sich wieder und wieder und wieder erhoben, von einer Explosion zur nächsten, Orkan um Orkan, ohne je wieder aufhören

zu wollen; und währenddessen tobte die versammelte Linke um ihren heldenhaften Vertreter, jeder Einzelne darauf bedacht, ihm die Hand zu schütteln, ihn zu beglückwünschen und lauthals zu loben. Schließlich entwischte er ihnen doch, ging nach Haus und aß fünf Laib Brot und zwölf Körbe Fisch, las die Morgenzeitungen, schlief drei Stunden und machte danach eine kurze Ausfahrt, ehe er ins Parlament zurückkehrte, um bis zum Ende jener insgesamt dreiunddreißig Stunden währenden Sitzung zu bleiben. ♦

Badeni-Krawalle:

Sturm der Wiener Universität durch berittene Polizei – die national-freiheitliche Studentenschaft war die Speerspitze gegen die badenische Sprachenverordnung



IX

**DAS URPARLAMENT –
DIE FRANKFURTER PAULSKIRCHE**

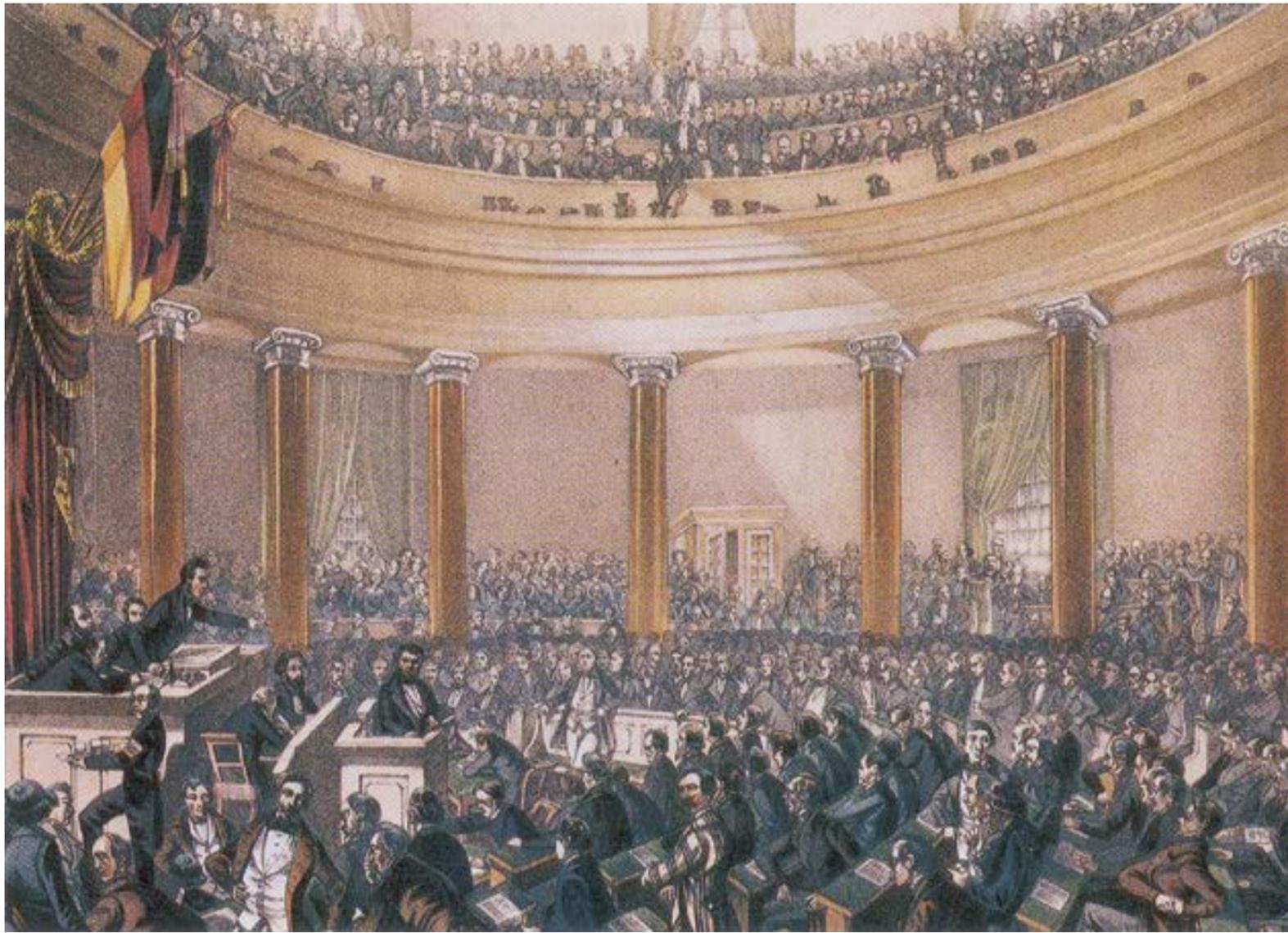
**ÖSTERREICHER IM KAMPF
UM DIE „DEUTSCHE FREIHEIT“**

1848 – 1849

Die Urmutter aller deutschen Parlamente

Die bürgerliche Revolution von 1848, die die Menschen zwischen Berlin und Wien erfasste, stand primär im Zeichen des Kampfes gegen den Absolutismus und trat für eine allgemeine Liberalisierung des staatlichen Lebens ein, für eine Verfassung und die Schaffung eines parlamentarischen Systems. Und natürlich war diese bürgerliche deutsche Revolution auch ein Ringen um den Umfang und die Formierung des neu zu schaffenden einigen Deutschlands, also ein Kampf um die Lösung der nationalen Frage. Im Zuge dieses Revolutionsjahrs kam es auch erstmals in Österreich und insgesamt im Deutschen Bund zur Schaffung von Parlamenten, also von Volksvertretungen. Und in diesen spielten naturgemäß die liberalen, freisinnigen Kräfte eine zentrale Rolle. Dieses neue liberale Denken war sehr stark mit nationalen Emotionen und Forderungen verbunden. Man kann also mit Fug und Recht das Jahr 1848 als die Geburtsstunde des nationalliberalen Lagers bezeichnen. Dieses Lager sollte in der Folge in Österreich eine hohe strukturelle und auch ideologische Kontinuität bis herauf in die Zweite Republik, also über nahezu 170 Jahre, bewahren.

Sitzung der Nationalversammlung im Juni 1848 in der Paulskirche



Revolution und Reichstag

Nachdem die französische Februarrevolution im März 1848 auf Wien übergegriffen hatte – den Anfang setzten die burschenschaftlich orientierten Wiener Studenten mit ihrer Petition an den Kaiser vom 12. März –, musste Staatskanzler Metternich unter dem Druck der Verhältnisse zurücktreten und floh nach England. Danach kam es am 15. März 1848 zur Aufhebung der Zensur sowie zur kaiserlichen Zusage für eine Konstitution. Des Weiteren wurden die akademischen Grundrechte, die Lehr- und Lernfreiheit, garantiert, und der interimistische Innenminister Franz von Pillersdorf, der im Mai 1848 Ministerpräsident wurde, erhielt den Auftrag, eine Verfassung auszuarbeiten. Diese „Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates“ trat am 25. April 1848 in Kraft, wobei die Verfassungen einzelner deutscher Staaten sowie Belgiens aus dem Jahre 1830 als Vorbild dienten. Diese Verfassung sah die Zusammenfassung aller cisleithanischen Länder zu einer konstitutionellen Monarchie unter dem Namen „Österreichischer Kaiserstaat“ vor. Sie sah eine Volksvertretung in Form eines Zwei-Kammer-Systems vor, bestehend aus einem Senat und aus einem Abgeordnetenhaus mit 383 Mitgliedern, die vom Volk gewählt werden sollten. Wählen durften allerdings nur großjährige Männer ab der Vollendung des 24. Lebensjahres, und ausgenommen waren Dienstboten, Fürsorgeempfänger und Arbeiter gegen Tages- und Wochenlohn. Die Pillersdorfsche Verfassung beinhaltete unter anderem auch einen Grundrecht-

tekatalog, der zu dieser Zeit als fortschrittlich galt. Dieser unterschied zwischen Menschen- und Staatsbürgerrechten, wobei der Schutz von Gleichheit und Freiheit, Glauben und Gewissen sowie des Eigentums gewährleistet sein sollte.

In der Folge wurde auch der konstituierende Reichstag, die erste Volksvertretung in Österreich nach der März-Revolution von 1848, einberufen. Er bestand aus 383 Abgeordneten aus den deutschsprachigen und slawischen Kronländern der Habsburger Monarchie. Das erste Mal wurde der Reichstag am 22. Juli 1848 von Erzherzog Johann eröffnet, er musste allerdings bereits am 22. Oktober 1848 im Zuge der Wiener Oktoberrevolution nach Kremsier verlegt werden, wo er bereits am 7. März 1849 durch den Sieg der Reaktion und der Gegenrevolutionäre wieder aufgelöst wurde. Der wichtigste Erfolg des Reichstags zu Kremsier war zweifellos die im September 1848 beschlossene Bauernbefreiung, die auf die Initiative des Burschenschafters Hans Kudlich zurückging.

Der nationalliberale Einfluss auf diese ersten parlamentarischen Gehversuche in Öster-



Freiheit, Verfassung und deutsche Ein- heit waren die Ziele der Paulskirche

schaftlern aus dem Kreise der „Arminia“ und einer „Germania“ erarbeitete Petition an den Kaiser neben der Presse- und der Redefreiheit sowie der Freiheit der Universität auch die Religionsfreiheit, nämlich die Gleichstellung der jüdischen Religion mit den christlichen Religionen, forderte. Und auch einer der maßgeblichen Sprecher der Studentenschaft, der jüdische Arzt Dr. Adolf Fischhof, beweist die Liberalität dieser frühen demokratischen und parlamentarischen Bestrebungen.

Im April 1848 hob der Bundestag in Frankfurt die noch immer bestehende Ausnahmegesetzgebung für alle Bundesstaaten, also auch für Österreich, auf und damit das Verbot der burschenschaftlichen Farben Schwarz, Rot, Gold. Diese wehen von nun an während der Tage der Revolution auch vom Turm wehten des Wiener Stephansdoms.

reich basierte nicht zuletzt auf den Aktivitäten der Studentenschaft. Mit der bereits erwähnten Petition an den Kaiser und der Versammlung in der Aula der Universität Wien am 12. März bildete die Studentenschaft gewissermaßen die Avantgarde der bürgerlichen Revolution. Die Bildung und die Bewaffnung der studentischen Freicorps, die in den Kompanien der Akademischen Legion in Wien organisiert waren, verdeutlicht noch stärker, wie groß der Einfluss der Studentenschaft auf die Ereignisse des Revolutionsjahres waren. Träger dieser studentischen Aktivitäten waren zum großen Teil die vormals geheimen, jetzt offen auftretenden burschenschaftlichen Verbindungen. So war es in Wien eine „Arminia“, in Prag eine „Markomannia“ und eine „Teutonia“ sowie in Graz eine „Styria“, welche die Studentenschaften mit ihren nationalen und freiheitlichen Forderungen anführten.

Im Mai 1848 bestand die akademische Legion in Wien aus 40 Kompanien mit insgesamt 6.000 Mann. Ihr Hauptquartier war die neue Aula der alten Universität. Der Versuch, die akademische Legion aufzulösen, blieb vorläufig erfolglos, der aus 20 Mitgliedern bestehende Sicherheitsausschuss wurde unter der Leitung von Dr. Adolf Fischhof zwischenzeitlich während der revolutionären Ereignisse zur eigentlichen Autorität in der Reichs-, Haupt- und Residenzstadt Wien. Interessant ist, dass die vorrangig von Burschenschaftlern

Fortsetzung auf Seite 248 ►

Der Weg zur deutschen Revolution

Am Anfang des 19. Jahrhunderts begann Napoleon seine Eroberungszüge und zwang den in der Wiener Hofburg regierenden römisch-deutschen Kaiser Franz II., die Krone des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ niederzulegen. Das Reich, das von 936 bis 1806 bestanden hatte und dessen Hauptstadt und Residenz Wien war, war zerfallen. Napoleon besetzte halb Europa und unterwarf ganz Deutschland.

Doch als der Buchhändler Johann Palm in Braunau von den Franzosen erschossen wurde, der die Schrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung“ verfasst hatte, setzte der Widerstand gegen den Imperialisten ein und auch eine geistige Erneuerung Deutschlands. Johann Gottlieb Fichte hielt seine „Reden an die Deutsche Nation“, Friedrich Ludwig Jahn's Schrift „Deutsches Volkstum“ begründete das volkstümliche Turnen, das mit einem glühenden Patriotismus verbunden wurde. Es kommt zur Bildung von zahlreichen Freicorps, wie das Freicorps des Majors von Lützow: Die Lützower trugen schwarze Röcke mit roten Aufschlägen und goldenen Knöpfen. Diese Welle der Begeisterung war die Geburtsstunde eines neuen deutschen Nationalgefühls. 1813 kam es zur entscheidenden „Völkerschlacht“ bei Leipzig, bei der der österreichische Fürst Schwarzenberg den Oberkommandierenden der vereinigten Truppen stellte und bei der Napoleon vernichtend geschlagen wurde. Deutschland und auch das übrige Europa atmeten auf.

1815 wurde auf dem Wiener Kongress der „Deutsche Bund“ geschlossen, ein Staatenbund, der die Nachfolge des früheren Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation antrat, aus Österreich, Preußen und vielen anderen Ländern bestand und dessen Regierung, der Bundestag, sich in Frankfurt am Main befand.

1815 führte das Einigungs- und Freiheitsstreben der Studenten zur Gründung der Burschenschaften, deren Farben jene des Lützower Freicorps Schwarz-Rot-Gold wurden und die eben wegen dieses demokratischen Freiheitsstrebens misstrauisch beäugt und wurden und 1819 sogar verboten wurden. Die Zensur wurde eingeführt, Metternich baute ein geheimes und brutales Bespitzelungssystem auf. Die einsetzende Demagogieverfolgung bedeutete für die Entwicklung des Landes einen echten Rückschritt: Tausende Demokraten wurden eingekerkert, das Bürgertum wurde als politischer Willensträger noch nicht aktiviert. Die Burschenschaften konnten durch diese diktatorischen Bestimmungen nur mehr im Geheimen bestehen.

Auch das kurze Auflodern der Freiheit am Hambacher Fest 1832, als die burschenschaftlichen Farben Schwarz-Rot-Gold zu den Deutschen Nationalfarben erhoben wurden und ein Fackelzug von 30.000 Menschen ein Lichtermeer der nationalen Hoffnung bildete, wurde durch das Verbot der Farben Schwarz-Rot-Gold, durch eine weitere Beschneidung der Versammlungs- und Pressefreiheit und noch schärfere Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet. Zahlreiche Burschenschafter werden verhaftet und eingekerkert, Hunderte flohen und fast 10.000 Pfälzer wurde zur Auswanderung gezwungen. Resignation machte sich breit.

Fürst Metternich, der „Kutscher“ Europas und starke Mann des Deutschen Bundes,



Im Lützowschen Freicorps kämpften Studenten gegen die napoleonischen Truppen

konnte 33 Jahre lang mit absolutistischen Methoden die Deutschen daran hindern, ihren nationalen Freiheitswillen zu erfüllen. Dies und Missernten in den 1840-er Jahren sowie soziale Probleme durch die beginnende Industrialisierung waren Ursache für die wachsende Unruhe. 1844 kam es zu einem Hungeraufstand der schlesischen Weber, der vom Militär blutig erstickt wurde.

Ende 1847 forderten die Sozialrevolutionäre Friedrich Hecker und Gustav von Struve (beide Alte Heidelberger Burschenschaft) in Offenburg im Badischen die Soziale Republik. Im Jänner 1848 kam es in den österreichisch beherrschten Städten Mailand und Padua zu Ausschreitungen, die blutig niedergeworfen wurden. In der Februarrevolution 1848 wurde Frankreich zur Republik, was eine Signalwirkung auf die geknechtete Bevölkerung im deutschen Raum hatte.

Die Nationalversammlung in Frankfurt

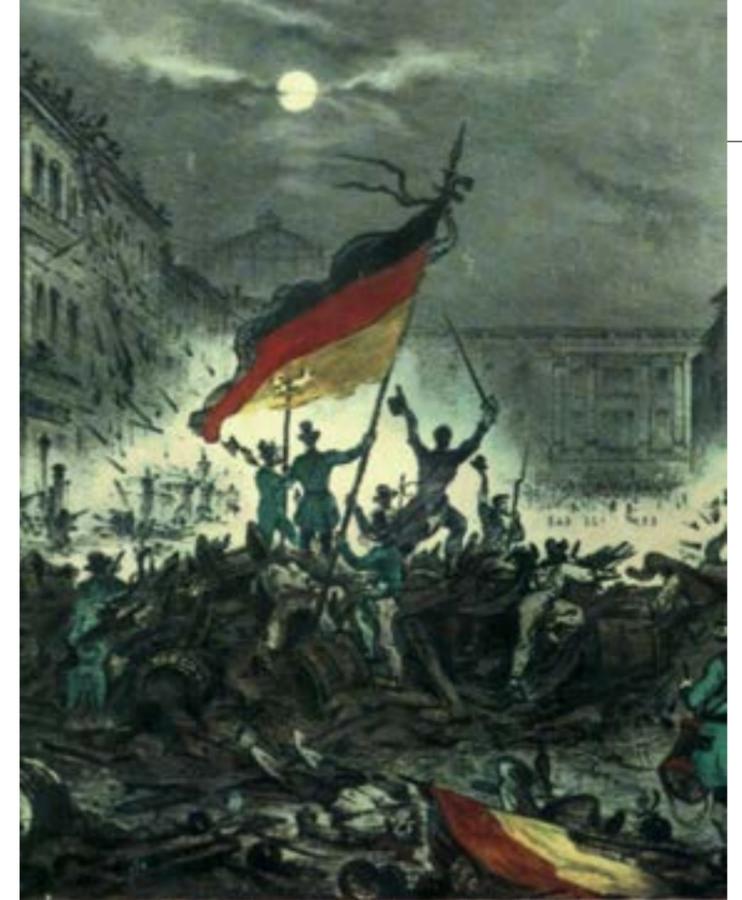
Eine als Vorparlament bezeichnete Versammlung von 574 Delegierten trat bereits ab Ende März in Frankfurt am Main zusammen, um die Bildung einer deutschen Nationalversammlung einzuleiten. Zur Wahl in dieser Nationalversammlung, die 830 Abgeordneten, davon 190

aus der Habsburger Monarchie, haben sollte, wurden bundesweite Wahlkreise geschaffen. Da die tschechischsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens die Wahl boykottierten, konnten von österreichischer Seite nur 130 Mandate besetzt werden. In Wien gab es sieben Wahlkreise, wobei Dr. Eugen Alexander Megerle von Mühlfeld, Dr. Ludwig Ritter von Köchel, Dr. Ernst Schilling, Dr. Nepomuk Berger, Viktor Freiherr von Andrian-Werburg, Dr. Franz Egger, Oberst Franz von Mayern, Johann Perthaler, Theodor Hornbostel, Theodor Georg von Karajan, Hauptmann Karl Möring, Anton Chwalla sowie Dr. Josef von Würth und Ludwig Hardtmuth als Abgeordnete bzw. deren Stellvertreter gewählt wurden.

“
Neben dem Kampf um die Verfassung stand die Lösung der deutschen Frage im Mittelpunkt.
”

Diese deutsche Nationalversammlung trat am 18. Mai 1848 in der zum Parlamentssitz umfunktionierten Frankfurter Paulskirche erstmals zusammen, wobei der Liberale Heinrich Freiherr von Gagern zum Präsidenten gewählt wurde. Anwesend dabei waren 562 Abgeordnete, die in der Folge am 29. Juni 1848 auf Antrag Gagerns den österreichischen Erzherzog Johann zum Reichsverweser wählten. Am 12. Juli übertrug ihm der bisherige Bundestag des Deutschen Bundes die Kompetenz für die gesamte deutsche Zentralgewalt. Am 15. Juli 1848 bildete Erzherzog Johann dann eine Reichsregierung, deren Vorsitzender am 3. September Anton Ritter von Schmerling wurde. In der Folge allerdings,

am 27. Oktober 1848, nahm der Reichstag ein Verfassungsgesetz an, demzufolge kein Teil des neuen Deutschen Reichs mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staat vereint sein dürfe. Zulässig wäre nur mehr einzig und allein eine Personalunion in Form des Staatsoberhauptes, also des Monarchen, gewesen. Dies hätte eine weitgehende Auflösung der vielsprachigen Habsburger Monarchie bedeutet. Damit schien sich auch in der Frankfurter Paulskirche die von Preußen betriebene kleindeutsche Lösung unter Ausschaltung Österreichs anzubahnen. Dazu muss erläutert werden, dass zur Lösung der deutschen Frage, die neben dem Kampf um den Verfassungsstaat während der Revolutionsjahre 1848/49 im Mittelpunkt stand, insbesondere die Lösung der deutschen Frage heiß umkämpft war. Dabei gab es die noch bis 1866 bestehenden Grundpositionen: So wurde eine sogenannte „Großösterreichische Lösung“ von Schwarzenberg und Bruck vertreten – sie stellte Österreich gleichsam als Zentrum eines wiedererstandenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation von der Nord- und der Ostsee bis zur Adria und zum Schwarzen Meer in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, wobei man sich bei starker Betonung des Katholizismus durchaus zu den Traditionen deutscher Kultur und deutscher Geschichte bekannte.



Die Berliner Barrikaden: Die Revolution tobt in ganz Deutschland

Der Sturm bricht los – Chronologie einer Revolution

► Am 29. Februar 1848 wird in Wien am Kärntnertor ein Plakat angeschlagen, auf dem verkündet wird, **Metternich** werde am 15. März schon ein gestürzter Mann sein. Ludwig **Kossuth** hält am 3. März im ungarischen Landtag in Preßburg eine Rede, in der er eine parlamentarische Regierung verlangt. Diese Rede wird in Wien in den Kaffeehäusern verlesen und erregt debattiert.

► Am 4. März taucht in Wien ein **revolutionäres Manifest** auf, in welchem aufgefordert wird, sich „in den großen Bund der freien deutschen Männer“ einzureihen. „Es gilt

einen Kampf auf Tod und Leben! Seid stark, seid mutig und einig!“

► Recht gemäßigte „**Bürgerpetitionen**“ der Wiener Bürger ohne radikale Forderungen werden vom 6. bis 9. März den Landständen übergeben.

► Der Deutsche Bund erkennt die heraufdämmernde Gefahr: Der Bundestag unter Österreichs Vorsitz erklärt am 9. März 1848 in Frankfurt **Schwarz-Rot-Gold** zu den Bundesfarben, doch der Beschluss wird nicht vollzogen und nicht verlautbart.

► Am 12. März versammeln sich die **Studenten in**

der Aula der Universität. Dann wird auf Anregung des jüdischen Arztes Josef Goldmark von einer Deputation unter der Führung der Professoren Hye und Endlicher unter der schwarz-rot-goldenen Trikolore der Burschenschaftler-Studenten in Wien an den österreichischen Kaiser Ferdinand eine Petition überreicht. Diese hatten Vertreter der Wiener Burschenschaften Arminia und Germania am 8. März in der Wohnung des Arminiensprechers Fritsch heimlich – unter die Gefahr des Auffliegens! – erarbeitet. Darin fordern sie:

▪ Presse- und Redefreiheit,

- Freiheit der Universität,
- Hebung des Volksunterrichtes,
- Religionsfreiheit (die Burschenschaftler fordern die Gleichstellung der jüdischen Religion),
- öffentliche Gerichtsverfahren, Schwurgerichte,
- sowie ein vom Volk gewähltes Parlament (!), eine geradezu ungeheure Forderung an das allerdurchlauchtigste Kaiserhaus,
- die Volksvertretung der deutschen Landesteile beim Deutschen Bund (bisher waren Fürsten die Vertreter).

Diese Petition mit den demokratischen Forderungen wird von Erzherzog Ludwig entgegengenommen, aber

nicht beantwortet. Auch werden keinerlei Versprechungen gemacht.

► Am nächsten Tag, dem 13. März, kommt es vor dem niederösterreichischen Landhaus in Wien zu Tumulten. Studenten fordern die Antwort auf die eingebrachte Petition und wieder die demokratischen Rechte. Der jüdische Arzt **Dr. Adolf Fischhof** spricht vor der aufgebrachten Menge und wiederholt die am Vortag von Burschenschaftlern aufgestellten Forderungen.

► Die Rede Kossuths von 3. März wird verlesen und löst Begeisterung aus. Zu den Forderungen gehört jetzt auch die Abdankung Metternichs. Um 11 Uhr dringt Dr. Fischhof mit den Studenten und Bür-

gern während der Sitzung der Stände in den Landtag ein. Es kommt zum **Aufstand der Studenten und Bürger**, Barrikaden werden errichtet. Der Stadtkommandant Erzherzog Alberecht gibt um 13 Uhr den Schießbefehl: Es gibt 5 Tote und 510 Verletzte. Der jüdische Student Karl Heinrich Spitzer ist der erste Märzgefallene.

In den Vorstädten stürmen die Arbeiter, die sich der burschenschaftlichen Revolution angeschlossen haben, die Fabriken und zerstören Maschinen als Protest gegen die für sie nachteiligen Folgen der Industrialisierung. **Der Einsatz des Militärs fordert 45 Tote.** Manche Soldaten weigern sich, auf das wehrlose Volk zu schießen.

Sitzung des Paulskirchen-Parlaments

Dann gab es die „Großdeutsche“ Gruppe, die, repräsentiert durch Schmerling und die Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten, in der Paulskirche am stärksten um die Verwirklichung der deutschen Einheit und der Erhaltung der Habsburger Monarchie rang. Sie vertrat die Ansicht, dass einerseits der Verlust der deutschen Position vernichtend wäre, dass andererseits aber Österreich für Deutschland historische Aufgaben ersten Ranges zu leisten hätte.

Als drittes Lager konnte man das eigentlich „deutsch-nationale“ oder „nationalliberale“ definieren, das in seiner Haltung wohl am ehesten durch die Wiener Studentenschaft und durch die „Linke“ im Frankfurter Parlament repräsentiert wurde. Diese Richtung ging vom Zerfall Österreichs und vom Anschluss seiner deutschen Erbländer an ein einiges freiheitliches Deutschland aus, wobei es auch mehr oder weniger offen gezeigte republikanische und damit antimonarchistische Tendenzen gab.

Die extremste Position nahm die eigentliche „kleindeutsche“ Gruppe ein, die in den späteren Jahren in Österreich in Georg Ritter von Schönerer ihren Führer finden sollte und nach deren Ansicht die Einigung Deutschlands nur unter Ausschluss der Habsburger Monarchie und deren völliger Zerschlagung erfolgen könnte.



Als sich in der Paulskirche die kleindeutsche Lösung unter Ausschaltung Österreichs durchzusetzen schien, waren allerdings in den meisten deutschen Staaten die revolutionären Bestrebungen bereits unterdrückt worden. Als am 12. Oktober 1848 im Reichstag ein Antrag auf Abgabe einer Sympathieerklärung für das revolutionäre Wien abgelehnt wurde, verfasste eine Gruppe Radikaler aus eigener Initiative eine solche Erklärung, die von vier Abgeordneten, nämlich von Julius Fröbel, Moritz Hartmann, Albert Trampusch und Robert Blum, in Wien überreicht werden sollte. Sie wurde im österreichischen Reichstag begrüßt, wonach Hartmann und Trampusch nach Frankfurt zurück-

kehrten. Blum und Fröbel blieben allerdings in Wien und schlossen sich in der dritten Phase der Wiener Revolution den Wehrverbänden und der Akademischen Legion an. Sie wurden am 4. November unter Missachtung ihrer parlamentarischen Immunität verhaftet, Fröbel wurde ausgewiesen und Robert Blum wurde am 9. November 1848 in der Wiener Brigittenau standrechtlich erschossen.

Am 28. März 1849 war dann die neue Reichsverfassung vollendet. Es sollte einen erblichen Kaiser, einen gewählten Reichstag mit zwei Kammern, einem Staatenhaus und einem Volkshaus, geben. Der am selben Tag zum Kaiser gewählte preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnte allerdings diese Würde ab. Die österreichischen Abgeordneten waren bereits

Der Bürgermeister von Wien, Ignaz von Czapka, schlägt vor: Wiedereinsatz des **Bürgercorps** und Aufrüstung zur **Nationalgarde**. Auch die Studenten sollten bewaffnet werden und die **Akademische Legion** bilden. Damit sind die Studenten einverstanden und erklären sich bereit, sich für die Wiederherstellung der Ruhe einzusetzen. Die Akademische Legion, in der alle Burschenschaftler aufgehen, wird nach dem Studium eingeteilt: z. B. Techniker-Corps, Mediziner-Corps. Die Studenten tragen die berühmten dunkelblauen Röcke mit dem schwarz-rot-goldenen Band, das sie von den Burschenschaftlern übernehmen, und die deutsche Kokarde.

Erzherzog Ludwig gestattet um 19 Uhr die Aufstellung der Nationalgarde und der Akademischen Legion. Noch am selben Abend beginnen Einschreibungen und die Waffenausgabe vor dem Zeughaus Am Hof. Die Menge in der Stadt wartet gespannt auf die Erfüllung der Forderung. **Metternich tritt um 21 Uhr zurück!**

Das ist eigentlich die Sensation und ein seit 33 Jahren gehegter Traum! Die Wiener jubeln, veranstalten Fackelzüge und bringen Hochrufe auf den Kaiser aus!

► Am 14. März erfolgt die Proklamation der Aufstellung der Nationalgarde und der Akademischen Legion. In einem weiteren Erlass erfolgt

die Verkündung der **Aufhebung der Zensur**, die Pressefreiheit wird versprochen, worauf eine Flut von Schriften und Plakaten von fliegenden Händlern vertrieben wird.

► 15. März: Erst als neue Unruhen drohen, verspricht Kaiser Ferdinand eine neue **konstitutionelle Verfassung**: Eine gewählte Volksvertretung solle sie beschließen. Das löst Jubel aus!

► 16. März: Abends großer Fackelzug der Studenten durch die Stadt.

► 17. März: Große **Leichenfeiern für die „Märzgefallenen“** auf dem Schmelzer Friedhof. Für die Akademische Legion spricht Prof. Füster. An den Särgen der beiden gefallenen Juden spricht ein

jüdischer Prediger (zu den burschenschaftlichen Forderungen gehört auch die Gleichberechtigung der Bürger einschließlich der Juden). In allen Reden wird ihr Judentum hervorgehoben und die Teilnahme am Kampf als Erwerb eines Rechtsanspruches auf Gleichstellung bejubelt. Die Frage der **Gleichstellung der Juden** wird eifrig diskutiert. Doch Isaak Mannheimer mahnte im „Centralorgan für Glaubensfreiheit der Juden“ zur Zurückhaltung: „Alles fürs Volk und Vaterland! Nichts für uns! Kein Wort von Judenemanzipation.“ Aber schon am 19. März ist auch Mannheimer für eine Adresse an die Stände.

In der Folge wird die Staatsverwaltung umgebaut:

Die Hofstellen werden durch Ministerien ersetzt.

► 25. März: **Petition für die Emanzipation der Juden** wird veröffentlicht.

► 27. März: Eine Deputation der jüdischen Gemeinde unter den Führern Max Engel und Ludwig August Frankl überreicht dem Kaiser eine Petition über die Gleichstellung der Kulte.

Der sagt eine gerechte Beratung zu. Antisemitische Stimmen bewegen Josef Goldmark, die Niederlegung seiner Charge bei der Akademischen Legion anzukündigen, woran ihn die Burschenschaftler-Studenten allerdings erfolgreich hindern.

► 29. März: Die oberste Zensur-Hofstelle wird aufgelöst.

► 31. März: Das neue Preßgesetz wird veröffentlicht. Es enthält aber viele Verbote und Einschränkungen, löst Unzufriedenheit aus und wird wenig eingehalten.

► Am 2. April hebt der Bundestag in Frankfurt am Main die noch immer bestehenden Ausnahmegesetze für alle Bundesstaaten, also auch für Österreich, auf. Das bis dahin bestehende Verbot der deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold entfällt, **diese burschenschaftliche Fahne weht von da an auch vom Turm des Wiener Stephansdomes!**

Schwarz-Rot-Gold weht überall in Wien. Von der Universität, von allen Gebäuden. Am Stephansplatz findet eine richtige „Fahnenhissungsfei-

am 5. April 1849 aus dem Frankfurter Paulskirche-Parlament abberufen worden, die preußischen wurden am 14. Mai von ihrer Regierung zurückberufen. Der Reichstag wurde am 19. Juni 1849 aufgelöst, und Erzherzog Johann legte das Amt als Reichsverweser am 20. Dezember 1849 zurück.

Die Bedeutung der Paulskirche

Die Frankfurter Paulskirche



Die Bedeutung der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche liegt zweifellos darin, dass sie das erste gesamtdeutsche Parlament darstellt, das in freien Wahlen zustande gekommen ist. Während etwa im Zuge der Pillersdorfschen Verfassung am 9. Mai 1848 die Arbeiter durch die neue Wahlordnung vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden, war kurz zuvor am 28. April die Wahl zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt nach dem Modus des allgemeinen Wahlrechts, also auch unter Einschluss der Arbeiter, durchgeführt worden.

Und obwohl die Paulskirche letztlich eine konstitutionelle Monarchie bevorzugte, wurde in dieser deutschen Nationalversammlung erstmals ernsthaft über die Einführung einer republikanischen Verfassung für Deutschland debattiert. Auch in Österreich resignierte Ministerpräsident

einem schwarz-rot-goldenen Burschenband, ebenfalls die deutsche Fahne segnet.

► Für die **Wahl von Deputierten in die künftige Deutsche Nationalversammlung**, für die der Gründungsauftrag vom Bundestag in Frankfurt ergangen war, werden am 18. April die Voraussetzungen bekanntgegeben: Auf je 50.000 Einwohner sollte ein Abgeordneter fallen. Die Wahlen (für Niederösterreich) finden am 28. April 1848 statt. In der niederösterreichischen Stadt Wien werden sechs Abgeordnete gewählt. Diese Wahlen zur künftigen Deutschen Nationalversammlung sind die ersten freien, demokratischen Wahlen in ganz Deutschland.

Pillersdorf bereits im Mai 1848, und die Wahl für den österreichischen Reichstag wurde ebenfalls nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht durchgeführt. Insbesondere die deutschfreiheitliche Studentenschaft Wiens konnte somit im Kampf um eine freiheitliche und demokratische Verfassung einen großen Erfolg verbuchen.

Die Frankfurter Paulskirche ging aber auch als ein Parlament der Professoren und Literaten in die Geschichte ein: Der Dichter Ludwig Uhland, der Märchensammler Jakob Grimm, der spätere Burgtheaterdirektor Heinrich Laube waren ebenso Mitglied des Frankfurter Paulskirchen-Parlaments wie der Dichter und Philosoph Ernst Moritz Arndt und der berühmte Turnvater Friedrich Ludwig Jahn. Unter den mehr als 100 österreichischen Abgeordneten waren bedeutende Geister wie Anastasius Grün, der Dichter aus dem Herzogtum Krain, dem heutigen Slowenien, oder aus Wien Anton Ritter von Schmerling, Alfred Wiesner und der jüdischstämmige Ignaz Kuranda.

Dass die bürgerlich-deutsche Revolution in Wien nach fünf einzelnen Aufständen scheiterte und durch die kaiserliche Reaktion und die Armee des Fürsten Windischgrätz blutig unterdrückt wurde, ändert nichts an der Bedeutung dieser ersten demokratischen und parlamentarischen Gehversuche Österreichs und damit auch Deutschlands. Der konstituierende Reichstag in Wien und später in Kremsier und die Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt bleiben Fanale für die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in den deutschen Ländern.

Wenn das nationalliberale Lager und damit auch die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft sich auf diese Wurzeln berufen, können sie auf eine edle und bedeutende Tradition verweisen.

“
Die deutschfreiheitliche Studentenschaft Wiens kämpfte um eine demokratische Verfassung.
”

er“ statt. Das Arndtsche Lied „Was ist des Deutschen Vaterland?“ wird gesungen, Frauen verteilen schwarz-rot-goldene Bänder. Die Wiener feiern und überreichen Kaiser Ferdinand eine schwarz-rot-goldene Fahne, die er stolz vom Balkon der Hofburg zeigt. In Uniform berührt er feierlich die deutsche Fahne und lässt sich unter den Hymnen von Haydn und Arndt huldigen: „Hoch das einige und freie Deutschland! Gut und Blut für unseren guten, unseren konstitutionellen Kaiser!“ (Das

berichtet der Tiroler Adolf Pichler, Kommandant der Akad. Legion.)

► 15. April: **Fahnenweihe im Stephansdom**: Die schwarz-rot-goldene Fahne der Tiroler Studentenkompagnie unter dem Kommandanten Adolf Pichler trägt die Aufschriften „Für das Vaterland“. Die ganze Kompanie marschiert dann unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung zum Wiener Südbahnhof, wo der greise Pater Haspinger, 1809 Mitstreiter von Andreas Hofer, nun geschmückt mit

► Der **Zweite Wiener Aufstand** am 25. April 1848 bringt die Pillersdorfsche Verfassung, die von der Regierung (Innenminister Pillersdorf) und nicht wie versprochen von einer Volksvertretung erarbeitet worden war. Sie bringt zwar viele der geforderten Freiheiten, aber das Wahlrecht bleibt undemokratisch, weil es von hohen Steuerleistungen abhängig gemacht wird.

Auch weitere Bestimmungen zugunsten des Kaiserhauses (Vetorecht) engen die Freiheiten ein. Das empört Studenten und Arbeiter, die am 2. und 3. Mai demonstrieren und den Politikern eine „Katzenmusik“ darbringen.

► Am 5. Mai bildet sich das Zentralkomitee der Akademischen Legion, Bürger und Nationalgarde und übernimmt immer mehr die Macht in Wien. Der **„Ausschuss der Studierenden Wiens“**, dessen Führer der jüdische Arzt Dr. Goldmark ist, bringt die „Petition der Studierenden Wiens“. Darin sind die wesentlichen Forderungen der späteren Sturmpetition vom 15. Mai bereits enthalten.

► Am 9. Mai werden durch die neue Wahlordnung Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen, worauf sich Studenten und Arbeiter erneut solidarisieren und heftig protestieren. Schließlich war kurz vorher, am 28. April, die **Wahl zur Deutschen Nationalver-**

sammlung nach dem Modus des allgemeinen Wahlrechtes durchgeführt worden! Die Debatte über die Verfassung, getragen vom „Ausschuss der Studierenden Wiens“, nimmt an Heftigkeit zu.

► Am 13. Mai ordnet der Kommandant der Nationalgarde, Graf Hoyos, die Auflösung des Zentralkomitees der Akademischen Legion an. Er glaubt, dadurch die Verfassungsdiskussion abbrechen zu können.

► 15. Mai: Eine große Menschenmenge versammelt sich vor der Burg. Akademische Legion, Bürger, Nationalgarde und Arbeiter beschließen die „Sturmpetition“: Rücknahme der Pillersdorfschen Verfassung und

Die Revolutionäre



Dr. Adolf Fischhof,
Führer der Märzrevolution



Dr. Josef Goldmark, Führer
des Studentenausschusses



Hans Kudlich, Burschen-
schafter und Bauernbefreier



Wenzel Messenhauser,
Führer der Oktober-
Revolutionäre



Zwischen März und Oktober 1848 gab es in Wien fünf revolutionäre Aufstände. Die Akademische Legion führte die Barrikadenkämpfe an (Bild Mitte oben). Zuletzt wurden die Revolutionäre von den reaktionären Truppen niedergeschlagen (Bild Mitte unten: Hinrichtung Blums).



Die Reformpolitiker



Reichsverweser
Erzherzog Johann



Anton von Schmerling,
leitender Reichsminister



Heinrich von Gagern,
Präsident der Natio-
nalversammlung



Anastasius Grün
Graf von Auersperg, Abge-
ordneter zur Paulskirche

Das einzige frei gewählte gesamtdeutsche Parlament

Die Deutsche Konstituierende Nationalversammlung trat am 18. Mai 1848 zu ihrer ersten Sitzung zusammen. 330 Abgeordnete aus ganz Deutschland trafen sich im Kaisersaal des Frankfurter Römers. Die Abgeordneten vollzogen einen revolutionären Akt: Die Nationalversammlung konstituierte sich feierlich selbst.

Für die Darstellung der Aufgabe fand Heinrich von Gagern nach seiner Wahl zum provisorischen Präsidenten eine Formel, die eine überwiegende Mehrheit akzeptierte. Am 19. Mai führte er unter anderem aus: „Wir wollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation...“.

Die Abgeordneten versammelten sich zu insgesamt 236 Sitzungen, von denen 230 in Frankfurt am Main und sechs als Rumpfparlament in Stuttgart stattfanden. Vom 18. Mai 1848 bis 18. Juni 1849 gehörten der Nationalversammlung 809 Abgeordnete an, die in 15 Abteilungen eingeteilt waren; ihre Aufgaben bestanden in der Prüfung der Beglaubigung der Mandate und Wahl der Mitglieder in Ausschüsse. Die Natio-



nalversammlung setzte in den elf Monaten ihrer Tätigkeit 23 Ausschüsse ein, von denen 16 ständig und sieben bis zur Erledigung der jeweiligen Aufträge arbeiteten, und fünf Kommissionen, die nur kurz wirkten.

Schaffung einer Verfassung

Wenige Tage nach der Eröffnung hatte die Nationalversammlung zwei wichtige Entscheidungen getroffen. Am 24. Mai beschloss die Abgeordneten

mit großer Mehrheit die Berufung eines Ausschusses zum Entwurf einer Reichsverfassung (Verfassungsausschuss) und eines Ausschusses zur Behandlung der Arbeiterfrage und der Gewerbs-, Zoll- und Handelsverhältnisse (Volkswirtschaftlicher Ausschuss). Mit der Berufung dieser Gremien von je 30 Mitgliedern widmete sich die Nationalversammlung ihrer eigentlichen Aufgabe, der Erarbeitung einer Reichsverfassung.

Darstellung von Eduard Mayer aus der Paulskirche mit Gesichtern bekannter Abgeordneter. Stehend in der Mitte, alle anderen überragend, wurde Präsident Gagern mit dem Griff an der Glocke gezeichnet.

Die Wahl des Reichsverwesers

Zur Erfüllung der Hauptaufgaben der Abgeordneten, eine Reichsverfassung zu beraten und einen Nationalstaat zu schaffen, gelang der

die **Einberufung eine konstituierenden Reichstages**, der aus allgemeinen, direkten und freien Wahlen hervorgehen soll. Und sie fordern die Rücknahme der geplanten Auflösung des Zentralkomitees. Die Revolution bricht damit zum zweiten Male aus, es kommt zu heftigen Kämpfen. Die Regierung wagt keinen ernstern Widerstand und stimmt den Forderungen zu.

► Am 16. Mai erlässt Kaiser Ferdinand eine Proklamation: Die Regierung nimmt das Wahlrecht zurück und verspricht eine neue Verfassung. Der Reichstag wird nur aus einer Kammer bestehen und wird auf der Grundlage des **allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt** werden.

► Der **Dritte Wiener Aufstand**, die Mai-Revolution: Kaum hat sich die Lage in Wien etwas beruhigt, versucht die Regierung wieder, das Heft in die Hand zu bekommen, und verfügt am 25. Mai die Auflösung der Akademischen Legion und die Schließung der Universität. Doch die Wiener, Studenten, Bürger und Arbeiter gehen am 26. Mai wieder „auf die Barrikaden“, die in ganz Wien errichtet worden waren, denn sie fürchteten einen erneuten „13. März“. Auf diesen Barrikaden vom 26. Mai stehen auch die Arbeiter, für welche die Akademische Legion am 15. Mai die Bürgerrechte erworben hatte, und überall wehen schwarz-rot-goldene Fahnen!

► Es kommt aber zu keinen Kämpfen, da die Regierung ihren Beschluss am 26. Mai wieder zurückzieht. Es wird der **„Sicherheitsausschuss der Bürger, Nationalgarden und Studenten** zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit und zur Wahrung der Volksrechte“ unter der Leitung des jüdischen Arztes Dr. Fischhof gebildet, der am 27. Mai von der Regierung anerkannt und mit Behördenfunktionen ausgestattet wird. Er gebietet über 6.000 Studenten der Akademischen Legion und zirka 20.000 Arbeiter. Er ist bald die eigentliche Autorität Wiens, da der Kaiser nicht in Wien ist, der Reichsrat noch nicht konstituiert ist, Militär auch nicht

präsent ist und die Ministerien keine Macht haben.

► 28. Juni: Von einem Arbeiterkomitee unter Leitung des Studenten **Willmer, der „Arbeiterkönig“** genannt wird, werden soziale Forderungen durchgesetzt. Diese werden am 28. Juni als „Arbeiter-Ordnung“ vom Minister der öffentlichen Arbeiten Baumgartner kundgetan.

Am 24. Juni wird der „Erste Allgemeine Arbeiterverein“ Wiens gegründet.

► Am 30. Mai wird durch die neue Wahlordnung das freie Wahlrecht gewährt: **Die Arbeiter sind wahlberechtigt.** Die alte burschenschaftliche Forderung nach freien Wahlen, die schon in der Burschenschaftler-Petition vom 12.

März 1848 aufgestellt wurde, wird damit endlich erfüllt! Die Zusammenarbeit zwischen den Studenten mit den Dreifarbbändern und den Arbeitern klappt hervorragend.

► Der Sicherheitsausschuss unter der Leitung des jüdischen Arztes Dr. Fischhof schickt am 8. Juni im Namen der Wiener Bevölkerung eine **Adresse an das souveräne Parlament zu Frankfurt:**

Ein großes einiges Deutschland wurde darin als heißester Wunsch und inigster brüderlicher Anschluss als Wahlspruch ausgegeben.

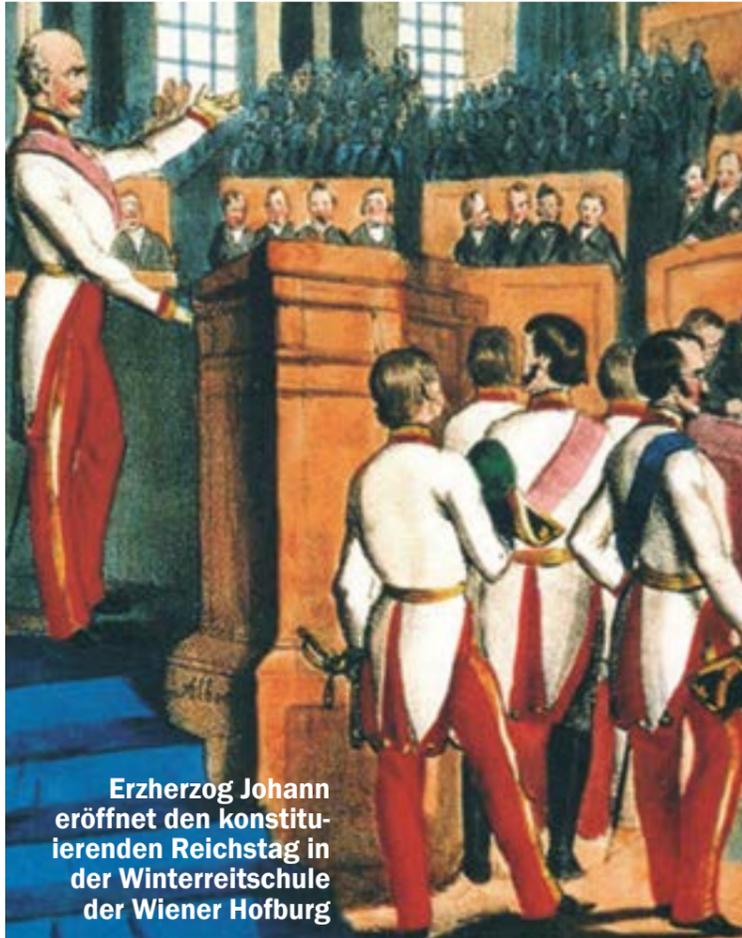
► Am 1. Juli 1848 wird das Theaterstück **„Freiheit in Krähwinkel“** von Johann Nestroy in Wien uraufgeführt und am 3. Juli erscheint die

erste Ausgabe der neuen Tageszeitung **„Die Presse“**, die damit direkt von der von Burschenschaftlern erkämpften Pressefreiheit profitiert.

► Ende Juni: **freie Wahlen in Österreich** (aber nicht in Ungarn) zum konstituierenden Reichstag.

► 5. Juli: **Fackelzug für Erzherzog Johann** und die aus Frankfurt eingetroffene Deputation. Der Erzherzog ist unheimlich populär!

► 7. Juli: Fahnen-demonstration vor dem Standbild Kaiser Joseph II. Der „unvergessliche Kaiser aus dem Volke“ ist noch immer mit der weißen Fahne vom 14. März geschmückt. Die Akademische Legion zieht mit klingendem Spiel zum



Erzherzog Johann eröffnet den konstituierenden Reichstag in der Winterreitschule der Wiener Hofburg

Nationalversammlung ein wichtiger Erfolg. Sie verabschiedete am 28. Juni das Gesetz über die Einführung einer provisorischen Zentralgewalt und wählte am 29. Juni Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser. Die Abgeordneten hatten in sechs vollen Sitzungen, der ersten großen Redeschlacht der Nationalversammlung, um diese Entscheidung hart gerungen. Die Spannweite der Diskussionsbeiträge reichte von der revolutionären Versammlungsregierung bis zur konstitutionellen Monarchie. Präsident Heinrich von Gagerns Rede am 24. Juni 1848 fand die Zustimmung einer Mehrheit bei der Abstimmung am 28. Juni. „Meine Herren“, hatte er unter anderem ausgeführt, „Ich tue einen kühnen Griff und ich sage Ihnen: Wir müssen die provisorische Zentralgewalt selbst schaffen.“ Er trat für einen Reichsverweser ein, der ein Fürst sein müsse; „nicht weil, sondern obgleich es ein Fürst ist.“ In der Schlussabstimmung sprachen sich 450 Abgeordnete für das Gesetz aus, 100 lehnten es ab. Für die Berufung Erzherzog Johanns votierten 436 von 548 Mitgliedern der Nationalversammlung.

Die Fraktionen

Dabei vollzog sich in der Debatte die Bildung von Fraktionen. Als stärkste entwickelte sich die der Liberalen, die sich im „Casino“ versammelten. Mit den Reformkonservativen insbesondere aus Bayern, Preußen und Österreich mit dem Tagungsort „Cafe Milani“ fanden sich die konservativen Rechten. Im „Württembergischer Hof“ und den Abspaltungen „Augsburger Hof“ und „Landsberg“ bildete sich das linke Zentrum. Zur demokratischen Linken gehörten die Gemäßigten, die sich im „Deutschen Hof“ trafen, und die extremen Linken im „Donnersberg“.

“
Der Reichsverweser soll ein Fürst sein, nicht weil, sondern obgleich er Fürst ist.
”

Deutschlands Grenzen

Die Begründung eines Nationalstaates machte die Beratungen über die Grenzen Deutschlands notwendig. Strittig war die Zugehörigkeit Schlesiens, der Provinz Limburg und der Provinz Posen zum Deutschen Bund. Abgeordnete aus diesen Gebieten gehörten der Nationalversammlung an. Die Mehrheit entschied sich für die Rechtmäßigkeit und Anerkennung ihrer Mandate. Für die Provinz Posen sprach die Nationalversammlung die Erwartung aus, die preußische Regierung werde den Schutz der deutschen Bevölkerung in den polnischen Teilen des Großherzogtums garantieren.

Dagegen erwies sich die schleswig-holsteinische Frage als Prüfstein für die Nationalversammlung. Zur Beendigung des Krieges um die Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zum Deutschen Bund schlossen am 26. August 1848 Dänemark und Preußen den Waffenstillstandsvertrag von Malmö.

Josephsplatz, die weiße Fahne wird eingezogen und die schwarz-rot-goldene Fahne feierlich gehisst.

► 8. Juli: Der Sicherheitsausschuss fasst den Beschluss, die Träger des alten Systems aus dem Kabinett zu entfernen. Dieser demokratische Beschluss wird auch von Erzherzog Johann unterstützt.

Pillersdorf dankt noch am selben Tag ab, auch die anderen Minister werden durch demokratische, revolutionäre Minister ersetzt. Nur Latour bleibt Kriegsminister.

► 21. Juli: Lagebesprechung der Reichsratsabgeordneten in der Wohnung des Kommandanten der Akademischen Legion, des jüdischen

Arztes Dr. Adolf Fischhof. Sie besprechen das noch nicht erfüllte Revolutionsprogramm: „**Demokratische Monarchie, Volks-Souveränität und innigsten Anschluss an Deutschland** selbst mit Aufopferung eines Teiles der Souveränität Österreichs als Grundlage unseres politischen Glaubensbekenntnisses.“

► 22. Juli: **Konstituierender Reichstag** feierlich eröffnet. Er tagt in der Winterreitschule; in jenem Saal der Wiener Hofburg, in dem heute ahnungslose Touristen die Lipizzaner bewundern. Es ist das erste aus freien Wahlen hervorgegangene österreichische Parlament! Der deutsche Reichsverweser, Österreichs Erzherzog Johann,

hält die Thronrede, während von der Straße herein die deutsche Hymne „Das Lied der Deutschen“ und das „Was ist des Deutschen Vaterland“ ertönt. 383 Abgeordnete aus allen sozialen Klassen und aus allen Völkern der Monarchie (außer den Ungarn) haben die Aufgabe, eine neue Verfassung auszuarbeiten.

► 4. August: Der „**Politische Studenten Courier**“ aus Wien veröffentlicht einen Vorschlag zur Neugestaltung Deutschlands: „Grundzüge einer republikanischen Verfassung, wie sie in Deutschland eingeführt werden könnte“. Die acht Punkte enthalten: Staatsform, Einteilung der Länder, Wahl des Parlaments, des Landesober-

hauptes (des Bundespräsidenten genannt wird). Diese republikanische Verfassung sei das Ideal der Freiheit, die kommen müsse, „ob nach einem Monat oder hundert Jahren“.

► 6. August: **Gedenkfeier zur Niederlegung der deutschen Kaiserkrone 1806**. Ausrückung der Akademischen Legion und der Volkswehr, Begrüßung der Reichstagsdeputierten und des Sicherheitsausschusses, Feldmesse, mit deutschen Bändern geschmückte Fahnen.

► Der **Vierte Wiener Aufstand**. Am 19. August wird den Arbeitern der Lohn gekürzt, Frauen bekommen überhaupt nichts mehr.

Die Arbeiter protestieren in der Innenstadt gegen diese drastische Verschlechterung ihrer Lage. Am 22. August kommt es im Prater zu Unruhen. Und am 23. August zu einer großen Demonstration. Am Praterstern tritt ihnen die Nationalgarde entgegen. Es kommt zum Aufstand, an dem sich auch viele Arbeiterinnen beteiligen. In der **Praterschlacht** geht die Nationalgarde, nicht aber die Akademische Legion unnötig heftig gegen die Arbeiter vor, es gibt 22 Tote.

Beim Begräbnis der Opfer am 3. September gehen mehrere Kompanien der Akademischen Legion mit, Studenten und Arbeiter tragen schwarz-rot-goldene Fahnen.

► Am 7. September wird der Antrag des deutsch-schlesischen Burschenschafters **Hans Kudlich**, Burschenschaft Markomania Prag, auf Aufhebung des bauerlichen Untertänigkeitsverhältnisses und der Abgabepflicht angenommen:

„Die hohe Versammlung möge erklären: Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entsprungenen Rechten und Pflichten aufgehoben.“

► Am 13. September gibt es **Handwerkerdemonstrationen**, da diese durch den Zusammenbruch einer Sparkasse in Schwierigkeiten geraten waren. Bei der Auflösung geht die Regierung auch gegen die Studenten vor, schließt die Uni

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss

Mit der Einsetzung eines Volkswirtschaftlichen Ausschusses leistete die Nationalversammlung zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen

Verhältniss in Deutschland einen hervorragenden Beitrag. Die Verbesserung der materiellen Bedingungen und die Beseitigung der wirtschaftlichen Zersplitterung betrachtete er als seine Hauptaufgaben. Um sich einen Überblick zu verschaffen, autorisierte die Nationalversammlung den Ausschuss, sich an die Regierungen der Bundesstaaten zu wenden, um Sachverständige und Behörden zu Stellungnahmen auffordern zu können. Er erreichte die erste Erfassung volkswirtschaftlich relevanter Daten aus ganz Deutschland. Der Ausschuss erzielte ein großes Echo, das sich in zahlreichen Petitionen zur Gewerbeordnung, Abschaffung der Feudallasten, Stellung der Handwerker, zum Zolltarif, zur Schutz- und Freihandelspolitik widerspiegelt.

“
Der Paulskirchen-Abgeordnete Robert Blum wurde trotz seiner parlamentarischen Immunität standrechtlich erschossen.
”

Die Schwächung der Nationalversammlung

Im November und Dezember 1848 trat die Schwäche der Nationalversammlung erneut zutage. Den von ihr nach Wien entsandten Parlamentariern gelang es nicht, in Österreich zwischen Regierung und revolutionärer Volksbewegung zu vermitteln. Sie wurden selbst verdächtigt, die österreichische Regierung stürzen zu wollen. Einige Abgeordnete konnten sich durch Flucht entziehen, der Abgeordnete Robert Blum, Wortführer der Linken in der Nationalversamm-

lung, wurde am 9. November ohne Rücksicht auf seine parlamentarische Immunität nach Verurteilung zur Todesstrafe standrechtlich erschossen. Die Nationalversammlung versuchte vergebens, die Auflösung der Preußischen Nationalversammlung zu verhindern, obwohl einige Parlamentarier, unter ihnen der Präsident Heinrich von Gagern, mit der Regierung in Berlin Verhandlungen in dieser Frage geführt hatten.



Grundrecht, Reichsgericht und Wahlrecht

Unbeschadet der äußeren Ereignisse hielt der Verfassungsausschuss streng an den Beratungen über die Reichsverfassung fest. Entsprechend der Bedeutung widmete er sich der Diskussion über die Grundrechte. In der dritten Lesung am 21. Dezember konnten die Grundrechte mit einer knappen Mehrheit verabschiedet werden. Nach Verabschiedung der Abschnitte über Reich und Reichsgewalt begannen am 27. November die Beratungen über das Reichsgericht und am 4. Dezember die über die Selbständigkeit der deutschen Staaten. Die Debatten über den künftigen Reichshaushalt beschäftigten die Abgeordneten am 8. Januar, über das Reichsoberhaupt am 15. Januar und am 26. Januar 1849 über den Reichsrat. Am 2. März beschloss die Nationalversammlung die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts.

**Robert Blum,
Wortführer der
Linken in der
Paulskirche**

und schickt die Studenten in die Ferien. Die Zahl der Studenten in der Akademischen Legion sinkt auf 1.500.

► Am 24. September gibt es einen großen **Fackelzug für den Bauernbefreier Kudlich**, der für die vielen nach Wien gekommenen Bauern unter großem Beifall eine flammende Rede hält. Als neue Zeitung erscheint „Die Ostdeutsche Post“, herausgegeben von Ignaz Kuranda, einem Wiener Abgeordneten des Frankfurter Parlaments.

► Der **Fünfte Wiener Aufstand**: Die Oktoberrevolution. Ein Grenadierbataillon, das sich weigert, auf Anordnung von Kriegsminister Latour gegen das revolutionäre Ungarn zu marschieren und von der

Nationalgarde und von Waffensstudenten der Wiener Akademischen Legion unterstützt wird, löst am 6. Oktober die Oktoberrevolution aus. Überall kommt es zu schweren Kämpfen mit der Armee, auch im Inneren des Stephansdomes (heute noch ist dort „6. Oktober 1848“ eingemeißelt). Die Bevölkerung ist so aufgebracht über die kaiserliche Armee, dass sie in das Kriegsministerium eindringt und Kriegsminister Latour ergreift und auf einer Laterne erhängt; ein Student der Akademischen Legion hatte ihn umsonst zu schützen versucht. Sein Tod führt zum energischen **Einschreiten der kaiserlichen Armee unter Windischgrätz**, die von Prag aus

gegen Wien marschiert. Der kaiserliche Hof flieht deshalb am 7. Oktober nach Olmütz, und 20.000 „schwarz-gelbe“ Wiener fliehen ebenfalls aus der Stadt. Die Revolution der großdeutschen Einheit hat wieder die Macht: Die Aula (das heißt: die Studenten) ist die einzige Behörde, die Gehorsam findet, und sie übt ihre Sendung, die Ordnung zu erhalten, gewissenhaft aus. 10.000 Arbeiter werden in der Mobilgarde vereint. Am 12. Oktober wird **Wenzel Mesenhauser Oberkommandierender der Nationalgarde**. Er gebietet über:

- 14.000 Bürger der Nationalgarde
- 10.000 Arbeiter der Mobilgarde

▪ 1.500 Studenten der Akademischen Legion.

Wien rüstet sich zur Verteidigung.

► Die Linken in der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche schicken Abgeordnete wie den **jüdischen Burschenschafter Robert Blum** oder den Österreicher Moritz Hartmann aus Leitmeritz in Böhmen zur Überreichung einer Sympathieadresse und als moralische Unterstützung nach Wien. Die Deputation trifft am 17. Oktober in Wien ein und wird begeistert empfangen. Nicht aber von Windischgrätz, der sich hochmütig über die Empfehlungsschreiben hinwegsetzt, obwohl dieses

Parlament auch von Österreichs Bürgern gewählt wurde!

► In einem (von Windischgrätz selbst verfassten) **Manifest vom 16. Oktober** verurteilt der Kaiser die Revolution und bevollmächtigt Windischgrätz mit der Wiederherstellung der Ordnung. In einem weiteren Manifest vom 19. Oktober (von Graf Stadion verfasst) versichert der Kaiser hingegen die Bewahrung der März- und Maierrungenschaften.

► **Wien** wird am 20. Oktober **von den kaiserlichen Truppen von Windischgrätz eingeschlossen**. Dieser fordert die Auflösung der Akademischen Legion und die bedingungslose Kapitulation; er setzt sich dadurch offen in

Widerspruch zum Kaiser und dessen Manifest vom 19. Oktober! Der aus freien Wahlen hervorgegangene Reichstag erklärt am 22. Oktober das Vorgehen von Windischgrätz für ungesetzlich und folgt dem Ruf des Kaisers: Er wird am 23. Oktober nach Kremsier in Mähren verlegt, es wird ihm damit aber auch die Machtbasis entzogen.

► 72.000 bewaffnete **kaiserliche Soldaten greifen** ab dem 23. 10. **die Stadt an**, diese wird auch bombardiert. Bis zum 30. Oktober hofft man verzweifelt auf die Hilfe der ungarischen Revolutionstruppen, doch diese werden bei ihrem Marsch zum Entsatz von Wien bei Schwechat geschlagen.

Die Einführung der Verfassung scheitert

Am 28. März 1849 wurde die „Verfassung des deutschen Reiches“ von der Nationalversammlung ausgefertigt und verkündet. Nach den Vorstellungen der Abgeordneten trat sie de jure in Kraft. De facto scheiterte die Einführung, als der preußische König die ihm angetragene Kaiserkrone am 3. April 1849 ablehnte.

Das Verfassungswerk fand unter den Deutschen weitgehend Zustimmung. Es spiegelt den Kompromiss zwischen den liberalen und den linken Fraktionen wider. Aufgrund dieses Interesses bemühte sich die Nationalversammlung um die Einberufung eines Reichstages und eines Kongresses von Abgeordneten aus den Staaten, welche die Verfassung anerkannten. Die entsprechenden Anträge fanden jedoch keine Mehrheit. Viele Parlamentarier verließen die Paulskirche, weil sie entweder die Einführung der Verfassung als gescheitert ansahen oder von ihren Regierungen nach Abschluss der Debatte über die Reichsverfassung zurückberufen wurden.

Zur letzten Sitzung am 18. Juni versammelten sich noch 99 Abgeordnete. Württembergische Soldaten drangen in den Saal des Hotels Marquardt in der Stuttgarter Königsstraße ein und lösten die Nationalversammlung gewaltsam auf.



Die k. u. k. Monarchie nach der Revolution: Aus ihren deutschen Gebieten wurden Abgeordnete gewählt

Die Österreicher in der Paulskirche

Die Deutsche Nationalversammlung wurde von all jenen Gebieten beschickt, die später das Reich Bismarcks ausmachten, außer Elsaß-Lothringen, welches 1848 noch nicht heimgekehrt war. Zuzüglich wählten die Bewohner von Liechtenstein und Luxemburg Vertreter in die Deutsche

Nationalversammlung. Im Kaisertum Österreich waren alle männlichen Bürger aus jenen Gebieten, die vor 1806 dem Deutschen Königreich angehört hatten, wahlberechtigt. Es handelt sich somit um folgende Regionen, die dem Deutschen Bund mit dem Patent vom 2. März 1820 als zugehörig bezeichnet worden sind: das Erzherzogtum Österreich, das Herzogtum Steiermark, das Herzogtum Kärnten, das Herzogtum Krain, das österreichische Friaul oder der jetzige Görzer Kreis (Gradisca, Görz, Tolmein, Flitsch, Aquileja), das Gebiet der Stadt Triest, die Gefürstete Grafschaft Tirol mit dem Gebiet von Trient und Brixen, weiters Vorarlberg mit Ausschluss von Weiler, das Herzogtum Salzburg, das Königreich Böhmen, die Markgrafschaft Mähren, der österreichische Anteil an dem Herzogtum Schlesien inklusive der böhmisch-schlesischen Herzogtümer Auschwitz und Zator (in Galizien).

Es war eine erstaunliche Leistung, in der kurzen Zeit von zwei Monaten Wahlgesetze zu erlassen, Wahlkreise zu bestimmen und Wahllisten zu erstellen. Die aus dem Kaisertum Österreich stammenden Mandatsträger vertraten in folgender Zahl die einzelnen Wahlkreise: Krain und Küstenland (Triest) je 4, Kärnten 8, Österreichisch-Schlesien 9, Österreich ob der Enns 19, Tirol 20, Mähren 23, Steiermark 25, Böhmen 25, Österreich unter der Enns 31.

Die weit überwiegende Zahl der Abgeordneten gehörte der römisch-katholischen Konfession an. Einer war griechisch-orthodox, drei waren Lutheraner und sieben mosaisch.

Der älteste Abgeordnete aus dem Kaisertum Österreich war **Franz Freiherr Unterrichter v. Rechtenthal**, Jahrgang 1775.

► **Wien fällt** am 31. Oktober 1848. 2.000 Tote und schreckliche Verwüstungen sind die Bilanz.

► **Blum** wird trotz seiner Immunität als Delegierter der Deutschen Nationalversammlung am 9. November hingerichtet, **Messenhauser** nur wenige Tage später – am 16. November.

1.579 Personen werden verhaftet. Alle Zeitungen werden verboten, nur die „amtliche“ „Wiener Zeitung“ erscheint wieder. Stephansdom und Josepshdenkmal bekommen für einen Tag weiße Fahnen, dann wieder – klammheimlich, ohne Begeisterung – schwarz-gelbe kaiserliche Fahnen.

► **Die oktroyierte Märzverfassung:** Der freigewählte österreichische Reichstag, der noch immer in Kremsier tagt, arbeitet inzwischen unermüdet an der neuen österreichischen Verfassung, denn dazu war er ja am 22. Juli 1848 als verfassungsgebende Körperschaft einberufen worden.

Kudlich, Fischhof, Goldmark und viele andere arbeiten hier mit. Ein Entwurf sieht als Präambel vor: „Alle Souveränität geht vom Volke aus.“ Doch am 4. Jänner 1849 erklärt Innenminister Stadion diese Formulierung für unannehmbar, da die Quelle der Souveränität nicht das Volk, sondern die erbliche Monarchie sei. Proteste bei den Abgeordneten, aber sie

geben nach, der Satz wird gestrichen.

► Der Reichsrat erarbeitet endlich eine **demokratische, freiheitliche Verfassung** nach den (wenn auch gemäßigten) Vorstellungen der Revolution.

Insbesondere durch die getroffenen Lösungsansätze der „Gleichberechtigung der Völker“ hätte diese im burschenschaftlich-demokratischen Sinn zukunftsweisend aufgebaute Verfassung geholfen, die nationalen Probleme der Monarchie gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Regierung beschließt schon am 20. Jänner 1849, dem Reichstag ein Ende zu machen, und löst ihn am 7. März 1849 gewaltsam auf.

► Am selben Tag, dem 7. März 1849, wird die „**Märzverfassung oktroyiert**“, d. h. aufgezungen.

Zwar werden einige der erkämpften Freiheiten und Prinzipien aufgenommen, aber praktisch durch einengende Bestimmungen wieder beschränkt.

Die Pressefreiheit wird wieder abgeschafft. Das Wahlrecht wird durch einen Wahlzensus eingeschränkt. Die Versammlungsfreiheit wird stark eingeschränkt.

Doch es kommt noch ärger: Am 31. Dezember 1851 erlässt Kaiser Franz Joseph sein Silvesterpatent, wodurch die Märzverfassung aufgehoben und der alte Absolutismus wiederhergestellt wird.

Der jüngste war **Johann Demel**, der im Jahre 1825 das Licht der Welt erblickte. 1867 erwarb Demel den Adel mit dem Prädikat von Elswehr. Unterrichter vertrat Tirol, Demel Österreichisch-Schlesien.

Nach dem sozialen Stand waren 18 Abgeordnete aus dem Kaisertum bäuerlicher Herkunft, 17 Abgeordnete kamen aus Handwerkerfamilien, 58 waren bürgerlicher Herkunft, 32 gehörten dem Neuadel an (1800–1918). 21 sind heute sozial nicht mehr zuzuordnen. Drei besonders erfolgreiche Angehörige des Neuadels seien hier aufgeführt: **Friedrich Bruck**, 1798–1860 entstammte einer alten Handwerkerfamilie aus Elberfeld. Er wirkte als Unterbeamter bei dem preußischen Konsul in Triest. Im Laufe der Ereignisse brachte er es zum Handelsminister, 1848–1851 zum Botschafter in Konstantinopel und 1855–1860 zum Finanzminister. 1848 erwarb er den Ritter, ein Jahr danach den Freiherrnstand. Er starb durch Selbstmord.

Friedrich Burger, 1804–1873. Seine Familie stammte aus dem Schwarzwald. Er wurde Notar in Triest. Von 1849–1862 wirkte er als Statthalter in der Steiermark, in der Lombardei und im Küstenland. Zuletzt tat er als Marineminister Dienst.

Andreas Gredler, 1802–1870, war ein Bauernsohn aus Tirol. Zuletzt war er Präsident der Anwaltskammer in Innsbruck und Ehrenbürger der Stadt. Er wurde 1849 zum Ritter und 1869 zum Freiherrn erhoben. Gredlers ältere Tochter heiratete einen Advokaten namens Oxenbauer. Der Sohn aus dieser Ehe hieß 1908 Oxenbauer, 1918 Gredler-Oxenbauer und 1938 nur noch Gredler. Dessen Sohn Willfried diente als Botschafter in Bonn.

Theodor Ritter v. Karajan, 1810–1873, wurde in Wien geboren. Sein Vater, Georg, zeugte sein jüngstes Kind mit 66 Jahren. Er stammte aus Kosani in Mazedonien, zu dieser Zeit unter türkischer Herrschaft. Der Name lautete ursprünglich Karajoannes, halb türkisch, halb griechisch, übersetzt: Schwarzer Hans. Georg Karajan verließ seine Heimat und ließ sich als Großhändler in Leipzig nieder. Im Jahre 1792 erlangte er den sächsischen Vikariatsadel. Sodann wandte sich die Familie nach Wien. Sein Sohn Theodor war nicht allein Abgeordneter in der Paulskirche, sondern auch Professor für Germanistik an der Universität Wien. Außerdem brachte er es zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und zum lebenslänglichen Mitglied des Herrenhauses. Er war der einzige Griechisch-Orthodoxe unter allen Abgeordneten und wurde 1869 in den Ritterstand erhoben. Sein Urkel war der Dirigent Herbert v. Karajan.

Anton Ritter v. Schmerling, 1805–1893. Seine Familie stammte aus dem Herzogtum Kleve. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelangte sie in das Erzherzogtum unter der Enns. Das Geschlecht wurde 1793 geadelt und erlangte 1817 die Landstandschaft in Niederösterreich. Schmerling wirkte in dem ersten Nationalstaat, der alle Deutschen im geschlossenen Sprachraum umfasste, als Minister und Ministerpräsident. In seiner engeren Heimat brachte er es zum Justizminister, zum Staatsminister und von 1865 bis zu seinem Tode zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes.

Karl v. Scheuchenstuel, 1792–1867, brachte es zum Geheimen Rat und Sektionschef im Finanzministerium. Der Stammvater seiner Familie ist der Ratsherr zu Rosenheim, Peter Scheuchenstuel. Reichsadels und Wappenbesserung erfolgten 1579. Der Abgeordnete der Paulskirche erlangte 1856 den Freiherrnstand. Einer seiner Neffen, Viktor v. Scheuchenstuel, ist im Verlauf des Ersten Weltkrieges zum Generaloberst befördert und zum Grafen erhoben worden. Karl Ritter von Stremayr war steirischer Abgeordneter zum Paulskirchen-Parlament. Der überzeugte Deutschliberale sollte später Unterrichts- und Justizminister der Monarchie werden.

Als letzte gesellschaftliche Gruppe werden die Angehörigen des Uradels vorgestellt. Alle drei Abgeordneten waren Großgrundbesitzer und Söhne von solchen. Die **Deym** gehören dem böhmischen Uradel an. Sie erscheinen erstmals 1385. Friedrich Graf Deym war Kämmerer und Rittmeister a. D. Das Geschlecht der **Coronini** lässt sich bis zum Jahre 1168 verfolgen. Michael Graf Coronini war desgleichen Kämmerer. **Anton Alexander Graf v. Auersperg**, 1806–1876, als Dichter nannte er sich Anastasius Grün, gehörte einer der ersten Familien im Herrschaftsgebiet der Habsburg-Lothringer an. Das Geschlecht lässt sich bis 1220 zurückverfolgen. A. A. Auersperg war nicht nur Geheimer Rat und Kämmerer, sondern auch Mitglied des Herrenhauses und Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Die Allgemeine deutsche Real-Enzyklopädie, Leipzig 1864, berichtet: „Graf v. Auersperg ist als der begabteste neuere Dichter Deutschösterreichs anzusehen.“ Das Denkmal des Dichter-Grafen steht im Stadtpark der steirischen Metropole Graz.

Die Zusammensetzung der Gewählten aus Österreich für die Paulskirche war eine vorwiegend bürgerliche Angelegenheit. Von den 168 Mandataren gehörten 58 dem Klein-, Mittel- und Großbürgertum an. Hinzu kommen jene unter der Rubrik „Neuadel“ Aufgeführten, die ja eben aus dem Bürgertum erwachsen sind. Zusammen zählten die „Bürgerlichen“ somit 90 Abgeordnete. Die Bauern stellten 18, die Handwerker 17, der „ältere“ Adel 19 und der Uradel 3 Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. ♦

“
Die Abgeordneten aller deutschen Lande, die das Paulskirchen-Parlament bildeten, stammten vornehmlich aus dem Bürgertum.
”

In Kremsier tagte bis 1849 der österreichische Reichstag



NACHWORT

**„EIN AUFTRAG FÜR
DIE ZUKUNFT“**

Norbert Nemeth, Direktor des Freiheitlichen Parlamentsklubs über den stetigen Aufstieg der Freiheitlichen Partei in den letzten zehn Jahren



Die Wiederbegründung des Freiheitlichen Parlamentsklubs unter Heinz-Christian Strache ist eine einmalige politische Erfolgsgeschichte. Der Vergleich mit der Gegenwart beweist es: von 21 Mandaten im Nationalrat steigerten wir uns auf 40 bei der Wahl 2013 – mittlerweile liegt die Partei in allen Umfragen konstant bei einem Wähleranteil von über 30 Prozent. Im Bundesrat steigerten wir uns von einem Mitglied auf 13 und im EU-Parlament konnten wir unseren Anteil vervierfachen. Das besonders Interessante an dieser Erfolgsgeschichte ist, dass sie ihren Ursprung in einem Scheitern von historischem Ausmaß hat: dem Ende der Regierungsarbeit mit der ÖVP nämlich, der die Gründung des BZÖ und somit die Ausbootung der FPÖ aus dem Parlament vorausgegangen war.

Ich assoziiere mit diesen Vorgängen unweigerlich jene unglaubliche Geschichte, die sich 1914 im antarktischen Packeis abgespielt hatte, als der britische Polarforscher Ernest Shackleton seine Mannschaft nach dem Untergang seines Schiffes „Endurance“ unter härtesten Bedingungen gesund und psychisch stabil zurück in die Zivilisation führte. 635 Tage dauerte der Fußmarsch durch die Eiswüste. Der Vergleich der FPÖ mit der „Endurance“ ist weder vermessen noch unpassend, zumal die moderne Betriebswirtschaftslehre die Führungsstrategien Shackletons genau analysierte. Heute gilt sein Verhalten als das Musterbeispiel für risikofreudiges, aber verantwortungsvolles Management, das den Teamgeist fördert, Krisen mit knappen Ressourcen meistert, Ordnung im Chaos bewahrt und durch persönliches Vorbild führt. Alles Eigenschaften, die vor und nach 2006 erforderlich waren, um das Überleben von Partei und Klub sicherzustellen.

Heute zeichnet sich die Arbeit des Freiheitlichen Parlamentsklubs vor allem durch eines aus, nämlich durch den Mut, der unserer Arbeit zu Grunde liegt. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Großwetterlage, die durch einen EU-Fanatismus auf der einen und durch eine unkontrollierte Massenzuwanderung auf der anderen Seite gekennzeichnet ist, ist die FPÖ die einzige Parlamentspartei, die sich klar für den Weiterbestand der souveränen Republik Österreich und für den Weiterbestand der traditionellen europäischen Völker auf Basis unserer christlich-abendländischen Kultur einsetzt. Alle anderen sind in diesen existentiellen Fragen mehr oder weniger gleichgeschaltet. Sich nicht gleichschalten zu lassen und gegen jeglichen Gleichschaltungsversuch anzukämpfen, ist das Wesen unserer freiheitlichen Gesinnung. Ein aktuelles Beispiel aus der parlamentarischen Praxis sei einer Dringlichen Anfrage an den Bundeskanzler vom September 2016 entnommen:

„(...) Vor diesem Hintergrund wäre ein restriktiver Umgang mit der ‚Flüchtlingskrise‘ geboten. Horst Seehofer hat die Anzahl derjenigen, denen Deutschland realistisch pro Jahr Schutz gewähren kann, mit 200.000 beziffert (vgl. ‚Die Welt‘ vom 3. Jänner 2016). Umgelegt entfiele auf Österreich eine Größenordnung von circa 20.000 Personen jährlich. Angesichts der Tatsache, dass allein im vergangenen Jahr rund 100.000 Personen undifferenziert nach Österreich eingewandert sind, wäre ein Stopp dieser unkontrollierten Zuwanderung inklusive eines Asyl-Stopps bis ins Jahr 2020 angebracht. Österreich soll selbst entscheiden, wer sich bei uns niederlassen darf und wer nicht. Die Öster-

reicherinnen und Österreicher sollen selbst entscheiden, mit wem sie nach welchen Spielregeln zusammenleben wollen oder nicht.

Anstatt die Stopptaste zu drücken, wird der undifferenzierte Zuzug von Fremden aber nicht beendet, sondern lediglich scheingedrosselt. Auf ein Inkrafttreten einer Sonderverordnung nach dem Asylgesetz warten unsere Mitbürger vergebens, wobei sich die Frage stellt, warum den Österreicherinnen und Österreichern ein Notstand zugemutet werden muss, ehe die Regierung ihre ureigenste Aufgabe, nämlich den Schutz der eigenen Bevölkerung, beginnt wahrzunehmen. An Stelle des schleichenden Niederganges und des sukzessiven Bevölkerungsaustausches sollte eine Politik des Schutzes unserer Grenzen und der Verteidigung des hart erarbeiteten Status Quo der österreichischen Solidargemeinschaft treten. Regierungsaustausch statt Bevölkerungsaustausch ist das Gebot der Stunde, (...).“

In diesem kurzen Text kommen zwei inhaltliche Aspekte unseres Tuns sehr gut zum Ausdruck: der Souverän soll existentielle Fragen selbst entscheiden und die Regierung soll das Volk beschützen. In erster Linie das eigene, wohlgeordnet. Beides geschieht unter der derzeitigen SPÖ-ÖVP-Regierung nicht. Andere entscheiden, wer nach welchen Spielregeln in Österreich leben darf. Gegen den Willen des eigenen Volkes werden weder die Staatsgrenzen noch die innere Sicherheit ausreichend geschützt. Im Kern geht es daher um nichts weniger als um die Frage, ob wir Opposition wider eine illegitime Regierung sind. Nicht illegal, aber illegitim, zumal die Regierung ihre ureigenste – aus dem Gesellschaftsvertrag erfließende – Aufgabe, nämlich den Schutz des eigenen Volkes, offenkundig nicht erfüllen will. Die Etablierung einer legitimen Regierung muss daher oberstes Ziel sein. Realistischerweise wird eine solche nur mit einer starken freiheitlichen Beteiligung möglich sein.

Die Bundespräsidentenwahl, wie immer sie ausgeht, wird dafür eine wichtige Vorfrage sein. Die Ereignisse, die diese Wahl begleiten – konkret meine ich den Dilettantismus, der zur Aufhebung der ersten Stichwahl und zur Verschiebung ihrer Wiederholung geführt hat –, sind bereits in die Geschichte der Zweiten Republik eingegangen. Unregelmäßigkeiten bei Wahlen sind freilich so alt wie das Rechtsinstitut der Wahl selbst. Auf ein Beispiel aus der Weltliteratur sei verwiesen: Kein Geringerer als Stendhal lässt in einem „Zeitbild von 1830“ den „berüchtigten Baron von Tolly“ die Bühne betreten, „auf den sich anlässlich der Wahlen alle Aufmerksamkeit richtete. Der Baron hatte als Wahlvorsteher den genialen Einfall gehabt, die in seinem Wahllokal abgegebenen Stimmen der einen Partei verschwinden und durch Zettel ersetzen zu lassen, die einen brauchbareren Namen trugen. Dieses entscheidende Manöver war von einigen Wählern bemerkt worden, (...) Böse Menschen hatten das Wort Zuchthaus fallen lassen.“ Aus welchen Gründen Stendhal diesen Roman „Rot und Schwarz“ betitelte, können wir nicht mit Gewissheit sagen. Dass die Zeit für Rot und Schwarz abgelaufen ist, allemal. ♦

“
Der Schutz der eigenen
Bevölkerung ist unsere
ureigenste Aufgabe.
”

ANHANG

Die Klubobmänner des Freiheitlichen Parlamentsklubs

1956–1963: **Dr. Willfried Gredler**
 1963–1964: **Dr. Jörg Kandutsch**
 1964–1970: **Mag. Dr. Emil van Tongel**
 1970–1979: **Friedrich Peter**
 1979–1979: **Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz**
 1979–1986: **Friedrich Peter**
 1986–1986: **Dr. Friedhelm Frischenschlager**
 1986–1989: **Dr. Jörg Haider**
 1989–1992: **Dr. Norbert Gugerbauer**
 1992–1999: **Dr. Jörg Haider**
 1999–2000: **Herbert Scheibner**
 2000–2002: **Ing. Peter Westenthaler**
 2002–2003: **Mag. Karl Schweitzer**
 2003–2006: **Herbert Scheibner**
 2006 bis heute: **Heinz-Christian Strache**



Dr. Willfried Gredler



Dr. Jörg Kandutsch



Mag. Dr. Emil van Tongel



Friedrich Peter



Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz



Dr. Friedhelm Frischenschlager



Dr. Jörg Haider



Dr. Norbert Gugerbauer



Herbert Scheibner



Ing. Peter Westenthaler



Mag. Karl Schweitzer



Heinz-Christian Strache

Die freiheitlichen Präsidenten des Nationalrates



Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix
Dritter Präsident des Nationalrates
(1983 – 1990)



Dr. Siegfried Dillersberger
Dritter Präsident des Nationalrates
(15. März 1990 – 4. November 1990)



Mag. Dr. Heide Schmidt
Dritter Präsident des Nationalrates
(1990 – 1994)



Mag. Herbert Haupt
Dritter Präsident des Nationalrates
(1994 – 1996)



MMag. Dr. Wilhelm Braunereder
Dritter Präsident des Nationalrates
(1996 – 1999)



Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn
Zweiter Präsident des Nationalrates
(1999 – 2002)
Dritter Präsident des Nationalrates
(2002 – 2006)



Mag. Dr. Martin Graf
Dritter Präsident des Nationalrates
(2008 – 2013)



Ing. Norbert Hofer
Dritter Präsident des Nationalrates
(seit 2013)

Klubdirektoren und Klubsekretäre der FPÖ

bis 1964 bis 1965 (?)

Klubsekretär: **Hofrat Dr. Fahringer**

1964 bis 1965 (?)

Klubsekretär: **Gerhard Onder**

1965 bis 1985 (?)

Klubsekretär: **Mario Erschen**

XII. GP (1970-1971):

Klubsekretär: **Mario Erschen**

XIII. GP (1971-1975):

Klubsekretär: **Mario Erschen**

XIV. GP (1975-1979):

Klubsekretär: **Mario Erschen**

XV. GP (1979-1983):

Klubsekretär: **Mario Erschen**

XVI. GP (1983-1986):

Klubsekretär: **Mario Erschen** (bis 31. September 1984)
Herbert Grausam (ab 1. Oktober 1984)

XVII. GP (1986-1990):

Klubsekretär: **Herbert Grausam** (bis 31. Mai 1989)
Mag. Günther Steinkellner (ab 1. Juni 1989)

XVIII. GP (1990-1994):

Klubsekretär/-direktor:
Mag. Günther Steinkellner (bis 31. Dezember 1991)
Dr. Hanno Scheuch (ab 1. Jänner 1992)
Dr. Josef Moser (ab 1. April 1992)

XIX. GP (1994-1996):

Klubdirektor: **Dr. Josef Moser**

XX. GP (1996-1999):

Klubdirektor: **Dr. Josef Moser**

XXI. GP (1999-2002)

Klubdirektor: **Dr. Josef Moser**

XXII. GP (2002-2006):

Klubdirektor: **Dr. Josef Moser** (bis 2003)
Dr. Robert Prohaska (ab 2003-2004)
Günther Barnet (ab 2004, bis zur BZÖ Abspaltung)

XXIII. GP (2006-2008):

Klubdirektor: **ParlRat Mag. Norbert Nemeth**

XXIV. GP (2008-2013):

Klubdirektor: **ParlRat Mag. Norbert Nemeth**

XXV. GP (seit 2013):

Klubdirektor: **ParlRat Mag. Norbert Nemeth**

Liste der freiheitlichen Abgeordneten zum Nationalrat

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

VIII. GP 8. 6. 1956 – 9. 6. 1959: Dr. Willfried Gredler, Dr. Jörg Kandutsch, Dr. Helfried Pfeifer, Max Stendebach, Dr. Heinrich Zechmann, Gustav Zeillinger

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

IX. GP 9. 6. 1959 – 14. 12. 1962: Dr. Willfried Gredler, Dr. Jörg Kandutsch, Wilhelm Kindl, Dr. Wilhelm Kos, Klaus Mahnert, Dipl.-Ing. Dr. Robert Scheuch, Mag. Dr. Emil van Tongel, Dr. Heinrich Zechmann, Gustav Zeillinger

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

X. GP 14. 12. 1962 – 30. 3. 1966: Dr. Tassilo Broesigke, Dr. Willfried Gredler, Dr. Jörg Kandutsch, Wilhelm Kindl, Dr. Wilhelm Kos, Klaus Mahnert, Othmar Meißl, Dipl.-Ing. Dr. Robert Scheuch, Mag. Dr. Emil van Tongel, Gustav Zeillinger

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XI. GP 30. 3. 1966 – 31. 3. 1970: Othmar Meißl, Werner Melter, Friedrich Peter, Dr. Otto Scrinzi, Mag. Dr. Emil van Tongel, Gustav Zeillinger

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XII. GP 31. 3. 1970 – 4. 11. 1971: Dr. Tassilo Broesigke, Othmar Meißl, Werner Melter, Friedrich Peter, Dr. Otto Scrinzi, Gustav Zeillinger

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XIII. GP 4. 11. 1971 – 4. 11. 1975: Dr. Tassilo Broesigke, Dipl.-Ing. Georg Hanreich, Dipl.-Vw. Helmuth Josseck, Othmar Meißl, Werner Melter, Friedrich Peter, Dr. Albert Schmidt, Dr. Otto Scrinzi, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix, Gustav Zeillinger

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XIV. GP 4. 11. 1975 – 4. 6. 1979: Dr. Tassilo Broesigke, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dipl.-Ing. Georg Hanreich, Dipl.-Vw. Helmuth Josseck, Othmar Meißl, Werner Melter, Friedrich Peter, Dr. Albert Schmidt, Dr. Otto Scrinzi, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix, Gustav Zeillinger

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XV. GP 5. 6. 1979 – 18. 5. 1983: Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Dr. Tassilo Broesigke, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz, Walter Grabher-Meyer, Dr. Jörg Haider, Dipl.-Vw. Helmuth Josseck, Ing. Gerulf Murer, Dr. Harald Ofner, Friedrich Peter, Friedrich Probst, Dr. Norbert Steger, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XVI. GP 19. 5. 1983 – 16. 12. 1986: Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Hermann Eigru-ber, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Walter Grabher-Meyer, Dr. Norbert Gugerbauer, Dr. Jörg Haider, Helmuth Haigermoser, Josef Hintermayer, Alois Huber, Dipl.-Vw. Helmuth Josseck, Mag. Hilmar Kabas, Dr. Harald Ofner, Mag. Peter Ortner, Dr. Helene Partik-Pablé, Friedrich Peter, Friedrich Probst, Dr. Norbert Steger, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XVII. GP 17. 12. 1986 – 4. 11. 1990: Ute Apfelbeck, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Anton Blünegger, Dr. Siegfried Dillersberger, Hermann Eigru-ber, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dr. Norbert Gugerbauer, Dr. Jörg Haider, Helmut Haigermoser, Mag. Herbert Haupt, Josef Hintermayer, Alois Huber, Matthias Krenn, Dipl.-Ing. Dr. Helmut Krünes, Mag. Georg Lakner, Ing. Walter Meischberger, Hans Helmut Moser, Klara Motter, Ing. Gerulf Murer, Dr. Helene Partik-Pablé, Mag. Karin Praxma-

rer, Friedrich Probst, Gernot Rumpold, Rupert Schiffrer, Mag. Dr. Heide Schmidt, Günter Schönhart, Karl Schwab, Dipl.-Vw. Dr. Geruf Stix, Mag. Helmuth Weiss

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XVIII. GP 5. 11. 1990 – 6. 11. 1994: Anna Elisabeth Achatz, Ute Apfelbeck, Mag. Thomas Barmüller, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Hermann Böhacker, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Dr. Siegfried Dillersberger, Sigisbert Dolinschek, Andreas Eisl, Harald Fischl, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Bernhard Gauster, Bernhard Gratzner, Mag. John Gudenus, Dr. Norbert Gugerbauer, Dr. Jörg Haider, Helmut Haigermoser, Edith Haller, Dr. Peter Haring, Ursula Haubner, Mag. Herbert Haupt, Dipl.-Kfm. Heinz Hochsteiner, Christian Hrubesch, Alois Huber, Dr. Peter Kapral, DDr. Werner Königshofer, Matthias Krenn, Mag. Georg Lakner, Mag. Dieter Langer, Dipl.-Kfm. Georg Matuner Markhof, Ing. Walter Meischberger, Josef Meisinger, Peter Mitterer, Andreas Mölzer, Hans Helmut Moser, Klara Motter, Ing. Geruf Murer, Horst Nußbaumer, Dr. Harald Ofner, Dr. Helene Partik-Pablé, Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz, Mag. Helmut Peter, Georg Prantner, Dr. Helmut Prasch, Mag. Karin Praxmarer, Friedrich Probst, Dr. Alois Pumberger, Ing. Mathias Reichhold, Dr. Susanne Riess-Passer, Dr. Michael Rockenschaub, Peter Rosenstingl, Herbert Scheibner, Dipl.-Ing. Michael Schmid, Mag. Dr. Heide Schmidt, Hans Schöll, Ing. Mag. Erich L. Schreiner, Karl Schwab, Mag. Karl Schweitzer, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XIX. GP 7. 11. 1994 – 14. 1. 1996: Anna Elisabeth Achatz, Ute Apfelbeck, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Hermann Böhacker, Dr. Reinhard Eugen Bösch, MMag. Dr. Willi Brauneder, Sigisbert Dolinschek, Andreas Eisl, Harald Fischl, Mag. Dr. Martin Graf, Mag. Dr. Udo Grollitsch, Mag. John Gudenus, Dr. Jörg Haider, Helmut Haigermoser, Dr. Peter Haring, Ursula Haubner, Mag. Herbert Haupt, Dr. Liane Höbinger-Lehrer, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Wolfgang Jung, Dr. Peter Kapral, DDr. Werner Königshofer, Dr. Michael Krüger, Franz Lafer, Mag. Dieter Langer, Elfriede Madl, Ing. Walter Meischberger, Josef Meisinger, Hermann Mentil, Ing. Gerulf Murer, Ing. Wolfgang Nußbaumer, Dr. Harald Ofner, Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Helmut Prasch, Mag. Karin Praxmarer, Dr. Susanne Preisinger, Hans Pretterebner, Dr. Alois Pumberger, Helena Ramsbacher, Ing. Mathias Reichhold, Dr. Susanne Riess-Passer, Dr. Michael Rockenschaub, Peter Rosenstingl, Mares Rossmann, Dipl.-Kfm. Kurt Ruthofer, Dr. Stefan Salzl, Herbert Scheibner, Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, Hans Schöll, Ing. Mag. Erich L. Schreiner, Karl Schwab, Mag. Karl Schweitzer, Mag. Ewald Stadler, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel, Josef Trenk, Gottfried Waldhäusl, Robert Wenitsch

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XX. GP 15. 1. 1996 – 28. 10. 1999: Anna Elisabeth Achatz, Ute Apfelbeck, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Anton Blünegger, Hermann Böhacker, Dr. Peter Böhm, Dr. Reinhard Eugen Bösch, MMag. Dr. Willi Brauneder, Dr. André d´Aron, Sigisbert Dolinschek, Andreas Eisl, Mag. Reinhard Firlinger, Harald Fischl, Reinhart Gaugg, Mag. Dr. Martin Graf, Wilhelm Grisseemann, Mag. Dr. Udo Grollitsch, Mag. John Gudenus, Christoph Hagen, Helmut Haigermoser, Edith Haller, Dr. Peter Haring, Ursula Haubner, Ulrike Haunschmid, Mag. Herbert Haupt, Dr. Liane Höbinger-Lehrer, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Wolfgang Jung, Dr. Peter Kapral, Anneliese Klein, Franz Koller, DDr. Werner Königshofer, Dr. Michael Krüger, Dr. Gerhard Kurzmann, Franz Lafer, Mag. Dieter Langer, Karl Leutgöb, Dr. Franz Linser, Elfriede Madl, Mag. Eduard Mainoni, Heinz Anton Marolt, Ing. Walter Meischberger, Josef Meisinger, Hermann Mentil, Helga Moser, Monika Mühlwerth, Mag. Christof Neuner, Dr. Klaus Peter Nittmann, Ing. Wolfgang Nußbaumer, Dr. Harald Ofner, Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Brigitte Povysil, Dr. Helmut Prasch, Mag. Karin Praxmarer, Dr. Susanne Preisinger, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn, Dr. Alois Pumberger, Mag. Thomas Ram, Helena Ramsbacher, Ing. Mathias Reichhold, Dr. Susanne Riess-Passer, Dr. Michael Rockenschaub, Peter Rosenstingl, Mares Rossmann, Dipl.-Kfm. Kurt Ruthofer, Dr. Stefan Salzl, Herbert Scheibner, Mag. Walter Scherb, Ing. Kurt Scheuch, Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, Hans Schöll, Ing. Mag. Erich L. Schreiner, Mag. Karl Schweitzer, Mag. Ewald Stadler, Wilfried Tilg, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel, Josef Trenk, Gottfried Waldhäusl, Engelbert Weilharter, Robert Wenitsch, Ernest Windholz

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

XXI. GP 29. 10. 1999 – 19. 12. 2002: Achatz Anna Elisabeth, Dr. Robert Aspöck, Ing. Gerhard Bauer, Josef Blasisker, Hermann Böhacker, Dr. Peter Böhm, Dr. Dieter Böhmendorfer, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Bernd Brugger, Ludwig Buchinger, Ilse Burket, Dr. André d´Aron, Sigisbert Dolinschek, Robert Egghart, Ing. Gerhard Fallent, Mag. Reinhard Firlinger, Harald Fischl, Evelyn Freigaßner, Reinhart Gaugg, Ing. Herbert L. Graf, Mag. Dr. Martin Graf, Wilhelm Grisseemann, Mag. Dr. Udo Grollitsch, Mag. John Gudenus, Christoph Hagen, Helmut Haigermoser, Edith Haller, Mag. Beate Hartinger, Ulrike Haunschmid, Mag. Herbert Haupt, Mag. Gerhard Hetzl, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Franz Hornegger, Wolfgang Jung, Dr. Renate Kanovsky-Wintermann, Ing. Gert Klamt, Anton Knerzl, Franz Koller, Dr. Michael Krüger, Dr. Gerhard Kurzmann, Dipl.-Ing. Dr. Bernd Lindinger, Mag. Eduard Mainoni, Monika Mühlwerth, Hans Müller, Detlev Neudeck, Mag. Christof Neuner, Wilhelm Niederhuemer, Dr. Klaus Peter Nittmann, Dr. Harald Ofner, Patrick Ortlieb, Dr. Sylvia Papházy MBA, Dr. Helene Partik-Pablé, Jakob Pistotnig, Dr. Brigitte Povysil, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn, Dr. Alois Pumberger, Mag. Thomas Ram, Hermann Reindl, Dr. Susanne Riess-Passer, Mag. Konstanze Röhrs, Herbert Scheibner, Mag. Rüdiger Schender, Ing. Kurt Scheuch, lic. oec HSG Irina Schoettel-Delacher, Dipl.-Ing. Leopold Schögggl, Mag. Karl Schweitzer, Hans Seignani, Andreas Sodian, Norbert Staffaneller, Benno Sulzberger, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel, Harald Trettenbrein, Anton Wattaull, Engelbert Weilharter, Ing. Wilhelm Weinmeier, Robert Wenitsch, Ing. Peter Westenthaler, Ernest Windholz, Klaus Wittauer, Dr. Jutta Wochesländer, Roland Zellot, Theresia Zierler

Freiheitlicher Parlamentsklub

XXII. GP 20. 12. 2002 – 29. 10. 2006: Dipl.-Ing. Elke Achleitner, Dr. Robert Aspöck, Mag. Dr. Magda Bleckmann, Dr. Peter Böhm, Dr. Dieter Böhmendorfer, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Josef Bucher, Sigisbert Dolinschek, Markus Fauland, Wilhelm Grisseemann, Mag. John Gudenus, Christoph Hagen, Ulrike Haunschmid, Mag. Herbert Haupt, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Ing. Siegfried Kampl, Dr. Renate Kanovsky-Wintermann, Ing. Gert Klamt, Elmar Lichtenegger, Dipl.-Ing. Dr. Bernd Lindinger, Mag. Eduard Mainoni, Peter Mitterer, Marialuise Mittermüller, Delev Neudeck, Dr. Klaus Peter Nittmann, Dr. Helene Partik-Pablé, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn, Barbara Rosenkranz, Mares Rossmann, Herbert Scheibner, Dipl.-Ing. Uwe Scheuch, Mag. Karl Schweitzer, Benno Sulzberger, Maximilian Walch, Anton Wattaull, Engelbert Weilharter, Klaus Wittauer, Roland Zellot

Freiheitlicher Parlamentsklub

XXIII. GP 30. 10. 2006 – 27. 10. 2008: Dr. Robert Aspöck, Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Alois Gradauer, Mag. Dr. Martin Graf, Mag. Dr. Manfred Haimbuchner, Mag. Gerald Hauser, Ing. Norbert Hofer, Herbert Kickl, Dipl.-Ing. Karlheinz Klement MAS, Dr. Gerhard Kurzmann, Hartmann Lautenschlager, Leopold Mayerhofer, Werner Neubauer, Barbara Rosenkranz, Mag. Ewald Stadler, Heinz-Christian Strache, Bernhard The-messel, Harald Vilimsky, Bernhard Vock, Lutz Weininger, Wolfgang Zanger

Freiheitlicher Parlamentsklub

XXIV. GP 28. 10. 2008 – 28. 10. 2013: Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Hermann Brückl, Mag. Gernot Darmann, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Rupert Doppler, Gerhard Dörfler, Johann Ertl, Dr. Peter Fichtenbauer, Carmen Schimaneck, Alois Gradauer, Mag. Dr. Martin Graf, Ing. Heinz-Peter Hackl, Christian Hafenecker MA, Mag. Roman Haider, Mag. Dr. Manfred Haimbuchner, Werner Herbert, Ing. Christian Höbart, Ing. Norbert Hofer, Dr. Johannes Hübner, Harald Jannach, Hans-Jörg Jenewein, Josef Jury, Dr. Andreas F. Karlsböck, Herbert Kickl, Anneliese Kitzmüller, DDr. Werner Königshofer, Gerd Krusche, Mario Kunasek, Dr. Gerhard Kurzmann, Christian Lausch, Maximilian Linder, Dr. Herbert Madejski, Leopold Mayerhofer, Cornelia Michalke, Peter

Mitterer, Edith Mühlberghuber, Monika Mühlwerth, Werner Neubauer, Franz Pirolt, Mag. Reinhard Pisek BA, Elmar Podgorschek, Josef A. Riemer, Dr. Walter Rosenkranz, Dr. Dietmar Schmittner, Mag. Harald Stefan, Heinz-Christian Strache, Dr. Martin Strutz, Bernhard Themessl, Mag. Heidemarie Unterrainer, Mathias Venier, Harald Vilimksy, Bernhard Vock, Lutz Weinzinger, Dr. Susanne Winter, Wolfgang Zanger, Peter Zwanziger

Freiheitlicher Parlamentsklub

XXV. GP seit 29. 10. 2013: Erwin Angerer, Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Hermann Brückl, Mag. Gernot Darmann, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Rupert Doppler, Gerhard Dörfler, Rosa Ecker, MMag. DDr. Hubert Fuchs, Carmen Schimanek, Ing. Heinz-Peter Hackl, Christian Hafenecker MA, Mag. Roman Haider, Mag. Gerald Hauser, Werner Herbert, Ing. Christian Höbart, Ing. Norbert Hofer, Dr. Johannes Hübner, Harald Jannach, Hans-Jörg Jennewein, Dr. Andreas F. Karlsböck, MMMag. Dr. Axel Kassegger, Herbert Kickl, Anneliese Kitzmüller, Erich Königsberger, Gerd Krusche, Mag. Günther Kumpitsch, Mario Kunasek, Christoph Längle, Christian Lausch, Dr. Jessi Lintl, Arndt Meißl, Cornelia Michalke, Wendelin Mölzer, Edith Mühlberghuber, Monika Mühlwerth, Werner Neubauer, Mag. Reinhard Pisek BA, Elmar Podgorschek, Mag. Michael Raml, Walter Rauch, Josef A. Riemer, Ing. Bernhard Rösch, Barbara Rosenkranz, Dr. Walter Rosenkranz, Peter Samt, Ing. Thomas Schellenbacher, Thomas Schererbauer, Gerhard Schmid, Dr. Dietmar Schmittner, Mag. Philipp Schrangl, Mag. Harald Stefan, Petra Steger, Heinz-Christian Strache, Bernhard Themessl, Harald Vilimsky, Dr. Susanne Winter, Peter Wurm, Wolfgang Zanger

Liste der nationalliberalen Abgeordneten in der Ersten Republik

Konstituierende Nationalversammlung für Deutschösterreich 4. 3. 1919 – 1. 10. 1920:

GdP Altenbacher Franz	GdP Großbauer Philipp	GdP Schürff Hans
GdP Angerer Hans	GdP Kittinger Karl	GdP Stocker Leopold
GdP Birchbauer Josef	GdP Kraft Emil	GdP Straffner Sepp
GdP Clessin Heinrich	GdP Krötzl Josef	GdP Thanner Josef
GdP Dengg Alois	GdP Mayer Josef	GdP Ursin Josef
GdP Dinghofer Franz	GdP Müller-Guttenbrunn Adam	GdP Waber Leopold
GdP Egger Bernhard	GdP Pauly Max	GdP Wedra Rudolf
GdP Furreg Lotte	GdP Schöchtner Franz	GdP Wimmer Matthias
GdP Grahamer Ferdinand	GdP Schönbauer Ernst	GdP Wutte Viktor

I. GP 10. 11. 1920 – 20. 11. 1923:

GdP Altenbacher Franz	GdP Dinghofer Franz	GdP Lump Anton
GdP Angerer Hans	GdP Furreg Lotte	GdP Mayer Josef
GdP Bichl Felix	GdP Hampel Ernst	GdP Pauly Max
GdP Bösch Karl	GdP Kraft Emil	GdP Schmidt Friedrich
GdP Clessin Heinrich	GdP Lackner Friedrich	GdP Schürff Hans

II. GP 20. 11. 1923 – 18. 5. 1927:

LBd Aman Sepp	GdP Frank Felix	LBd Schönbauer Ernst
GdP Angerer Hans	GdP Grailerlring	GdP Schürff Hans
LBd Bichl Felix	LBd Großbauer Philipp	GdP Skaret Ferdinand
GdP Clessin Heinrich	GdP Hampel Ernst	GdP Stradal Emmy
GdP Dinghofer Franz	GdP Klimann Thomas	GdP Zarboch Rudolf
GdP Ertl Ferdinand	GdP Kraft Emil	

III. GP 18. 5. 1927 – 1. 10. 1930:

LBd Aman Sepp	LBd Hartleb Karl	LBd Tauschitz Stephan
LBd Bichl Felix	GdP Klimann Thomas	GdP Waber Leopold
GdP Clessin Heinrich	LBd Pistor Felix	GdP Wagner Otto
LBd Dewaty Hubert	GdP Prodingner Hans	GdP Wotawa August
GdP Dinghofer Franz	LBd Schönbauer Ernst	LBd Zangel Josef
GdP Fahrner Anton	GdP Schürff Hans	GdP Zarboch Rudolf
GdP Grailerlring	GdP Straffner Sepp	
GdP Hampel Ernst	LBd Strießnigg Karl	

IV. GP 2. 12. 1930 – 2. 5. 1934:

HB Auinger Johann	HB Lichtenegger Fritz	HB Starhemberg Ernst Rüdiger
LBd Dewaty Hubert	HB Neustädter-Stürmer Odo	NWB Straffner Sepp
HB Ebner Hans	HB Oberegger Josef	LBd Strießnigg Karl
HB Elshuber August	LBd Peter Adolf	LBd Tauschitz Stephan
NWB Foppa Hermann	LBd Pistor Felix	LBd Thoma Franz
LBd Grabenhofer Gottlieb	GdP Prodingner Hans	NWB Vinzl Josef
HB Hainzl Josef	LBd Raser Josef	LBd Weigl Richard
NWB Hampel Ernst	LBd Schauer-Schoberlechner Johannes	HB Werner Max
HB Hueber Franz	NWB Schneider Maria	LBd Winkler Franz
HB Kampitsch Julius	NWB Schober Johannes	NWB Wotawa August
HB Lengauer Josef	NWB Schürff Hans	NWB Zarboch Rudolf

GdB Großdeutsche Partei
 LBd Landbund
 NWB Nationaler Wirtschaftsblock
 HB Heimatblock

Bildnachweis: Umschlag und Seite 21: Kiefer/www.wikipedia.org; Seite 22: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer; Seite 23: Manfred Werner (Bild oben), Parlamentsdirektion (Bild unten); Seite 26: Parlamentsdirektion/Mike Ranz; Seite 29: Flick.com; Seite 38: Daniel Weber; Seite 52: Parlamentsdirektion/Michael Buchner; Seite 56: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer; Seite 58: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer; Seite 61: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz; Seite 63: Parlamentsdirektion/Mike Ranz; Seite 65: Parlamentsdirektion/Mike Ranz; Seite 66: Parlamentsdirektion/Mike Ranz; Seite 68: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer; Seite 70: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer; Seite 75: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer; Seite 78: Parlamentsdirektion/Mike Ranz; Seite 81: Parlamentsdirektion/Mike Ranz; Seite 82: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz; Seite 86: Parlamentsdirektion/Mike Ranz; Seite 98: Screenshot ORF; Seite 121: Parlamentsdirektion/Stefan Olah; Seite 127: allesroger.at; Seite 132: schwarzbuchoevp.at; Seite 133: angelfire.com; Seite 134: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer; Seite 172: mein-oesterreich.info; Seite 202: freiheitistselbstbestimmtesleben.de; Seite 202: Bezirksmuseum Josefstadt; Seite 204: cab-standrae.com; Seite 209: eisenstrasse.info; Seite 223: Parlamentsdirektion; Seite 238: Parlamentsdirektion; alle Bilder, welche nicht gesondert erwähnt wurden, stammen aus dem Archiv der „Neuen Freien Zeitung“ und der FPÖ; Umschlag, Titelbild und Graphiken wurden erstellt von W.-R. Mölzer.

